HESSISCHES INSTITUT
FÜR BILDUNGSPLANUNG
UND SCHULENTWICKLUNG

MATERIALIEN ZUM UNTERRICHT

PROJEKT „HESSEN IM NATIONALSOZIALISMUS"



„Ich bin kein deutscher Patriot mehr, jetzt bin ich Jude".

Die Vertreibung jüdischer Bürger aus Wiesbaden (1933 – 1947)

SEKUNDAR-
STUFE I 107

Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I – Heft 107
Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“

Lothar Bembenek · Horst Dickel

„Ich bin kein deutscher Patriot mehr, jetzt bin ich Jude.“

Die Vertreibung jüdischer Bürger aus Wiesbaden (1933 bis 1947)

Mit einem Beitrag von Angelika Rieber:

„Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen.“

Jüdische Friedhöfe – Grabsteine als Zeugen der Geschichte

Projektleitung und Redaktion:

Horst Steffens · Volker Fabricius

Titelbild: Felix Nussbaum

Die Verdammten (1943/5.1.1944)

In: Peter Junk / Wendelin Zimmer: Felix Nussbaum. Leben und Werk (DuMont Buchverlag Köln – Rasch Verlag, Bramsche, 1982, S. 188 f.)

Best.-Nr. 51007 **HESSISCHES INSTITUT FÜR BILDUNGSPLANUNG UND SCHULENTWICKLUNG (HIBS), WIESBADEN 1991**

Lothar Bembenek, Horst Dickel
„Ich bin kein deutscher Patriot mehr, jetzt bin ich Jude."
Die Vertreibung jüdischer Bürger aus Wiesbaden (1933 bis 1947)

Mit einem Beitrag von Angelika Rieber:
„Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen."
Jüdische Friedhöfe – Grabsteine als Zeugen der Geschichte

Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (HIBS), Wiesbaden • 1991
Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I, Heft 107
Projekt „Hessen im Nationalsozialismus"
ISBN 3-88327-235-3

Herausgeber:
Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung
(HIBS) • Bodenstedtstrasse 7 • Postfach 31 05 • 6200 Wiesbaden
Telefon (06 11) 34 20

Projektleitung und Redaktion: Horst Steffens, Volker Fabricius
Autoren/innen: Lothar Bembenek, Horst Dickel, Angelika Rieber
Reihe: Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I, Heft 107, Projekt „Hessen im Nationalsozialismus"

In der Reihe „Materialien zum Unterricht" werden Unterrichtseinheiten, Unterrichtsreihen, Projektvorschläge, Lehrgänge und Materialzusammenstellungen vorgelegt. Diese Veröffentlichungen werden im Auftrag des Hessischen Kultusministers herausgegeben; sie stellen jedoch keine verbindliche, amtliche Verlautbarung des Hessischen Kultusministers dar, sie wollen vielmehr die Diskussion um die behandelten Themen anregen und zur Weiterentwicklung des hessischen Schulwesens beitragen.

Dem Lande Hessen (Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung) sind an den abgedruckten Beiträgen alle Rechte der Veröffentlichung, Verbreitung, Übersetzung und auch die Einspeicherung und Ausgabe in Datenbanken vorbehalten.

Diese Materialien werden in begrenzter Anzahl an die entsprechenden hessischen Schulen ausgeliefert. Zusätzliche Bestellungen hessischer Schulen sind zu richten an:
Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung
(HIBS) • Bodenstedtstrasse 7 • Postfach 31 05 • 6200 Wiesbaden

Andere Bestellungen sind zu richten an:
Verlag Moritz Diesterweg
Wächtersbacherstraße 89
Postfach 630 180
6000 Frankfurt/Main

ISBN 3-88327-235-3
1. Auflage 1991

Umschlaggestaltung: Jürgen Löber • Wiesbaden
Druck- und Bindearbeiten: ELEKTRA Reprografischer Betrieb Kjeld Höjring
Satz: Doris Menk • Desktop Publishing • Wiesbaden

INHALTSVERZEICHNIS

		Seite
A	**JUDEN IN WIESBADEN**	
Vorwort		1
Einleitung		6
1.	**Wiesbadener Schicksale** – Siegfried Hallgarten – Paul Lazarus – Sally Grosshut – Anita Lippert (geb. Fried) – Mischa Rosenberg	7
2.	**Zur Struktur des Wiesbadener Judentums vor 1933**	19
3.	**Existenzkrise – Strukturen jüdischen Lebens in Wiesbaden 1933-1938**	26
3.1	Boykott – Berufsverbote – „Arisierungen": Die wirtschaftliche Entrechtung der Wiesbadener Juden bis 1938	
3.1.1	Die jüdischen Metzger	
3.1.2	Die jüdischen Ärzte	
3.1.3	„Arisiert": jüdische Warenhäuser und Gesellschaftsunternehmen. Fallbeispiele.	
3.2	Suche nach den Alternativen: jüdische Jugendarbeit zwischen 1927 und 1935	
3.3	Jüdische Kulturarbeit	
3.4	Die jüdische Schule	
4.	**„Reichskristallnacht"**	65
5.	**Jüdischer Alltag vor der Deportation (1939-1942)**	70
6.	**Nach 1945 – Wieder jüdisches Leben in Wiesbaden**	78
7.	**Wiesbadener Juden zwischen Anpassung und Widerstand: Eine Schlußbetrachtung**	83
8.	**Zum schulischen Gebrauchswert des Themas**	86
	Dokumentation	91

Seite

B Jüdische Friedhöfe – Grabsteine als Zeugen der Geschichte

1. Die Bedeutung jüdischer Friedhöfe 129
1.1 Einführung
1.2 Umgang mit den Spuren jüdischer Geschichte
1.3 Friedhofsschändungen

2. Jüdische Friedhöfe und ihr religiöser Hintergrund 140
2.1 Lage der Friedhöfe
2.2 Aussehen und Gestaltung

3. Der Friedhof in der Rat-Beil-Straße – Grabsteine als Spiegel vergangener Zeiten 151
3.1 Emanzipation und Assimilation
3.1.1 Der Friedhofsteil der Israelitischen Religionsgemeinschaft
3.1.2 Bedeutung jüdischer Bürgerinnen und Bürger für Frankfurt:
- Henry und Emma Budge
- Charles Hallgarten
- Leopold Sonnemann
- Berta Pappenheim

3.1.3 Gedenkstätte für jüdische Teilnehmer des 1. Weltkrieges
3.2 Der Friedhof während der NS-Zeit
3.2.1 Freitod, Deportation und Ermordung jüdischer Menschen
3.2.2 Beschädigung von Grabsteinen im Rahmen der „Reichsmetallspende"
3.3 Ein Rundgang über den Friedhof

4. Jüdische Friedhöfe als Unterrichtsthema – Anregungen zur Vor- und Nachbereitung 190

Dokumentation 194

Abkürzungen 217

Literaturverzeichnis 218

Worterklärungen 222

Zeittafel 224

Bildnachweis 225

Vorwort

Das Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“

Im August 1982 nahmen mehrere Lehrerinnen und Lehrer sowie ein Historiker am Hessischen Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (HIBS) die Arbeit auf, um im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und des Hessischen Kultusministers (HKM) lokal- und regionalgeschichtliche Quellen zum Nationalsozialismus in Hessen zu erheben und für den Unterrichtsgebrauch aufzubereiten. Diese Projektgruppe ging aus einem kleinen Kreis von Lehrer/innen und Wissenschaftlern hervor, der seit 1979 mit Unterstützung des HKM Unterrichtsentwürfe zum Thema Nationalsozialismus erstellt hatte.[1] Das Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“ wurde von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet; er hatte die Aufgabe, die Mitarbeiter/innen bei ihren Arbeitsvorhaben zu beraten und zu betreuen.

Die Zielsetzung des Projektes „Hessen im Nationalsozialismus“ leitete sich aus verschiedenen Untersuchungen über politisches Verhalten von Jugendlichen ab. Diese Studien konstatierten häufig nur unzureichende Kenntnisse des Nationalsozialismus. Danach wüßten die Befragten zwar einige schlagwortartige Fakten sowie wenige Namen und Zahlen; aber Entwicklungen und Strukturen nationalsozialistischer Herrschaft, Ideologien und Zielsetzungen jedoch verblieben im Nebulösen. Unterricht allein könne solche Defizite nicht beheben, zumal auch eine rationale, auf die Einsicht in „große“ Zusammenhänge und Strukturen zielende Wissensvermittlung (Weltwirtschaftskrise, politische Instabilität der Weimarer Republik, Nationalsozialismus) nicht ausreichen, eine kritische Auseinandersetzung einzuleiten, die eigene Einstellungen und Verhaltensmuster hinterfrage und Identifikation und Distanz mit und zu den jeweils Handelnden, Leidenden, den passiv Duldenden oder den Widerstand Leistenden ermögliche.

Hier versprach ein Unterricht Änderungen anzubahnen, der Geschichte als „Ort“ des Lernens bestimmte und sich um eine Aneignung und Reflexion der Erfahrungen von Menschen in der Region bemühte. Dieses Ziel sollte das Projekt „Hessen im Nationalsozialismus“ einzulösen versuchen: Individuelle und kollektive Lebensäußerungen und Handlungsweisen der Menschen als ihren eigenen Beitrag zur Geschichte aufzuzeigen und damit die notwendige Einsicht zu vermitteln, daß die Verantwortung für das politische, soziale und moralische Profil von Gesellschaft nicht delegierbar war und ist.

Arbeitsweisen und Schwerpunkte

Das Projekt „Hessen im Nationalsozialismus – Anpassung und Widerstand“ wurde deshalb an der Nahtstelle von Wissensvermittlung und Forschung angesiedelt. Es verfolgte die Aufgabe, Möglichkeiten der Erforschung lokal- und regionalgeschichtlicher Quellen zum Nationalsozialismus aufzuzeigen, am Beispiel ausgewählter hessischer Orte und Regionen aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Ziel dieser Forschung war nicht eine flächen- und themendeckende Bearbeitung und Dokumentation, sondern eine jeweils wechselnde Perspektive im Zugang zum Thema: Im Bewußtsein unterschiedlicher ökonomischer Strukturen, politischer Konstellationen und regionaler Traditionen sollte die Ausbildung nationalsozialistischer Gewaltherrschaft mit ihren konkreten Auswirkungen auf die Gestaltung des alltäglichen Lebens untersucht werden.

---

1) Teilergebnisse dokumentierte diese Vorläufergruppe in dem Heft "Nationalsozialismus, Unterrichtsvorschläge und Materialien 1“ in der Schriftenreihe des HIBS (Materialien zum Unterricht. Sekundarstufe I. Heft 54. Gesellschaftslehre 8. Wiesbaden 1985).

Die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die in der eigentlichen Arbeitsphase vom Sommer 1983 bis zum Sommer 1986 mit durchschnittlich fünf Wochenstunden entlastet waren, sahen sich vor eine Aufgabe gestellt, die mit großen Schwierigkeiten verbunden war.

Zum einen erlaubte die Ermäßigung des Stundendeputates in kleinem Umfang noch keine kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit (z.B. in den Archiven, im Gespräch mit den Zeitzeugen, bei der Zeitungs- und Zeitschriftenauswertung). Zum anderen konnte die Feinabstimmung zwischen den Gruppenmitgliedern und die Fertigstellung des Manuskriptes in vielen Fällen erst nach Ablauf der Projektförderung geleistet werden; diese wichtigen Arbeitsschritte waren somit ohne Entlastung neben dem Schulalltag zu bewältigen.

Einzeln oder in Arbeitsgruppen wandten sich die Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter den folgenden Bereichen zu:

- Nationalsozialistische *Agrar- und Siedlungspolitik* am Beispiel des hessischen Rieds, insbesondere der Erbhofsiedlungen Riedrode und Allmendfeld (Wolfang Heinbach, Bernd Heyl, Dr. Kurt Wagner).

- *Schule* und Nationalsozialismus. Beispiele aus Kassel, Marburg und Gießen und aus unterschiedlichen Schulformen (Barbara Händler-Lachmann, Dr. Ulrike Krautheim, Wolfgang Matthäus, Lothar Potthoff).

- *Arbeit und Betrieb* im Nationalsozialismus: Ein Vergleich ausgewählter Betriebe verschiedener Branchen in der Region Wetzlar, Limburg, Wiesbaden (Rolf Engelke, Dr. Horst Steffens).
  „Faschisierung" *einer Industriegemeinde.* Die Auswirkungen des Machtantritts der NSDAP auf Bewußtsein und Verhalten der Arbeiter in Lollar (Christoph Geibel).

- Tradition und „nationale Revolution". Kontinuität und Wandel der *Alltagskultur* in Erlensee und Lagenselbold (Hans-Dieter Becker, Manfred Wagner).

- Verfolgung der *Juden* am Beispiel Wiesbaden (Lothar Bembenek, Dr. Horst Dickel, Angelika Rieber).

- *„Euthanasie"* in Hessen. Die Politik der Lebensvernichtung auf dem Eichberg/Rheingau (Dr. Horst Dickel).

- Die *Kirchen* im Nationalsozialismus: Der Katholizismus in Fulda und Limburg (Jürgen Engel, Rudolf Zibuschka).
  Der Protestantismus am Beispiel Wiesbaden (Volker Fabricius).[1]

---

1) Die Ergebnisse der Arbeitsschwerpunkte sind bereits in der Schriftenreihe des HIBS „Materialien zum Unterricht" publiziert:
   - Horst Dickel: „Die sind ja doch alle unheilbar." Zwangssterilisationen und Tötung der „Minderwertigen" im Rheingau, 1934 – 1945 (Heft 77, Wiesbaden 1988)
   - Bernd Heyl: „Das Deutsche Reich wird ein Bauernreich sein, oder es wird untergehen." Nationalsozialistische Agrarpolitik zwischen Ideologie und Realität (Heft 78, Wiesbaden 1988)
   - Volker Fabricius: „Ich untersage hiermit mit sofortiger Wirkung die Abhaltung jeglicher Gottesdienste in Dotzheim." Nationalsozialistischer Staat und evangelische Kirche im Kampf um die Kirche (Heft 84, Wiesbaden 1989)
   - Wolfgang Matthäus u.a.: „Erziehung zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsgesinnung?" Höhere Schulen im Nationalsozialismus. (Heft 108, Wiesbaden 1991)

Die innovatorischen Leistungen des Projektes können nicht allein im Bereich der Forschung gesehen werden, obwohl viele Aspekte des Themas hier erstmals entdeckt und systematisch aufgearbeitet werden.[1] Die eigenständigen Forschungsleistungen waren die Voraussetzung für einen erfolgreichen Transfer des alltags- und lokalgeschichtlichen Ansatzes auf die didaktische Ebene, ein Vorhaben, das zwangsläufig eine Erweiterung der didaktischen Fachkompetenz der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer erfordert. Eine Verdichtung der Ergebnisse des Projektes in einprägsamen und lehrreichen Unterrichtssituationen kann nur dann gelingen, wenn auch der Prozeß des Entstehens solcher Lehrinhalte, wenn der Weg des Forschens durchschaubar bleibt. Diesen Weg – von der Forschung über didaktische und methodische Vorüberlegungen hin zum Unterricht – wollen die Publikationen des Projektes exemplarisch am jeweiligen Themenschwerpunkt vorgehen – in der Hoffnung, derart für ein „entdeckendforschendes Lernen" im Raum der Schule ein Wegweiser zu sein. Dabei versteht sich weder die Reihe der Hefte insgesamt noch jedes Heft in sich als ein geschlossenes Curriculum. Vielmehr bieten die Hefte aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Unterrichtsschwerpunkte an; sie erlauben es, unter Verwendung von lokal- und regionalgeschichtlichen Materialien Strukturen und Wirkungsweisen nationalsozialistischer Herrschaft (nicht nur) „vor Ort" erfahrbar werden zu lassen.[2]

Gliederung der Publikationen

Allen Heften ist eine gemeinsame vorgegebene Struktur eigen:

(1) Fallstudie:
Im ersten Teil jedes Heftes wird in die jeweilige Thematik eingeführt. Dies geschieht im Rahmen eines Aufsatzes, der den fachwissenschaftlichen Rahmen absteckt: Aus der Diskussion neuerer Literatur werden die eigenen Fragestellungen entwickelt, die Ergebnisse vorgestellt und in die zu Beginn aufgenommene Debatte eingeordnet. Zugleich werden durch die Fallstudien die in den Materialteilen abgedruckten Quellen in ihrem historischen/lokalen Kontext gestellt. Die Fallstudien stellen also eine inhaltsbezogene Einführung des Lesers in das jeweilige Thema dar.

(2) Didaktische Anmerkungen:
Die Ausführungen im zweiten Teil eines jeden Heftes stellen das Bindeglied dar zwischen der fachwissenschaftlichen Einführung und den Materialien zum Unterricht:

a) Für alle Hefte gilt, daß die didaktische Begründung des Themas sich orientieren muß an vorhandenen Vorgaben, in hessischen Schulen zugelassenen Schulbüchern und an den vorliegenden Lehrplänen.

b) Für die Hefte insgesamt gilt, daß sie nicht auf den Lernbereich „Gesellschaftslehre" oder das Fach „Geschichte" begrenzt bleiben. Vielfältige Beziehungspunkte ermöglichen den Einsatz der Themenhefte auch im fächerübergreifenden Unterricht (z.B.

1) So haben Mitarbeiter/innen des Projektes in den vergangenen Jahren sowohl in universitärer Forschung wie in lokalgeschichtlichen Vorträgen und Publikationen zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor Ort beitragen können (vgl. z.B. D. Heither u.a.: Als jüdische Schülerin entlassen. Kassel 1984, sowie den Beitrag von Bernd Heyl in: 50 Jahre Allmendfeld 1937-1987. Beiträge zur Dorfgeschichte. Hg. vom Magistrat der Stadt Gernsheim/Rhein 1987)

2) In der Schriftreihe des HIBS „Materialien zum Unterricht, Sekundarstufe I (Heft 44. Wiesbaden 1983) ist eine Bibliographie der Literatur nach 1945 zum Thema Nationalsozialismus in Hessen erschienen.

Deutsch, Religion, Ethik).

c) Die Hefte wurden für den Gebrauch in den Sekundarstufen I und II der allgemeinbildenden Schulen konzipiert und sind z.T. auch von spezifischem Interesse für das berufliche Schulwesen (z.B. Bernd Heyls Arbeit über die NS-Agrarpolitik). Sie enthalten keine bereits erprobten Unterrichtseinheiten, wohl aber wurde mit verschiedenen Materialien bereits im Unterricht gearbeitet. Die Methodik forschenden Lernens wird an dem thematisierten Beispiel diskutiert, Erfahrungen werden mitgeteilt.

d) Die Themenhefte verzichten auf eine detaillierte Auflistung der Lernziele. Sie formulieren aber die Intentionen und Erkenntnismöglichkeiten, die sich aus der Beschäftigung mit dem vorgestellten Thema ergeben und sich auf die fachdidaktischen Kategorien „Alltag", „Region", „Lebensweisen", „Tradition", „Mentalitäten" beziehen.

(3) Unterrichtsmaterialien:
Im dritten Teil eines Heftes werden die Materialien gesammelt, die sowohl zum Verständnis der Fallstudien wie zur Behandlung des Themas im Unterricht unerläßlich sind.

- Die Materialien werden entsprechend der Argumentationsstruktur der einleitenden Aufsätze gruppiert. Dies bedeutet, daß sie variabel als Materialeinheit eingesetzt werden können, ohne aus dem Kontext gerissen zu sein.
  Zugleich eröffnet sich für die Lehrerin/den Lehrer die Möglichkeit, aus verschiedenen Themenheften neue Schwerpunkte zu entwickeln, die umfassender oder reduzierter sein können. Die Funktion einzelner Materialteile besteht darin, durch die Auswahl der Materialien eine im Themenheft dargestellte Perspektive auf die Geschichte des Nationalsozialismus zu ermöglichen. Dies bedeutet, daß nicht alle für ein Unterrichtsvorhaben notwendigen Quellen abgedruckt, sondern unter den genannten Kategorien ausgewählt werden. Auf notwendige, für die überregionale Einordnung unerläßliche Quellen wird mit Vermerk auf die am leichtesten zu erreichenden Fundstellen hingewiesen. Nur wo solche Quellen nicht für jedermann gedruckt erreichbar sind (z.B. bei den grundlegenden Gesetzen zur Agrarpolitik), folgt eine Aufnahme in die Materialteile.

- Die Materialteile enthalten Quellen in unterschiedlicher Bearbeitung. Die ungekürzte Wiedergabe exemplarischer Quellen dient nicht nur einer umfassenden Information, sondern ebenso als Angebot, Methoden quellenkritischen Arbeitens zu erlernen.

- Die in den Materialteilen enthaltenen Quellen werden nicht durch Lehrerfragen erschlossen. Diese ergeben sich in der Regel aus den Quellen selbst, aber auch aus der didaktischen Zielsetzung / den Intentionen und den inhaltlichen Bezügen zwischen Materialgruppen und einleitendem Aufsatz.

Die Themenhefte des Projektes „Hessen im Nationalsozialismus" sollen den Charakter von Arbeitsbüchern besitzen. Sie sind keine Sammlung von Rezepten und entheben nicht von der Verpflichtung, den Unterricht selbst zu planen und zu gestalten. Daß das möglichst abwechslungsreich geschieht und eine genügend breite Auswahl an Materialien vorhanden ist, um vielfältige Interessen berücksichtigen zu können, dazu wollen sie behilflich sein.

Alltag im Nationalsozialismus als Unterrichtsthema – ein Wagnis?

Die Ergebnisse des Schülerwettbewerbs zum „Alltag im Nationalsozialismus" belegen, daß Lernende und Lehrende bereit und motiviert sind, historische Arbeit vor Ort zu leisten.[1] Und die Kultusministerkonferenz beschloß am 4. Dezember 1980 eine „Empfehlung zur Behandlung des Widerstandes in der NS-Zeit im Unterricht." Die Kultusminister und -senatoren bestätigten darin die Notwendigkeit, in der Schule „grundlegende Kenntnisse und Einsichten über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu vermitteln". Ziel müsse es sein, „Erinnerungen wachzuhalten", ausreichende „geschichtliche Grundkenntnisse" aufzubauen und das „politische Urteil" zu schärfen (Amtsblatt des Hessischen Kultusministers. Nr. 1/1982, S. 41). Die Frage, warum denn der Unterricht über den Nationalsozialismus so außerordentlich wichtig sei, beantwortete der Hessische Kultusminister Karl Schneider im Februar 1986 in einem Brief an alle Lehrerinnen und Lehrer des Landes Hessen mit dem Hinweis darauf, daß der aktuelle Antisemitismus, die stetig wachsende Ausländerfeindlichkeit und der um sich greifende Rechtsradikalismus „Defizite einer allgemeinen Bildung" erkennen lasse – einer allgemeinen Bildung, die doch „humanitären Ansprüchen" genügen solle.

Die Rahmenbedingungen für alltags- und lokalgeschichtliche Arbeiten sind also gegeben – jetzt ist es an den Lehrenden und Lernenden, sich an die Realisierung heranzuwagen – falls dies nicht bereits geschehen ist.

Zum Schluß sei an dieser Stelle im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere dem wissenschaftlichen Beirat des Projektes „Hessen im Nationalsozialismus", den Herren Dr. Wolf-Arno Kropat, Dr. Alf Lüdtke, Dr. Gunther Mai und Dr. Detlev Peukert, herzlich gedankt, die sich unter großem Zeitaufwand immer bereitfanden, die Arbeit des Projektes mit Rat und Tat zu begleiten.

Volker Fabricius
Horst Steffens

1) Zu den Ergebnissen des Schülerwettbewerbs des Bundespräsidenten vgl. D. Galinski u.a. (Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus. Reinbek 1982, sowie: Alltag im Nationalsozialismus. Die Kriegsjahre in Deutschland. Körber Stiftung. Hamburg 1985.

Einleitung

Angesichts der beinahe nicht mehr überschaubaren Fülle von allgemeinen und regional- bis lokalspezifischen Studien zum Schicksal der deutschen Juden zwischen 1933 und 1945 bedarf die Absicht, eine Darstellung des Wiesbadener Judentums in der fraglichen Zeit zu schreiben, einer erläuternden Vorbemerkung zu der Frage, wie ein wissenschaftliches und didaktisches Interesse an dem Thema „Juden in Wiesbaden (1933-1947)" begründet werden kann. Auf die didaktischen Implikationen werden wir in Kapitel 9 näher eingehen.

Ein „wissenschaftliches Interesse" ließe sich mit zwei Überlegungen verknüpfen:

1. Wiesbaden war als Stätte einer jüdischen Gemeinde auch im nationalen Rahmen ein Ort von beträchtlicher Bedeutung: immerhin „beherbergte" die Kurstadt nach Berlin und Frankfurt – allerdings in beträchtlichem Abstand – die drittgrößte jüdische Gemeinde in Preußen.
2. Zum Schicksal der Wiesbadener Juden nach 1933 gibt es eine kleine, von der Stadt herausgegebene Gedenkbroschüre, (Weg und Schicksal – s. Literaturverzeichnis), ein Begleitheft zu der vom Hessischen Hauptstaatsarchiv gestalteten Ausstellung „Juden in Wiesbaden"[1] sowie die Broschüre eines Förderkreises[2].

Daneben steht das subjektive Interesse der Autoren an der Aufarbeitung jüdischer Vertreibungsgeschichte in Wiesbaden. Beide sind Wiesbadener und haben sich aus Wiesbadener und eigener „Betroffenheit" dem Thema angenähert. Dieser Hinweis mag die methodische Nähe zur Alltags- und Lokalgeschichte andeuten, für die die Subjektivität von Forschungsinteressen immer konstitutiv war. Dies heißt auch: Im Zentrum unseres Interesses stehen die einzelnen und ihr Handeln und Erinnern, die sich aus „Strukturen" allein nicht deuten lassen – so unterschiedlich sind sie. Wir haben versucht, solch individuelle Erfahrungen im Wiesbadener Kontext zu „objektivieren", einerseits durch Verwertung von Ergebnissen neuerer zeitgeschichtlicher Forschung, andererseits durch das Studium der – lückenhaften – Akten, u.a. im Hessischen Hauptstaatsarchiv und im Wiesbadener Stadtarchiv. Die Akten reflektieren in aller Regel die Sicht der „Herrschenden" und bedürfen der „Übersetzung" in die (relative) Wahrheit der Opfer, deren Perspektive durchgängig den darstellenden Teil beherrscht.

Unsere Darstellung beginnt mit den Lebensgeschichten von fünf Wiesbadener Juden. Dem geschilderten Ansatz entsprechend handelt es sich um individuelle Schicksale, deren Träger sich in ganz unterschiedlichen Situationen befanden und sich in ganz unterschiedlicher Weise angesichts des antijüdischen Terrors verhielten. In ihren Lebensläufen verdichten sich auch strukturelle Momente; sie sind entweder am entsprechenden Ort oder in den folgenden stärker systematisch angelegten Kapiteln expliziert. Zur didaktischen Funktion einer solchen biografischen Einführung in die „Geschichte des Wiesbadener Judentums" vgl. unsere Bemerkungen auf S.89.

Um dem Leser die Einordnung der Wiesbadener Lokalhistorie in die allgemeine NS-Geschichte zu erleichtern, ist den jeweiligen Sachkapiteln eine kurze Information zu den Vorgängen auf Reichsebene vorgeschaltet. Dem gleichen Zweck dient auch die Zeittafel auf S. 247.

---

1) Juden in Wiesbaden von der Jahrhundertwende bis zur „Reichskristallnacht" (s. Literaturverzeichnis).
2) Förderkreis „Aktives Museum Deutsch-Jüdischer Geschichte": Begegnungen (Heft 1. Wiesbaden 1988).

1. Wiesbadener Schicksale

a) Siegfried Hallgarten



Siegfried Hallgarten (1932)

Siegfried („Fritz") Hallgarten entstammte einer jüdischen Familie, die seit dem 16. Jh. ihren Wohnsitz in dem Rheingauer Städtchen Winkel hatte[1]. Die Hallgartens waren assimilierte Juden. Sie waren aktive Mitglieder in vielen Winkeler Vereinen, z.B. der Freiwilligen Feuerwehr. Der Vater war Frontsoldat im Ersten Weltkrieg. Wie andere Rheingauer Juden betrieb er einen Weinhandel.

Sein Sohn „Fritz" wurde am 6. Juni 1902 geboren. Fritz erlebte den größten Teil seiner Schulzeit an dem Realgymnasium in Geisenheim; dort machte er Ostern 1922 das Abitur. Danach studierte er Jura an den Universitäten Frankfurt und Heidelberg und trat der schlagenden Verbindung „Kartell Convent deutscher Studenten jüdischen Glaubens" bei[2] – die Mitgliedschaft in einer deutschen Verbindung war Juden verwehrt. Nach seinem Assessorexamen im Jahre 1929 und weiteren Tätigkeiten als Gerichtsassessor beim Amtsgericht Rüdesheim und als Hilfsrichter am Landgericht Frankfurt trat er im Herbst 1930 als Rechtsanwalt in die renommierte Wiesbadener Kanzlei Marxheimer-Weber ein[3], und zwar als Nachfolger von Dr. Alfred A. Landsberg, der als Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung Deutschlands um diese Zeit nach Palästina auswanderte[4]. Kurz nach seiner Niederlassung heiratete Hallgarten die Tochter von Dr. Max Liebmann, gleichfalls Rechtsanwalt und zusammen mit Marxheimer im Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde. Von Oktober 1930 bis Juni 1933 wohnte Hallgarten in der Klopstockstraße 6.

---

1) Alle folgenden Angaben stützen sich auf Interviews der Autoren mit Hallgarten am 13.4.1981 und 9.9.1988, falls andere Fundstellen nicht verzeichnet sind.
2) Siehe hierzu Adolph Asch, Geschichte des K.C. im Lichte der deutschen kulturellen und politischen Entwicklung, London 1964.
3) Justizrat Marxheimer war von 1923 bis 1939 zugleich Vorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde.
4) Landsberg scheint endgültig erst im Juni 1933 nach Palästina ausgewandert zu sein.

Innerhalb der Marxheimer'schen Praxis profilierte sich Hallgarten vor allem in politischen Strafprozessen. So vertrat er in seinem bedeutendsten Prozeß Rechtsanwalt Berthold Guthmann (damals führendes Mitglied im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten – RjF – und später „Rechtskonsulent" der jüdischen Gemeinde Wiesbaden) gegen den späteren NS-Pressechef Dietrich. Er war Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front. Außerdem betätigte er sich im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV). Hallgarten: „Wir Alt-KC'er waren alle im CV tätig. Wir haben uns mindestens jeden Monat einmal getroffen, 10 bis 12 Leute zum Stammtisch im Ratskeller". Er gehörte somit zum Establishment des liberalen, assimilierten Wiesbadener Judentums.

„Fritz" Hallgartens berufliche Tätigkeit war bereits entscheidend eingeengt, noch bevor ihm das preußische Justizministerium am 11.5.1933 offiziell das Vertretungsrecht entzog und wenige Tage später seine Zulassung bei dem Amts- und Landgericht in Wiesbaden widerrief[1]. „Die christlichen Mandanten haben Angst bekommen, zu Juden zu gehen, weil sie beobachtet wurden, weil ihnen gesagt wurde, sie dürfen da nicht hingehen. Oder es wurde beispielsweise verbreitet: 'Wenn du zu Gürten oder zu Pullmann, das waren die beiden führenden NS-Anwälte in Wiesbaden, gehst, dann gewinnst du deinen Prozeß'. Oder Mandanten forderten ihre Akten raus, ohne die fälligen Gebühren zu zahlen". Der Wiesbadener Anwalt-Verein sowie Landgerichtspräsident Bergmann legten am 10. bzw. 11. Mai 1933 ihrem mit Mißgunst betrachteten juristischen Konkurrenten – der jüdische Anteil unter den Rechtsanwälten Wiesbadens (und Preußens) war traditionell hoch[2] – nahe, nicht mehr das Gericht zu betreten, da „nach Mitteilung der hiesigen Kreisleitung" eine „erhebliche Gefahr" besteht, daß „aus der Bevölkerung heraus Unruhen entstehen, wenn jüdische Anwälte über die bisher zugelassene Anzahl hinaus im Gerichtsgebäude erscheinen"[3]. Am 12.6.1933 wurde schließlich auch sein Name aus der amtsgerichtlichen Rechtsanwaltsliste gelöscht (AmtsGerDirektor Wiesbaden – H., 12.6.1933). Dies bedeutete ein faktisches Berufsverbot (Interview H.D. mit Hallgarten, 22.9.1988).

Am 1.7.1933 verließ „Fritz" Hallgarten Deutschland (Interview H.D. mit Hallgarten, 22.9.1988). Die englische Regierung war allerdings nur bereit, ihm eine befristete Aufenthaltsgenehmigung zu gewähren, da er – Folge der deutschen Devisenrestriktionen – nicht über ein Maß an Geldmitteln verfügte, das ihm den Aufbau einer selbständigen Existenz ermöglicht hätte. Die Gewährung der offiziellen Aufenthaltsgenehmigung verzögerte sich bis zum 1.7.1933, nachdem ihm endlich die Devisenbewirtschaftungsstelle des Landesfinanzamtes Kassel 15.000 RM zur Gründung einer neuen beruflichen Existenz zugestanden hatte (Stelle für Devisenbewirtschaftung Frankfurt – H., 23.12.1933).

---

1) Preuss. Justizministerium, i.A. Freisler – Hallgarten, 11.5.1933; ObLandGerPräs. Frankfurt – Hallgarten, 1.6.1933 (wie alle folgenden Dokumente aus dem Privatbesitz Hallgartens).

2) 1933 stellten die Juden 16 % der Rechtsanwälte Preußens – bei einem Bevölkerungsanteil von 0,7 %. Vgl. Kropat, „Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933-1939", in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, (Hg.) Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 1983, S. 416. Wie hoch der Anteil in Wiesbaden war, läßt sich für das Jahr 1933 nicht mehr exakt ermitteln. Trotz der gezielten Berufsverbotspolitik der Nazis waren 1935 aber immerhin noch 15 jüdische Rechtsanwälte und Notare in der Kurstadt tätig. Sie alle waren als Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges von den Berufsverboten nach dem sog. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 zunächst ausgenommen. Vgl. hierzu Jüdisches Adreßbuch der NS-Kreisleitung Wiesbaden 1935, S. 187. Hallgarten charakterisiert die Einstellung seiner nicht-jüdischen Kollegen so: „Die Anwälte haben gehofft, daß die Juden verschwinden werden, weil sie dann mehr verdienen konnten. Sicherlich waren sehr viele Anwälte Antisemiten".

3) Bergmann – H., 11.5.1933; Wiesbadener Anwaltsverein – H., 10.5.1933.

In London gelang es ihm dann relativ rasch, dank der geschäftlichen Verbindung zu seinem Vater in Winkel eine neue berufliche Existenz als Importeur deutscher Weine aufzubauen.

1934 wurde Hallgartens Bruder Otto von der Gestapo verhaftet. „Man hatte versucht festzustellen, daß ich, der ich bereits in London lebte, Gelder ins Ausland geschafft hätte. Man hat nichts gefunden, aber in dem Paß meines Bruders lagen Witze gegen Hitler. Sie wollten wissen, von wem die Witze stammten. Er hat das Mädel aus Oestrich-Winkel nicht verraten. Daraufhin wurde er verhaftet, zunächst in Frankfurt ins Gefängnis geworfen und 1935 nach Esterwegen ins Moor-KZ gebracht" (Hallgarten). Dank väterlicher Bestechungsgelder und der Hilfe eines Wiesbadener Wirtschaftsprüfers konnte er jedoch das Lager nach 9 Monaten verlassen.

„Auswandern" hieß die einzige Lebensperspektive wohlhabender Wiesbadener Juden nach den Nürnberger Gesetzen und den anderen Diskriminierungsgesetzen der Nationalsozialisten, möglichst ins „westliche" Ausland, weniger nach Palästina (Arnsberg, Bd. II, S. 398. Vgl. auch D 23). D 23

Auch Siegfried Hallgartens Eltern gelang noch 1939 dieser Schritt. Max Liebmann, der Schwiegervater (Frontsoldat und Träger verschiedener staatlicher Auszeichnungen) verließ Deutschland, nachdem der NS-Staat 1938 ein generelles Berufsverbot gegen jüdische Rechtsanwälte angeordnet[1] und ihn nach der sog. „Reichskristallnacht" – wie viele andere männliche Juden Wiesbadens auch – in das KZ Buchenwald verschleppt hatte. Die erpreßte Zusicherung, sofort auszureisen, und die Übertragung fast seines ganzen Vermögens auf das Konto der mittlerweile beinahe nur noch mit Auswanderungsangelegenheiten beschäftigten jüdischen Kultusgemeinde Wiesbaden[2] retteten sein Leben.

1) Walk 1981, S. 242; ObLandGerPräs. Frankfurt – Liebmann, 24.10.1938 (Privatbesitz Hallgarten).
2) Vgl. das Schreiben von Arthur Strauss (im Vorstand der Gemeinde) an Liebmann, 22.1.1939: „Laut Eröffnung der Geheimen Staatspolizei wird von jetzt an ein Auswanderungspaß nur dann ausgehändigt, wenn eine dem Vermögen des Auswandernden entsprechende Spende ... eingezahlt oder sichergestellt ist. Wir sind angewiesen, die Spende auch von denjenigen zu erheben, die bereits im Besitze eines Passes, aber noch nicht ausgewandert sind, anderenfalls Meldung bei der Geheimen Staatspolizei zu erfolgen hat". (Slg. Bembenek)

b) Paul Lazarus



Paul Lazarus (1937)

Paul Lazarus wurde am 30.10.1888 in Duisburg als jüngster der vier Söhne des Rabbiners Raphael Lazarus geboren.
Nach dem Tode seiner Eltern wuchs er in Kassel bei seinem Bruder auf, machte dort am Königlichen Friedrichs-Gymnasium das Abitur und studierte anschließend in Breslau, Marburg und Erlangen jüdische Theologie, Geschichte und Philosophie. Er gehörte der deutsch-orientierten jüdischen Burschenschaft Amicitia an.

Wegen seiner kulturellen und nationalen Affinität zu Deutschland – „mein Vater fühlte sich als Deutscher bis zuletzt"[1], so erinnert sich heute seine Tochter – meldete er sich 1916 auch freiwillige als Feldrabbiner zur 11. deutschen Armee nach Mazedonien[2]. „Mein Vater sagte einmal: „Der 1. Weltkrieg war ein schöner Teil meines Lebens". Wir fragten: „Wie kann am Krieg etwas schön sein?". Er antwortete: „Ja, es war schwer und es war traurig, aber das Gefühl, daß man so ganz dazugehört, das habe ich nur im Weltkrieg gehabt".

1918 übernahm Paul Lazarus das Bezirksrabbinat Wiesbaden. Er repräsentierte den Typ des liberalen, weltoffenen Rabbiners, dessen besonderes Interesse der Verknüpfung von Theologie und Philosophie, von aufgeklärter Moderne und jüdischem Traditionalismus galt. Er war Mitbegründer und Dozent des Wiesbadener Lehrhauses und Präsident der „Nassau-Loge"[3] – beides Einrichtungen von besonderer Wichtigkeit für das liberale Judentum.
Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit in Wiesbaden lag im Bereich der jüdischen Wohl-
D2 fahrtspflege (s. D2), deren Bedeutung in dem Maße wuchs, in dem das einst wohlhabende Wiesbadener Judentum (unter ihnen viele Rentner) durch Krieg und Inflation an den Rand der

1) Interview L.B. mit Frau Lazarus-Yafeh am 4.4.1982. Neben diesem Interview bezieht sich die folgende Darstellung auf Lazarus 1949 und Arnsberg, Bd. II, S. 384ff.
2) Etwa 100.000 Juden nahmen auf deutscher Seite am Ersten Weltkrieg teil; davon fielen etwa 10 %, unter ihnen auch 57 Wiesbadener Juden (s. Arnsberg, Bd. II, S. 385).
3) Vgl. Lazarus 1930. Die Loge gehörte der B'nai Brith Organisation an. Diese Logen waren nicht freimaurerisch.

materiellen Existenz gedrängt wurde, und zudem gerade nach dem Ende des Weltkrieges viele verarmte Ostjuden zuwanderten (Arnsberg, Bd. II, S. 390, S. 393). Lazarus' soziale Initiativen, etwa in der jüdischen „Mittelstandsküche" (gegründet 1922), dem jüdischen „Altersheim" (1924) oder dem „Israelitischen Waisenverein", waren zugleich Versuche, Brücken zwischen den divergierenden ideologisch-sozialen Gruppen des Wiesbadener Judentums zu schlagen: In ihnen wurden keine Unterschiede zwischen Ostjuden, den Mitgliedern der orthodoxen „Altisraelitischen Kultusgemeinde" (gegründet 1879) und der assimilierten und liberalen Gemeinde der Synagoge am Michelsberg gemacht.

Der Machtantritt der NSDAP stellte die Gemeinde vor neue Aufgaben, vor allem im Bereich der Kultur- und Wohlfahrtspflege. So halfen eine Beratungsstelle und ein „Katastrophenfonds" in Fällen der nun verstärkten Auswanderung besonders junger Juden, während die zurückbleibenden älteren Wiesbadener Juden immer mehr die jüdische Altersversorgung in Anspruch nehmen mußten (siehe S. 40). Lazarus bemühte sich bereits 1933 um die Gründung einer jüdischen Schule in Wiesbaden. Seine Bemühungen scheiterten an Protesten der Anlieger. Die Schule wurde dennoch 1936 eröffnet (siehe S. 58ff). „Und wie glücklich waren unsere Kinder in jenen Zeiten der Barbarei und des Hasses, in einer Atmosphäre des Friedens und der Ruhe aufzuwachsen und leben zu dürfen", so schrieb er im Rückblick über die neue Schule in der Nähe des Hauptbahnhofs (Lazarus 1949, S. 28).

Lazarus stand zionistischen Ideen grundsätzlich skeptisch gegenüber, doch die bedrängte Lage der Wiesbadener Juden, ihre besonders unter den Jüngeren verstärkte Ausrichtung auf „Erez Israel" ließen auch seine Zweifel schwinden. 1934 reiste er nach Palästina und kehrte beeindruckt zurück. Für ihn selbst kam Auswanderung (noch) nicht in Frage: „Ein Rabbiner muß bis zuletzt bei seiner Gemeinde bleiben" (Interview L.B. mit Eva Lazarus-Y., 4.4.1983). 1939 wanderte er dann doch nach Palästina aus. 1938, kurz vor der Zerstörung der Synagoge am Michelsberg (siehe S. 65ff), war er infolge seiner schweren Zuckerkrankheit vorzeitig pensioniert und nach der Reichspogromnacht wie viele andere Juden kurzzeitig in KZ-„Schutzhaft" genommen worden.

Dennoch bedurfte es großer Überredungskünste Leo Baecks, des Präsidenten der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, um ihn von der Notwendigkeit der Auswanderung zu überzeugen. „Es sind heute sehr viele unter uns, die in dieser Welt ihrer Ideale nur noch nackte Altäre besitzen, weil die Götter der Jugend heruntergestürzt sind", so beschrieb er auch seine persönliche Lage in seiner Abschiedspredigt (Lazarus 1949, S. 31). Und seine Tochter: „So ist mein Vater glücklicherweise ausgewandert, aber es hat ihn immer sehr betroffen, daß er nicht bis zuletzt bei seiner Gemeinde bleiben konnte. Alles, was danach kam, und es war sehr schwer in Israel, war nichts im Vergleich dazu, daß seine ganze Welt kaputt war".

Paul Lazarus starb am 1. Januar 1951 in Haifa.

c) Sally Grosshut



Sally Grosshut (1932)

Sally Grosshut wurde am 16. Juli 1906 als Sohn des ostjüdischen Antiquitätenhändlers Ludwig Mantel, genannt Grosshut, und seiner Ehefrau Rude, geb. Stern, in Wiesbaden geboren. Im Jahre 1900 waren seine Eltern vom damals österreichischen Krakau nach Wiesbaden übergesiedelt.

Die Familie verarmte in den Inflationsjahren 1923-24, und das kleine Geschäft in der Wagemannstraße 27 konnte die Eltern, Sally und noch weitere vier Mädchen nur schlecht ernähren (Sina Grosshut 1987, S. 68). Der hochgebildetete Vater und die wie ein „Arbeitstier" schuftende Mutter (Sina Grosshut) wollten vor allem Sally durch höhere Schulbildung die Chancen zum sozialen Aufstieg und damit zur Integration in das wohlhabendere deutsch-jüdische Milieu eröffnen. Dies war die Hoffnung vieler den Pogromen und der Unterdrückung im Osten entkommener, durch den Weltkrieg entwurzelter, z.T. auf dem Weg in die USA in Deutschland hängengebliebener „Ostjuden" (vgl. hierzu Maurer 1986, S. 57ff). Es waren vor allem die Ostjuden, die die Zielscheibe antisemitischer Propaganda in Wiesbaden bildeten, die aber auch, wie Hallgarten betont (siehe S. 21), das liberale Westjudentum störten, sah dieses doch seinen Assimilationsfortschritt, seine prekäre Heimstatt in dem bürgerlichen Milieu Deutschlands durch die auch in ihrem Aussehen und Habitus andersartigen, proletarisch bis kleinbürgerlichen Ostjuden bedroht (s. D1). Im Osten Deutschlands (Sachsen, Pommern) waren in den 20er Jahren zeitweilig regelrechte „Konzentrationslager" für Ostjuden zur Abschreckung „unerwünschter Ausländer" eingerichtet worden. Die Wiesbadener Stadtobrigkeit begnügte sich damit, Ostjuden polizeilich zu erfassen und gelegentlich abzuschieben, falls sie keine Wohnung nachweisen konnten (siehe hierzu Maurer 1986, S. 370, S. 416ff).

D 1

Nach seinem Abitur an dem Humanistischen Gymnasium Wiesbadens im Jahre 1925 begann Sally Grosshut (wie „Fritz" Hallgarten), Jura zu studieren. Das Studium sollte zugleich helfen, auf Dauer die Existenz der Familie zu sichern. Schon während seiner Schulzeit hatte sich Grosshut auch in Sportvereinen erfolgreich betätigt, so beim Polizeisportverein Wiesbaden. 1926 gründete er – gegen den Widerstand vieler deutsch-jüdischer Wiesbadener – den ausschließlich jüdischen Sportverein Hakoah (siehe S. 51).

Der Grund war möglicherweise die persönliche Attacke eines antisemitischen Mitglieds der

Wiesbadener Schiedsrichtervereinigung[1]. Entscheidend aber dürfte gewesen sein, daß der anschwellende völkische Antisemitismus an der Frankfurter Universtität die Idee einer zum Abbau antisemitischer Vorurteile dienenden überkonfessionellen Sportlergemeinschaft zerstört hatte. Der Sport war aus Grosshuts Sicht ein Mittel jüdischer Identitätsfindung, er sollte überparteilich sein und alle jüdischen politisch-gesellschaftlichen Richtungen integrieren und zugleich das antisemitische Alltagsklischee über den „verweichlichten" Juden widerlegen (s. D4). Die beträchtlichen Erfolge der Handballmannschaft Hakoahs (mit ihrem Spitzenspieler Sally Grosshut) im regionalen Bereich waren eine sichtbare Demonstration dieser sportpolitischen Zielsetzung[2]. D4

Der Dezember 1932 wurde zu einem wichtigen Monat in Sally Grosshuts Leben: Am 21. Dezember promovierte er bei den Professoren Giese und Heller mit einer aufsehenerregenden Dissertation zum Thema „Das polizeiliche Notstandsrecht, Staatsnotwehr und Staatsnotstand"[3]. Zwei Wochen zuvor hatte ihm die Deutsche Sportbehörde (DSB) als erstem Juden in Deutschland die goldene Handball-Ehrennadel verliehen. Entscheidend war aber die Erfahrung, daß das Wiesbadener Polizeipräsidium seinen Antrag auf Einbürgerung mit dem Argument ablehnte, daß Deutschland „keine Juden und Ausländer brauche" (Grosshut, „Schiedsrichter Rissing ...", Einleitung, S. 8). Dies bedeutete praktisch den Ausschluß aus dem Staatsdienst und eine Antizipation der dann folgenden Berufsverbote. Am 1. Januar 1933 vertrat er letztmalig die Farben der Kurstadt in einer städtischen Handballauswahl. Anfang Februar 1933 schloß die DSB Hakoah und dessen gerade geehrtes Mitglied aus ihren Reihen aus (ebda).

Sally Grosshut verdingte sich als „mit Erfolg geprüfter Rechtskandidat" bei dem jüdischen Anwalt Dr. Leo Hary, doch wenige Wochen später erhielt Hary (wie Hallgarten) Berufsverbot: Auch Grosshut stand nun ohne Einkünfte auf der Straße, zumal auch das Einkommen der Familie ab 1933 weit unter dem Existenzminimum blieb. Es folgte der physische Terror: Am 22. April ermordeten SA-Männer Salomon Rosenstrauch, den Vater seiner Verlobten Sina (s. D5), in dessen Geschäft in der Wilhelmstraße 20 (siehe hierzu auch die irreführenden Meldungen in der Frankfurter Zeitung und dem Wiesbadener Tagblatt, 24.4.1933). D5

Als auch ihnen die Verhaftung drohte, beschlossen Sina und Sally Grosshut, nach Palästina auszuwandern (Sina Grosshut 1987, S. 45). Sallys ostjüdische Familie blieb in Wiesbaden. Der Vater, Ludwig Grosshut, wurde im Sommer nach der Denunziation eines „alten Kämpfers" verhaftet: Er sollte den „Führer" beleidigt haben. Die SA-Leute machten sich einen Spaß daraus, die imposante Gestalt zu demütigen: In einem Schubkarren mußte der Mann seinen mit einer Jüdin verheirateten Freund, dem ein Schild mit der Aufschrift „Rasseschänder" umgehängt war, durch Straßen der Altstadt schieben (ebda, S. 69). Anschließend kamen beide in „Schutzhaft". Im darauffolgenden Jahr starb Ludwig Grosshut, ohnehin schon herzkrank, an den Folgen der Mißhandlungen. Seine Mutter und seine Schwester Irma wurden als „Ostjuden" nach einer nächtlichen Razzia am 28. Oktober 1938 mit ca. 300 Wiesbadener Juden polnischer Staatsbürgerschaft, Kinder, Greise, Schwangere eingeschlossen, in Züge „verfrachtet" und über die polnische Grenze „abgeschoben" (siehe S. 66f). Sie wurden in Majdanek ermordet. Auch alle anderen Wiesbadener Verwandten Grosshuts, mit Ausnahme des Schwagers Sally Kahn und seiner Ehefrau, denen nach der Reichspogromnacht und KZ-Haft die Auswanderung nach Schweden gelang (siehe S.68f), wurden Mordopfer des Holocaust.

Sally Grosshut starb am 7. Oktober 1969 in den USA.

---

1) Vgl. hierzu Sally Grosshuts autobiographische Erzählung „Schiedsrichter Rissing leitet ein Spiel", S. 23.
2) S. dazu Grosshut, „Schiedsrichter Rissing ..." sowie die laufende Sportberichterstattung in der JWZ.
3) Teile der Dissertation erschienen im Vorabdruck in der Württembergischen Zeitschrift für Verwaltungspflege (s. Literaturverzeichnis).

d) Anita Lippert, geb. Fried



Anita Lippert, geb. Fried (1941)

Als den Nazis in Deutschland die Macht übertragen wurde, war Anita Fried 1 1/2 Jahre alt. Ihr Vater, ein „sehr korrekter Mann", Frontkämpfer, Träger des Eisernen Kreuzes im Ersten Weltkrieg, betrieb ein Kolonialwarengeschäft in Nordenstadt vor den Toren Wiesbadens, versorgte aber auch auswärts im „Ländchen" seine Kunden mit Hilfe seines Seitenwagen-Motorrads.[1] Ihre Mutter war Christin, trat aber 1929 zum jüdischen Glauben über. Auch die Tochter wurde „jüdisch", aber nicht streng orthodox erzogen.

Ihre Erinnerungen beginnen mit ihrer Schulzeit, die sie an der 1936 gegründeten jüdischen Schule in der Mainzerstraße in Wiesbaden verbrachte (siehe S. 58ff). Eine entscheidende psychologische Erfahrung für sie und ihre Familie (und darüber hinaus für das gesamte Wiesbadener Judentum) war die Reichspogromnacht:

> „Ich habe mittags geschlafen und auf einmal holte mich meine Mutter aus dem Bett, und da war ein Randalieren, und unten haben sie das ganze Geschäft vollkommen auf den Kopf gestellt. Im wahrsten Sinne des Wortes, die Regale einfach auf den Kopf gestellt. Da lagen die Heringe mit den Rosinen zusammen und der Kaffee mit dem Salmiakgeist und dem Maggi, der war ja damals noch zum Abfüllen. Und mein Vater, der hatte sich im Feld versteckt. Meine Mutter war mit meiner alten Oma und meiner Tante und mir allein im Haus, und die Leute kamen rein – ich kann mich an die Gesichter nicht mehr erinnern, aber es waren keine Nordenstädter. Und die wollten dann auch noch hoch zu uns, denn das Wohnhaus war ein Stockwerk höher, und da konnten sie nicht durch, da haben sie die Scheiben eingeschlagen. Da stand meiner Mutter Nähmaschine im Gang, die haben sie einfach gerade raus in den Garten geworfen. Aber angefaßt haben sie uns nicht. ... Am nächsten Tag haben sie meinen Vater abgeholt. Sie sind erst nach Frankfurt in die Festhalle gekommen und dann aufgeteilt worden nach Dachau oder Buchenwald. Mein Vater war sehr lange in Dachau gewesen. Er kam frei, weil meine Mutter erklärt hat, daß wir sofort auswandern würden. Das hat dann nicht geklappt, weil uns die Bürgschaften aus den USA fehlten. Aber so kam er wenigstens nach Hause, mit einer großen Kopfplatzwunde. Er hat dann eine Weile hier im Krankenhaus gelegen. Das Geschäft mußte aufgegeben werden. Das Motorrad haben sie konfisziert."

1) Die folgende Darstellung basiert auf Interviews der Autoren mit Frau Lippert am 11.9.1985 und 18.8.1987.

Nach der Rückkehr des Vaters mußte die Familie, die durch die Beschlagnahme des Geldvermögens praktisch mittellos geworden war, das Haus weit unter dem Verkehrswert verkaufen und in eine kleine Wohnung in der Wiesbadener Kirchgasse umziehen. 1942 zogen sie auf Geheiß der Gestapo in die Kapellenstraße und 1943 in die Heiligenbornstraße – beide Male in ein sog. „Judenhaus" (siehe S. 71f). Während die Mutter in einem Rüstungsbetrieb in der Waldstraße (Fa. Söhngen) beschäftigt war, verrichtete der Vater schwere Zwangsarbeit im Straßenbau. Außerdem wurde er gezwungen, als Totengräber zu fungieren und nach den großen Deportationszügen im Jahre 1942 diejenigen Juden zu beerdigen, die den Freitod der drohenden „Evakuierung" in den Osten vorzogen. Seine Tochter, damals 11 Jahre alt, half ihm dabei.

Die Kriegszeit erlebte Anita als eine endlose Folge alltäglicher Diskriminierungen und rigoroser Beschneidung von Lebensmöglichkeiten (siehe S. 70f). Von den Deportationen des Jahres 1942, die aus Wiesbaden fast eine „judenfreie" Stadt machten, blieb sie zunächst dank des rassistischen „Mischehen"-Status ihrer Eltern verschont. Erst am 14.2.1945 wurde sie zusammen mit ihrem Vater nach Theresienstadt deportiert. Es war die letzte Deportation Wiesbadener Juden. „Unsere Mütter standen am Bahnhof und wollten mit. Sie haben darum gebeten. Aber sie durften nicht, weil sie Christen waren." Am 5.5.1945 wurden sie und ihr Vater von der Roten Armee befreit.

Ludwig Fried war einer der ganz wenigen Wiesbadener Juden, die das KZ-Inferno überlebten und in die Kurstadt zurückkehrten. Wahrscheinlich hätte er es nicht getan, wenn seine Ehefrau nicht dort geblieben wäre. So gehörte er zu den ersten Mitgliedern der im Sommer 1945 neugegründeten und im wesentlichen von US-amerikanischen Geldern und UN-Hilfe getragenen jüdischen Gemeinde Wiesbadens (siehe S. 78ff). Die meisten Mitglieder der neuen Gemeinde waren osteuropäische Juden, die Wiesbaden nur als eine Zwischenstation auf dem Weg in das Zielland USA betrachteten. Auch Anita Fried verließ bald ihre Heimatstadt und emigrierte 1947 in die USA.
Heute lebt sie wieder in Wiesbaden.

e) Mischa Rosenberg



Mischa Rosenberg mit Schwester (1934)

Mischon (Mischa) Rosenberg wurde am 2.2.1919 als Sohn Jakob S. Rosenbergs in Bierstadt, einem Vorort Wiesbadens, geboren.[1] Jakob Rosenberg (geb. 1876) war im Jahre 1900 aus der Bukowina nach Bierstadt gekommen und war der einzige Ostjude in dieser kleinen jüdischen Gemeinde, zu der auch noch die ländlichen Gemeinden Erbenheim und Igstadt gehörten. Er wurde deren Kantor und Religionslehrer – Tätigkeiten, für die er noch bis 1933 von der Gemeindeverwaltung Bierstadts bezahlt wurde. Er war auch als Schlächter ausgebildet, aber die Orthodoxen Wiesbadens hinderten ihn, den Nicht-Orthodoxen, an der Ausübung dieses rituellen Berufs; immerhin „durfte" er aber für das Pesach-Fest besonders koschere Lebensmittel besorgen. Die Tätigkeit, die ihn jedoch weit über die Grenzen Bierstadts und Wiesbadens hinaus bekannt machte, war sein Engagement für die zionistische Sache.

„Erez Israel" war auch sein persönliches Emigrationsziel gewesen, als er um die Jahrhundertwende seine Heimat in der Bukowina verlassen hatte, doch dann blieb er in Bierstadt. Er wurde Mitbegründer der Ortsgruppen der Zionistischen Vereinigung, des Verbandes der Ostjuden und des zionistischen Jugendbundes „Blau-Weiß", hielt Vorträge über Palästina und sammelte unermüdlich Geld für den Nationalfond der Zionistischen Vereinigung, kurz: Er war, wie es Arnsberg ausdrückt, die „Seele der zionistischen Arbeit" im Raume Wiesbaden (Arnsberg, Bd. II, S. 392).
Sein Sohn besuchte vier Jahre lang die Volksschule in Bierstadt. Für seine jugendlichen Altersgenossen war er zwar ein „Jude", aber antisemitischen Angriffen war er von ihrer Seite in den Zwanziger Jahren noch nicht ausgesetzt, allenfalls kleinen Hänseleien – „Sag' doch mal 'Jesus', so forderten sie mich auf, aber ich weigerte mich, weil ich dachte, es sei eine Todsünde". Spuren eines rabiaten Antisemitismus lernte er erst kennen, als er in die Sexta der Wiesbadener Oranienschule, eines Realgymnasiums, eintrat (ab Frühjahr 1930). Noch schlimmer wurde es nach 1933. „Jud, geh nach Palästina", so riefen die Bierstädter Gassenjungen. „Auf dem Weg nach Hause am Sabbat mußte ich immer am Hause eines Erz-Nazis auf der Bierstädter Höhe vorbei. Jeden Sabbat hat mir der Sohn, ein Mitschüler, aufgelauert, um mich zu

1) Die Darstellung beruht auf mehreren Interviews von L.B. mit Mischa Rosenberg von 1982 bis 1986 in Israel; diesen Interviews sind auch die folgenden Zitate entnommen.

verprügeln. Einmal zerbrach er mir meine Brille. Das war immer ein Spießrutenlaufen." Auch in der Schule erlebte er unangenehme Situationen.

> „Ich erinnere mich, wie wir alle im Schulhof antreten mußten und alle 'Heil Hitler!' machten. Ich wußte nicht, was soll ich tun. Ich durfte bei den Appellen in der Klasse bleiben, damit ich nicht der einzige war, der den Arm nicht hochnimmt. In der Klasse gab es verschiedene Reaktionen. Direkt habe ich nicht gelitten, aber an manchen Bemerkungen. Ich war ein guter Sportler und das hat mir Anerkennung verschafft. Es gab Lehrer, die waren liberal, andere mehr Nazis, meistens die schlechteren. Die Schulleitung hat nur getan, was sie mußte. Kaiser war mein Lieblingslehrer[1]. Ich hatte leider nur Turnunterricht bei ihm. ... Er war Deutschnationaler, aber nie Antisemit. ... Dr. Wagner war der erste, der mit dem Nazizeichen erschien."

Seine Freizeitaktivitäten spielten sich fast nur noch im jüdischen Milieu ab. Nachdem er aus dem Turnverein Bierstadt austreten mußte, schloß er sich dem „Schild" an (siehe S. 50ff), dem einzig zugelassenen jüdischen Sportverein, verließ ihn aber nach kurzer Zeit wegen dessen antizionistischer Ausrichtung. Ansonsten war seine Freizeit ausgefüllt mit Aktivitäten in dem Jugendbund des orthodoxen-zionistischen Misrachi (Brith Hamoar), der eng mit der zionistischen Ortsgruppe verbunden war (Lazarus 1949, S. 26f; siehe auch S. 47). „Ich erinnere mich noch heute mit Begeisterung an diese Zeit", sagte Mischa Rosenberg 1984:

> „Ich war religiös und zionistisch zugleich. Für mich bestand die Frage, bin ich näher den religiösen Zionisten oder den zionistischen Religiösen. ... Wir hatten heiße Diskussionsabende zwischen religiösen Anti-Zionisten und religiösen Zionisten. Solange es möglich war, sind wir mit Kluft und Wandertaschen, sogar mit Schulterriemen heraus. Einmal trafen wir eine HJ-Gruppe, die uns diese Dinge abnahm. Ich hatte mich deshalb danach beschwert und die Sachen wieder zurückbekommen."

Zu Ostern 1936 verließ Mischa Rosenberg die Oranienschule mit der Obersekundareife. Der Entschluß, nach Palästina zu gehen, stand fest: „Da ich zionistisch aufgewachsen war, war mein Verbleib in Deutschland nur eine Frage der Zeit". Noch aber blieb er in Deutschland; es galt, eine Ausbildung abzuschließen. Für ein paar Monate besuchte er, der religiös aufgewachsene Junge, die Talmud-Thora-Anstalt in Mainz, anschließend – schon als praktische Vorbereitung auf Palästina – versuchte er, eine Gärtnereiausbildung in Wiesbaden (Gärtnerei Göring) abzuschließen.

Nach einem Jahr mußte er sie aufgrund des Ausbildungsverbots wieder abbrechen. Danach, ab Herbst 1937, besuchte er die jüdische Lehrerbildungsanstalt in Würzburg (hierzu siehe auch S. 61, Anm. 1). Ein Beispiel alltäglicher Diskriminierung aus seiner Würzburger Zeit:

> „Wir lasen 'Faust' und beschlossen, ihn im Theater zu sehen. Als wir hingingen, sahen wir: 'Juden Eintritt verboten'. Das ist ein typisches Beispiel für die jüdische Jugend, die in deutscher Kultur aufwächst, für die 'Faust' etwas Großes ist, die in ihrer Freizeit ihn mit verteilten Rollen liest und zum Theater kommt: 'Juden verboten'."

Die Würzburger Anstalt wurde nach der Reichspogromnacht geschlossen. Die Betroffenheit über dieses Ereignis, dem zu Hause in Bierstadt auch seine Familie zum Opfer fiel – auch sein Vater wurde für einige Wochen in ein Konzentrationslager verschleppt (siehe S. 68) –, beendete abrupt die Phase des Überlegens über den geeigneten Zeitpunkt der Emigration. Am

1) Dr. Herrmann Kaiser – im Weltkrieg Hauptmann im Generalstab des Heeres – wurde als Mitverschwörer des 20. Juli 1944 hingerichtet.

30.4.1939 verließ Mischa Rosenberg Wiesbaden; es war ihm trotz der Einwanderungsbeschränkungen gelungen, noch ein Visum nach Palästina zu bekommen. Die bescheidenen finanziellen Mittel der Rosenbergs ließen es nicht zu, daß auch die Eltern und die Schwester Lea auswandern konnten. Sie mußten zurückbleiben.

Im Januar 1947 erreichte eine Nachricht Jack Matzners, des Rabbiners der neuen jüdischen Gemeinde Wiesbaden, den in Jerusalem lebenden Mischa Rosenberg: „Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen keine gute Nachricht geben. Laut gefundener Kartei wurde Lea Rosenberg, geboren am 6.2.1922 in Bierstadt, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, Nerostraße 10, am 10.6.1942 nach dem Osten deportiert. Ihr Vater und auch Ihre Mutter, beide Menschen, die mir seit Jahrzehnten gut bekannt waren, wurden von diesem Los nicht verschont. Beide wurden am 1.9.1942 ebenfalls deportiert" (Matzner-Mischa R., 6.1.1947; aus privater Hand).

Mischa Rosenberg starb am 4.7.1986 in Jerusalem, zwei Jahre, nachdem ihm für seine Verdienste um die deutsch-israelischen Beziehungen das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde.

2. Zur Struktur des Wiesbadener Judentums vor 1933

Einleitung

1910 lebten in Deutschland ca. 535.000 Juden, 1925 564.400, im Januar 1933 525.000. Mehr als zwei Drittel wohnten in Großstädten, ein Drittel allein in Berlin. Ungefähr 100.000 „Landjuden" lebten in Orten von weniger als 20.000 Einwohnern. In den 20er Jahren malten jüdische Demographen die Gefahr eines „Untergangs" des deutschen Judentums an die Wand. Die Abnahme des deutsch-jüdischen Bevölkerungsanteils war ein bereits seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jhs. andauernder Prozeß. Der Rückgang der Geburtenraten resultierte vor allem aus der zunehmenden Auswanderung der Jüngeren – die Folgen waren Überalterung und sinkende Kinderzahlen. Die Zuwanderung ostjüdischer Menschen konnte diesen Rückgang nur teilweise kompensieren. Die jüdische Berufsstruktur hatte sich seit dem 19. Jh. kaum verändert. Mehr als 60 % aller Erwerbstätigen waren im Sektor Handel und Verkehr konzentriert. Hinzu trat eine wachsende Zahl jüdischer Freiberufler, vor allem Rechtsanwälte und Ärzte. In einigen Branchen waren Juden überproportional vertreten, so etwa im Viehhandel, in der Konfektions- und Schuhbranche oder auch innerhalb der erwähnten Freiberufe. Die lokale Konzentration solcher Berufe bot der NSDAP und der schon vor 1933 einsetzenden Boykott-Bewegung zahlreiche Angriffspunkte.

Um 1930 lebten etwa 3.200 Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Abstammung in Wiesbaden (Lilienthal 1938, S. 23). Die Entwicklung des jüdischen Bevölkerungsanteils verdeutlicht die Statistik[1].

Jahr	Bevölkerung Wiesbadens[2]	davon Juden[3]	%
1880	50.238	1.202	2,4
1885	55.454	1.370	2,5
1890	64.567	1.537	2,4
1895	74.133	1.719	2,3
1900	86.111	2.109	2,5
1905	100.953	2.651	2,6
1910	109.002	2.744	2,5
1925	102.737	3.088	3,0
1933	159.755	2.713	1,7
1939	165.646	1.232	0,7
1942 (31.1.)			

Bis Anfang der zwanziger Jahre lag der jüdische Bevölkerungsanteil konstant bei ca. 2,5 %. Die quantitative Zunahme bis zum Jahre 1925 ist wohl hauptsächlich auf die ostjüdische Zuwanderung zurückzuführen.

Die relative Abnahme in den Jahren danach erklärt sich aus den allgemeinen demographischen Einflußfaktoren (s. Kapiteleinleitung). Sie war außerdem eine Folge der wirtschaftlichen Krise vor 1933 bzw. der veränderten politischen Verhältnisse nach 1933 und des durch beide Entwicklungen ausgelösten Abwanderungssogs[4].

1) Zusammengestellt nach Arnsberg, Bd. II, S. 385 sowie einer Aufstellung des Statistischen Amts der Stadt Wiesbaden vom 21.4.1942. StAW, A VIa 20.
2) Nach dem jeweiligen Gebietsstand.
3) Für die Jahre 1880 bis 1939 sind nur sog. „Glaubensjuden" (Mitglieder einer jüdischen Gemeinde) erfaßt, aber nicht alle Menschen jüdischer Abstammung. Dies erklärt die Diskrepanz zu der Angabe im Eingangssatz zu diesem Kapitel.
4) Siehe hierzu eine Aufstellung des Statistischen Amts der Stadt Wiesbaden, 20.10.1934, StAW, A VIa 20.



Die ostjüdische Familie Licht aus Wiesbaden (1917)

„Die Inländer stellen die Steuerzahler und Ältesten, die Ausländer haben die Kinder und heranwachsende Jugend", so kommentierte die Jüdische Wochenzeitung am 20.9.1929 die demographischen und sozialstrukturellen Verhältnisse innerhalb der Wiesbadener Judenheit. Damit waren grob die Grenzen zwischen eingesessenen, deutschen, assimilierten Juden und den zugewanderten „Ausländern" aus dem Osten gezogen: Erstere setzten sich aus den vielen Rentnern, die während der Inflation verarmt waren, sowie den „Steuerzahlern", d.h. vor allem den wohlhabenden Geschäftsleuten, Unternehmern und freien Berufen zusammen; unter letzteren fanden sich die kinderreichen, in der Krise häufig verarmten ostjüdischen „Verwandten", die es mal zum Textilvertreter, seltener zum ladenbesitzenden Mittelständler gebracht hatten. Die Sprache verrät die Sorge vor der drohenden Majorisierung der quasi-etablierten „Westjuden" durch die nur oberflächlich tolerierten „Ausländer", die etwa im Jahre 1925 mehr als ein Drittel des gesamten Wiesbadener Judentums ausmachten[1].

„Fritz" Hallgarten beschreibt die Spuren dieses „innerjüdischen Antisemitismus":

> „Die alteingesessenen Juden hatten eine sehr komische Einstellung. Wer nicht gut Deutsch sprach, der wurde von ihnen über die Schulter angesehen, der war ihnen nicht gut genug erzogen. Es hat ein gewisser Abstand bestanden. Die Leute sind ja auch in einen besonderen Gottesdienst gegangen, haben sich auch nicht mit den bestehenden Gemeinden vereint. Es war keine Spannung, aber es war auch kein soziales Zusammenleben. Es war verschiedene Erziehung, ver-

1) Maurer 1986, S. 76. Danach lebten in diesem Jahr 1.098 Ostjuden in Wiesbaden – bei einer gesamtjüdischen Population von 3.088.

schiedene Herkunft. Ich hatte verschiedene ostjüdische Klienten in meiner Praxis. Ich habe aber nie mit ihnen ein Restaurant besucht oder eine Tasse Kaffee getrunken."[1]

Der hier den Ostjuden unterstellte fehlende Wille zur Integration in die „bestehenden Gemeinden" bezieht sich auf die Tatsache, daß es in Wiesbaden zwei jüdische Gemeinden gab: einmal die jüdische Hauptgemeinde, die in den 20er und 30er Jahren von Justizrat Moritz Marxheimer geleitet wurde[2] und mit der Synagoge am Michelsberg über ein prächtiges Zentrum religiösen Lebens verfügte[3]; zum anderen die orthodoxe, 1876 gegründete „Austrittsgemeinde" mit ihrer Synagoge in der Friedrichstraße[4].



Barmitzwah-Feier im etablierten Wiesbadener Judentum (Anfang der 30er Jahre)

1) Interview L.B. mit Hallgarten, 13.4.1983. Hallgarten heute: „Ich habe heute kein Verständnis für unser und mein eigenes Verhalten. Es war ein korrektes Verhalten, aber geradezu unfreundlich" – (Mitteilung an H.D., 2.10.1989).
2) Weitere Vorstandsmitglieder (u.a.): Adolf Blumenthal, Dr. Georg Goldberg, Berthold Guthmann, Dr. Alfred A. Landsberg. Vgl. hierzu Lazarus 1949, S. 10f.
3) Weg und Schicksal. Aus der Geschichte der Wiesbadener Juden, S. 9; Arnsberg, Bd. II, S. 388.
4) Ebda. Dem Vorstand der „Austrittsgemeinde" gehörten an: Rechtsanwalt Dr. M. Sulzberger, F. Goldschmidt, Berthold Kahn. Rabbiner: Dr. Leo Kahn (bis 1925), Dr. Jonas Ansbacher (bis 1938; s. Arnsberg, Bd. II, S. 390, 392).

Die Ostjuden Wiesbadens, die zumeist aus einem streng frommen Milieu kamen und allgemein eher der orthodoxen Richtung des Judentums zuneigten, wurden formell Mitglieder der Hauptgemeinde. Die Gründe waren zum einen, daß die Ostjuden prinzipiell durchaus die Einheit des Judentums bejahten, was zum anderen die Folge hatte, daß die Hauptgemeinde mit Zuschüssen das Betreiben der drei von Ostjuden besuchten Bethäuser ermöglichte (Lazarus 1949, S. 15).

Die besondere Lage der ostjüdischen Zuwanderer – ihre politische Entrechtung (erst 1929 erhielten sie das Wahlrecht für den Gemeindevorstand (Lazarus 1949, S. 27)), die bereits erwähnte polizeiliche Sondererfassung, die Ausweisungsdrohung[1], die ambivalente Haltung der eingesessenen Juden, die materiellen Existenzprobleme, der, wie Sally Grosshut es nannte, „huldvolle Antisemitismus" des Wiesbadener Bürgertums (Grosshut, „Schiedsrichter Rissing ...", Einleitung), dem sich vor allem ab 1929 der brutale Antisemitismus der Wiesbadener Nazis, die gerade in den Ostjuden eine geeignte Zielscheibe sahen, hinzugesellte – all dies bestärkte den Wunsch nach größerer organisatorischer Selbständigkeit zur besseren Durchsetzung ihrer Rechte. Die Ostjuden organisierten sich in der Ostjüdischen Vereinigung (s. D2; Lazarus1949, S. 27) und verschafften auch der zionistischen Ortsgruppe Wiesbaden, die bereits seit 1900 bestand und bis zum Ersten Weltkrieg nur eine unbedeutende Rolle gespielt hatte, Zulauf (ebda, S. 26). Besonders unter den jüngeren Ostjuden war die Palästina-Idee attraktiv (siehe S. 46f). D2

Trotz aller Heterogenität des Wiesbadener Judentums gab es Versuche, die Spaltung zu überwinden. So waren in dem Vorstand der Hauptgemeinde alle Richtungen vertreten (Lazarus 1949, S. 11, S. 27). Auch die jüdische Wohlfahrtspflege inmitten der alle, auch Teile der deutschen Juden, treffenden Wirtschaftskrise dürfte integrierenden Einfluß ausgeübt haben (ebda, S. 21f; siehe auch D2). Doch waren dies offizielle Bemühungen, etwas, was man tun mußte – schließlich handelte es sich um „ungleiche Geschwister einer Familie" (Maurer) – die innere Distanz zu den „Ausländern" blieb dadurch unaufgehoben. In der Gemeindepolitik gaben die Organisationen der bereits assimilierten Juden den Ton an – etwa die Ortsgruppen des CV, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und der Jüdisch-Liberalen Vereinigung, deren Leitungen überdies auch personell eng miteinander verschränkt waren[2]. D2

Spätestens ab 1929 stellte sich die Frage, wie das zerrissene Wiesbadener Judentum auf die bedrohliche Zunahme nationalsozialistischer Agitation und Wahlerfolge reagieren würde.

Am 17.11. 1929 erzielte die NSDAP bei den Kommunalwahlen einen Stimmenanteil von 16,1 % (= ca. 13.000 Wähler). Wenige Monate später, bei den Reichstagswahlen des Jahres 1930, war sie bereits stärkste Wiesbadener Partei (Söngen 1983, S. 115).

---

1) Wieviele Ostjuden ausgewiesen wurden, konnte nicht ermittelt werden. Maurer schildert einen Fall (vgl. ebda., S. 370). Der Aktenband 403/123 im Hessischen Hauptstaatsarchiv enthält weiteres Material zu den polizeilichen Maßnahmen gegen Ostjuden in Wiesbaden.

2) S. Lazarus 1949, S. 24f. Beispiele für die personelle Verschränkung: B. Guthmann und Dr. Georg Goldberg waren führende Persönlichkeiten im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und in der Jüdisch-Liberalen Vereinigung (Goldberg); beide waren gleichzeitig auch im Vorstand der Kultusgemeinde (Lazarus 1949, S. 11).

Wahlergebnisse in Wiesbaden 1924 bis 1933 (in %)

	NSDAP	DNVP	DVP	DDP	Zentrum Staatspartei	SPD	KPD
Reichstag 7.12.1924	0,5	9,8	21,4	14,9	14,9	28,9	5,6
Stadtverord. 20.5.1928	8,1	5,1	15,3	6,8	10,9	28,9	12,3
Reichstag 20.5.1928	8,8	5,6	15,4	7,1	11,0	28,3	10,8
Stadtverordn. 17.11.1929	16,1	5,3	31,2	—	11,6	24,2	10,9
Reichstag 14.9.1930	27,4	2,9	10,6	4,3	9,9	22,6	12,7
Landtag 24.4.1932	40,0	3,6	4,9	3,2	11,1	20,5	11,7
Reichstag 31.7.1932	43,4	3,9	3,0	1,3	12,1	21,6	12,4
Reichstag 6.11.1932	36,5	6,9	5,8	2,2	10,6	19,7	15,7
Reichstag 5.3.1933	46,2	8,0	2,6	2,3	10,1	17,7	12,0
Stadtverordn. 12.3.1933	48,5	10,6	—	2,7	9,9	16,8	9,7

(Die kleineren Parteien sind in der Statistik nicht berücksichtigt.)

Der Aufstieg der NSDAP im Wiesbadener Raum ist in einer jüngeren, unpublizierten Arbeit genauer untersucht worden und soll an dieser Stelle nicht näher analysiert werden (vgl. Söngen 1983). Auch wenn der Autor einige Aspekte der NS-Erfolge nur eher beiläufig behandelt – etwa die milde bis wohlwollende Tolerierung verschiedener NS-Aktivitäten durch die Wiesbadener Stadtverwaltung und die Polizei –, so dürfte sein zentraler Erklärungsansatz zutreffend sein:

> „Für den seit 1927 nicht mehr unterbrochenen Aufstieg der NSDAP (in Wiesbaden) dürfte der soziologische Zuschnitt der Bevölkerung den Ausschlag gegeben haben, der in seinem ... evangelisch-bürgerlichen Profil genau diejenigen Faktoren vereinigte, die von der wahlhistorischen Forschung seit langem als die günstigsten Ausgangsbedingungen für nationalsozialistische Erfolge identifiziert worden sind" (ebda, S. 186).

Freilich bedürfte eine soziologische Deutung der Wiesbadener NS-Erfolge genauerer Differenzierung. Immerhin lassen sich aber folgende Plausibilitätsaussagen treffen: Das seit dem Aufstieg Wiesbadens zur wilhelminischen „Musterstadt" das politische und gesellschaftliche Klima der Kurstadt dominierende gehobene Bürgertum, insbesondere die unverhältnismäßig breite

Schicht der „Rentiers" (wohlhabende Pensionäre, Bezieher von Kapitaleinkünften usw.)[1], geriet infolge des Krieges, der Revolution 1918/19, der Inflation und der Besatzung durch englische und französische Truppen in eine tiefe materielle Krise. Die relative Verarmung dieser Schicht sowie das Fehlen eines spezifischen, ideologisch „gefestigten" Traditionsmilieus – wie es sich etwa für die katholisch-sozialdemokratisch geprägte Nachbarstadt Mainz, in der die NSDAP kaum Zulauf erhielt, nachweisen läßt – begünstigten sicherlich die Erfolge der Partei.

In der NS-Presse der späten 20er Jahre war die Hetze gegen „die" Juden ein Dauerthema. Eine besondere, anti-jüdische Affekte befriedigende Zielscheibe waren die Ostjuden und deren angeblich unlauteren „galizischen Geschäftsmethoden", eine andere die zahlreichen jüdischen Metzgereien Wiesbadens (s. D3). D 3

Wie war die Gegenwehr der Wiesbadener Juden? Kennzeichnend für das ambivalente Verhältnis zwischen Ost- und Westjuden war die Tatsache, daß die Jüdische Wochenzeitung zweimal im Jahre 1929 einen Aufruf zur Solidarität mit den von der NS-Presse verfolgten ostjüdischen „Brüdern und Schwestern" veröffentlichen mußte (JWZ 12.4.1929, Nr. 15; 19.4.1929, Nr. 26). Ansonsten war die Reaktion auf den NS-Terror eher defensiv. „Nein, das Wichtigste war, ruhig zu leben, weder nach der einen noch nach der anderen Seite auffallen. Wir wollten ja nicht die Aufmerksamkeit der anderen auf uns ziehen", so resümiert Hallgarten heute die Haltung der assimilierten Wiesbadener Juden[2]. „Die andere Seite" – dies waren die politische Linke und ihre „Kampfbünde" in der Kurstadt, denen die Assimilierten in bourgeoiser Distanz gegenüberstanden, obwohl eine Minderheit durchaus sozialdemokratisch *wählte*. Aber zu einem wirklich offensiven politischen Bündnis mit den Parteien der freilich in sich zerstrittenen Linken oder dem Zentrum, der einzigen relevanten Kraft der bürgerlichen Mitte, ist es nicht gekommen. Der reichsweite Zerfall der Deutschen Demokratischen Partei, der die meisten assimilierten Juden zuneigten, beraubte die Juden eines potentiellen politischen Rückhalts. Was blieb? Zwar wird von Schlägereien und Versammlungsstörungen berichtet – vor allem Mitglieder des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten (RjF) waren hierin verwickelt[3] –, doch dies waren isolierte Aktionen. Ansonsten veranstaltete die Ortsgruppe des Centralvereins (CV) einige Vortragsabende in der Synagoge am Michelsberg und lud christliche Mitbürger hierzu ein. Die Resonanz war begrenzt: „Diejenigen, die keine Antisemiten waren, sind gekommen. ... Die anderen waren nicht da", erinnert sich Hallgarten. Daneben organisierte der Vorstand des CV noch inoffizielle Sammlungen für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bzw. die Eiserne Front. „Vor der Wahl im September 1932 haben wir für die Eiserne Front und das Reichsbanner mehrere Zentner Erbsen, Bohnen und Linsen gekauft. Sie wurden in besonderen Sälen gelagert, weil man einen Aufstand der Nazis bekämpfen wollte. In Wiesbaden war Arthur Herz einer der führenden Leute des Reichsbanners. Er war auch bei uns im Büro und hat damals Geld gesammelt für den Zweck, daß die (Nazis) bereit wären loszuschlagen" (Hallgarten). All dies geschah heimlich – „offiziell hat der CV nie eine politische Partei unterstützt" (Hallgarten).

---

1) S. Thomas Weichel, Kommunalpolitik und Arbeiterbewegung in Wiesbaden, 1890-1914, MS. Wiesbaden 1988.
2) Interview H.D. mit Hallgarten, 9.9.1988; auch die folgenden Zitate Hallgartens sind diesem Gespräch entnommen.
3) Persönliche Erinnerung Edwin Halle, o.D., o.O., Slg. Bembenek.

3. Existenzkrise – Strukturen jüdischen Lebens in Wiesbaden 1933-1938

Einleitung

„Die sofort nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 einsetzenden Diskriminierungsmaßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Juden zielten insbesondere auf deren wirtschaftliche Tätigkeit" (Barkai 1987, S. 7). Dieser Satz A. Barkais markiert einen zentralen Sachverhalt innerhalb der NS-Judenpolitik zwischen 1933 und 1938. Die Erosion der materiellen Lebensbedingungen war ein ständiger und kontinuierlicher Prozeß, der sich allerdings gegen Ende des Jahres 1937 radikalisierte. Ein erster Höhepunkt war das Jahr 1933. Das sog. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933 und andere Maßnahmen der ersten Monate dieses Jahres erwirkten für ca. 12.000 jüdische Erwerbstätige im öffentlichen Dienst und in den freien Berufen ein faktisches Berufsverbot. Der 1.4.1933, der offizielle Boykottag, war eine propagandistische Terror-Aktion, die einerseits die erste Phase sog. „spontaner Ausschreitungen" gegen Juden beenden und andererseits die allgemeine Boykottierung jüdischer Geschäfte durch die Bevölkerung forcieren sollte. Die Waffe des Boykotts war besonders in kleineren und mittleren Gemeinden durchaus erfolgreich und zwang viele jüdische Selbständige zum Verkauf von Betrieben und Geschäften. So existierten von den ehemals über 50.000 jüdischen Einzelhandelsgeschäften im „Altreich" im Juli 1938 nur noch ca. 9.000. Die Kombination verschärfter „gesetzlich"–administrativer Maßnahmen einerseits und physischen Terrors andererseits sorgte für das Ende aktiver Erwerbstätigkeit unter den Juden Deutschlands am Ende des Jahres 1938. Die deutsche Wirtschaft war „entjudet". Dieses Faktum spiegelt sich in den demographischen Zahlen. 1933 lebten in Deutschland ca. 500.000 Juden, zu Kriegsbeginn waren es noch 185.000. Die meisten waren ausgewandert.

Im subjektiven Erleben (bzw. Nacherleben) Wiesbadener Juden war das zu Ende gehende Jahr 1938 mit der brutal in jede jüdische Familie eingreifenden Verhaftung fast aller Männer eine entscheidende Erfahrungsschwelle: Die Phase des Doch-noch-Hoffens war für die meisten von ihnen zu Ende gegangen. Insofern bietet sich das Jahr 1938 als eine erste Zäsur in unserer Darstellung jüdischer Wirklichkeit der 30er Jahre an. Wie sah diese Wirklichkeit aus? Sie „ganz" zu schreiben, ist unmöglich. Wir beschränken uns auf einige, nur analytisch abgrenzbare (im subjektiven Erleben durchaus ungeschiedene) Erfahrungsbereiche.
Ein zentraler Sektor war die nach 1933 rapide zunehmende Aushöhlung der materiellen Lebensbedingungen (3.1). Was tun? – so lautete in allen jüdischen Familien die immer wieder gestellte Frage angesichts der gesellschaftlichen Diskriminierung in der Kurstadt. Auswandern hieß die eine Antwort; sie wurde am klarsten in den jüdischen Jugendbünden formuliert (3.2). Die, die zurückblieben – unter ihnen auch viele in ihren Assimilationshoffnungen enttäuschte „deutsche" Juden –, besannen sich wieder stärker auf ihre jüdische Identität. Dies drückte sich vor allem in einer verstärkten Hinwendung zum jüdischen Kulturleben (3.3) aus. Jüdische Identitätsfindung war auch das wichtigste Erziehungsziel der 1936 gegründeten Wiesbadener jüdischen Schule (3.4).

3.1 Boykott – Berufsverbote – „Arisierungen": Die wirtschaftliche Entrechtung der Wiesbadener Juden bis 1938

Die Vermutung liegt nahe, daß die wirtschaftliche Lage vieler jüdischer Familien wesentlich darüber entschied, ob sie sich zum Noch-Bleiben oder zur Auswanderung entschlossen. Die Frage stellte sich in einem doppelten Sinne: Ließen der NS-Staat und seine örtlichen Repräsentanten die Entstehung von Einkommen überhaupt noch zu? Reichten die eigenen Mittel aus, um die Auswanderung finanzieren zu können?

Am 7.10.1937 stellte der Kreispropagandaleiter der NSDAP Wiesbaden fest: „Im ganzen gesehen darf man feststellen, daß in Wiesbaden jüdische Geschäfte wie auch jüdische Rechtsanwälte in durchaus guten wirtschaftlichen Verhältnissen leben"[1]. Auch wenn die Feststellung nur auf jüdische Geschäftsleute und freie Berufe bezogen war – immerhin war die Mehrheit der kurstädtischen Juden in diesen Berufsbereichen tätig[2] –, so verblüfft sie doch: Waren die Wiesbadener Juden von wirtschaftlicher Entrechtung weitgehend verschont geblieben oder war es nur eine Lüge, formuliert, um (wie im übrigen Deutschland) eine weitere Eskalation diskriminierender Maßnahmen propagandistisch vorzubereiten?

Die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden Wiesbadens begannen, wie überall im Reich, mit der Boykott-„Bewegung" des Frühjahrs/Sommers 1933, die weniger einem klar formulierten „wirtschaftspolitischen" Ziel diente als der Absicht, psychologische Schockwirkungen unter den Juden zu verbreiten und dem in SA und SS verbreiteten Erwartungsstau, der nach „Aktion" im Dienst an der „nationalen Revolution" verlangte, Raum zu geben[3]. Bereits vor dem offiziell auf den 1.4.1933 fixierten Boykott-Tag schritten SA-Männer zur Tat. Sie überfielen

1) Kreispropagandaleiter Wiesbaden – Gaupropagandaleitung, 7.10.1937, HHStAW 483 – 10 125.
2) Dies ergibt die Berufszählung in dem erwähnten jüdischen Anschriften- und Branchenverzeichnis aus dem Jahre 1935 (s.o.S. 29).
3) Genschel 1966, S. 55f. Barkai (1987, S. 31f) interpretiert den Boykottag als symbolische Einleitung der zunehmenden Verdrängung von Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

am 27.3.1933 den Seidenwarenkaufmann Salomon Rosenstrauch und mißhandelten ihn so,
D5 daß er in das Städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte (s. D5). Ähnlich erging es dem ostjüdischen Schuhhändler Oskar Wolfmann. Er hatte Separatisten Anfang der 20er Jahre unterstützt, hieß es (Interview L.B. mit Viktor Wolfmann, 31.8.1986). Rechtsanwalt Höchster wurde in seiner Kanzlei überfallen und verletzt – trotz des vor seiner Wohnung postierten SA-Mannes gelang ihm (wie auch Oskar Wolfmann) mit Hilfe des (nicht-jüdischen) Nervenarztes Dr. Friedrich Moerchen (siehe S. 36) und des Justizrats Marxheimer, des Gemeindevorstehers, die Flucht in das Saarland (Interview L.B. mit W. Moerchen, 19.4.1982). Außerdem wurden jüdische Geschäftsinhaber, die es wagten, ihr Geschäft für das bevorstehende christliche Osterfest (am 31.3.1939 zu dekorieren oder Kleidungsstücke für die Konfirmations- und Kommunionsfeiern auszustellen, durch Boykott-Demonstrationen eingeschüchtert[1]. Am 25.3. schließlich hatte eine „Gruppe Jugendlicher" bereits die kurzfristige Schließung jüdischer Geschäfte erzwungen und dabei Inhaber und „jüdisch aussehende Passanten" mißhandelt (FZ, 26.3.1933). Freilich sollten solche Demonstrationen eines „vorauseilenden Antisemitismus von unten" nicht das liberale Image der auch auf ihre in- und ausländischen jüdischen Gäste angewiesenen Kurstadt beschädigen. So war am 31.3.1933 im Wiesbadener Tagblatt zu lesen, daß der Kurbetrieb der „Weltkurstadt Wiesbaden keine wie auch immer geartete Störung erfahren" habe, und auch an dem eigentlichen Boykottag sollte es bei Strafe des Parteiausschlusses „nirgends zu Pogromen und sonstigen Gewalttätigkeiten" kommen[2].

Die Realität des „1. April" und der folgenden Tage und Wochen sprach solchen Versicherungen Hohn. Nicht nur, daß an dem Boykottag jüdische Geschäfte und Praxen von Ärzten und Rechtsanwälten von SA-Leuten umlagert, Schaufenster mit antisemitischen Parolen verunziert und Kunden belästigt wurden – auch vor Mord und Mißhandlungen schreckten Gestapo und SA nicht zurück. Wie wenig die bis in den Sommer hinein dauernden Aktionen „geplant" waren oder einer „ideologisch" diskriminierenden Logik folgten, zeigt die Auswahl der Opfer. Im Mai traf es das Ehepaar Max und Johanna Holländer, Besitzer der historischen Schützenhof-Apotheke:

> „Im Mai 1933 überfiel uns ein Kommando der Gestapo mit geladenen Karabinern, um uns damals schon zu erschießen, wenn wir die von der Gestapo geforderte Summe Geldes nicht bezahlt hätten. Ich rief die Polizei telefonisch zu Hilfe und nach Bezahlung des Lösegeldes glaubten wir, Ruhe zu haben. Das Gegenteil war der Fall. Die Schikanen nahmen kein Ende, bis man mich in dem Augenblick, als ich meinen Mann im KZ Osthofen Mitte Juni 1933 besuchen wollte, verhaftete, und weil das Lager noch nicht für Frauen eingerichtet war, in das Polizeigefängnis in Osthofen einsperrte."[3]

In diesem wie in allen anderen Fällen physischer Gewalt – sie reichten von Mißhandlungen in dem Prügelkeller des SA-Standartenführer Reutlinger[4], den Morddrohungen gegenüber Sally Grosshut (siehe S. 12ff) und Kurt Wolff[5] bis zu den Mordtaten an Salomon Rosenstrauch am

1) So wurde das Ehape-Geschäft, eine Filiale des als „jüdisch" eingestuften Karstadt-Konzerns, gezwungen, Ostereier und -hasen aus den Schaufenstern zu entfernen. Ein Beispiel für die Bekleidungsgeschäfte war das Geschäft von Heinrich Wels in der Emser Straße 64.
2) Anweisung der Gauleitung Hessen-Nassau (Abschr., o.D.), HHStAW 483-1633.
3) Schriftlicher Bericht Johanna Holländer (1958), Slg. Bembenek. – Die Schützenhof-Apotheke war die letzte der bis 1936 noch nicht „arisierten" Apotheken (vgl. Rundschreiben NS-Kreisleitung, 31.10.1936, HHStAW 483-10 297). Daß die Maßnahmen auch nationaldeutsche Sympathisanten des NS-Staates unter den Juden treffen sollten, zeigt der Fall Julius Rosengarten, der sich vergeblich bemühte, in die NSBO aufgenommen zu werden (s. D6).
D6 4) Vgl. Wiesbadener Kurier, April-Juni 1959 (Berichterstattung über Prozeß Reutlinger).
5) Kurt Wolff (Bruder von Ernst W.; zu ihm S. 43) war einer der aktivsten Reichsbanner-Mitglieder während der „Kampfzeit".

22.4.1933 (siehe D5)[1] und dem Milchhändler Max Kassel (ebda; s. auch Moritz/Noam 1978, S. 72ff) – dürfte es sich um rein persönliche Racheakte oder um die Begleichung „alter Rechnungen" an Gegnern aus der „Kampfzeit" gehandelt haben; zumindest ist dies an den Fällen Wolff und Kassel ablesbar (zu Wolff s. Anm.; Kassel war ein aktiver Sozialdemokrat). D5

In Wiesbaden (wie auch sonst in Deutschland; Genschel 1966, S. 87ff) setzte sich die Linie solcher Terrorakte nach diesem ersten Höhepunkt im Jahre 1933 nicht ungebrochen fort. 1934 scheint es „lediglich" zu rein propagandistischen Einschüchterungsversuchen gekommen zu sein, die aber gleichwohl nicht ohne Wirkungen blieben. Zwar beteiligten sich eine Reihe Wiesbadener Geschäftsleute an der von der Kreisleitung initiierten Schilder-Aktion: „Wir verkaufen nicht an Juden"; (Jewish Chronicle, 12.10.1934); zwar wurden „Arier", die von Juden kauften, bei Gelegenheit öffentlich an den Pranger gestellt (ebda., 8.2.1935), doch von einer wirklich systematischen Organisation und Erfolgskontrolle solcher „Taten" konnte keine Rede sein. So berichtete die Frankfurter Zeitung zu Beginn des Jahres 1935, daß in „dieser großen Bäderstadt" die Kennzeichnung „Deutsches Geschäft" nicht sehr häufig vorgekommen sei (s. auch D7) – anders als etwa in Frankfurt, wo 80 – 85 % aller Geschäfte so gekennzeichnet waren (Genschel 1966, S. 90, Anm. 128). Auch ignorierten Wiesbadener die wiederholten Aufrufe der Partei, „nicht bei Juden zu kaufen", ja, es gab wiederholt Klagen über Parteigenossen, die sich trotz aller Appelle und ergebnisloser Kontrollversuche (s. D8) nicht bereitfanden, geschäftliche Beziehungen zu Juden aufzugeben. Im Frühsommer 1935 unternahm auch in Wiesbaden die Partei neue Anstrengungen, des Problems Herr zu werden: „Spontane Volksaufläufe" vor jüdischen Geschäften wurden organisiert (s. D9), die Boykott-Disziplin (wenigstens) der Parteimitglieder wurde durch verschärfte Sanktionen sowie durch die Publikationen eines jüdischen Anschriften- und Branchenverzeichnisses[2] gestärkt. Die Maßnahmen blieben gleichwohl ohne durchschlagenden Erfolg (s. D 10). D7 D8 D9 D10

Alle diese Maßnahmen zielten ihrer Struktur und Intention nach auf die wirtschaftliche Existenz der vielen jüdischen Kleinhändler und Ladenbesitzer in Wiesbaden (vgl. hierzu allgemein Barkai 1987, S. 43ff). Ihre Wirkungen sind schwer abzuschätzen. Norbert Schiffer, dessen Vater in der Wagemannstraße ein Lebensmittelgeschäft betrieb und der 1936 nach Palästina auswanderte, erinnert sich:

> „Ab 1933 habe ich gewußt: Ich bin kein deutscher Patriot mehr, jetzt bin ich Jude, und ich wurde Zionist. ... Beim Boykott haben sich noch Fälle zugetragen, die Widerstand von Seiten der Bevölkerung zeigten. So kamen Leute in unser Geschäft und fragten: Ist dies wirklich ein jüdisches Geschäft? Ich sagte: Ja. Es gab in dieser Woche (nach dem 1.4.1933) einen richtigen Sturm auf jüdische Geschäfte. Das waren einfach anständige Leute. Erst nach Jahren haben sich die Leute damit abgefunden." (Interview L.B. mit Norbert Schiffer, 2.4.1981)

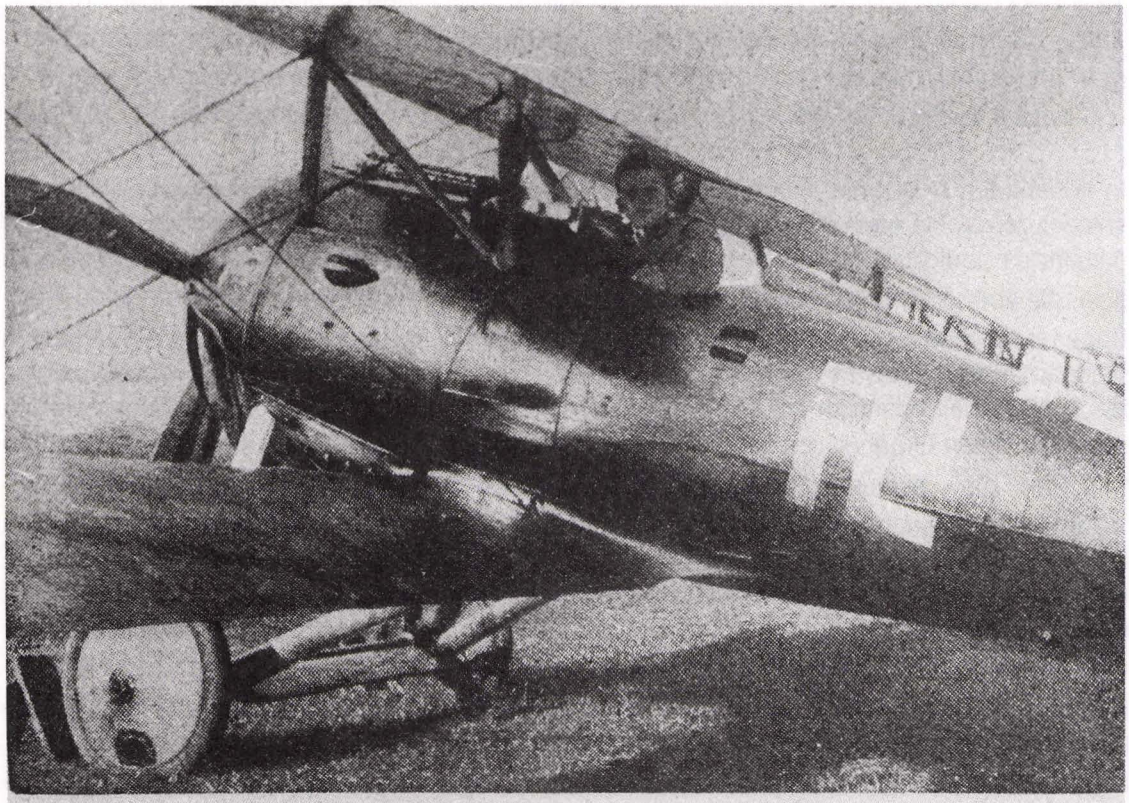
Weitere Beispiele: Das Lebensmittelgeschäft Fritz Beckhardts, eines ehemaligen Frontkämpfers, in der Langgasse 9-11, wurde während der Boykott-Tage 1933 von 5 SA-Posten bewacht – ungeachtet der Tatsache, daß er sich als Fliegerkamerad von Hermann Göring in der Jagdstaffel 26 durch zahlreiche Abschüsse hervorgetan und Tapferkeitsmedaillen erhalten hatte[3].

---

1) Frankfurter Zeitung, Wiesbadener Tagblatt, Evening Standard, 24.4.1933.

2) (Hg.) Wilhelm Schmidt, Kreisobmann für Judenfragen bei der Kreisleitung der NSDAP Wiesbaden, Wiesbaden 1935. Schmidt: „Als Hilfsmittel zu dem Kampf der Wiesbadener Parteigenossen und der Mitglieder der nationalsozialistischen Gliederungen (gegen das Judentum. H.D.) wird das vorliegende Anschriften- und Branchenverzeichnis herausgegeben. Erhofft wird, daß jedes Mitglied der Bewegung sich dieses Verzeichnisses zu gegebener Zeit bedient" (ebda., S. 6).

3) Beckhardts Flugzeug trug als Erkennungszeichen das germanische Sonnenrad (s. Abb.).



Flugzeug des Vizefeldwebels Fritz Beckhardt

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Boykott-Aufrufe zeigten sich auch bei ihm erst nach einiger Zeit. 1934 mußte er sein Geschäft wegen sinkender Umsätze aufgeben[1].

Das Optiker- und Uhrmachergeschäft von Gustav Katz in Biebrich wurde durch einen SS-Mann „boykottiert", obwohl Katz bei seiner Heirat mit einer Christin im Jahre 1900 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war. Nicht alle Kunden ließen sich durch den SS-Mann und die Schaufenster-Inschrift „Achtung Jude" abschrecken, doch der Umsatz ging erheblich zurück (Interview L.B. mit Paula Katz, 3.3.1980). Dies scheint das Grundmuster der rein wirtschaftlichen Folgen des Boykotts gewesen zu sein, zumindest für die Geschäfte: Sie waren häufig erst mittelfristig, nach 1 bis 2 Jahren, spürbar und senkten dann die Umsätze auf ein Niveau, das ein wirtschaftliches Überleben schwierig machte.

In dem nun folgenden Schritt unserer Darstellung sollen die spezifischen Auswirkungen der NS-Maßnahmen anhand der Beispiele dreier Branchen bzw. Berufsgruppen genauer untersucht werden.

1) Schreiben Fritz Beckhardts, 29.9.1951, Slg. Bembenek. Nach der Aufgabe des Geschäfts wurde F.B. Mitinhaber einer Lebensmittelgroßhandlung in der Moritzstr. 44 (s. Anschriften- und Branchenverzeichnis, S. 176). Sein weiteres Schicksal: Verurteilung wegen „Rassenschande", nach Gefängnis „Schutzhaft" in Buchenwald, Entlassung wegen seiner Verdienste im Ersten Weltkrieg, 1939 mit Hilfe seines Bruders und einem Schein-Visum nach Liberia Flucht nach Portugal und dann nach England.

3.1.1 Die jüdischen Metzger

Seit der Öffnung des Metzgergewerbes für „Viehjuden" gab es in jedem Vorort Wiesbadens mindestens eine in der Regel mit einem Viehhandel gekoppelte Metzgerei. Auch in der Innenstadt dominierten Juden diesen Geschäftszweig. „Also, es gab viele jüdische Metzgereien. Es waren in der Wellritzstraße schon zwei oder drei. Baum, nebenan Seppel Baums Vater und der Onkel Gustav, und vorne, wo der Kögler ist. Auch in der Moritzstraße waren Metzgereien" (Interview L.B. mit Marianne Kahn, 11.9.1985), weiß Marianne Kahn, Tochter eines jüdischen Metzgers, zu berichten.
Sechs Metzgereien waren allein im Besitz der Großfamilie Baum – zumindest noch im Jahre 1935 (s. Anschriften- und Branchenverzeichnis, S. 181). Auch gab es zwei Metzgereien mit ritueller Schlachtung in Wiesbaden (Interview mit Marianne Kahn, 11.9.1985). Die Metzgerläden bestanden schon seit Generationen, und es gehörte zu den selbstverständlichen Usancen Wiesbadener Hausfrauen, bei ihrem jüdischen Metzger einzukaufen, der Fleisch – auch Schweinefleisch – dank der günstigen Bezugsbedingungen häufig billiger anbieten konnte als sein christlicher Konkurrent. Die Inhaber dieser Metzgereien waren Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg gewesen; „natürlich" organisierten sie sich im RjF.

Gerade die Metzgereien gehörten zu den bevorzugten Zielscheiben der antisemitischen Propaganda der NSDAP vor 1933 (s. D 3). Diese Hetze fiel unter den christlichen Metzgern auf fruchtbaren Boden: Vor 1933 wurden neun Mitglieder der NSDAP, und bis zum Juni 1933 traten noch weitere sieben in die Partei ein (HHStAW 483 – 1987: Liste von Parteimitgliedern). Auch die Landwirte aus den ländlichen Vororten der Kurstadt zählten zu den Adressaten der antisemitischen Hetze, viele von ihnen waren bei einem jüdischen Viehhändler (und Metzger) verschuldet. Gustav Barmann, Viehhändler und Metzger aus Erbenheim: D 3

> „Die Gegend um Erbenheim zeichnete sich durch besondere Rücksichtslosigkeit in dem Vorgehen gegen jüdische Vieh- und Pferdehändler aus. ... Es war schon vor 1933, daß die Landwirte, gegen die wir große Forderungen hatten, infolge der steigenden Verhetzung ihre Schulden nicht mehr bezahlten und, wenn sie das Entschuldungsverfahren gegen uns beantragten, auch nicht einmal die gegen sie festgesetzte Quote entrichteten" (Schreiben Gustav Barmann, Juni 1954, Slg. Bembenek).

Zu Beginn des Jahres 1934 machten 80 jüdische Metzger und Viehhändler eine einschneidende psychologische Erfahrung: sie wurden von der SA von dem Schlachthof in der Nähe des Bahnhofs durch die Straßen der Stadt zum Luisenplatz geführt. Die Bevölkerung blieb passiv (Traube – Spruchkammer Wiesbaden, 24.11.1945, StAW A XV 28). Das Ereignis bildetete den Höhepunkt der Boykott-Aktionen, die die Metzger stärker als andere jüdische Einzelhändler trafen. Sie durften nicht mehr den Schlachthof betreten, d.h. sie konnten Fleisch (häufig von minderer Qualität) nur noch aufkaufen und nicht mehr selbst schlachten. Auch ihre Kunden wurden auf verschiedene Weise unter Druck gesetzt – sei es, daß sie, wie im Fall der Sonnenberger Metzgerei Levitta geschehen, photografiert und in der Presse namentlich bloßgestellt wurden (mdl. Auskunft Otto Strauss, ehemals Wiesbaden, an L.B. v. 7.5.1987) oder daß, wie Gustav Barmann aus dem bäuerlichen Umland zu berichten weiß, bei „zahlreichen unserer früheren Vieh-Kunden auf dem Lande ... Plakate angebracht (wurden) „Juden unerwünscht"." Die Folge: „Unser Handel wurde auf diese Weise lahmgelegt (Schreiben Gustav Barmann, Juni 1954, Slg. Bembenek). Die Gebrüder Barmann waren bereits 1934 gezwungen, ihre Wurstfabrik und das Verkaufsgeschäft zu schließen. Es war kein Einzelfall. Von ihren traditionellen Zuliefererquellen weitgehend abgeschnitten, von ihren Kunden unter dem Druck der NSDAP im

Stich gelassen, mußten bereits Anfang 1935 75 % der Viehhandels- und Metzgergeschäfte den Betrieb schließen[1].

Im Rahmen der 1935 erneut angeheizten Boykott-Kampagne verstärkten Parteistellen auch den Druck auf Metzger und Viehhandlungen. In einem Gestapo-Bericht las sich dies so:

> „In Wiesbaden kam es in den Nachmittagsstunden des 28. August vor den jüdischen Metzgereien Baum und Licht zu größeren Ansammlungen. Die Menschenmenge nahm eine drohende Haltung ein und rief im Sprechchor: „Licht ist ein Jude, die Juden sind unser Unglück". Die Polizei verstreute die Ansammlungen. Ferner mußten am 28. August der jüdische Viehhändler Moritz Lazarus und der Viehhändler Siegfried Lazarus aus Wiesbaden-Bierstadt wegen staatsfeindlicher Äußerungen festgenommen werden. Beide werden dem Amtsgericht in Wiesbaden vorgeführt." (Gestapo-Bericht 1935-36, HHStAW 407 – 851, Bl. 292).

Des weiteren wurden jüdische Metzgereien geschlossen, weil Gesundheitsamt und die Metzgerinnung angeblich „unhygienische Zustände" bei Betriebsbesichtigungen festgestellt hatten
D 11 (s. D11), und Kunden, etwa die der Metzgerei Stein in der Dotzheimer Dörrgasse, wurden
D 12 massiv unter Druck gesetzt (s. D12). Zur Aufgabe des Geschäfts verhalf „notfalls" auch direkte Gewalt. So erinnert sich Hermann Lerch: „Noch vor der Reichskristallnacht führten die Nazis ein Judenpogrom in Dotzheim durch. Sie hatten dem Metzger Stein, bei dem man noch ein Viertel Leber- und Blutwurst für 15 Pfennige bekam, die Scheiben eingeschlagen und Karbid in den Laden gegossen" (Interview L.B. mit H. Lerch, 12.8.1977). Und Gustav Barmann, der den örtlichen Nazis ein Dorn im Auge war[2]:

> „Im Sommer 1936 wurde ich auf meinem Anwesen von 4 Nazis, die in einem Auto vorfuhren, überfallen und mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, ihnen in einen Wald bei Niedernhausen zu folgen. Hier hatte ich ein Schriftstück zu unterzeichnen, daß ich keine Forderungen mehr an christliche Gläubiger hätte. Dann nahmen sie mir das Geld ab, das ich bei mir trug, schlugen mich mit Stahlpeitschen bewußtlos und ließen mich blutüberströmt liegen. Als unmittelbare Folge dieses Vorgangs, und da ich damals ohnehin den Schlachthof und den Viehhof nicht mehr betreten konnte, um Geschäfte abzuschließen, wanderte ich mit meiner Frau aus. Ich tat dies in der größten Eile, da ich befürchten mußte, bei einer neuen gegen mich gerichteten Aktion ... totgeschlagen zu werden. In ähnlicher Weise wurde einmal mein Bruder Moritz von den Nazis aus seiner Wohnung geholt, in den Keller des ehemaligen Volkstheaters Dotzheim gebracht und dort blutig geschlagen" (Schreiben Gustav Barmann, Juni 1954, Slg. Bembenek.).

Alle diese – auch reichsweit (s. Genschel 1966, S. 126) – inszenierten Aktionen gegen jüdische Viehhändler im Laufe des Jahres 1936, denen im folgenden Jahr ein völliges Berufsverbot folgte (s. Kropat 1983, S. 421), trugen neben den anderen bereits erwähnten Faktoren mittelbar zum raschen Ruin der Metzgereien bei. Mitte 1938, wahrscheinlich aber schon 1937,
D 37 gab es im zentralen Stadtbereich keine jüdischen Metzgereien mehr (s. D37).

Nicht alle jüdischen Metzgereien, die aufgeben mußten, wurden „arisiert". Die „Arisierungen" machten Halt vor den Interessen der „christlichen" Konkurrenz. Hinsichtlich der Metzgerbetriebe legte sich der Gauwirtschaftsberater Eckhardt, in dessen Händen letzten Endes die Ent-

---

1) Jewish Chronicle, 1.3.1935. Marianne Kahn erinnert sich sogar, daß es bereits 1935 überhaupt keine jüdischen Metzgereien in Wiesbaden-Stadt gab (Interview L.B. mit M.K., 11.9.1985).

2) Gustav Barmann geriet in die Schußlinie der Wiesbadener Nazis, weil er zusammen mit Mitgliedern des Reichsbanners an Störungen von NS-Propagandaveranstaltungen beteiligt war. So verunglimpfte ihn der Nassauische Beobachter als jüdischen „König von Erbenheim" nach der Sprengung einer Veranstaltung, in der G. Feder als Hauptredner auftrat (vgl. NB, Febr. 1928, Nr. 6).

scheidung zwischen Liquidierung oder „Arisierung" lag, am 5.8.1938 darauf fest, daß jüdische Metzgereien „nur in den seltensten Fällen in arischen Besitz überführt werden sollen", da das Metzgerhandwerk „überbesetzt" sei (Eckhard – Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau, o.D., Slg. Bembenek). Da konnte der Nassauische Viehwirtschaftsverband nur noch bestätigen, er lege „durchaus keinen Wert" auf einen „Übergang in arischen Besitz" (Viehwirtschaftsverband Hessen-Nassau – Eckhardt, 17.8.1938, Slg. Bembenek).

Das exakte Ausmaß der „Arisierungen" jüdischer Metzgereien und Viehhandlungen ist nicht mehr genau festzustellen. Ein Einzelfall mag den Vorgang illustrieren.

Wie bereits angedeutet wurde, hatte sich die Ertragslage der als offene Handelsgesellschaft betriebenen Schlächtereien und Viehhandlung der Brüder Gustav und Moritz Barmann dank der Zahlungsunfähigkeit vieler Bauern bereits vor 1933 verschlechtert[1]. Infolge der allgemeinen Boykott-Maßnahmen gegen Metzgereien und Viehandlungen setzte sich die negative Geschäftsentwicklung nach 1933 verstärkt fort, so daß die Firma bereits 1934 ihren Steuerforderungen nicht mehr in vollem Umfang nachkommen konnte. Sie war nur überlebensfähig dank der Kreditunterstützung durch P.J., der seit 1919 für die Brüder Barmann Vieh in Ostpreußen als selbständiger Einkäufer gegen Provision aufkaufte. Gustav Barmann: „Infolge des seit 1933 gegen meinen Bruder und mich systematisch betriebenen Boykotts mußten wir uns mehr und mehr an einen arischen Viehhändler P.J. in Wiesbaden-Erbenheim anlehnen" (Schreiben Gustav Barmman, Juni 1954, Slg. Bembenek).
Die aufgrund der Ertragslage – Moritz Barmann war infolge des erwähnten Berufsverbots 1937 faktisch ohne jede geschäftliche Einnahme – und der Steuerrückstände drohende Zwangsversteigerung konnte nur noch durch den Verkauf von Grundbesitz an den Kaufmann E.E. aus Erbenheim und an P.J. verzögert werden. Am 6.9.1938 verkaufte Moritz Barmann das Haus und Grundstück in der Wiesbadener Str. 47. Die Umstände des Verkaufs, der offiziell immer noch „freiwillige Arisierung" hieß, schildert Barmanns Rechtsanwalt:

> „Der Verkauf des Grundstücks wurde durch persönliche Bedrohung seitens eines uniformierten SA-Mannes erzwungen. Auch aufgrund der allgemeinen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden war M.B. gegen seinen Willen zum Verkauf getrieben worden. Weiterhin war die Einleitung eines Zwangsversteigerungsverfahrens wegen angeblicher öffentlicher Schulden Anlaß zur Veräußerung. M.B. durfte als Jude im Zwangsversteigerungsverfahren seine Interessen nicht wahrnehmen, insbesondere keinen Vollstreckungsschutz beanspruchen und die Schuldenbereinigung betreiben" (Rechtsanwalt Wagner, 8.8.1949, HHStAW, A 440).

Der Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks, der sich an dem niedrigen Einheitswert orientierte (21.000 RM), wurde einem Treuhänder zur Begleichung fälliger Schulden, u.a. auch für die Kosten des Versteigerungsverfahrens und einer etwaigen Wertzuwachssteuer, übergeben (ebda.). Am 3. November 1938 erwarb P.J. das belastete Haus- und Grundeigentum der Barmanns in der Erbenheimer Bahnhofstr. 5. Am 17.11.1938 kam es auf Betreiben der Stadt Wiesbaden und auf Beschluß des Amtsgerichtes zur Zwangsversteigerung der Geschäftsgebäude in der Mainzerstr. 11 durch die Haupthypothekengläubigerin, die Nassauische Landesbank. Richtwert war der Einheitswert von 14.400 RM. P.J. erhielt schließlich als Meistbietender den Zuschlag für eine Summe von 30.100 RM (vgl. die beiden Urteile in Anm.1). Vorausgegangen war, ohne daß dies im einzelnen belegbar wäre, die in jedem Fall erforderliche Genehmigung

1) Urteil der 4. Wiedergutmachungskammer LandGer. Frankfurt, 9.3.1951; Urteil des 2. Zivilsenats des ObLandGerichts Frankfurt, 17.8.1951, HHStAW, A 544.

durch den Gauwirtschaftsberater der NSDAP (siehe S. 32f). Gustav Barmann zum weiteren Schicksal seines Bruders:

> „Nachdem mein Bruder alle seine Außenstände an den genannten P.J. abgetreten hatte, und nachdem es ihm gelungen war, sich vor dem Pogromtag des 10.11.1938 ... verborgen zu halten, begab er sich zunächst heimlich nach Ludwigshafen und fuhr dann weiter über die Grenze zu seinem Schwager nach Straßburg. Einige Tage später folgte seine Ehefrau Jenny Barmann, und beide wanderten dann nach USA aus" (Schreiben Gustav Barmann Juni 1965, Slg. Bembenek).

3.1.2 Die jüdischen Ärzte

Der Arztregisterbezirk Wiesbaden wies nach Berlin (52,1 %) und Hamburg (30,3 %) den dritthöchsten Anteil jüdischer Kassenärzte im März 1933 auf (29,3 %). In Wiesbaden selbst praktizierten etwa 64 jüdische Ärzte (Blank 1984, S. 64). Diese „Verjudung" der Ärzteschaft in der Kurstadt war schon frühzeitig ein prominentes Agitationsthema in der NS-Presse (vgl. etwa NB, Oktober 1928, F 40 und 43). Da spielte es keine Rolle, daß die große Mehrzahl der jüdischen, „halbjüdischen" oder in „Mischehen" lebenden Ärzte als Frontsoldaten oder Sanitätsärzte im Krieg gedient hatten, daß 13 dem RjF angehörten (YVA, 08-28), daß sich fast alle als sehr „deutsch" empfanden und weitgehend assimiliert waren. Der Nassauische Beobachter war „gegen Alljuda – denn wir unterscheiden nicht zwischen Ost- und Westjuden, sondern zwischen Juden und Deutschen" (NB, 19.5.1929).
Der 1. April 1933 war Boykott-Tag. Das Nassauer Volksblatt veröffentlichte an diesem Tag eine Namensliste aller jüdischen Ärzte Wiesbadens. Der neunjährige Rolf von Sydow lebte im Haus seines Großvaters Dr. Alexander Bayerthal in Wiesbaden-Schierstein:

Ich will kein Mischling sein.

Ich bin keiner.
Ich weiß, daß ich einer bin.
Man hatte es mir im vorigen Jahr sagen müssen.
Als die beiden SA-Leute vor der Praxis meines Großvaters Posten bezogen.
„Jüdischer Arzt."
Aber sie standen nur ein paar Stunden da.
Ich hatte sie nie gesehen.
Hätte ich es vorher gewußt, wäre ich in meiner
Jungvolkuniform erschienen, hätte mit „Heil Hitler"
gegrüßt und wäre zwischen ihnen durchgegangen.
Ich wäre ...
Niemand darf wissen, daß ich ein sogenannter
„jüdischer Mischling" bin.
Ich trage einen adligen Namen, und selbst der
„schuldige" Teil, der Vater meiner Mutter, hat
einen Namen, der nicht unbedingt jüdisch klingt.
Er war Oberstabsarzt im ersten Weltkrieg.
Bereits seine Eltern hatten sich zwei Wochen vor
ihrer Hochzeit taufen lassen.
Er ist deutsch-national.
Er ist überall geachtet.
Er ist Vorsitzender des Ruderclubs.
Er ist Vertrauensarzt der Bahn: Sanitätsrat.
Er kann die echten Juden nicht ausstehen.
Er ist keiner von ihnen.

(Sydow 1983, S. 46.)

Der „1. April" leitete überall im Reich eine Fülle „legislatorischer" Maßnahmen und Verordnungen ein, die zwischen 1933 und 1935 die berufliche Tätigkeit der Ärzte nach und nach empfindlich einengten. Ihre Abfolge ist in zwei Publikationen dargestellt und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden (vgl. Kropat 1983, S. 415 ff; Blank 1984, bes. S. 9ff).
Aus den in Kapitel 8 verzeichneten Dokumenten ergibt sich, daß die Ortsgruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes zu einer entscheidenden personalpolitischen Clearingstelle im Prozeß der Ausschaltung jüdischer Ärzte aus dem medizinischen Gewerbe wurde, vor allem nachdem der Biebricher Arzt Dr. Althen im Juli 1934 ihr Vorsitzender geworden war. Der Ortsgruppe waren im September 1934 96 von 160 Wiesbadener Ärzten (und 47 von 97 Zahnärzten) beigetreten (vgl. HHStAW 483 – 10 310). Dies war eine für Freiberufler auffällige Zahl und übertraf selbst den hohen Rekurtierungsgrad im Ganzen Gau Hessen-Nassau (F. Kudlien, Ärzte im Nationalsozialismus, Köln 1985, S. 303). Zur selben Zeit konnten nur noch 24 jüdische Ärzte in Wiesbaden praktizieren (vgl. HHStW 483 – 10 308); im dritten Quartal 1934 behandelten sie immerhin noch 3.000 Patienten (unter ihnen etwa 100 jüdische)[1]. Althen nutzte in Kooperation mit der NS-Kreisleitung, dem Städtischen Versicherungsamt und der AOK rigoros alle Möglichkeiten, um die Verdienstchancen der jüdischen Konkurrenten zu beschneiden – durch gezielte Kampagnen gegen die freie Arztwahl der Patienten (s. D13), durch D 13
Kontrolle der Überweisungspraxis jüdischer Ärzte (s. D14) sowie durch die Ausschaltung jüdi- D 14
scher Kollegen aus dem den Badebetrieb monopolisierenden „Neuen Kurverein"[2]. Er war der Prototyp des übereifrigen lokalen Parteifunktionärs, der Dinge anordnete, die in anderen Städten noch nicht üblich waren (z.B. das Verbot privater Fortbildungsmöglichkeiten für jüdische
Ärzte; s. D 15), oder die erst später allgemeines „Gesetz" wurden (z.B. sein Ermittlungseifer D 15
hinsichtlich der privaten Beziehungen seiner „arischen" Kollegen (s. D16) – dies alles ein Jahr D 16
vor den rassistischen Nürnberger Gesetzen (zu einem späteren Fall von „Rassenschande" s. D 18
D 18).

So war die berufliche Existenz der jüdischen Ärzte Wiesbadens infolge dieser Boykott-Maßnahmen vernichtet, bevor zwei Verordnungen die Zulassung der Ärzte zum 30.9.1938 und die der Zahn- und Tierärzte zum 31.3.1939 widerriefen. Bereits vorher hatten sie fast ausschließlich jüdische Patienten behandelt, jetzt durften Dr. Eduard Laser und Dr. Theresa Köbig-Scharz (als „Zahnbehandlerin") die medizinische Versorgung der noch verbliebenen jüdischen Bevölkerung der Stadt übernehmen. Dr. Laser und Dr. Kahn starben in Theresienstadt, Dr. Köbig-Schwarz entzog sich der Deportation durch Selbstmord (Blank 1984, S. 56ff).
Wie lebten die Ärzte nach 1933 unter den ständig verschärften Arbeitsbedingungen? Eine verallgemeinerungsfähige Antwort kann es nicht geben. Ein Teil der 1933 noch privilegierten „Frontkämpfer" durfte so ähnlich reagiert haben wie Dr. Alexander Bayerthal, der im Sommer desselben Jahres noch ausrufen konnte: „Was hat das mit mir zu tun!" (s. D17). Zu diesem D 17
Zeitpunkt waren die Kollegen, die sich nicht als „Frontkämpfer" bewährt hatten, aus den Stellungen des öffentlichen Gesundheitswesens längst entfernt worden[3] und bei den gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr zugelassen (Walk 1981, S. 16). Andere glaubten, durch verzweifelte und aussichtlose Anpassungsleistungen „in letzter Minute", etwa durch Austritt aus der jüdischen Gemeinde, sich und ihre Familien vor Repressionen schützen zu können (so Dr. Caspa-

1) Althen – Kreisleitung, 4.10.1934; ferner Mitteilung, o.N., 20.9.1934, HHStAW 483 – 10 310.
2) Althen – Ärztl. Ehrengericht Provinz Hessen-Nassau, 15.9.1934, ebda.
3) Dr. G. Lomnitz, Dr. E. Laser wurden im Städtischen Krankenhaus, Chefarzt Dr. S. Landêim im Roten Kreuz Krankenhaus, Prof. Harpuder im Städt. Forschungsinstitut für Bäderkunde und Stoffwechsel gekündigt (s. dazu Blank 1984). Auch Dr. Bayerthal wurde am 1.8.1933 als Vertrauensarzt der Reichsbahn gekündigt (siehe Walk 1981, S. 12, 32).

ry, Dr. Köbig-Schwarz, vgl. Blank 1984, S. 47, 57f). Eine Minderheit fand die Kraft, sich auch unter den geschilderten Bedingungen weiterzubilden. Gelegenheit hierzu bot das „Kränzchen" von Dr. Friedrich Moerchen. „Etwa 12 Ärzte trafen sich monatlich, die Hälfte Juden. Ab 1933 blieb jährlich ein Nicht-Jude weg. 1938 war mein Vater mit 6 Juden allein", erinnert sich heute Moerchens Sohn Walter (Interview L.B. mit Walter Moerchen, 19.4.1982). Gestapochef Bodewig warnte den auch sonst politisch mißliebigen Arzt: „Sie haben Glück, daß Sie der einzige Nervenarzt in der Stadt sind, sonst hätten wir Sie längst geholt" (ebda). Es gab noch andere Nervenärzte in Wiesbaden – Dr. Dührenheim, Dr. Stern und Dr. Orb, die Juden waren, und ein vierter, Dr. Vogl, der mit einer Jüdin verheiratet war und im übrigen als politisch unzuverlässig galt.[1]

Anhand der empirischen Untersuchungen D. Blanks lassen sich nur ungefähre Angaben hinsichtlich der Auswandererquote unter den jüdischen Ärzten machen (Blank 1984, S. 74). Eine Minderheit, ca. 7 Personen, ging bereits 1933/34 nach Palästina – ob aus zionistischer Überzeugung oder aus Furcht vor weiteren Repressalien, läßt Blanks Analyse offen. Weitere 26 verließen Wiesbaden bis 1939, wohl weil ihnen angesammeltes Geldvermögen wenigstens ein materielles Überleben gestattete, bis der Entzug der Approbation und die Reichspogromnacht und ihre Folgen auch sie zur Auswanderung zwangen (ebda).

3.1.3 „Arisiert" – jüdische Warenhäuser und Gesellschaftsunternehmen

Im allgemeinen sei der „jüdische Einfluß" auf wirtschaftlichem Gebiet „sehr zurückgegangen", antwortete der eingangs dieses Kapitels bereits erwähnte Kreispropagandaleiter auf eine entsprechende Frage der Gauleitung im Oktober 1937. Bezogen war diese Antwort auf Gesellschaftsunternehmen (AG's, GmbH's), und gemeint war, daß die meisten von ihnen bereits „arisiert" oder liquidiert waren. Allerdings, so fuhr er fort, es gebe Ausnahmen: „Einige größere Industrieunternehmungen (konnten) ihre Umsätze in den letzten Jahren steigern ..., z.B. Lyssia-Werke, Rossel und Schwarz u. Comp. AG, Steinberg und Vorsanger". War auch diese Behauptung Fiktion? Wie war die Wirkung der Boykott-Politik der Nazis auf Unternehmungen und Warenhäuser, deren (jüdische) Eigner ja eine besondere Zielscheibe der frühen NS-Propaganda auch in Wiesbaden gebildet hatten?

In der Praxis des ersten Boykott-Jahres ergaben sich Paradoxien: Die Maßnahmen zielten zwar auf jüdische „Kapitalisten", gefährdeten aber zugleich die Arbeitsplätze „christlicher" Angestellter und Arbeiter, die sich, ganz unvorhergesehen und häufig von den jeweiligen NSBO-
D 20 Betriebszellen unterstützt, auf die Seite ihrer jüdischen „Arbeitgeber" stellten (s. D20). Ein Wiesbadener Schlaglicht: Als das Wiesbadener Tagblatt am 31.3.1933 den Boykott-Aufruf veröffentlichte, telegrafierte die Belegschaft der jüdischen Firma Hamberger und Weyl dem „Führer": „Bitten dringend um Verhinderung der Boykott-Maßnahmen, da in unserem Betrieb nur christliches Personal beschäftigt und Existenz gefährdet" (HHStAW, 483 – 10 156). Und als die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung wenige Tage nach dem „1. April" beschloß, jüdische Unternehmungen von öffentlichen Aufträgen auszuschließen (zur Frage der öffentli-

1) Dr. Moerchen und Dr. Vogl entstammten der „linksdemokratischen" Opposition unter der weitgehend konservativen- bis nationaldeutsch- oder nazistischen Ärzteschaft der Weimarer Republik. Beide wurden wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und zu Zuchthaus- bzw. KZ-Strafen während des Krieges verurteilt.

chen Aufträge s. Genschel 1966, S. 82ff) – wieder ein Wiesbadener Beispiel jenes bereits erwähnten „vorauseilenden Antisemitismus von unten" –, protestierte die Belegschaft der Süddeutschen Öl & Fettwaren Manufaktur (Inhaber: Ludwig Kiefer) in der Bahnhofstraße (s. D19). D 19
Solche Beispiele unerwünschter Effekte der Boykott-Politik trugen zu dem freilich nur unvollkommen realisierten Versuch der Reichsbehörden bei, jüdische Betriebe vorerst „in Ruhe zu lassen" und lokale nationalsozialistische Eiferer stärker zu kontrollieren (s. Genschel 1966, S. 62ff). Das Beispiel eines Wiesbadener Kaufhauses soll im folgenden die Widersprüchlichkeit der Boykott-Politik demonstrieren.

In Wiesbaden gab es zwei als „jüdisch" identifizierbare Kaufhäuser: zum einen das Kaufhaus Blumenthal (Kirchgasse 39-41), zum anderen das zur Rudolf Karstadt AG gehörende „Karzentra" (ebenfalls Kirchgasse). Karzentra wurde noch im Sommer 1933 „arisiert", d.h.: Alle jüdischen Angestellten und die Geschäftsleitung wurden entlassen und durch „Arier" ersetzt (Wilhelm R. – OG Mitte NSDAP Wiesbaden, 15.11.1934, HHStAW, 483 – 10 277). Dennoch blieb das Warenhaus ein Dorn im Auge vieler Einzelhändler und des NS-Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes bzw. der NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), die der antikapitalistischen Rhetorik der NSDAP zum Opfer gefallen waren (s. D21).[1] Die „Warenhauswut" der Mittelständler richtete sich aber noch stärker gegen das in jüdischen Händen verbliebene Kaufhaus Blumenthal, dessen Geschäftsentwicklung wir etwas genauer verfolgen wollen. D 21

Das Haus „Hamburger Engros-Lager S. Blumenthal & Co." war ein reines Familienunternehmen. Alleiniger persönlich haftender Gesellschafter war Adolf Blumenthal, der Sohn des Firmengründers; er war zugleich auch Vorstandsmitglied in der jüdischen Kultusgemeinde (Arnsberg, Bd. II, S. 392).

Die Firma beschäftigte im Durchschnitt 140 Angestellte und Arbeiter (einschließlich des gewerblichen Personals), etwa drei Viertel waren Frauen. Jahrelang stand Blumenthal im Zentrum der „Warenhaus"-Kampagne der Wiesbadener NS-Presse (vgl. z.B. NB, Nr. 50, Dezember 1929). Dies und mehr noch die allgemeine ökonomische Krise ließen bereits 1931 die Umsätze zurückgehen (schriftl. Auskunft Ellen und Ruth Blumenthal, Slg. Bembenek). Infolge der Boykott-Maßnahmen im Jahre 1933 – auch hier patroullierten SA-Posten und fotografierte die NS-Frauenschaft vor dem Hauseingang (HHStAW 483 – 3178a) – verschlechterte sich die Ertragslage nach dem „1. April" so schnell, daß Blumenthal nur dank eines Kredits des Tietz-Kaufhof-Konzerns überlebensfähig war[2]. Doch die Geschäftsentwicklung ging im Laufe des Jahres 1933 weiter zurück. Ende November 1933 kündigte Blumenthal die Entlassung von 18 Mitarbeitern an (Herz – Kreisleitung NSBO, 2.1.1934, HHStAW 483 – 3178a). Der Betriebsratsvorsitzende W. Herz: „Wir hofften, daß sich die Verhältnisse in Wiesbaden und in der Firma gemäß den von dem Reichswirtschaftsministerium herausgegebenen Anordnungen entwickeln würden, mußten aber erkennen, daß nach dem Abschluß der Weihnachtssaison der Umsatz weiterhin zurückgegangen war" (ebda). Das, was Herz hier als „Verhältnisse" (in Wiesbaden) beschreibt – gemeint waren die Boykott-Aktionen, die gerade wieder zu Weihnachten 1933 einen neuen Höhepunkt erreichten[3] –, widersprach also eklatant der von den Reichsbehörden verordneten „Beruhigungspolitik". Unter dem Druck von Betriebsrat, der Betriebszelle der

1) Vgl. die Korrespondenz zwischen dem Einzelhändler R. und dem Kreisbetriebszellenobmann der NSBO in: HHStAW 483 – 10 277. Die NS-Hago wehrte sich auch gegen die Kennzeichnung der Karzentra als „Deutsches Geschäft" (NS-Hago – Kreisleitung NSDAP, 6.12.1935, HHStAW 483 – 10 148).
2) Gutachten des Ausschusses zur Untersuchung arisierter Unternehmungen bei der IHK Wiesbaden, 3.3.1947, HHStAW, VG 2183–411.
3) S. hierzu Heinrich Uhlig. Die Warenhäuser im Dritten Reich, Köln 1956, S. 126 ff.

NSBO (gegründet im Januar 1933), der Kreisleitung der DAF und mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit in Frankfurt wurden schließlich nur zwei Personen entlassen (vgl. den Schriftwechsel in HHStAW 483 – 3178a).

Zur gleichen Zeit, als zwischen den genannten Personen die Verhandlungen über die letzten Endes gescheiterten „Rationalisierungsmaßnahmen" schwebten, trat ein Herr Krüger in die Firma ein. Er wurde offiziell als Leiter für die Textilabteilung eingeführt. Gehaltskosten entstanden dem Haus nicht, denn Herr Krüger (SA-Sturmführer) wurde von seinem eigentlichen Arbeitgeber, der Westdeutschen Kaufhof AG, einer Kaufhof-Tochter, bezahlt. Welche exakten geschäftlichen Beziehungen zwischen dieser AG und Blumenthal um diese Zeit bestanden, läßt sich aufgrund der spärlichen Aktenlage nur schwer rekonstruieren. Mit größter Wahrscheinlichkeit handelt es sich aber um den „marktwirtschaftlich geordneten" Versuch des Gläubigers, d.h. der Kaufhof AG (die auch den gesamten Tietz-Konzern übernahm) bzw. der hinter ihr stehenden Großbanken, in die Geschäftspolitik eines hoch verschuldeten Unternehmens einzugreifen. Schon wenig später konnte die Westdeutsche Kaufhof AG im Zusammenhang mit Blumenthal von ihrem „Anschlußhaus" Blumenthal sprechen (Westdeutsche Kaufhof AG – Gauleiter Sprenger, o.D., HHStAW 483 – 10 287). Der Anlaß: Wieder einmal hatten Mitglieder der NS-Frauenschaft Kunden vor dem Warenhaus fotografiert und so, wie es in dem Protesttelegramm hieß, eine „starke Geschäftsschädigung" hervorgerufen.

Auch 1934 und besonders in den Monaten Januar bis August 1935 sanken die Umsätze des Hauses. Bereits 1934 wurde Blumenthal der Verkauf nahegelegt. Da das Haus aber noch auf einen Umsatz von 2 Mill. RM (bei einem Gewinn von ca. 50.000 RM) verweisen konnte, entschloß sich Blumenthal „noch nicht zum Verkauf" (Eulitz & Koch-Krüger & Brandt, 23.5.1949, HHStAW A544). Mitte 1935 drohte der Konkurs. Blumenthal mußte an „Krüger & Brandt" ver-
D 22 kaufen (s. D22). Der Preis dürfte erheblich unter dem tatsächlichen Verkehrswert gelegen haben. „Der große Vorteil" aber lag darin, daß „die neue Firma Krüger & Brandt, die für jeden Wiesbadener nach wie vor Blumenthal war, in den folgenden Jahren ganz erhebliche Gewinne erzielt(e)" (Rechtsanwalt Modrow – Amt für Vermögenskontrolle Wiesbaden, 15.7.1949, ebda). Ein anderer „Vorteil" bestand darin, daß die Geschäftsleitung jetzt ohne Widerstand der NSBO 50 Angestellten, darunter 17 Juden, sofort kündigen konnte.[1]

„Arisiert" wurde aber nicht nur Blumenthals Warenhaus, sondern auch sein Privathaus in der Parkstraße 35 (35.000 RM – wenige Monate später wurde es von seinem neuen Besitzer für fast 65.000 RM veräußert; vgl. Schriftwechsel K. in HHStAW A526) und das Grundstück Schulgasse 6.[2] Mit dem ihm aus diesen Zwangsverkäufen verbliebenem Rest an Geldvermögen konnte er für sich und seine Frau die Auswanderung nach Holland und die seiner Tochter nach England finanzieren. 1942 spürte ihn die Gestapo in Holland auf und deportierte ihn in das KZ Sobibor. Er wurde dort ermordet. Seine Frau kam in Auschwitz um.

Es liegt nahe, gerade jene Unternehmen näher zu betrachten, denen der Wiesbadener Propagandaleiter Umsatzerfolge unterstellte. Eines dieser drei war die Wilag, Steinberg und Vorsanger (Am Schlachtof 1), spezialisiert auf die Herstellung von Fleischerladeneinrichtungen.

---

1) Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), 1934-1940, 2. Jg. 1935. Salzhausen und Frankfurt/M. 1980,. S. 1034.
2) Vgl. Schriftwechsel Modrow – Kinkel in HHStAW A544. Im Oktober 1938 wurden auch noch das Haus und Grundstück Alwinenstr. 28 von der in Wiesbaden verbliebenen Mutter Blumenthals verkauft; ebda.



Die Belegschaft der Firma Steinberg und Vorsanger (1933)

Die AG war im Besitz der beiden Familien Steinberg und Vorsanger und „allgemein als führend im In- und Ausland anerkannt" (HHStAW, Wiedergutmachungsakte Vorsanger, Vg 1231/68). Gewinn erzielte das Unternehmen freilich nur noch bis 1934. August Vorsanger: „Infolge des Naziboykotts trat im Jahre 1935 ein Stillstand und dann ein scharfer Rückzug ein" (ebda). Entscheidend hierfür war, daß zum einen eine ganze Reihe jüdischer Metzgereien schließen mußten (s. Abschnitt 3.1.1), zum anderen, daß es den „deutschen" Fleischgenossenschaften nicht mehr erlaubt war, bei Juden zu kaufen (ebda). Gegen Mitte 1937 wurde es „fast unmöglich, den Betrieb aufrechtzuerhalten" (Vorsanger), so daß sich die Besitzer entschlossen, die Firma zu veräußern.

> „Vorsanger trat in Verhandlungen mit Emil Wesch, der die Herren Vorsanger und Steinberg seit 1927 kannte, und bat ihn, die Wilag zu übernehmen. Wesch lehnte ab, hat aber den Reichsinnungsverband der Fleischerinnung für die Wilag interessiert, und nach Verhandlungen kam der Verkauf zustande, wobei der Reichsinnungsverband 51 % und ein Teil der deutschen Fleischergenossenschaft 49 % der Aktien übernahm" 1.

Das Finanzamt setzte einen Kurswert von 157 % fest. Vorsanger: „Unter dem Druck des Naziboykotts war ich gezwungen, zu 157 % zu verkaufen. Hätte dieser Druck und seine Folgen nicht bestanden, so hätte ich bei einem freien Verkauf mindestens 250 % verlangt, da bei einem Vergleich mit anderen ähnlich gearteten börsenfähigen Aktionen 300 % anzunehmen war" (Vg 1231/68).

1) Ausschuß zur Untersuchung arisierter Unternehmungen bei der IHK Wiesbaden, 28.11.1946; ebda., Anl. 1.

Anfang Dezember erschien im Wiesbadener Tagblatt eine Annonce:
„Elegante Einfam.-Villa allerbester Bauausführung und Innenausstattung, mit allem nur erdenklichen Komfort, 2 Wintergärten, 2 Garagen, Gewächshaus usw. für nur 38.000 RM zu verkaufen" (Wiedergutmachungsakte Vorsanger, Vg 1231/67).
Wie Adolf Blumenthal mußte auch August Vorsanger seinen Grund- und Hausbesitz zu einem Preis, der weit unterhalb des Verkehrswertes lag, verkaufen, um auswandern zu können. Dies geschah am 1.3.1939 (Steuerakte Vorsanger, HHStAW, 865 Nr. 823).

Die vorstehenden Abschnitte sollten verdeutlicht haben, daß es spätestens ab 1935 vielen jüdischen Einkommensbeziehern in Wiesbaden kaum mehr möglich war, ihren Familien eine ausreichende materielle Existenz zu sichern. Die zunehmende Verarmung der jüdischen Bevölkerung drückte sich auch in der Tatsache aus, daß immer mehr Menschen der öffentlichen Fürsorge anheim fielen. Leider fehlen hierzu exakte Zahlen, doch läßt sich die Pauperisierungstendenz unschwer an dem spezifisch jüdischen Anteil öffentlicher Wohlfahrtsleistungen ablesen (hierzu allgemein Barkai 1987, S. 103ff). Im Jahre 1934 leistete die Wohlfahrtsabteilung der jüdischen Gemeinde Wiesbaden Gesamtausgaben in Höhe von 14.820,23 RM an insgesamt etwa 200 Haushalte mit 230 Personen, die sich je etwa zur Hälfte auf „Unterhaltszuschüsse" und „Wirtschaftshilfe" (etwa Firmenzuschüsse oder Berufsumschichtungsmaßnahmen) verteilten (Mitteilungsblatt der israelitischen Kultusgemeinde. Wiesbaden CMB, 7.1.1935, Nr. 5). Bereits ein Jahr später wurden insgesamt 162 Haushalte mit insgesamt 366 Personen betreut und – einschließlich der neu gegründeten Jüdischen Winterhilfe – insgesamt 29.264,31 RM verausgabt.[1] Im übrigen spricht auch der Anstieg der Auswanderungszahlen ab 1937 eine deutliche Sprache.[2]



Die jüdische Familie Benno und Ruth Brandes (rechts, mit Verwandten) aus Wiesbaden wandert nach Palästina aus (April 1933)

1) Ebda., 10.7.1936, Nr. 11. Die Gesamtsumme umfaßt auch die Ausgaben für die Jüdische Winterhilfe von Januar bis April 1936.
2) S. D23. Arnsberg nimmt auch an, daß eine breite Auswanderungsbewegung aus Wiesbaden erst 1937 einsetzte (Bd. II, S. 398).

3.2 Suche nach den Alternativen – jüdische Jugendarbeit in Wiesbaden zwischen 1927 und 1935

Einleitung

Die kleine Gruppe der heute zwischen 70 und 80 Jahren alten ehemaligen deutschen Juden gehörte früher einem der zahlreichen jüdischen Jugendbünde an. Die Mitgliedschaft in ihnen zählte zu ihren prägenden Jugenderfahrungen.

Die jüdische Jugendbewegung vor 1933 spiegelte die ganze Bandbreite des deutschen Judentums wider. Da gab es jene, die prononciert „deutsch" waren, am wichtigsten der Jugendbund „Kameraden" (1926 umfaßte er ca. 1.300 Mitglieder). Sie unterschieden sich kaum von deutschen Jugendbünden, weder in ideologischer noch in struktureller Hinsicht. Ihnen gegenüber standen die zionistischen Jugendverbände, die wesentlich Träger der Hechaluz, der Auswanderungsbewegung nach Palästina, waren. Eine dritte Tendenz organisierte sich im orthodoxen jüdischen Milieu; am bedeutendsten war hier der Verband „Esra" (1925 ca. 1.200 Mitglieder). Innerhalb dieser drei Richtungen gab es beträchtliche ideologische Spannungen, Überschneidungen und vielfache Abspaltungen, besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als die Möglichkeiten jüdischer Existenz in Deutschland immer mehr bedroht schienen. Die Kameraden zerfielen schon 1932 in unterschiedliche Gruppen, ebenso spaltete sich vom Esra eine stärker nach Palästina tendierende, hauptsächlich aus ostjüdischen Jugendlichen bestehende Gruppe ab (Bachad). Das Jahr 1933 führte zu einer noch stärkeren Polarisierung zwischen zionistischer und antizionistischer jüdischer Jugendbewegung. Die deutsch-orientierten Jugendlichen organisierten sich in dem „Bund Deutscher Jüdischer Jugend" bzw. in dem „Schwarzen Fähnlein", ersterer eher dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, letzere eher dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten bzw. dem späteren nationaldeutschen Deutschen Vortrupp nahestehend. Freilich konnten auch sie sich nicht auf Dauer der Sogwirkung der zionistischen Verbände entziehen, insbesondere, da diese auch weiterhin die Träger der einzig noch verbliebenen Realutopie, der Auswanderung nach Palästina, waren. Die allgemeine Auswanderung dezimierte alle Jugendverbände. Nach den Pogromtagen 1938 wurden die jüdischen Jugendbünde aufgelöst. Die Hechaluz-Arbeit übernahm das Palästina-Amt bis Anfang 1941, bis auch diese in die allgemeine Reichsvereinigung der Juden in Deutschland integriert wurde. Mitte 1941 wurde endgültig die Berufsvorbereitung von Juden (Hachscharah) und deren finanzielle Unterstützung durch die Reichsvereinigung verboten.

a) Die jüdischen Jugendbünde

Wie eingangs bemerkt, wurde die Frage nach jüdischem Weiterleben in der von nationalsozialistischen Themen beherrschten Kurstadt am frühesten in den jüdischen Jugendbünden gestellt.[1] Ansätze zu einer politischen Jugendbewegung gab es seit 1916, sieht man einmal von dem eher indirekt „politischen", geselligen Zwecken dienenden (vor allem: Heiratschancen verbessernden) Ortsverband des Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands ab.[2] 1916 wurde in der Kurstadt der deutsch-zionistische Wanderbund „Blau-Weiß" gegründet, u.a. auch von Mischa Rosenbergs Vater.[3] 1918 gehörten ihm 30 Jungen an, d.h. fast jeder vierte jüdische Junge Wiesbadens. Ein wesentliches Ziel des Bundes war die Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina (Hachscharah). Den Wiesbadener Jungen standen hierzu vor den Toren der Stadt zwei „Umschichtungsstellen" zur Verfügung: einmal war es der Grorother Hof in Wiesbaden-Frauenstein (Besitzer: Julius Oppenheim), zum anderen die Gärtnerei Goss & Könemann in Nieder-Walluf (Meier-Cronemeyer 1969, S. 87). Warum diese praxisorientierte Vorbereitungstätigkeit auf die Pionierjahre in Palästina zum Erliegen kam und sich „Blau-Weiß" 1927 auflöste, ist noch wenig erforscht und auch für die konkrete Situation in Wiesbaden bei dem gegebenen Wissensstand noch nicht zu beantworten.[4] Die Folge war eine Zersplitterung der Jugendbewegung, deren Spuren wir im folgenden nachgehen wollen.

Die meisten ehemaligen Blau-Weiß-Mitglieder schlossen sich dem deutsch-jüdischen Wanderbund „Kameraden" (gegründet 1916) an. Vermutlich ging auch in Wiesbaden der Gründungsakt auf eine Initiative der CV-Ortsgruppe zurück (Information aus dem Archiv des Kibbuz Hasorea an L.B., o.D.). Die „Kameraden" verstanden sich als integraler Bestandteil der deutschen Jugendbewegung. Ein Indiz hierfür ist die Tatsache, daß in Wiesbaden der Nichtjude Karl Heinz Bussmann (genannt „Schlaks") Mitglied des Bundes sein konnte (Brief Kurt Wongtschowski an L.B., 28.11.1982). Sie übernahmen auch das jugendbewegte Strukturprinzip von Befehl und Gehorsam. Sie waren deutsch-national und zunächst unbelastet von allen Zweifeln, dies auch in einer immer antisemitischer sich gebärdenden Umwelt konfliktfrei sein zu können. Das Ideal ließ sich freilich nur außerhalb der konkreten Gesellschaft, etwa bei den jährlich stattD 24 findenden Pfingstlagern im Taunus, annähernd realisieren (s. D24). Oder bei offiziellen Anlässen, wie bei einem Elternabend der Kameraden vom 28.11.1929, dessen Beschreibung in der D 25 Jüdischen Wochenzeitung (s. D25) die tatsächlichen Spannungen innerhalb des Bundes verdecken sollte.

Denn zwei Seiten weiter war zu lesen: „Durch unseren Elternabend haben sich in den Kreisen unserer Eltern Mißverständnisse ergeben, die gemeinsamer Erklärung bedürfen" (JWZ, 13.12.1929, Nr.50). Um welche handelte es sich?

Die Spannungen bestanden zwischen den Kräften, die ein eindeutiges politisches Bekenntnis

---

1) Allgemein zur jüdischen Jugendbewegung s. Kindt 1974, S. 769ff; Meier-Cronemeyer 1969, S. 17ff.
2) Der Verband bestand seit 1909. Zweifel an dem immer wieder betonten „unpolitisch-neutralen" Charakter des Wiesbadener Ortsverbands hatte vor allem der führende Zionist Wiesbadens, Dr. A. Landsberg. Er verdächtigte ihn, den deutsch-jüdischen Kameraden zuzuneigen (s. Sten. Bericht über 4. Delegiertenversammlung des Verbandes jüdischer Jugendvereine, 15./16.6.1919, Berlin, Slg. Lazarus, Leo Baeck Schule, Haifa).
3) Interviews L.B. mit Mischa Rosenberg 1982 bis 1986.
4) Siehe dazu die knappen Angaben bei Kindt 1974, S. 769ff; Meier-Cronemeyer 1969, S. 70ff.

zum Deutschtum forderten bzw. deren jüdische Identität sich auf eine quasi-private Religiosität beschränkte (E. Wolff, „Der Bund und die Allgemeinheit", Ring, Nr. 2, 1926, S. 28f), und jenen, die ihr Jüdisch-Sein mit politischen, „oppositionellen" Begriffen – sie reichten von „sozialistisch", „sozialdemokratisch" bis „nationaljüdisch" – inhaltlich begründen wollten.
Für erstere Tendenz steht Ernst Wolff, Rechtsanwalt und Gründer der Wiesbadener „Kameraden-Gruppe"[1], für letztere Franz („Fränzchen") Marx, der sich in einem jahrelangen Ablösungsprozeß und unter dem Eindruck der Wirklichkeit von den „deutschen" Positionen Wolffs entfernte.



„Kameraden", in der Mitte Ernst Wolff (1927)

Die in dem zitierten Dokument (s. D25) vorgenommene sprachliche Abwertung seiner und auch anderer Eltern Kritik an den Auffassungen Rechtsanwalts Guthmanns (RjF) drückt die tatsächlichen Spannungen nur sehr indirekt aus. D 25

Der Auflösungsprozeß der „Kameraden" beschleunigte sich und wäre auch ohne den Tod Ernst Wolffs, der Anfang April 1932 unter mysteriösen Umständen starb[2], zu Ende gegangen. Zwei Monate später, zu Pfingsten, kam es zur endgültigen Spaltung (JWZ, 17.6.1932, Nr. 25). Auf Reichsebene schloß sich die Mehrheit der ehemaligen „Kameraden" dem Kreis um Her-

1) Ernst Wolff war auch Mitherausgeber des „Ring", in dem er selbst in einer Reihe von Artikeln für seine „deutsche" Option plädierte, sowie aktiver Kämpfer im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (s. hierzu JWZ, 8.4.1932, Nr. 15).
2) Eine Mordtat durch die SA ist nicht auszuschließen. Zumindest vermuteten dies die „Kameraden" und auch Wolffs Schwester, die kategroisch die Möglichkeit Selbstmord ausschließt; vgl. Interview L.B. mit Frau Goldblum (Tel Aviv), 10.4.1981.

mann Gerson und Franz Marx an, der sich bald „Werkleute" nennen sollte, „sozialistische Tendenzen sehr betont in sich aufnahm, ernsthaft jüdisch und hebräisch arbeitete" und am Aufbau Palästinas mitarbeiten wollte, wie die Jüdische Rundschau schrieb (JR, 8.6.1932, Nr. 45/46): Unter dem Druck der Verhältnisse in Deutschland waren sie „Zionisten" geworden. Schon im Sommer 1933 gingen die ersten Gruppen auf Hachscharah, darunter als einziger Wiesbadener Franz Marx, und gründeten das heute noch von marxistisch-jüdischen Ideen geprägte Kibbuz Hasorea.

Franz Marx' Position wurde innerhalb der Wiesbadener „Kameraden" nur von einer Minderheit geteilt. Die Mehrheit beharrte auf den „rein jugendbewegten" Ideen der „Kameraden" und trat im Dezember 1932 dem von dem Wiesbadener Paul Y. Mayer gegründeteten „Schwarzen Fähnlein" (SF) bei (Rheins 1978, S. 173ff). Dazu Kurt Wongtschowski (genannt „Arco"):

> „Sie müssen bedenken, daß die Juden durch ihre Religion und Natur oft dazu neigen, dem Intellektuellen einen zu großen Vorrang einzuräumen. Wir waren anders. Unser Leben im Schwarzen Fähnlein hat sich nicht in politischen oder noch nicht einmal in ideologischen Diskussionen ausgedrückt, sondern in der Tatsache, daß wir frei gelebt haben. Wir sind jeden Samstag und Sonntag in die Wälder gegangen, wir haben gezeltet, und in den Ferien haben wir unsere Lager gemacht. Aber wir haben dem Nur-Geistigen nicht den Vorrang gegeben" (Interview L.B. mit Kurt Wongtschowski, 1.11.1983).



Pfingstlager des Schwarzen Fähnleins im Taunus (1932)

Das SF fühlte sich als integraler Bestandteil der deutschen bündischen Jugendbewegung und sah auch, wie die meisten bündischen Organisationen, in der "nationalen Revolution" anfangs

die Chance der Verwirklichung eigener Ideale oder beanspruchte oder suchte zumindest seinen Platz im neuen deutschen Staat.



Führerausweis

Herr Paul J. Mayer [stud. rer. pol.]
Jude
geboren am 8. 9. 12.
wohnhaft in Wiesbaden, Adelheidstraße 5, Eingang 2.
vom (Verein usw.) Schwarzes Fähnlein
Waldpfadfinderbund
ist befähigt, Ausflüge dieses Vereins zu Zwecken der Jugendpflege sachverständig zu leiten.
Wiesbaden, den 12. 1. 1933
(Name des Vereins)
(Unterschrift des Vereinsleiters)
Stadtjugendamt
Jugendpflege.
Dieser Ausweis ist auf Verlangen jederzeit vorzuzeigen.

Paul „Yogi" Mayers Führerausweis (1933)

Paul „Yogi" Mayer aus Wiesbaden, seit Juni 1933 Bundesführer des SF, formulierte es (noch) am 13.4.1934 wie folgt: „Wir stehen und warten. 1.000 jüdische Deutsche. Wir warten stumm und still, aber voller Glauben. Und da wir so warten, haben wir die große Möglichkeit, nämlich die, einst den Weg in unser deutsches Volk in Ehren zu finden" (Rheins 1978, S. 182).

Darüber hinaus war es ein Ziel nicht nur des Wiesbadener SF, durch ein Bekenntnis zu „Kampf" und Wahrhaftigkeit als anthropologischen Grundkonstanten des Menschen (s. D26), zu militärischen Verkehrsformen („militärisches Wandern" z.B.), schließlich auch durch sozialen Einsatz im Dienst an der „Volksgemeinschaft" das internalisierte geburtliche „Defizit", Jude zu sein, zu kompensieren und so dem manifesten Antisemitismus entgegenzuwirken. So berichtete die JWZ: D 26

> „Am Montag, den 26.12. (1932), waren die Jungensgruppen des „Schwarzen Fähnleins" (ehemalige „Kameraden") auf Fahrt. Die Jungens leisteten wertvolle Dienste bei der Bergung mehrerer Kraftwagen, die auf der vereisten Landstraße auf der Eisernen Hand verunglückt waren. Die Suche nach einem tödlich verunglückten Mann blieb leider erfolglos. Die Gruppe hofft, daß sie mit solchen Hilfeleistungen, an denen sie ja nicht zum erstenmal beteiligt war, das ihre zur Dämmung des Antisemitismus beiträgt" (JWZ, 30.12.1932, Nr. 41).

Die deutsch-romantische Politik des SF führte den Bund nach 1933 vielerorts in die Isolierung

innerhalb der jüdischen Gemeinden (Rheins 1978, S. 179). In Wiesbaden dürfte dies nicht zugetroffen haben. Zum einen hatte die Gruppe einen starken Rückhalt in der einflußreichen Ortsgruppe um Rechtsanwalt Guthmann. RjF und SF waren gemeinsam der Überzeugung, daß sie vor NS-Übergriffen durch die Person des „Frontkämpfers" Hindenburg geschützt seien.[1] Wie illusionär dies war, zeigte bereits ein Ereignis am 28.4.1933. An diesem Tag fanden sich führende Mitglieder des RjF und des SF, unter ihnen auch der Wiesbadener Fritz Beckhardt (siehe zu ihm S. 29), in der Reichskanzlei ein, um Vorschläge „über die Einordnung deutscher Juden in das neue Deutsche Reich" zu unterbreiten. Dieser Anbiederungsversuch blieb ohne jede Resonanz.[2] Zum anderen bestand die Wiesbadener Ortsgruppe des SF zu einem guten Drittel aus integrationswilligen Ostjuden – letzteres behinderte den möglichen und von vielen SF-Gruppen auch betriebenen Versuch der Ausgrenzung der Ostjuden (Interview L.B. mit Hanna Dayan-Deutsch (Nahariya), 10.4.1982).

Trotz aller Integrationsbemühungen in den rassistischen Staat kapitulierte am Ende auch das SF vor der Gewalt der Verhältnisse. Kurt Wongtschowski:

> „Also, wenn man hört, was die SA gesungen hat: „Wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut." Da können sie nicht mehr Stellung nehmen, da gab es nur zwei Alternativen: Entweder man geht nach Palästina, oder man wartet, so lange es geht, und geht dann" (Interview L.B. mit Kurt Wongtschowski, 1.11.1983).

Wongtschowski „ging" am Ende des Jahres 1935, als auch das Schwarze Fähnlein aufgelöst wurde. „Ich habe als Deutscher geheiratet und bin als Deutscher ausgewandert. Aber in dem Familienstammbuch, das man mir damals übergeben hat, stand drin: Familie Wongtschowski, Brasilien. Also hat man mir auch damit einen Tritt in den Allerwertesten gegeben." In Wiesbaden waren die Aktivitäten des SF schon lange Zeit vorher verebbt, etwa im Herbst 1933.[3] Der Bruch vollzog sich häufig unter dem Eindruck konkreter Ereignisse: „Hanna Capell wanderte aus, als ein Schwimmverbot für Juden in den Schwimmbädern erlassen wurde (im Juli 1934); sie fand das erniedrigend" (Brief Herta Hartmannsheim an L.B., 19.12.1983). Sie ging noch in demselben Jahr nach Palästina, wo sie Mitbegründerin des „deutschen Ortes" Nahariya wurde (Interview L.B. mit Hanna Dayan-Deutsch, 10.4.1982). Auch alle anderen Mitglieder des SF scheinen nach den unvollständigen Unterlagen ausgewandert zu sein (ebda). Die Ursprünglich nicht- bzw. anti-zionistisch gesinnten Mitglieder der „Kameraden" und des SF waren fast alle zu „Zionisten" geworden. Wie aber stand es mit der eigentlich zionistischen Jugendbewegung in Wiesbaden?

Den entscheidenden Auftrieb erhielt sie nach dem erwähnten Scheitern des deutsch-zionistischen „Blau-Weiß" (1927) erst wieder nach der Machtübernahme an die NSDAP im Januar 1933. Erste Ansätze zu einer zionistischen Jugendorganisation „in praktischer Absicht" lassen sich freilich schon im Jahre 1929 ausmachen. Sie scheinen von der rührigen zionistischen Ortsgruppe um Rosenberg und Landsberg ausgegangen zu sein. Eine wichtige Rolle spielte hierbei E. Schmulewitz, der von der Ortsgruppe als Hebräisch-Lehrer nach Wiesbaden gerufen worden war. Zusammen mit Landsberg gründete er im Dezember 1930 eine zionistisch ausgerichtete „Arbeitsgemeinschaft jüdischer Jugend" in Wiesbaden. Der Bericht in der

1) Ebda., S. 179. Die Wiesbadener Hoffnungen auf Hindenburg artikulierte S. Lilienthal in einem Leitartikel in der JWZ vom 10.3.1933 (Nr. 5).
2) Klaus J. Herrmann, Das Dritte Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen, Köln 1969, S. 92f.
3) Möglicherweise ist aber noch im Frühjahr 1934 eine kleine Arbeitsgruppe national-deutscher Juden in Wiesbaden gegründet worden, bei der die illusionären Ideen eines Hans-Joachim Schoeps, mit dem auch Wongtschowski eng befreundet war, Pate standen. Im März 1934 wurde jedenfalls im MB ein Treffen von Interessenten angekündigt (MB, 16.3.1934, Nr. 8).

JWZ (s. D27) entstammt der kritischen Perspektive eines assimilierten, anti-zionistisch eingestellten Juden und verdeutlicht, mit welchen Vorbehalten das deutsch-jüdische Gemeinde-Establishment die vor allem von ostjüdischen Jugendlichen getragene „Arbeitsgemeinschaft" betrachtete. Die AG war nicht mehr als ein Diskussionsverein mit seminaristischem Charakter: Regelmäßig samstagsnachmittags wurden Referate vorgetragen, mittwochs traf man sich zu „jüdischer Geschichte" und einem Hebräisch-Kurs, die Wiederaufnahme praktischer Vorbereitungsarbeiten kam aber nicht über Ansätze hinaus (JWZ, 20.2.1931, Nr. 8). Immerhin: Die etwa 20-40 Jugendlichen und etwa 50-60 Kinder umfassende AG trug dazu bei, daß die „ideologische" Initiative von dem liberal-konservativen, die Gemeinde beherrschenden Westjudentum samt ihrem unter den ostjüdischen Jugendlichen als elitär verschrienen Jugendbund „Kameraden" auf die Zionistische Ortsgruppe überging. Ablesbar war dies an ihren ständigen Appellen zu „politischer Reflexion" der spezifisch jüdischen Situation in Deutschland und zu „gemeinsamer geistiger Arbeit" (ebda, 25.9.1931, Nr. 39 (u.a.)), denen die Gemeindeführung mit dem Vorwurf, die Ortsgruppe betreibe eine „gefährliche Spaltungspolitik" und polarisiere überdies die Jugend, begegnete (JWZ, 21.8.1931, Nr. 34). Die Arbeit der Jungzionisten war allerdings nicht nur durch Diskussionen mit einer kleinen revisionistischen Minderheitsgruppe um Jakob Kanel behindert[1], sondern vor allem durch den Weggang Schmulewitz' im November 1931. Der Vorgang war so entscheidend, daß die Arbeitsgemeinschaft praktisch zum Erliegen kam: „Unsere Arbeitsgemeinschaft wird sich an derjenigen der zionistischen Ortsgruppe beteiligen", so verkündete lapidar die JWZ die Folgen des Abschieds von Schmulewitz, der in Breslau sein Studium fortsetzen wollte (ebda, 9.10.1931, Nr. 41; 6.11.1931, Nr. 45).

Die jüdischen Jugendlichen Wiesbadens hatten freilich noch andere Organisationsalternativen im zionistischen Sektor. So gab es die Jugendorganisation des „Habonim Noar Chaluz", die mit der nach 1933 stark zionistisch-sozialistischen „Brit Chaluzim Datiim" („Bachad") bzw. mit der „Brith Hamoar schel Zeire Misrachi" um Zulauf konkurrierte (siehe S. 17). Einer der Führer Habonims war Leo Hofstedter.[2]

Die Gruppe bestand aus ca. 20 älteren Jugendlichen (Durchschnittsalter: etwa 20 Jahre) und 30 Kindern (10-14jährige), allesamt aus ostjüdischen Familien.[3] Hofstedter zu den Zielen der Gruppe: „Der Habonim war nicht religiös, wir Wiesbadener jedoch waren meist aus religiösem Haus und versuchten deshalb, den religiösen Zionismus in der Arbeiterbewegung zu verwirklichen." Dies bedeutete vor allem die enge Anbindung an die zionistische Gewerkschaftsbewegung, an den Histadruth. Hofstedter: „Wir aktivierten besonders den Hechaluz, wir Älteren waren eigentlich die Träger dieser Vorbereitungsschule der Einwanderung nach Israel. Wollte jemand mit einem Arbeiterzertifikat[4] nach Palästina, mußte er durch den Hechaluz. Wir mußten es befürworten".

---

1) Zu Kahel s. JWZ, 2.10.1931, Nr. 40. Die zionistische Idee Herzls – die Begründung einer jüdischen „Heimstatt" in einem bi-nationalen Staat Palästina – wurde von Vladimir Jabotinsky „revidiert". Er forderte einen national-jüdischen Staat in Palästina.

2) Interview L.B. mit Hofstedter, Haifa 15.4.1981. Die Unterschiede zum „Bachad" beschrieb Hofstedter so: „Zwischen Bachad und uns gab es im Prinzip keinen großen Unterschied. Der Unterschied lag mehr bei den Personen als bei dem Programm. Die soziale Zusammensetzung war wie bei uns, wir kannten uns alle auch sehr gut. Manche Eltern weigerten sich strikt, ihre Kinder in eine sozialistische Jugendgruppe zu schicken, die nach ihrem Banner nicht religiös war. Die Eltern betrachteten uns als nicht so sozialistisch wie den Bachad. Genau diese Jugend war unsere Zielgruppe."

3) Im Anschriften- und Branchenverzeichnis der Kreisleitung der NSDAP aus dem Jahre 1935 wird die Mitgliedszahl des Habonim mit 40 angegeben (bezogen wohl nur auf ältere Jugendliche, s. dort S. 224). Der Bachad hatte um dieselbe Zeit 25 Mitglieder (ebda., S. 218).

4) Einwanderungserlaubnis für bestimmte Berufsgruppen (hier: Arbeiter), die von der Jewish Agency ausgegeben wurden.



Wanderung der Habonim-Gruppen
von Leo Hofstedter (Mitte) 1935



Ein „Gesandter" aus Israel
(weißes Hemd, 1934)

Damit rückte der Habonim in eine strategisch wichtige Position für die praktische Vorbereitung und die formelle Zertifizierung der Auswanderung nach Palästina. Seine Arbeit (s. D28) wurde D 28
auch von den NS-Stellen in Wiesbaden geschützt, auch gegen Übergriffe von „Nazi-Rowdies" (Hofstedter), freilich nur im „Rahmen des Erlaubten. Das wurde uns immer eingehämmert: Gebt nie der Regierung eine Möglichkeit, uns zu verbieten".

Eine weitere Organisationsmöglichkeit bot die Ortsgruppe der Jugendbewegung Esra (siehe hierzu Kindt 1974, S. 780f). Faktisch war sie die Jugendorganisation der orthodoxen „Austrittsgemeinde" und teilte deren konsequenten Bezug auf die klassischen jüdischen Schriften[1].



Überregionales Treffen des „Esra" in Mainz, wahrscheinlich 1932

Da für Esra-Mitglieder ein Leben nach den Gesetzen der Tora die bedeutendste Verhaltensmaxime war, war die emotionale Bereitschaft, die „Heimat" gegen Palästina auszutauschen, relativ gering. Programmatisch war der Esra keinesfalls anti-zionistisch. Dessen ungeachtet litt auch diese Gruppe unter dem Rekrutierungssog, der von Habonim und Bachad ausging.[2]

Einige gingen in das europäische Ausland und bezahlten dafür mit spiritueller Entfremdung.

---

1) Vgl. die Kritik der Esra an dem „Gewohnheitsjudentum" in: JWZ, 21.4.1933, Nr. 8.
2) Dieser Sog wurde gefördert durch Manfred Bastansky, einen Esra-Führer, der zum Bachad übergewechselt war und dort Ortsgruppenleiter wurde (s. Anschriften- und Branchenverzeichnis, (Hg.) NSDAP Wiesbaden, S. 217).

Rosy Goldsteen, ehemalige Esra-Führerin, schrieb Ende 1934 aus Kopenhagen, wo sie eine alte jüdische Dame betreute:

> „Die Dame ... hat auch nicht so das jüdische Gefühl und Empfinden, wie wir es gewöhnt sind. Sie meint, mit koscher essen ... ist alles getan ... Wo ist mein Frohmut hin, frage ich mich oft, wenn ich eines unserer netten Lieder singe, dann vergesse ich die Welt um mich, dann bin ich mit meinen Gedanken in Wiesbaden, und wir sitzen alle gemütlich in der Friedrichstraße (alt-israelische Synagoge) ... Mein Heimatland!" (Rosy Goldsteen – J. Tiefenbrunner, 12.11.1934, HHStAW 483-10126.)

Letzten Endes wurde die Esra-Gruppe nur durch den persönlichen Einsatz von Jonas Tiefenbrunner eine Zeitlang zusammengehalten. 1935 waren dies noch ungefähr 50 Jugendliche (vgl. Anschriften- und Branchenverzeichnis; (Hg.) NSDAP Wiesbaden, S. 236). Tiefenbrunner, der zusätzlich auch noch die orthodoxe Partei „Agudas Israel"[1] mitbegründete und deren Jugendorganisation „Noar Agudathi" betreute[2], resignierte schließlich, nachdem es ihm nur mit größter Mühe gelungen war, eine Esra-Tagung für das gesamte Rhein-Main-Gebiet zustandezubringen:

> „Was jetzt kommt, liebe Rosy, ist nämlich genau so naturgemäß, mein Weggehen von Wiesbaden ... Nein, ich werde kein Großkapitalist, ich werde kein Reisender und kein Vertreter. Ich komme nicht ins Ausland, sondern gehe als simpler Muchschar auf Hachscharah. So, nun ist es endlich heraus, das inhaltsschwere Sätzchen ... Daß es schon immer mein Vorhaben war, ist Dir ja bekannt ... Und der Esra? Ja, siehst Du, das macht mir genau solches Kopfzerbrechen. Vorläufig habe ich einen Jungen hierherbekommen, der eine Jungensgruppe übernehmen kann. Für den N.A. bekommen wir ebenfalls jemanden hergesetzt, der Philipp hat ja auch eine Gruppe, und dann bleiben noch übrig die Mädelsgruppen. Ich habe mich mit den verschiedensten Stellen in Verbindung gesetzt, um zu ermöglichen, daß wenigstens ein Mädel hierherkommt, aber ob es mir gelingen wird, das ist fraglich. Na, hoffen wir einstweilen das Beste." (Tiefenbrunner – Goldsteen, 12.9.1935, HHStAW 483 – 10126)

Im Frühjahr 1936 ging Tiefenbrunner auf Hachscharah – nicht ohne Konsequenzen für seine achtköpfige Familie in der Hellmundstraße, die auch durch sein Weggehen zu einem Fall der
D 29 jüdischen Wohlfahrtspflege wurde (s. D29)[3]. Über das Ende der Esra-Gruppe konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

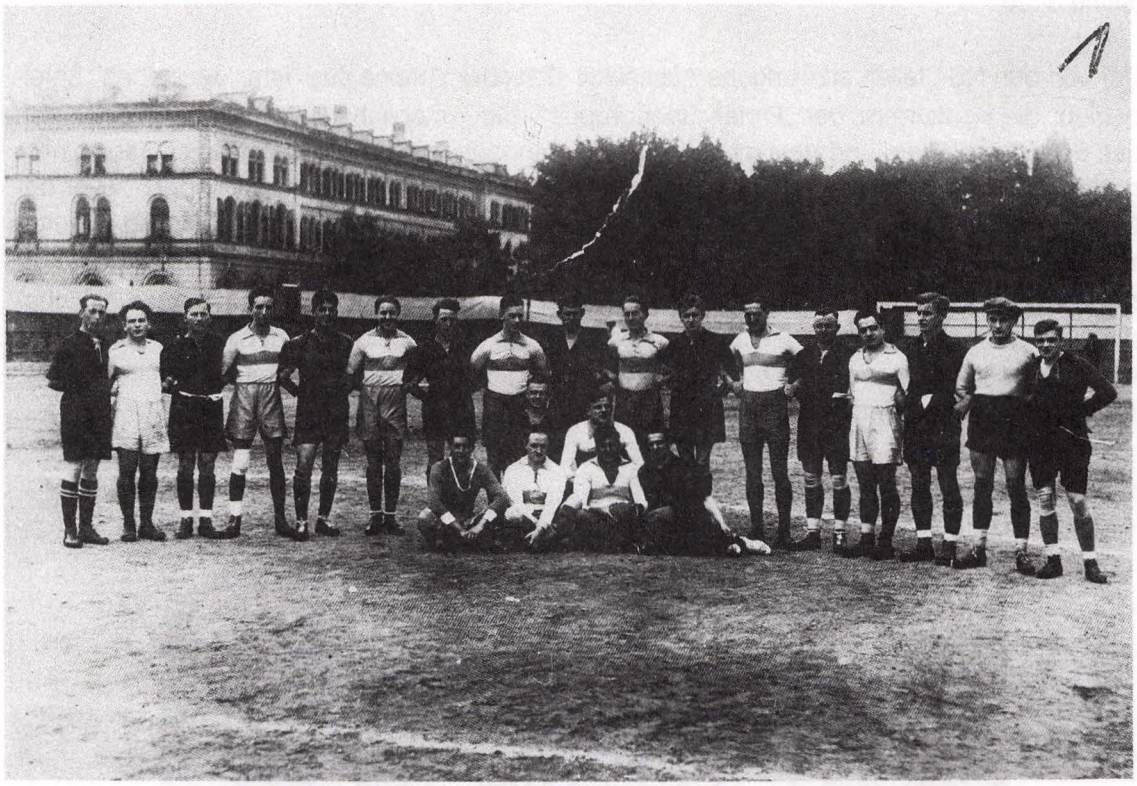
b) Die jüdischen Sportvereine „Hakoah" und „Schild"

Theoretisch hätte für die jüdischen Jugendlichen Wiesbadens der Sport ein verbindendes Moment sein können – nicht nur, weil der Sport „an sich neutral" sei könnte, sondern auch, weil die Forderung nach mehr „körperlicher Ertüchtigung" praktisch alle jüdischen „Lager" – bis auf die Orthodoxen – einigte. „Unsere bisherige Erziehung ging darauf hinaus, den Geist zu

1) Die Partei hatte 1935 in Wiesbaden 20 Mitglieder. Vorsitzender: Jonas Ansbacher, Rabbiner der orthodoxen Austrittsgemeinde (ebda, S. 217).
2) Noar Agudathi, die Agudas Israel angeschlossene Jugendgruppe. Ihr Zweck: „Geistige und körperliche Ausbildung von jungen Leuten, die nach Palästina übersiedeln wollen" (ebda, S. 239).
3) Jonas Tiefenbrunner und sein Bruder Philipp emigrierten nach Belgien, der andere Bruder Moritz nach Palästina. Moritz kehrte in der Jüdischen Brigade der Englischen Armee nach Deutschland zurück. Jonas leitete ein Waisenhaus in Antwerpen. Dem Einmarsch der deutschen Truppen Anfang Mai 1940 scheint er durch illegale Einwanderung nach Palästina ausgewichen zu sein. Nach dem Krieg kehrte er nach Antwerpen zurück. Philipp überlebte die deutsche Besetzung in einem Versteck. Ihre Eltern wurden nach ihrer Verschleppung in „den Osten" (s. Kap. 5) im Zuge des Holocaust ermordet.

wecken, zu trainieren und zu schärfen und kümmerte sich den Teufel um unsere körperliche Fortentwicklung", so beschrieb 1927 Paul Engel in der Jüdischen Wochenzeitung dieses konsensfähige Desiderat (JWZ, 12.1927, Nr. 11). Ihm (wie vielen anderen) entging freilich, daß er damit (unbewußt?) im Grunde das alte antisemitische Klischee, wonach Juden „verweichlicht" und „bloß vergeistigt" seien, reproduzierte (hierzu s. Dunker 1974, S. 97ff).

So sehr also in der grundsätzlichen Forderung nach „mehr Sport" Übereinstimmung bestand, so wenig mag es verwundern, daß es bei der gegebenen gesellschaftlichen Situation des Judentums und der inner-jüdischen Fragmentierung in der Frage der Organisationsform zu ideologischen Kontroversen kam (ebda). Für Wiesbaden trifft dies allerdings nur bedingt zu. Dies lag daran, daß es seit 1926 den von Sally Grosshut gegründeten Verein „Hakoah" gab, der bewußt alle Richtungen des Judentums der Stadt zu integrieren versuchte (s. D4) und der, wie D 4



Die Handballmannschaft Hakoahs (1928)

es Grosshuts wichtigster Mitstreiter W. Birnbaum ausdrückte, zum „größten jüdischen Jugendverein Wiesbadens" wurde (JWZ, 22.2.1929, Nr. 8).
Die Integration konnte gelingen, weil Hakoahs Handballmannschaft so überaus erfolgreich im Wettbewerb mit nicht-jüdischen Mannschaften war, eine Tatsache, die dem Verein über den jüdischen gesellschaftlichen Bereich hinaus Anerkennung verschaffte (ebda) und Kritik zunächst nur in verhaltener Form zuließ. Diese kam einmal aus den Reihen der Wiesbadener Orthodoxen, die grundsätzlich in der Idee des Sports und in der zunehmenden Popularität Hakoahs „materialistische" Gefährdungen für jüdische Spiritualität sahen (JWZ, 30.11.1928, Nr. 46), zum anderen aus den Reihen des assimilierten Judentums, vor allem soweit es in der Ortsgruppe des RjF organisiert war. Diese Kritiker witterten in einem separaten jüdischen Sportver-

ein einen assimilatorischen Rückschlag, überdies, so darf man vermuten, standen sie der Tatsache, daß Hakoah starken Zulauf aus ostjüdischen und zionistischen Kreisen erhielt, mißtrauisch gegenüber. Es ist sicher kein Zufall, daß diese „Oppositionen" auf Initiative Berthold Guthmanns eine „Freie Sportgruppe" bildeteten, als Hakoah, bedingt durch das Ausscheiden wichtiger Spieler, nicht mehr hoffen konnte, an frühere Erfolge anzuknüpfen. Dies war im August 1931[1]. Die „Freie Sportgruppe" begründete die Notwendigkeit ihrer Existenz einmal mit der Idee, daß der Sport grundsätzlich „überkonfessionell" sein müsse (JWZ, 7.8.1931, Nr. 32), zum anderen mit der Forderung, daß der Sport der physischen „Abwehrarbeit" gegen den zunehmenden Antisemitismus dienen müsse – deshalb betrieb sie hauptsächlich Jiu Jitsu („Nachgeben, um zu siegen", so hieß die für den RjF vielleicht nicht unbezeichnende Leitlinie dieses Sports) und Boxen (Erinnerung Halle, Slg. Bembenek). Beide Argumente beruhten auf Fiktionen: Zum einen bestand die Gruppe, die zunächst nur Trainingsabende veranstaltete, trotz ihres überkonfessionellen Anspruchs ausschließlich aus jüdischen Mitgliedern, zum anderen waren die Erfolge der gepriesenen „Abwehrarbeit" durchaus beschränkt, wie wir sahen (siehe S. 25).

Der von den NS-Stellen erzwungene Ausschluß jüdischer Vereine aus dem „deutschen" Spielbetrieb, die Konkurrenz der „Freien Sportgruppe", die – möglicherweise noch forciert durch den Einfluß von Eltern und deutsch-jüdischen Jugendbünden wie dem Schwarzen Fähnlein[2] – starken Zulauf aus Hakoah erhielt, und schließlich die Auswanderung vieler junger Aktiver bedeuteten schon 1933 das organisatorische Ende Hakoahs. Nach dessen Auflösung konnten männliche jüdische Jugendliche Wiesbadens nur noch in der RjF-Gruppe, die sich bald offiziell „TSV Schild" nannte[3], ihren sportlichen Neigungen nachgehen, d.h. schwimmen, Gymnastik betreiben, turnen, Handball spielen. Dies drückte sich in einem erheblichen Anstieg der Mitgliederzahl aus, wenn auch die von Edwin Halle genannte Zahl 600 übertrieben sein dürfte (Erinnerung Halle, Slg. Bembenek).



Eine Jugendsportgruppe des „Schild" (1934)

1) JWZ, 7.8.1931, Nr. 32; vgl. ferner die schriftliche Erinnerung Edwin Halle (Trainer in der „Freien Sportgruppe"), o.D., Slg. Bembenek.
2) Zur Zusammenarbeit zwischen „Schild" und dem SF vgl. Dunker 1974, S. 167f.
3) Dies muß noch 1933 geschehen sein. Zum „Schild" allgemein s. Dunker 1974, S. 164ff.

Der „Schild" begriff sich in Wiesbaden (wie überall in Deutschland) nicht nur als sportliche, sondern auch als ideologische Konkurrenz zu den Vereinen des zionistischen Makkabi-Kreises, d.h. er versuchte, in Übereinstimmung mit den Zielen des RjF und des Schwarzen Fähnleins die Jugendlichen „deutsch" zu erziehen und sie zum Ausharren in Deutschland zu bewegen (s. Dunker 1874, S. 169f).
Diese Zielrichtung stieß bei dem zionistischen Teil der Wiesbadener Jugend auf Kritik; manche Jugendliche dürften dem Beispiel Mischa Rosenbergs gefolgt sein und den „Schild" aus diesem Grund verlassen haben (siehe S. 17).

Am Ende dieses Überblickes bleibt zweierlei festzuhalten. Erstens: Der „reale Faschismus" nach der Machtübertragung machte die „ideologischen" Auseinandersetzungen und organisatorischen Grenzen zwischen den einzelnen Richtungen letzten Endes substanzlos. Mischa Rosenberg: „Hitler hat diese Diskussion schließlich ad absurdum geführt, denn es stand nur noch die Frage: Wie komme ich am schnellsten raus? Dann waren auch Nicht-Zionisten bereit, nach Israel zu gehen und Zionisten bereit, in jedes Land zu gehen. Das Leben war wichtiger." (Interview L.B. mit Mischa Rosenberg, 5.8.1984)
Zweitens: Es waren die Mitglieder der Jugendbünde, die die Frage: Auswandern oder nicht? in die Familien und die jüdischen Erwachsenenzirkel hineintrugen. Ob diese Entscheidung positiv ausfiel, hing von der konkreten familiären Situation ab – von dem Alter der Jugendlichen, ihrer relativen „Machtposition" in den Familien und dem Grad der „Verwurzelung" in Wiesbaden, der für die meisten ostjüdischen Familien tendenziell geringer als für die assimilierten „deutschen" Familien war.

Die Frage freilich stellt sich, wie Juden, die nicht (oder noch nicht) ausgewandert waren, *in* Wiesbaden lebten. Es spricht viel für die Vermutung, daß es als Folge der zunehmenden Verdrängung aus den gesellschaftlich-materiellen Verhältnissen der Kurstadt auch unter den assimilierten Juden zu einer verstärkten Besinnung auf jüdische Traditions- und Identitätsbereiche kam. Anhand des jüdischen Kulturlebens müßte sich dies besonders eindrücklich nachweisen lassen.

3.3 Jüdische Kulturarbeit

Einleitung

Der Kampf gegen die „Verjudung" des deutschen Kulturlebens war ein zentrales Ziel der Nazis vor 1933. Die ersten Maßnahmen im Jahre 1933 waren freilich noch relativ „moderat". Zwar waren Tausende jüdischer Künstler von Entlassungen nach dem sog. „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933 betroffen, doch konnten Juden Mitglieder der im September 1933 geschaffenen Reichskulturkammer sein, und den Gemeinden war es – aus Gründen politischer Opportunität – freigestellt, eigene kulturpolitische Tätigkeiten zu entfalten.

Am wichtigsten wurde in diesem Zusammenhang die „Kulturbund"-Bewegung, die sich von Berlin aus über ganz Deutschland verbreitete und unzähligen jüdischen Künstlern Arbeitsmöglichkeiten bot, daneben auch die jüdische Erwachsenenbildung, die vor allem von den liberalen jüdischen Lehrhäusern organisiert wurde. V. Dahme: „Kaum von oben und schon gar nicht zentral gesteuert, stellte die jüdische Kulturbewegung der Jahre 1933 und 1934 einen positiven Gegenentwurf zu der im Reich herrschenden kulturellen Mentalität und Realität dar" ((Hg.) Benz 1989, S. 102). Die Bedingungen dieser Arbeit verschlechterten sich seit dem Jahr 1935. Die Zensur wurde wesentlich verschärft, hinzu trat der durch Auswanderung zunehmende Mitgliederschwund und eine wachsende Desillusionierung über die Wirkungen jüdischer Kulturarbeit inmitten einer zunehmend bedrükkenderen gesellschaftlichen Umwelt. Ferner: „Tatsächlich gab es ... viele Zionisten und junge Menschen, vor allem, die den Kulturbund ablehnten, weil er ihnen zu wenig jüdisch war. Die meisten aber lehnten ihn ab, weil er ihnen zu jüdisch war" (ebda, S. 180). Die offizielle jüdische Kulturarbeit wurde unter immer schlechteren Bedingungen bis in den Krieg hinein fortgesetzt. Am 11.9.1941, kurz vor den beginnenden Deportationen, wurde der „Jüdische Kulturbund in Deutschland" aufgelöst.

Die bekannte Tatsache, daß Juden in vielen Sektoren des deutschen Kulturbetriebs vor 1933 eine bedeutende Rolle spielten, läßt sich auch für Wiesbaden belegen. Dies galt insbesondere für das Nassauische Landestheater, der wichtigsten Kulturinstitution der Stadt.[1]
Einige Beispiele. Der Leiter der Opernbühne von 1924 bis 1926 war Otto Klemperer. Er war freilich aus Karrieregründen zum Katholizismus konvertiert.[2]
Auch sein Nachfolger, Josef Rosenstock, war Jude, ebenso wie Paul Bekker, Theaterintendant von 1926 bis 1932, und eine ganze Reihe von Regisseuren, Schauspielern und Sängern. Für die Nazis war diese personelle Struktur ein klarer Beweis für die „Verjudung" des Staatstheaters – besonders Bekker und Rosenstock waren ständige Zielscheiben in der NS-Presse: „Nachdem Herr Baruch Hirsch den Kaftan abgelegt und die Korkenzieherlöckchen geopfert hatte, nannte er sich Paul Bekker ..." (NB, 9.11.1927).
Ein bezeichnendes Licht auf die bürgerliche Kulturszene Wiesbadens Ende der 20er Jahre wirft der sog. „Tucholsky-Zwischenfall". 1929 stand das 25jährige Jubiläum der Literarischen Gesellschaft an. Hans Olden, ihr Leiter, war ein Neffe des jüdischen Malers Moritz Oppenheim. Diese Tatsache, so vermerkte der NB, war der Grund, weshalb statt des Wiesbadener Hans Grimm („Volk ohne Raum") Juden und „Halbjuden", wie Thomas Mann oder Karl Zuckmeyer, (sic!) zu Vorträgen eingeladen wurden. Der NB schäumte, als Olden nach der für die NS-Partei so erfolgreichen Kommunalwahl vom November 1929 ausgerechnet Kurt Tucholsky, „diese(n) widerlichsten Deutschenhetzer und Landesverräter" (NB, November 1929, Nr. 47) zu einem Vortrag einlud. Der NB konnte auf Verbündetete im Wiesbadener Bildungsbürgertum hoffen. In der Kurstadt hatte sich bereits im Frühjahr 1929 ein „Kampfbund gegen Schmutz und Schund" gebildet, als Brechts Theaterstück „Trommeln in der Nacht" aufgeführt werden sollte (NB, März 1929, Nr. 12). Der Leitung dieser Kulturinitiative gehörten Theo Habicht, Wiesbadens führender Nationalsozialist, sowie Dr. Fresenius (DNVP), Pfarrer Merz (Evangelischer Bund) und Oberlehrer Küpper (Zentrum) an. Obwohl sich Tucholsky einer faktischen Zensur Oldens unterwarf, war sein Auftritt am 23.11.1929 spektakulär.
Dies berichtete der NB:

> „Als nach Beginn des Vortrages Tucholsky die christliche Religion in den Dreck zog, von Frontsoldaten als „Kriegshammeln" sprach ... als daraufhin anwesende Nationalsozialisten stürmisch protestierten, da wurden *diese* mit Gewalt ... aus dem Saal entfernt, damit der Jude ungestört weitere Jauchekübel ausleeren könne. Allerdings verließen hinter den Nationalsozialisten über die Häfte der Zuhörer unter Protest den Saal ...
> Und dann geschah an diesem Abend eine einzige vernünftige Tat: Die vollbrachte ein Nationalsozialist, der dem Tucholsky, als er unter Gummiknüppelbedekkung durch die aufs äußerste erregten dichten Menschenmassen zum Auto geleitet wurde – er schoß geduckt wie ein *„Panther" hindurch* – eine gigantische Ohrfeige herunterhaute! ... (NB, November 1929, Nr. 48.)

Nach dem Vortrag bedrängten ca. 200 „nationale" Bürger Tucholsky vor dem Kasino und skandierten „Schweinehund" (ebda).

Die weiteren Folgen des „Skandals": Die Kasino-Gesellschaft löste die Raumverträge mit der Literarischen Gesellschaft, der Magistrat bewilligte ihr fortan auch keine Zuschüsse mehr, und massenhaft traten Mitglieder aus (Wiesbadener Tagblatt, 29.11.1929). Hans Olden mußte zurücktreten.

---

1) Siehe hierzu G. Haddenhorst, „Das Wiesbadener Theater in der Zeit der Weimarer Republik. Teil I", NA 1987, S. 273 ff. „Teil II. Die Oper", NA 1988, S. 129 ff.
2) Peter Heyworth (Hg.), Gespräche mit Klemperer, Frankfurt 1974, S. 89.

Die „Machtergreifung" sorgte dann im Wiesbadener Theaterleben für „judenfreie" Verhältnisse. Im Programmheft für die Theatersaison 1933/34 kündigte der Kreisleiter künftig „national-
D 30 deutsche" Inhalte an (s. D30). Alle jüdischen Künstler wurden entlassen[1], und ihren „arischen" Kollegen wurde „empfohlen", nicht mehr in jüdischen Geschäften einzukaufen (vgl. den Hinweis in JWZ, 16.6.1933, Nr. 12).

Der von Seiten des Wiesbadener Bildungsbürgertums mit Gleichgültigkeit bis Sympathie begleitete, erfolgreiche „Kampf" der Nazis gegen die „Verjudung" des Kulturlebens bedeutete für die mehrheitlich assimilierten Juden einen weiteren Rückschlag aller Integrationsbemühungen. Um so mehr wuchs auch für sie die Bedeutung einer eigenständigen „jüdischen Kultur". Auf welche Traditionen hätte diese sich stützen können, als die Nazis darangingen, die Juden vollends in die gesellschaftliche Isolierung zu drängen?

Die wichtigste Institution, der „Mittelpunkt des gesamten jüdisch-geistigen Lebens"[2] war das 1921 von Lazarus gegründete Lehrhaus. Freilich: Die Themen der Vortragsreihen (u.a.: „Die Stellung der Konfessionen zu den sozialen und politischen Problemen unserer Zeit", „Der Beitrag des Judentums zur Kulturgeschichte" oder „Lebensfragen des deutschen Judentums") und Arbeitsgemeinschaften (u.a.: „Jüdische Sitten und Gebräuche" oder „Der alte Orient und die Bibel") belegen, daß es sich trotz aller Bemühungen um eine „liberale" Öffnung zur nichtjüdischen Geisteswelt um akademische Veranstaltungen mit beschränkter Breitenwirkung und Aktualität handelte. Demgegenüber scheint die zionistische Kulturarbeit dank ihrer Verknüpfung mit der konkreten Palästina-Utopie stärkere Wirkungen auf einen wachsenden Kreis von meistens ostjüdischen Interessenten ausgeübt zu haben. Es verwundert daher auch nicht, daß es in diesem Sektor des Judentums auch Ansätze zu einer eigenständigen Kunstproduktion gab. Ausdruck fand dies etwa in der Jung-Jüdischen Spielschar Mainz-Wiesbaden, die am 22.5.1932 das zionistisch inspirierte Stück „Die einzige Lösung" mit großem Erfolg aufführte (JWZ, 20.5.1932, Nr. 21; 27.5.1932, Nr. 22).

Die jüdische Kulturarbeit nach 1933 war von national-sozialistischen Verbotsgrenzen bestimmt, die zunächst – etwa bis 1936 – relativ weit gezogen waren. Die spärlichen Mitteilungen aus dem einzig noch erlaubten „Mitteilungsblatt der Israelitischen Kultusgemeinde" verdeutlichen die Entwicklungen: Literarisch-musikalische Abende werden geplant (18.9.1933), der jüdische Frauenverein hält wöchentlich musikalische Abendstunden; ein Synagogenkonzert (25.10.1933) sowie ein Rezitationsabend und ein Sonntagskonzert (17.1.1934) stehen an; ein großer Künstlerabend – an arbeitslosen jüdischen Künstlern bestand ja kein Mangel – sowie ein weiteres Synagogenkonzert (16.2.1934) folgen. Selbst eine eigene Buchvereinigung wird gegründet (17.1.1934). Nimmt man noch die Bildungstätigkeit des Lehrhauses, der Nassau-Loge und der immer aktiven Zionistischen Ortsgruppe hinzu, dann verdichtet sich das kulturelle Angebot weiter.

Zweierlei fällt auf: Einmal die relative Häufigkeit rein musikalischer Veranstaltungen – wahrscheinlich, weil diese den NS-Stellen keinerlei Angriffsflächen boten –, ferner die Tatsache, daß jetzt auch stärker praxisorientierte Themen Eingang in das Programmangebot fanden. So betrachtete es das Lehrhaus als eine wichtige Aufgabe, seine Hörer mit Kenntnissen auszu-

1) Entlassen wurden: die Regisseure Hoffmann und Buxbaum, die Solosänger Thulmann, Lazar, die Chorsänger(-innen) Goldberg und Hirsch-Bramssen, der Musiker Viktor, die Tänzerin Stern, der Inspizient Lichten (s. JWZ, 7.4.1933, Nr. 7).

2) Lazarus, P., „Die Gemeinde Wiesbaden und ihre Institutionen", in: Jüdisches Jahrbuch für Hessen-Nassau 1932/1933, S. 137.

statten, die ihnen „beim Kampf um eine neue Lebensgestaltung von Bedeutung sind" (MB, 15.8.1933, Nr. 1), d.h. es bot z.B. Hilfe für die Auswanderung in Form von Sprachkursen an (u.a. Englisch und Neu-Hebräisch[1]). Schließlich fällt auf, daß sich etwa ab 1935 das kulturelle Angebot immer stärker auf die Palästina-Idee konzentrierte, während der Anteil europäisch-klassischer Bildungsangebote zurückging.

Ob es sich bei all diesen Aktivitäten um eine selbstverordnete Betriebsamkeit jüdischer Gemeindefunktionäre handelte oder ob das Ziel, den „Zusammenschluß innerhalb unserer Gemeinde zu stärken (und) das Interesse für alle jüdischen Angelegenheiten zu fördern" (MB, 15.8.1933, Nr. 1), tatsächlich auch erreicht wurde, ist schwierig zu beurteilen. Immerhin entging der Gestapo noch im Jahre 1936 nicht, daß in Wiesbaden die Vereinstätigkeit zugenommen habe und jüdische Vereine „in einer Unzahl von Fällen angeblich Kulturveranstaltungen abhielten"; und weiter: „Besonders in letzter Zeit allgemein ein sehr enger Zusammenschluß der Juden unter sich erfolgt ist" (Gestapo-Berichte 1935-1936, HHStAW 407 – 851, Bl. 402f). Doch von 1937 an war das kulturelle Interesse stark rückläufig. So hielt ein Leitartikler im Gemeindeblatt fest: „Man brauchte eine Antwort auf die alte Menschenfrage: Was soll ich tun? Man erhielt schnellfertige Bescheide frisch vom Grill; sie schmeckten nur, solange sie heiß waren: andere Zögernde fand man zu schwer verdaulich. Das Ergebnis ist vielerorts Ermüdung und Überdruß." (MB, 21.5.1937, Nr. 10.)

Diese – kritisch gemeinten – Sätze vernachlässigen allerdings die objektiven Schwierigkeiten, denen jüdische Kulturarbeit begegnete. Die Gründe für das zurückgehende Interesse liegen einmal in dem gerade ab 1937 stark anschwellenden Auswanderungssog bzw. in der schwierigen Organisation der Auswanderung, zum anderen in den sich ständig verschlechternden alltäglichen Lebensbedingungen, deren Bewältigung alle Kraft und Konzentration erfordete. Hinzu kam, daß sich der Kulturbetrieb zu einem beträchtlichen Teil aus Spenden finanzierte, daß es aber gerade vermögende Juden an entsprechendem Interesse und Solidarität fehlen ließen (MB, 7.5.1937, Nr. 9). Schließlich ist auch auf die Tatsache hinzuweisen, daß ab 1935 die NS-Stellen den Druck auf die jüdischen Kulturinstitutionen verstärkten. Grundsätzlich wurden alle Versammlungen von der Gestapo überwacht (Gestapo-Berichte 1935-1936, HHStAW 407 – 851, Bl. 367), Lehrhaus und Nassau-Loge wurden organisatorisch dem Jüdischen Kulturbund Wiesbaden eingegliedert (MB, 19.9.1935, Nr. 1), und ab Januar 1937 kontrollierte die Gestapo vierteljährlich die Mitgliederlisten aller jüdischen Vereine und Organisationen (MB, 4.12.1936).

Im April 1937 lud das Lehrhaus zum letztenmal zu einer Kulturversammlung ein (MB, 23.4.1937, Nr. 8). Etwa zur gleichen Zeit wurde in der neu gegründeten jüdischen Schule in Wiesbaden die erste Abgängerklasse verabschiedet.

1) Freilich fehlte zunächst, d.h. bis Anfang 1934, ein Hebräisch-Lehrer. Im Januar dieses Jahres traf dann Lehrer Pannusch aus Palästina ein (MB, 17.1.1934, Nr. 6).

3.4 Die jüdische Schule

Einleitung

Zu den ersten Maßnahmen des NS-Staates gehörte das am 25. April 1933 erlassene „Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen". Danach durfte der Anteil jüdischer Schüler an den Neuaufnahmen im öffentlichen Schulsystem einen Prozentanteil von 1,5 % nicht übersteigen, und generell sollte der Anteil jüdischer Schüler und Studenten auf 5 % herabgesetzt werden. Hinzu kamen noch eine ganze Reihe von diskriminierenden Verordnungen, z.B. die Aufhebung der Schulgeldbefreiung für bedürftige jüdische Eltern. Wirksamer als Maßnahmen dieser Art erwiesen sich die vielfachen Schikanen, denen jüdische Schüler täglich von Seiten ihrer Lehrer und Mitschüler ausgesetzt waren. Der Anteil der jüdischen Schüler in „deutschen" Schulen sank kontinuierlich, wobei neben den genannten Gründen auch die steigenden Auswanderungsziffern eine wesentliche Rolle spielten.
Ein anderer Faktor war die zunehmende Attraktivität eines eigenständigen jüdischen Schulwesens. Vielerorts hatten die jüdischen Gemeinden „freiwillig" Volksschulen gegründet – bereits 1935 gingen etwa die Hälfte der 30.000 jüdischen Schüler in Deutschland auf eine jüdische Schule –, bevor ein Erlaß vom 10.9.1935 die generelle Einführung gesonderter jüdischer Schulen vorsah. Die jüdischen Schulen wurden in der Regel zu je einem Drittel von den Eltern, der Reichsvertretung der Juden und der örtlichen Gemeinde getragen.

Nach dem Novemberpogrom 1938 mußten auch die letzten jüdischen Schüler die öffentlichen Schulen in Deutschland verlassen. Am 4. Juli 1939 übertrug eine Verordnung endgültig die schulische Versorgung aller jüdischen Kinder der Reichsvertretung. Die letzten noch verbliebenen jüdischen Schulen wurden 1942 aufgelöst.

„Wir müssen leben, ja, leben als Juden, als ein Volk, als eine Gemeinschaft! Lehrt Euren Kindern jüdische Werte!" (JR, 30.5.1933, Nr. 43/44) – so hatte Martin Buber im Mai 1933 die jüdische Antwort auf den praktizierten Antisemitismus in NS-Deutschland formuliert. Im November 1933 forderte der Präsident der „Reichsvertretung der deutschen Juden" im Wiesbadener Mitteilungsblatt der jüdischen Gemeinde, den Gedanken Bubers aufgreifend, eine spezifisch jüdische Erziehung, damit den „heranwachsenden Geschlechtern viel Festigkeit, innere Widerstandskraft, körperliche Tüchtigkeit" gegeben werde und ihr „Dasein seinen Ausblick gewinne" (MB, 17.11.1934, Nr. 4). Diese Forderung, die im Grunde die Assimilationsfortschritte seit der Einführung der Simultanschule etwa 100 Jahre zuvor negierte, stieß innerhalb der jüdischen Gemeinde der Kurstadt sofort auf eine positive Resonanz. In der gleichen Nummer des MB wurde bereits ein Gemeindeabend zur Frage der Errichtung einer jüdischen Schule und eine Arbeitsgemeinschaft des Jüdischen Lehrhauses unter Leitung von Lehrer Capell angekündigt: „Die jüdische Schule, wie sie ist, wie sie war und wie sie sein soll" (ebda). Fortan beschäftigte sich der Gemeindevorstand in jeder Sitzung mit den Fragen der Organisation und Finanzierung. Eine Kommission prüfte und überarbeitete den von der Reichsvertretung vorgeschlagenen Finanzplan, der der Gemeinde erhebliche finanzielle Opfer abverlangte. Am 1.10.1934 sollte die Volksschule eröffnet werden (MB, 15.5.1934, Nr. 10). Am 11.6.1934 fand der erste Elternabend statt. Adolf Leschnitzer, Leiter der Schulabteilung in der Reichsvertretung der deutschen Juden, erschien, und Paul Lazarus und Georg Goldstein überzeugten die Eltern von dem Sinn eines eigenständigen jüdischen Bildungssystems unter den in Wiesbaden und Deutschland herrschenden Bedingungen. Aus der Versammlung heraus wurden 90 Schüler angemeldet – einen Monat später waren es bereits 110 (MB, 16.7.1934, Nr. 12); und zur Unterstützung des Projektes wurde ein Jüdischer Schulverein gegründet (ebda). Am 9.11.1934 meldete jedoch das Mitteilungsblatt, daß „zunächst" die Eröffnung zurückgestellt werden müsse. Der Grund: „Aus der Nachbarschaft kamen Einsprüche gegen die Verwendung des Hauses als Schule" (MB, 9.11.1934, Nr. 3). Die „Nachbarn" waren von der SA mobilisierte Anwohner des als Schule vorgesehenen Hauses in der Kapellenstraße 66, die dort keine „Judde-Schul" haben wollten (Ms. zur jüdischen Schule, z.Zt. bearbeitet von Ernst Jungmann). Das Projekt war damit vorerst auf Eis gelegt. Als es wiederbelebt wurde, geschah es unter dem Zwang eines Erlasses des Reichsministeriums vom 10.9.1935, der ab dem Schuljahr 1936 die Errichtung gesonderter jüdischer Schulen vorsah (Walk 1981, S. 126). Auch bereits älteren jüdischen Gymnasialschülern wurde der Besuch einer „deutschen" Schule verwehrt (s. D31). D 31



Die jüdische Schule Wiesbaden (1937)

In Wiesbaden begann der Schulbetrieb zunächst unter chaotischen Bedingungen – die Schüler saßen auf Holzbänken und unter improvisierten Zeltdächern (Brief Charlotte Opfermann an L.B., 21.1.1988). Erst Anfang Mai wurden der jüdischen Gemeinde zwei ehemalige Lagerräume an der Mainzerstraße/Ecke Welfenstraße von Seiten der Stadt zugewiesen. Die offizielle Eröffnung fand dann am 18. Mai statt. Die 156 Schüler, die die Schule im „ersten" Schuljahr aufnahm, mußten zunächst auch fast ohne Bestuhlung auskommen, auch fehlte eine ausreichende Anzahl Bücher. Das Mitteilungsblatt der Gemeinde mußte zu mehr Spenden aufrufen.[1]

Das allgemeine Erziehungsziel beschrieb das Gemeindeblatt so:

> „Das Wissen allein kann einem Menschen viel helfen und vor allem viel zu seiner Beschäftigung beitragen. Das Wissen aber um den eigenen Kreis erfüllt seine wahre Aufgabe nur als zweckbelastete Vorstufe des Bewußtseins, daß wir Juden sind und zu Israel gehören. Unsere Kinder müssen es von uns erfahren, daß sie zu Israel gehören, in unseren Schulen müssen sie es erfahren. Daß sie zu einem Volk gehören, das eine große Vergangenheit und eine große Zukunftshoffnung hat, die sich nur erfüllen läßt durch tätiges Eintreten und Mittun. Dann werden unsere Kinder das zermürbende und aufreibende Ressentiment niemals kennenlernen, sondern mit ernstbewußter und doch freudig zuversichtlicher Stimmung hinausziehen und singen: Ann olim arza beschira uwesimra. Ja, wir ziehn in unser Land mit Liedern und Gesang! An den Lehrern ist es, aus den Kindern Menschen zu machen, die charakterlich hochstehen, und Juden, die stolz sind, es zu sein!" (MB, 9.4.1937, Nr. 7.)

Der Schule war damit auch ein zionistischer Erziehungsauftrag zugewiesen – ob mit Zustimmung aller Eltern und der Gemeinde oder nur in Anlehnung an entsprechende Richtlinien der Nazis, die die jüdischen Schulen als Vorbereitungsstätten für die Auswanderung betrachteten, kann heute kaum noch ermittelt werden. Zu bezweifeln ist insbesondere, ob wirklich alle Eltern in der vorwiegend liberalen Gemeinde die zionistische Zielsetzung akzeptierten (s. auch Colodner 1959, S. 182ff). Zionistisch waren auch die Lerninhalte. Hebräisch spielte eine herausragende Rolle: Bis dahin nur die Sprache des Gebets, wurde es jetzt zur Pflichtfremdsprache. Unterrichtet wurden die Schüler in diesem Fach von Lehrer Pannusch, der Ende 1933 aus Palästina gekommen war – möglicherweise im Auftrag einer zionistischen Organisation – und seither im Jüdischen Lehrhaus in dieser Sprache Kurse anbot.

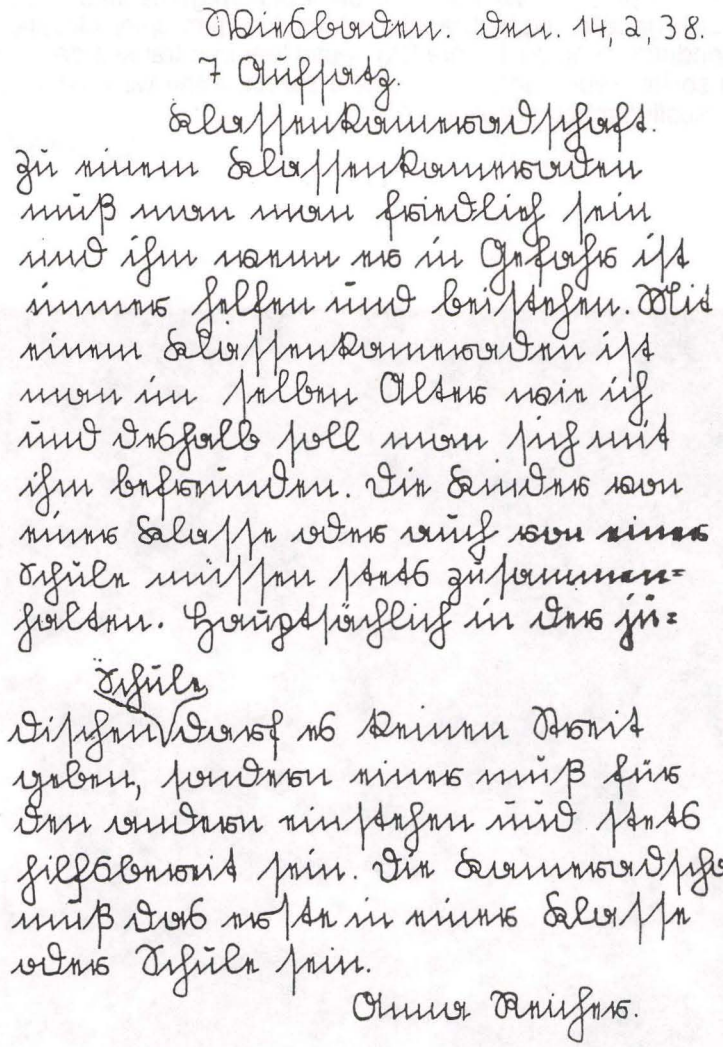
Einen zweiten Schwerpunkt bildetete der Religionsunterricht. Unterrichtende waren hier der Rabbiner Paul Lazarus sowie Saul Lilienthal und Edmund Capell von der liberalen Gemeinde.

Die eigentliche pädagogische Neuerung war jedoch neben der Einführung des Hebräischen der im Hinblick auf das allgemeine Lernziel „Emigration" wichtige berufspraktische Unterricht. Für Mädchen war hauswirtschaftlicher Unterricht verpflichtend, für die Jungen des 7. und 8. Schuljahres waren Holz- und Metallarbeiten vorgesehen, auch wenn zunächst noch ein Raum
D 32 für eine Lehrwerkstatt fehlte (s. D32) und stattdessen in Mainz mit der dortigen jüdischen Schule gemeinsame Nachmittagskurse organisiert werden mußten, z.B. in Elektrik und Fotografie. Auch Stenografie-Kurse wurden angeboten.

1) MB, 12.6.1936, Nr. 10. Im allgemeinen wurden die Schulen zu je einem Drittel von den Gemeinden, der Reichsvertretung und den Eltern finanziert; vgl. Benz (Hg.) 1989, S. 349.

Die Lehrerin Ruth Lehmann[1] legte mit ihren Schützlingen einen Schulgarten auf dem trostlosen Schulgelände an und nutzte ihn zur Einführung des Faches Gartenbau (s. D32). D 32

Das vorrangige Lernziel der Lehrer richtete sich jenseits aller fachspezifischen Ausrichtung des Unterrichts auf die Vermittlung eines jüdisch geprägten Gemeinschaftsgefühls. Hierzu ein Aufsatz der Zweitklässlerin Anna Reicher[2]:



Wiesbaden. den. 14, 2, 38.

7 Aufsatz.

Schulgemeinschaft.

In meiner Schulgemeinde muß man nun freundlich sein und ihm wenn wo in Gefahr ist immer helfen und beistehen. Wie meiner Schulgemeinde ist man in allen Orten rein ist und Ordnung soll man sich mit ihm befreunden. Die Kinder von meiner Schule oder auch von einer Schule müssen stets zusammenhalten. Vorurteilslos in die Schule

Dürfen darf es keinen Streit geben, sondern immer muß sie Ein andern einstehen und stets hilfsbereit sein. Die Gemeinschaft muß auch so sein in meiner Schule oder Schule sein.

Anna Reicher.

1) „Ich bin", so schilderte sie ihren Ausbildungsgang „von Frankfurt/M. und habe das Abitur am Philanthropin gemacht, 1934. Es war 'mit Auszeichnung', aber ich erhielt als Jüdin nicht die 'Universitätsreife', konnte nicht an einer Universität studieren. Ich studierte daher an der Bayerischen 'Israelitischen Lehrerbildungsanstalt' in Würzburg, wo ich als allgemeine Lehrerin und jüdische Lehrerin graduierte, in 1936. Wir lernten sehr intensiv Methodik der Volksschulen in allen Fächern, Pädagogik und Psychologie usw. Das Wiesbadener Stadtamt erhielt meine Papiere und bestätigte meine Anstellung (dasselbe fand statt für die anderen Lehrer). Ich hatte auch eine sehr gute Ausbildung als jüdische Lehrerin mit Hebräisch und religiösen Fächern. Ich unterrichtete nur allgemeine Fächer in Wiesbaden, das 1. und 2. Schuljahr und das 3. und 4. Schuljahr" (Brief vom 7.11.1983 an L.B.).

2) Das ostjüdische Ehepaar Reicher wanderte mit seinen Kindern noch kurz vor dem Krieg nach Belgien aus. Über das weitere Schicksal der Familie konnte nichts ermittelt werden.

Das gleiche Ziel verfolgten die Lehrer mit den beliebten Ausflügen in den nahen Taunus. Alfred Keiles[1] berichtet begeistert von seinem ersten Ausflug:

> Der erste Ausflug
> „Der erste Ausflug mit der jüdischen Schule hat mir sehr gefallen! Wir haben uns am Donnerstag morgen um 9 Uhr am Kriegerdenkmal getroffen. Dann sind wir in die Leichtweißhöhle und haben sie besichtigt. Eine Frau zeigte uns die Waffen, den praktisch eingeteilten Tisch und alle Gebrauchsgegenstände, die der Räuber Leichtweiß benutzt hatte. Wir haben uns sehr gefreut, das alles sehen zu können. Poldi hat sich in der Höhle gefürchtet! Dann sind wir nach dem Rabengrund, hier haben wir gelagert. Wir haben es uns bequem gemacht und uns schön eingerichtet. Den ganzen Tag verbrachten wir mit lustigem Spiel, Gesang und Lachen. Zwischendurch aßen wir unsere Brotbeutel leer und tranken dazu. Wir hatten an dem Tag soviel Freude und es wäre sehr schön, wenn wir bald wieder einen so lustigen Ausflug machen könnten."
>
> Alfred Keiles. 26.6.1936



Ausflug zur Leichtweiß-Höhle (1936)

Gemeinsame Theateraufführungen, etwa zur jüdischen Geschichte, gemeinsames Singen oder die spielerische Vorbereitung und Gestaltung der jüdischen Festtage Purim und Chanukka waren weitere emotionale Höhepunkte des Schuljahres.

---

1) Alfred Keiles wanderte kurz nach der Niederschrift des Aufsatzes mit seiner Familie in die USA aus.

So berichtet Lore Loeb (sie wurde am 10.6.1942 zusammen mit ihrer Mutter in den „Osten" deportiert) über eine Chanukka-Feier:

Wiesbaden, den 7.12.1937

Liebe Susi!
Heute will ich Dir etwas erzählen, was Dich auch freuen wird. Wir hatten Donnerstag eine schöne Chanukkafeier. Es klappte alles sehr gut. Fast alle Schüler unserer Schule spielten mit. Die ältesten Kinder führten „Jeremias" auf. Die 5. und 6. Klasse spielten „Jomi mit dem Sack". Das war ein lustiges Stück. Da wurden Tänze aufgeführt, ich tanzte auch mit. Die 3. und 4. Klasse spielten „Lichter ziehen in die Welt". Da liefen die Lichter dem Schammes weg. Zwei zogen nach Amerika, zwei nach Italien, die nächsten nach Afrika. Und das vierte Paar nach Erez. Sie wollten alle Kinder besuchen, die früher hier waren. Die 1. und 2. Klasse spielten „Der Wettstreit der Lichter". Zum Schluß tanzten wir Mädchen den Frühlingswalzer. Den schönen Abend werde ich nicht vergessen. Herzliche Grüße
Deine Lore Loeb



Theateraufführung anläßlich einer Chanukka-Feier,
mit Hanna Lazarus im Vordergrund (1937)

Die Realität außerhalb der Schule sorgte freilich dafür, daß die Schüler das Gefühl persönlicher Erniedrigung nicht verloren. Eric Kahn:

„Es gab weder einen Schulbus noch Geld für den Bus. Wir mußten die Gartenfeldstraße hinunter. Da wohnten auf der linken Seite Assoziale in Baracken, wo heute der Busbahnhof ist. Das waren sehr unangenehme Kinder. Sie wußten, daß wir jüdische Kinder waren und haben uns, schon bevor wir den Stern tragen mußten, beschimpft, oder es saßen die Kleinen oben auf der Mauer und haben gespuckt oder Steine geworfen. Der Schulweg ist eben das Unangenehme gewesen. Der

weite Weg und dann von den anderen Kindern abgeschlossen zu sein. „Ja, warum gehst Du nicht in die Blücherschule?", wurde ich oft gefragt. Was sollte ich antworten?" (Interview L.B. mit Eric Kahn am 4.10.1984.)

Dennoch, für die heute Erwachsenen war die Schulzeit in der jüdischen Schule ein Objekt verklärender Erinnerung. In der Tat ist nicht auszuschließen, daß die Kinder die Schule positiver erlebten als Kinder etwa aus sog. „Mischehen", die das zweifelhafte Privileg besaßen, eine
D 33 „deutsche" Schule besuchen zu dürfen (s. D33). Frau H.:

„Für mich war die Schulzeit eine schlimme Zeit in Wiesbaden. Ich ging zur Mittelschule in der Rheinstraße. Wir mußten ja mit unserer Identität herausrücken. Die Lehrer, auch der katholische Rektor, waren gemein. Die Ausnahme war nur unser schmuddeliger Physiklehrer. Auch die Mitschüler. Manchmal stand im Heft „Judenschwein"." (Interview H.D. mit Frau J.H. am 13.8.1987.)

Am 29. Oktober 1938 fehlten einige Kinder. In einer Großrazzia hatte die Wiesbadener Gestapo Wiesbadener Juden polnischer Staatsangehörigkeit am Tage vorher verhaftet und nach Polen „abgeschoben" (siehe S. 66f). Wenige Tage später:

„Wir sind wie immer am 10. November in die Schule gegangen. Kurz nach Klassenbeginn kam Dr. Rosenbusch, der Direktor, mit einem Polizisten. Rosenbusch sagte: 'Heute ist keine Schule mehr. Geht ruhig nach Hause.' Er sagte nicht, was der Grund war. Meine Eltern wußten auch nichts. Erst im Laufe des Tages wurde es bekannt. Ein paar Tage später ist mein Vater verhaftet worden. Nach einigen Tagen hier im Gefängnis transportierte man ihn nach Dachau. Er war 5 bis 6 Wochen dort. Er mußte unterschreiben, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen. Natürlich waren auch die Lehrer dorthin gebracht worden. Ich glaube, im Januar hat die Schule wieder begonnen." (Interview L.B. mit Eric Kahn, 4.10.1984.)

4. „Reichskristallnacht"

Einleitung

Wie oben bemerkt wurde (siehe S. 26), erreichte die Judenpolitik des NS-Staates Ende 1937/Anfang 1938 eine neue, radikalere Qualität. Die Juden, um diese Zeit lebten noch etwa 350.000 in Deutschland, sollten jetzt endgültig vertrieben, vorher aber noch ausgeplündert werden, d.h.: Görings Vierjahresplanbehörde strebte an, das Vermögen der Juden als Finanzierungsquelle für den von Hitler jetzt konkret geplanten Krieg zu verwenden. Der rassistische Staat praktizierte dabei eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite stand der pseudo-legale Versuch, die wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der Juden noch gravierender einzuschränken. Die Folge war eine Flut von „Gesetzen", Verordnungen usw., die es Juden verboten, bestimmte Berufe auszuüben (z.B. Ärzte, Rechtsanwälte), die ihr Kapital und Vermögen kontrollierten und die Gewerbefreiheit einschränkten. Auf der anderen Seite stand die nackte Gewalt, und dies hieß: Den lokalen NS-Stellen wurde Raum für individuellen Terror gegen Juden gelassen. Den Höhepunkt dieser Politik bildete die sog. „Reichskristallnacht". In ihr lassen sich beide Komponenten erkennen. Das Ereignis darf freilich nicht von der Gesamtentwicklung der NS-Judenpolitik des Jahres 1938 isoliert werden.

Die Abschiebung der polnischen Juden am 29. Oktober[1], die Pogromnacht am 10./11. November[2], die folgende Welle an Verhaftungen tausender männlicher Juden und ihre Verschleppung in Konzentrationslager sowie die parallel verlaufende und abschließende wirtschaftlich-soziale Entrechtung der deutschen Juden waren Ereignisse, die tief in die Familien eingriffen und massive physische wie psychische Schäden anrichteten.

„Vor Ablauf des 29. Oktober müssen sie über die polnische Grenze gebracht sein." Dies ließ einen Tag zuvor der Wiesbadener Regierungspräsident alle Landräte des Bezirks sowie die Polizeipräsidenten in Wiesbaden und Frankfurt wissen, und er fügte hinzu: "Die Maßnahmen müssen unter Einsatz aller Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei durchgeführt werden." (RegPräsident, 28.10.1938, HHStAW 425 – 431.) Wieviele Familien polnisch-jüdischer Herkunft zu Opfern dieser Massenausweisungsaktion wurden, läßt sich nicht genau bestimmen, wahrscheinlich waren es aber insgesamt etwa 300 Männer, Frauen und Kinder. Leo Matzner, der Bruder des späteren Rabbiners (zu ihm siehe S. 82), schildert den Vorgang so:

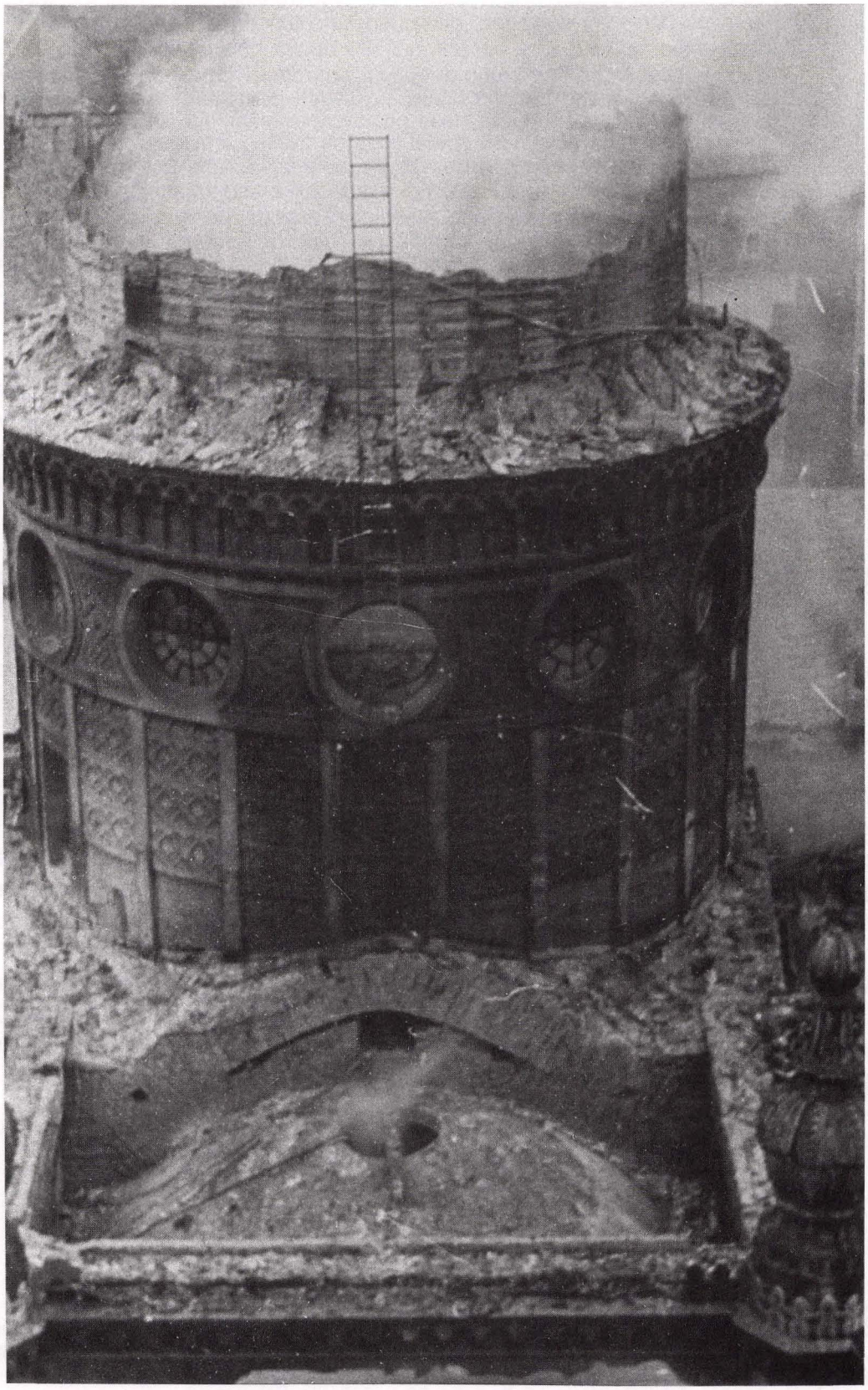
> „Kurz vor Mitternacht (des 28. Oktober 1938. H.D.) drangen mehrere Gestapoleute in meine elterliche Wohnung ein, Wiesbaden, Sedanstraße 7. Man erklärte mich für verhaftet, und gleichzeitig wurde ich aufgefordert, mein Geld und Wertsachen herauszugeben. Da ich diesem Verlangen nicht sofort Folge leistete, wurde ich mißhandelt und dann regelrecht ausgeplündert. ... Anschließend wurde ich nach dem Wiesbadener Polizeigefängnis eingeliefert, woselbst man mich bis zum 6. November festhielt ... Ich (wurde) wiederum mißhandelt, wobei man mir den Ober- und Unterkiefer fast zertrümmerte. ... Am 6. November 1938 teilte man mich einem Transport zu, der polnische Staatsbürger bis nach Beuthen ... brachte, um sie über die Grenze nach Polen abzuschieben. Von der polnischen Grenzkontrolle wurde ich jedoch zurückgewiesen, da ich keinen polnischen Paß besaß. ... Man versuchte, mich aber trotz alledem über die polnische Grenze abzuschieben, und so übergab man mich der Beuthener SS, welche mich dann in der Nacht, unter Androhung des Erschießens, über die grüne Grenze jagte."[3]

Fünf Tage, nachdem Leo Matzner aus Wiesbaden abgeschoben wurde, brannten in der Kurstadt die Synagogen.

> „Auch im Gebiet der Stadt Wiesbaden kam es zu ... Ausschreitungen, an denen vornehmlich Angehörige der Partei und ihrer Gliederungen, aber auch außerhalb der Partei und ihrer Gliederungen Stehende beteiligt waren. Ausgelöst wurden die Aktionen in Wiesbaden insbesondere durch einen Befehl der SA-Gruppe Kurpfalz in Mannheim, der fernmündlich in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 über die Brigade 150 in Mainz an die örtlichen Standarten 80 und 224 durchgegeben wurde und der dahin ging, daß sämtliche Synagogen von den unterstellten Dienststellen zu zerstören seien. ... Polizei und Behörden waren verständigt. ... In Wiesbaden wurden im Zuge der durch diesen Befehl ausgelösten Ausschreitungen die Synagoge am Michelsberg, die Synagoge in der Friedrichstraße 33, der Betsaal in der Blücherstraße 8 und der Betsaal in der Geisbergstraße 48 zerstört. ... Auch in der Stadt (wurde) ein großer Teil der jüdischen Geschäfte zerstört. ..., besonders das Hutgeschäft Ullmann, die Weinhandlung Simon, das Juweliergeschäft Heimerdinger, das Konfektionsgeschäft Baum, Ecke Webergasse, das Parfümeriegeschäft Albersheim, das Geschäft Kugelmann im Hotel Bellevue, das Schuhgeschäft Mesch, das Geschäft Rheinstein, das Geschäft

1) Zur Interpretation s. Trude Maurer, „Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die Kristallnacht", in: Pehle 1988, S. 52ff.
2) Vgl. Uwe D. Adam, „Wie spontan war der Pogrom?", in: a.a.O., S. 80ff; Barkai 1987, S. 146ff.
3) Schriftliche Mitteilung L. Matzner 27.5.1956, Slg. Bembenek. Eine detailliertere Schilderung enthält D 34.

D 34



Turm der brennenden Synagoge am Michelsberg (Fotosammlung Rudolph)

Marxheimer und das Verkehrsbüro Ecke Webergasse. .... Fensterscheiben und Türen wurden eingeschlagen, die Inneneinrichtungen der Läden demoliert, die Ware umhergestreut und vielfach auf die Straße geworfen. Den Abschluß der Aktion ... bildete die Zerstörung des Büros und der Wohnung des Rechtsanwaltes Dr. Guthmann in der Bahnhofstraße. ... Gegen die Mittagsstunde (rückte) eine größere Menge ... gegen das Haus des Dr. Guthmann vor. Die Menge war zum Teil mit Äxten und Hämmern sowie anderen Schlagwerkzeugen bewaffnet. Zunächst drangen die Leute in das im Parterre befindliche Büro ein, warfen die Akten zum Fenster hinaus, zerstörten das Mobiliar und zerschlugen die Fensterscheiben und Schreibmaschinen. Nach der Zerstörung des Büros drangen sie in die in der 1. Etage gelegene Wohnung ein und demolierten auch diese restlos. Sämtliche Scheiben wurden zerbrochen, der Inhalt aus den Schränken herausgerissen und druchwühlt, Möbel und Bilder zerstört und ebenso wie Wäsche und Bekleidung aus den Fenstern geworfen." (HHStAW, 468-272, Bd. 2, Bl. 115f, 122f.)

In dieser distanzierten Sprache schildete die Wiesbadener Staatsanwaltschaft die Vorgänge, die sich am 10. November zwischen Morgen und Mittag abspielten und von einer großen Menschenmenge beobachtet wurden. Außer der Synagoge wurden auch das anliegende jüdische
D 35 Wohlfahrtsamt sowie das Lehrhaus zerstört. Am gleichen Tag brannten dann auch die Synagogen in den Wiesbadener Vororten Biebrich (s. D35), Schierstein (YVA Nr. TR-10/4 – 2/S6) und Bierstadt (Bericht in der Bierstadter Zeitung über eine „anti-jüdische Kundgebung" vom 12.11.1938). Es läßt sich kaum nachvollziehen, welche psychischen Effekte das Drama dieses Tages in den jüdischen Familien hinterließ. Parallel zu dem SA-Terror gegen die Kultstätten und die Geschäfte griff die Wiesbadener Gestapo zu: Im Laufe des 10. November verhaftete sie eine unbekannt hohe Zahl, wahrscheinlich die Mehrzahl der jüdischen männlichen Erwachsenen und verschleppte sie nach einem kurzen Gefängnisaufenthalt in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald.

Das Schicksal Sally Kahns[1] mag den Leidensweg der Opfer illustrieren. Am 28. Oktober 1938 wurden seine Schwiegereltern nach Polen deportiert. An dem Pogromtag verhafteten ihn Gestapobeamte auf dem Wiesbadener Bahnhof. Abends wurde er zusammen mit einer größeren Gruppe anderer Wiesbadener Juden in einen Eisenbahnwagen verfrachtet. Möglichweise mußte er auch mitansehen, wie dort sein Namensvetter Gustav Kahn, ein Wiesbadener Kaufmann, „verstarb", wie es in einer Nachricht an dessen in Wiesbaden zurückgebliebene Witwe hieß.[2] Am 10.1.1939 wurde Sally entlassen, nachdem es mittlerweile seiner Frau gelungen war, ein Ausreisevisum nach Schweden zu besorgen. Acht Tage gab man ihm Zeit, bei täglicher Meldung im Gestapogebäude in der Paulinenstraße („Da kommt ja das Judenschwein wieder"), um Deutschland zu verlassen. Seine Frau:

„Während des Lageraufenthaltes wurde ich von zwei mir unbekannten SA-Leuten aufgesucht, die von dem Lageraufenthalt meines Mannes wußten und mich aufforderten, unsere gesamte Wohnungseinrichtung an sie zu verkaufen. Eingeschüchert durch die Ereignisse ... wagte ich aus Angst vor Folgen für meinen Mann, mich weder zu widersetzen noch den Namen der SA-Leute zu begehren."

---

1) Sally Kahn war ein mehrfacher deutscher und internationaler Meister im Kunstradfahren (s. Jüdisch-Liberale Zeitung, Berlin, 20.2.1935). Von 1933 bis 1936 war er Gymnastiklehrer im Wiesbadener „Schild" (siehe S. 50ff) und sportlich auch in anderen Abteilungen des Vereins aktiv (siehe TSV Schild, Vorsitzender Adolf Reinstein – Sally Kahn, 20.1.1936, Slg. Bembenek).
Alle folgenden Angaben basieren auf mehreren Interviews von L.B. mit ihm zwischen 1982 und 1988.

2) Zu einem weiteren Wiesbadener Beispiel siehe Hans Berger, „Erinnerungen an die Kristallnacht und meine Erlebnisse im KZ Buchenwald", in: Richarz 1982, S. 323ff.

Die finanzielle Abwicklung der Auswanderung (Reichsfluchtsteuer u.a.) beließ den Kahns gerade noch die Mittel für die Reisekosten. Mittellos und psychisch nachhaltig traumatisiert (s. D36) erreichten sie Schweden. D 36

Parallel zu dem bewußt in aller Öffentlichkeit inszenierten Gewaltritual des Pogromtages und der Verhaftung der „Aktionsjuden" sorgte die „planmäßige Entjudung der Wirtschaft" (Schlagzeile des Nassauer Volksblattes vom 28.11.1938) dafür, daß die Zahl der Wiesbadener Auswanderer 1939 noch einmal kräftig stieg – bis Mitte des Jahres bis auf etwa 1.700.[1] Zunächst hatten die Juden die Schäden des Pogromtages selbst zu zahlen, dann mußten sie in Raten 20 % ihres gesperrten Geldvermögens – „Sühneleistung" hieß dies im Jargon der Täter – und schließlich allen Schmuck und die Edelmetalle abliefern[2]. Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben" vom 12.11.1938 verbot den Verfolgten jede Art von selbständiger Geschäfts- und Betriebsführung und besiegelte endgültig das Schicksal der jüdischen Handwerksgeschäfte, von denen, wie eine Aufstellung des „Reichsstands des deutschen Handwerks" zeigt, es ohnehin nur noch 21 in Wiesbaden gab (s. D37). Diese Aufstellung wie auch die im Dokumentationsanhang wiedergegebene Berufszählung des Städtischen Statistischen Amtes (s. D38) verfälschten erheblich die reale Berufsstruktur der noch verbliebenen Wiesbadener Juden – tatsächlich dürfte nur noch eine Minderheit ihrem eigentlichen Beruf nachgegangen sein (zur Entwicklung auf der Reichsebene s. Barkai 1987, S. 168ff). D 37 D 38

Zwischen Kriegsbeginn und dem 1. Juni 1940 gelang noch 128 Wiesbadener Juden die Auswanderung, weitere 49 waren nach anderen Orten in Deutschland verzogen (s. D38). Zurück blieben die Alten, auch die, die nicht über ausreichende Mittel zur Finanzierung der Auswanderung verfügten. D 38

Ihrem Schicksal wenden wir uns in dem folgenden Kapitel zu.

1) Die Zahl mußte geschätzt werden, da die Melderegister Wiesbadens im Krieg zerstört wurden.
2) S. Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945. (Hg.) Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt/M. 1963, S. 50, 429f.

5. Jüdischer Alltag vor der Deportation (1939 – 1942)

Einleitung

Die Grunderfahrung, die alle noch in Deutschland verbliebenen Bürger jüdischen Glaubens – es waren zumeist die Älteren – in den Jahren zwischen 1939 und 1942 machten, war die einer nahezu völligen Ausgrenzung aus dem Sozialleben des nicht-jüdischen Gesellschaftsteils und einer extrem eingeengten sozialen Mobilität. Einige Beispiele der schikanösen Einschränkungen: Juden durften keine Blumen kaufen, keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, kein Radio hören, keine Zeitungen lesen usw. usw. Gravierend waren vor allem der Zwangsarbeitsdienst (eingeführt am 4.3.1941) und das Tragen des „Judensterns" seit September 1941. Die Menschen lebten von dem Rest ihrer Ersparnisse, die die Gestapo streng kontrollierte, bzw. von der jüdischen Wohlfahrtspflege. Die reglementierte Isolierung des jüdischen Bevölkerungsteils bedeutete, daß die Beziehungen zwischen ihm und der übrigen Gesellschaft einen „öffentlichen" Charakter annahmen und der einzelne Jude nun auch real zu „dem" Juden wurde. Dem rassistischen Idealtyp entsprechend war es Juden verwehrt, als Einzelne Ansprüche an die Obrigkeit zu stellen. Wenn dies der Fall war, etwa bei der Regelung von Auswanderungsfragen, so hatte dies über die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland", der alle Juden beizutreten hatten, zu erfolgen. Die Massendeportationen begannen Ende Oktober 1941. Ihr Resultat war der Massenmord an dem europäischen Judentum.

Die Maßnahmen, die die Nazis seit dem Jahre 1939 ergriffen, um die noch in Deutschland verbliebenen Juden in die völlige gesellschaftliche Isolation zu treiben, sind in der Literatur weitgehend aufgearbeitet.[1] Die folgenden Ausführungen versuchen, so etwas wie eine „durchschnittliche" Alltagserfahrung der Entrechteten in Wiesbaden zu rekonstruieren.

Wie bereits gesagt, übernahm die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland eine Mittlerstellung zwischen den einzelnen jüdischen Gemeinden und der Gestapo. Vorsitzende der Bezirksstelle Hessen-Nassau und damit auch zuständig für Wiesbaden waren der (nicht mehr praktizierende) Arzt Dr. Georg Goldstein und Berthold Guthmann.

Vor allem Guthmann wurde zu einem wichtigen Mittler zwischen der jüdischen Gemeinde und der Wiesbadener Gestapo in der Paulinenstraße 9-11; da er seit dem Berufsverbot für alle jüdischen Rechtsanwälte im September 1938 (vgl. Walk 1981, S. 242) mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines jüdischen „Rechtskonsulenten" betraut worden war. Seine Position als „Rechtskonsulent" und als Mitvorsitzender der Bezirksstelle der RV war ambivalent: So sehr er nämlich einerseits in rastlosem Eifer und dank seiner juristischen Kompetenz noch manchem jüdischen Bürger Wiesbadens auch nach 1939 zur Auswanderung verhalf, so sehr er sich um die Organisation der Reste der jüdischen Wohlfahrtspflege und der jüdischen Schule bemühte, so sehr war er andererseits, wie seine Tochter sich heute ausdrückt, der „Überbringer der schlechten Nachrichten" (Interview L.B. mit Charlotte Opfermann, 20.8.1987), d.h. der das Leben der Wiesbadener Juden immer stärker beschneidenden Maßnahmen und Anordnungen der Gestapo. Der Verdacht, er habe mit der Gestapo kooperiert, ist sicher unbegründet. Wahrscheinlich leistete aber ein anderer Wiesbadener Jude Spitzeldienste für die Gestapo.[2] Guthmann selbst kompensierte die Ambivalenz seiner Position zwischen Tätern und Opfern durch ein „solidarisches" Pflichtgefühl, das es ihm auch nach seiner „Schutzhaft" in Buchenwald (November-Dezember 1938) und nach einem SA-Attentat, das ihn ein Jahr später fast das Leben gekostet hätte (Noam/Kropat 1975, S. 272ff), verwehrte, Deutschland und seine Position zu verlassen. Gerade weil er noch einigen Juden zur Auswanderung verhelfen konnte, fühlte er sich jenen verpflichtet, die zurückblieben. „Dies war", so beschreibt es seine Tochter, „selbstzerstörend". Es besteht kein Anlaß, an der subjektiven Ehrlichkeit solchen „Pflichtgefühls" zu zweifeln.

Wie sah der Alltag der Zurückgebliebenen nach 1939 aus?
Dem angestrebten Ziel der NS-Machthaber, die Juden soweit wie nur möglich zu isolieren, diente vor allem der mit dem Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30.4.1939 legalistisch verbrämte Versuch, die Menschen aus ihren angestammten Wohnungen zu entfernen und in sog. „Judenhäusern" zu konzentrieren. Die Dokumente 39a-b demonstrieren den Fortschritt dieser rassistischen Wohnlenkungsmaßnahmen in Wiesbaden in den Jahren 1940-41. Die in Dokument 39 b enthaltene Feststellung, daß auf je eine Person ein Wohnraum entfalle, darf auf keinen Fall generalisiert werden. Sie spiegelt lediglich die konkreten Wohnverhältnisse nach den ersten Deportationen wider und besagt nichts über die tatsächliche Enge, in der die jüdischen Familien und ihre Untermieter (vgl. D39a) vorher leben mußten. Eva Gerstle-Wertheimer, die kurz nach Kriegsbeginn aus Berlin zu ihren Eltern nach Wiesbaden gekom-

D 39 a-b

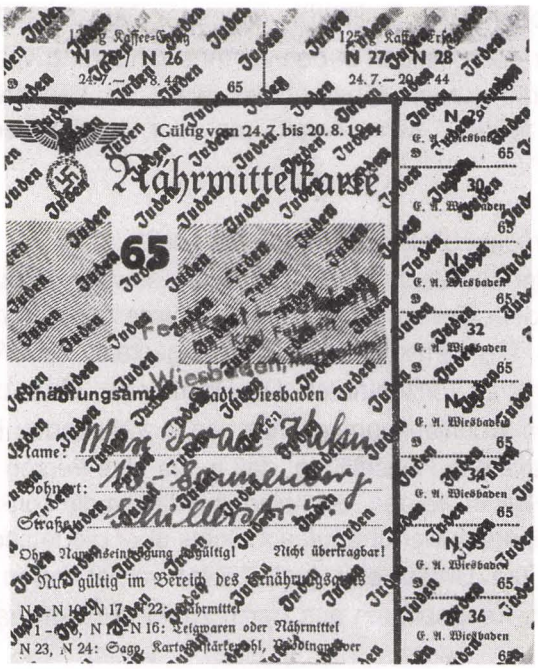
D 39 a

1) Siehe hierzu die jüngeren Darstellungen in Barkai 1987, S. 166ff, „Jonny Moser, Die Entrechtung der Juden im Dritten Reich. Diskriminierung und Terror durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse", in: Pehle 1988, S. 124ff.
2) Die Identität dieses Mannes war in jüdischen Kreisen Wiesbadens bekannt. Interview H.D. mit Anita Lippert, 2.9.1987.

men war, erinnert sich:

> „Ein paar schöne ruhige Monate verlebten wir zusammen, bis auch sie (die Eltern) aus ihrer Wohnung ausziehen mußten und in ein Judenhaus zogen. Wir bekamen zwei Zimmer zugewiesen für uns drei und mußten die Küche und das Badezimmer mit allen anderen Juden zusammen benutzen. Ein Mann von der Gestapo wohnte im Erdgeschoß und kontrollierte jeden, der reinging oder rausging."
> (Von Eva G.-W. besprochenes Tonband (Juni 1981) in Yad Vaschem Archives.)

Die Ein- und Ausweisungen wurden von der jeweiligen NS-Ortsgruppe und der Gestapo – notfalls auch durch Druck auf nicht kündigungsbereite Vermieter – und vom Städtischen Wohnungsamt formell abgewickelt. Die Wiesbadener Stelle der Reichsvereinigung mußte hierbei als Gehilfe der Gestapo fungieren: Dies zeigen die Fälle der beiden Juden Idel Rawinsky und Hermann Meyer, denen eine Wohnung in der Rheinstraße zugewiesen wurde, nachdem die Besitzer, Karl Rothschild und dessen Ehefrau, mit dem letzten großen Wiesbadener Deportationstransport am 1.9.1942 in den Osten „abgewandert" waren (so hieß es in dem den NS-
D 40 a-c Verwaltungsjargon kopierenden Schreiben Guthmanns; s. D40a-c). So entwürdigend diese Verlegungen und die Erfahrung dieser Wohnghettos auch waren, für die betroffenen Menschen boten die „Judenhäuser" auch einen bedingten Schutz vor der „draußen" drohenden Dauerdiskriminierung und – trotz der Anwesenheit eines gewöhnlich im Parterre residierenden Gestapomannes – faktisch die einzige Möglichkeit zu relativ ungefährdeter Kommunikation. Der Gang nach „draußen" – die Benutzung von Fahrrädern und anderen Transportmitteln war ja verboten (s. Walk 1981, S. 350, 368) – beschränkte sich auf das dekretierte und zur materiellen Mindestversorgung notwendige Maß: Den auf eine Stunde täglich befristeten Einkauf in
D 41 den für Juden vorgesehenen Geschäften (s.D41) – sie gehörten Parteigenossen, die sich auf diese Weise noch an ihren Opfern bereichern durften[1] –, den Weg von und zur Arbeitsstelle oder – für die Kinder – zur jüdischen Schule.



Lebensmittelkarte 1941

1) Die Nazis begründeten diese Privilegierung so: „Es wurde so vermieden, daß Juden durch irgendwelche Machenschaften sich ungerechtfertigt bereichern können." (SD Wiesbaden, 15.11.1939, HHStAW 483 – 7103.)

Der seit dem 1.9.1941 bestehende Zwang, den Stern zu tragen, dürfte diesen Rückzug in den Asylbereich der Familie stark gefördert haben: Er reduzierte die Möglichkeiten, sich zu „tarnen", und dämmte damit auch die Bereitschaft von Nicht-Juden ein, sich mit Juden sehen zu lassen, mit ihnen zu sprechen oder zu ihren Kindern freundlich zu sein (s. D42). D 42

Nur unter persönlichen Risiken konnten die Menschen ihre schützenden, aber doch extrem einengenden Wohnungen verlassen, und dies auch nur bis 9 (bzw. im Winter 8 Uhr) abends und auf vorgeschriebenen Wegen. Marianne Kahn, damals ein Mädchen von 12 Jahren: „Wir durften die Wilhelmstraße nicht überqueren. Keine Anlagen." (Interview L.B. mit Marianne Kahn, 11.9.1985.) Und Anita Lippert ergänzt:

> „Wir kannten ja nichts, kein Kino, gar nichts. Nur die Dunkelheit war eine Gelegenheit, andere Menschen zu sehen, Schaufenster zu betrachten. Einmal bin ich auch ins Kino gegangen. Das war das einzigemal, daß ich den Stern versteckt habe. Sonst hat mich mein Vater immer ermahnt, nur nichts gegen die Gesetze, etwas Unrechtes zu tun. Wenn ich mal mit meinen Eltern in die Kirchgasse ging, gingen ich und mein Vater (beide „Sternträger") vorneweg und meine Mutter (Christin) ein paar Schritte dahinter. Wir durften ja nicht zusammen gesehen werden." (Interview L.B. mit Anita Lippert, 11.9.1985.)

Besonders für die Kinder barg die Welt „draußen" Gefahren: Den ständigen Beschimpfungen und Schlägen ihrer nicht-jüdischen Altersgenossen hilflos ausgesetzt, wurde der tägliche Schulweg für die 35 Kinder, die im Juli 1941 noch eine der beiden Schulbaracken an der Welfenstraße besuchten (vgl. Korrespondenz zwischen städtischen Behörden und der RV, STAW A XIII b, 89), zum Martyrium.

Das Leben „draußen" bedeutete für die Erwachsenen, Männer und Frauen, vor allem den Zwang, arbeiten zu müssen. Am 4. März 1941 ordnete der Reichsarbeitsminister aufgrund eines Geheimerlasses von Herrmann Göring den zwangsweisen Arbeitseinsatz aller arbeitsfähigen Juden an (allgemein zur Zwangsarbeit s. Barkai 1987, S. 173ff). Die Auswahl der „Arbeitsfähigen" lag in den Händen der jeweiligen NS-Ortsgruppe und der Gestapo[1], die organisatorische Abwicklung hatte seit dem 1.10.1939 im Rahmen des sog. „freiwilligen" Arbeitseinsatzes das Wiesbadener Arbeitsamt übernommen (Arbeitsamt Wiesbaden – Oberbürgermeister, 8.12.1939, StAW). Die Männer wurden z.B. kolonnenweise im Straßenbau beschäftigt – „Harte Arbeit" war dies für ihren Vater, so erinnert sich Anita Lippert –, Frauen und schulentlassene Mädchen eher in rüstungswirtschaftlichen Betrieben der Stadt oder auch als landwirtschaftliche Arbeiterinnen auf Bauernhöfen in der Umgebung. Eva Gerstle-Wertheimer zu ihrer Arbeit:

> „In einer chemischen Fabrik arbeitete ich an einer Preßmaschine mit Fußpedale. Wir stellten Kriegsseife her, schwere Arbeit, besonders für eine Frau. Nachdem ich ein paar Monate an diesen Maschinen gearbeitet hatte, zog ich mir einen Bauchwandbruch zu, der sehr schmerzhaft war. Ich wurde arbeitsunfähig und mußte mich jede Woche beim Vertrauensarzt melden. Da mein Zustand nicht besser wurde, wollte man, daß ich mich operieren lasse, und im Mai 1942 ging ich ins Wiesbadener Städtische Krankenhaus und wurde von Professor Dr. Kleinschmidt operiert." (Tonbandaufzeichnung in Yad Vashem Archives.)

1) Vgl. die Liste potentiell „Arbeitsfähiger", aufgestellt durch die Ortsgruppe Ost (– Kreisleitung, 20.2.1941), HHStAW 483 – 10127. Die Liste läßt auch die Altersstruktur der noch verbliebenen und in der Stadtmitte wohnenden Juden erkennen: Von den 115 erfaßten Juden waren ca. die Hälfte über 60 Jahre, die große Mehrheit der anderen Hälfte über 50 Jahre alt.

Und W. Rosner schildert die Bedingungen der Zwangsarbeit im Rahmen des sog. „freiwilligen Arbeitseinsatzes":

> „Die Juden werden nach auswärts, im Straßenbau oder Steinbruch verwendet und arbeiten täglich 12 bis 15 Stunden, der Lohn ist sehr gering. Leider habe ich bis am Tage meiner Wegfahrt auch am Straßenbau für 22 Mark pro Woche gearbeitet. Das Schikanieren während der Arbeit! Schläge während der Arbeit hat so mancher einstecken müssen. Wer die Arbeit im Stich läßt, wird schwer bestraft, und ich habe es getan, Ihr könnt Euch denken, was mit mir passiert wäre, wenn ich beim Übertritt außer der Grenze ertappt worden wäre." (Brief W. Rosners an seine Kinder, o.D., Slg. Bembenek. Rosner gelang die Flucht über Luxemburg nach Belgien).

Zu all diesen Bedrängnissen des Alltagslebens in der Kurstadt gesellte sich die ständige Furcht vor der immer bestehenden Gefahr der Verhaftung durch die Gestapo. Wie groß sie war, zeigt der Fall des Apothekers Josef Mayer, des ehemaligen Besitzers der Ende 1935 „arisierten" Taunus-Apotheke in der Taunusstraße (s. hierzu HHStAW, Wiedergutmachungsakte J. Mayer, VG 3101-796 und JS 5708). Mayer nahm sich vor der wegen eines läppischen
D 43 a-b „Vorfalls" drohenden Verhaftung das Leben (s. D43a-b). Ab 1942 kam die lähmende Angst vor
D 44 der Deportation hinzu. Die in D44 enthaltenen Briefe an P. Kleinstrass-Kester waren zwar zensiert, aber sie lassen die bedrückende Situation der Schreiber ungefähr erkennen. Es war in Wiesbaden bekannt, was die Transporte „in den Osten" zu bedeuten hatten. Charlotte Opfermann, die Tochter Berthold Guthmanns: „Es kamen Kärtchen aus den KZ's, da war zu lesen 'Crohn Witwe' z.B. Da wußten wir immer, daß dort die Leute umgebracht werden." (Interview L.B. mit Charlotte Opfermann, 20.8.1987.)

Eine wichtige Rolle bei der Organisation der Transporte spielte wieder die Bezirksstelle der RV. Goldstein und Guthmann erhielten von der Gestapo in der Paulinenstraße die Deportationslisten und verschickten in ihrem Auftrag auch das „Merkblatt" zur Deportation – minutiös war darin verzeichnet, was alles mitzunehmen bzw. zurückgelassen war, z.B. eine gesäuberte
D 45 Wohnung (s. D45). Die Bezirksstelle warb auch für die „Heimeinkaufsverträge", die die Fiktion vortäuschten, daß es um die Verlegung in ein „Altenheim" ging; in Wahrheit zwangen sie die
D 46 Opfer dazu, die Zerstörung ihres Lebens in Theresienstadt selbst zu finanzieren (s. D46).

Am 23.5.1942 mußten sich 27 und am 10.6.1942 noch einmal 371 (die Zahlen stützen sich auf die im HHStAW befindliche „Liste 3") jüdische Wiesbadener und Wiesbadenerinnen im Hof der Synagoge in der Friedrichstraße einfinden – ältere und gebrechliche Menschen jeweils. Das Foto der Registrierung des Transports am 27.8.1942, von einem Polizeioffizier geschossen, dokumentiert eindrücklich ihre verzweifelte Lage.
In der Kurstadt konnte jeder mitansehen, wie die Menschen anschließend durch die Straßen zum Hauptbahnhof geführt bzw. gefahren wurden. An der Viehrampe des Schlachthofs bestiegen sie die bereitgestellten Waggons nach Frankfurt. Auch in Frankfurt war zu beobachten, wie sie von der Gestapo in Gruppen zu der als Sammelpunkt vorgesehenen Großmarkthalle getrieben wurden. Jeweils am nächsten Tag verließen sie in größeren Sammeltransporten Frankfurt in Richtung „Osten".

Am 30.6.1942 wurde die jüdische Schule geschlossen.[1] Und am 27.8.1942 versammelte sich

1) RMfWiss., Erz. und Volksbildung – RegPräs. Wiesbaden, 7.7.1942, in: Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945. (Hg.) Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt 1963, S. 117; s. ferner Abschlußzeugnis von Anita Fried vom 30.6.1942, ausgestellt von der jüdischen Schule Wiesbaden (aus privater Hand).

die jüdische Gemeinde Wiesbadens zu ihrem letzten Gottesdienst in der Synagoge in der Friedrichstraße. Ihre Reihen waren nicht nur durch die Transporte gelichtet: Gerade im August hatten sich viele Menschen angesichts der aussichtslosen Lage das Leben genommen (s. D47). D 47



Registrierung im Hof der Synagoge in der Friedrichstraße am 27.8.1942
(Fotosammlung Rudolph)

Vier Tage später, am 1.9.1942, der Tag, an dem der letzte große Transport mit insgesamt 514 Menschen aus Wiesbaden Frankfurt in Richtung „Osten" verließ („Liste 3"), existierte die jüdische Gemeinde nicht mehr.



Ankunft am Wiesbadener Bahnhof (Fotosammlung Rudolph)



Abtransport von der Viehrampe des Schlachthofs am
Wiesbadener Hauptbahnhof am 29.8.1942 nach Frankfurt (Fotosammlung Rudolph)

Am 31.12.1942 lebten noch 177 Juden im Stadtkreis Wiesbaden, zumeist Ehepartner und Kinder aus sog. „privilegierten Mischehen". (Vgl. Aufstellung in StAW, Statistisches Amt, A VIa 20.) Am 2.3.1943 jedoch vermerkte das Tagebuch der Jüdischen Gemeinde Mainz: „Viele Verhaftungen der jüdischen Teile aus Mischehen in Mainz, Darmstadt, Offenbach, auch Frankfurt, Wiesbaden" (Anton Keim (Hg.), Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941-43, Mainz 1968, S. 95) – die Verhaftungen, jetzt einzeln, gingen also weiter. Sie trafen letztlich auch die Vorstandsmitglieder der Bezirksstelle der Reichsvereinigung, Goldstein und Guthmann (zu Goldstein s. das Protokoll der Versteigerung seines Eigentums am 24. und 25.11.1942; Slg. Bembenek), die nun zum Dank für ihre organisatorische Mitarbeit ebenfalls deportiert wurden. Fast 100 Menschen waren es allein im Jahre 1943, die zunächst in Wiesbadener Gefängnissen in kleinen Gruppen zusammengefaßt oder auch allein in verschiedene Konzentrationslager verbracht wurden, u.a. auch nach Auschwitz (dies ergibt eine Auswertung der Gestapo-Kartei und der Deportationslisten). Zwei Beispiele aus den beiden folgenden Jahren: Fritz Berneis, Rudolf Jesinghaus – Medicus, Kurt Hirschberg, Michael Klein, Günther Selig, Frieda Weinand, Heinz Schönberg – alle, wie es im NS-Jargon hieß, „Mischlinge 1. Grades" – wurden am gleichen Tag verhaftet, dem 20.11.1944, und in das Zwangsarbeiterlager Mockrehna verschleppt.[1] Am 20.1.1945 waren es Heinz Sontheim, Josef Sperling, Julius Kaplan und Erich Auerbach (Namen nach: Liste der Betreuungsstelle; vgl. Anm.).

> „Jede Woche oder alle 14 Tage wurde jemand aus seiner Familie geholt. Die Frau von Zahnarzt Wolters aus der Kirchgasse hat man vom Küchenherd geholt. Sie hat man noch nicht einmal etwas mitnehmen lassen. Sie hat nur die Kittelschürze hingehängt. Sie haben sie vom Herd geholt. Oder wenn sie Leute bestellt haben, und sie sind nicht hingegangen, dann hieß es auf einmal: 'Der oder die hat sich das Leben genommen, der wollte nicht mit'." (Interview L.B. mit Marianne Kahn, 11.9.1985.)

1) Die Namensliste ist nicht vollständig und erfaßt nur die, die überlebten und nach Wiesbaden zurückkamen (vgl. Liste der in Wiesbaden lebenden jüdischen Einwohner, in: StAWI, Betreuungsstelle).

Am 18. Februar 1945 wurden noch einmal 25 Wiesbadener nach Theresienstadt deportiert (Eschwege 1979, S. 213). Unter den Opfern in diesem letzten Sammeltransport waren auch Anita Lippert und Marianne Kahn:

> „Hier in Wiesbaden ging das ganz ruhig vonstatten. Treffpunkt in der Schalterhalle am Bahnhof und dann noch mit dem Personenzug nach Frankfurt. Und in Frankfurt haben sie uns mit dem aufgepflanzten Bajonett an einem schönen Sonntag bei blauem Himmel durch Frankfurt geführt. Mit einer kleinen Herde Menschen, mit Kindern, Rucksack und Köfferchen."
>
> „Und die Masse hat dagestanden und gegafft und gejohlt."
>
> „Wir waren noch mal in so einem jüdischen Haus gewesen, in einem ehemaligen Altersheim oder was. Und dann haben sie uns zum Bahnhof gebracht, zum Ostbahnhof, zum Güterbahnhof und uns in die ungesäuberten Viehwaggons getan."
>
> „Wenn unterwegs irgendwelche Notdurft war, dann ging man mit ... und Kindern allen zusammen."
>
> „Und die das nicht aushalten konnten, gerade diese älteren Herrschaften, die hatten so Plastiktöpfchen. Aber so ein genähtes."
>
> „Als wir in Theresienstadt ankamen und mußten uns ausziehen, entwest sollten wir werden, also, das war das Schlimmste, was ich je erlebt habe ... ." (Interview L.B. mit A. Lippert und M. Kahn, 11.9.1985.)

Anita Lippert und Marianne Kahn wurden am 7.5.1945 gemeinsam mit den anderen Häftlingen Theresienstadts von der Roten Armee befreit und kehrten bald darauf wieder nach Wiesbaden zurück.

Die meisten der anderen in Konzentrationslager verschleppten jüdischen Wiesbadener wurden hingegen ermordet, die Mehrzahl in Auschwitz. Wieviele es insgesamt waren, läßt sich heute nicht mehr genau ermitteln (mindestens 1.147)[1].

Aber nicht nur im „fernen Osten", auch in der unmittelbaren Umgebung der Kurstadt, in der dem Bezirksverband Wiesbaden unterstellten Landesheilanstalt Hadamar, einer Stätte tausendfachen Mordes an sog. „geistig Behinderten" und „Asozialen"[2], wurden Wiesbadener Bürger Opfer von Mordtaten. Am 5.2.1941 wurden mindestens 19 jüdische Patienten von der Landesheilanstalt Eichberg im Rheingau in einem Bus der „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH" nach Hadamar gebracht und dort vergast – unter ihnen mit größter Wahrscheinlichkeit auch drei Wiesbadener.[3] Und in Hadamar wurde 1943 auch eine Sondertötungsabteilung für jüdische „Mischlings"-Kinder, vorwiegend aus Heimen und Pflegefamilien, eingerichtet (Roer/ Henkel, a.a.O., S. 229ff). Möglicherweise waren unter den Getöteten auch Wiesbadener Kinder.

---

1) Vgl. das unveröffentlichte Gedenkbuch der Stadt Wiesbaden für Yad Vashem (Israel) auf Grundlage von Erhebungen des Bundesarchivs Koblenz, ergänzt und korrigiert von Lothar Bembenek für das Hessische Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung.

2) Vgl. Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933-1945, (Hg.), D. Roer, D. Henkel, Bonn 1986.

3) H. Dickel, „Die sind ja doch alle unheilbar". Zwangssterilisation und Tötung der „Minderwertigen" im Rheingau 1933-1945, Wiesbaden 1988, S. 20. Möglicherweise wurden die Menschen aber auch nach einem kurzen Aufenthalt in der Anstalt Heppenheim „im Osten" umgebracht (ebda).

6. Nach 1945 – Wieder jüdisches Leben in Wiesbaden.

Als die US-Truppen am 28.3.1945 in Wiesbaden einrückten, trafen sie auf eine fast „judenfreie" Stadt. Aber schon wenige Monate später gab es in Wiesbaden wieder eine jüdische Gemeinde.

Anfang Juni 1945 traf bereits eine Gruppe 12 ehemaliger Wiesbadener Juden aus Theresienstadt in der Kurstadt ein. Unter ihnen war auch Claire Guthmann, die Frau des in Auschwitz ermordeteten ehemaligen „Rechtskonsulenten" (Protokoll des Aufbau-Ausschusses, 4.6.1945, StAW A XIII b/101).

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 30 frühere Wiesbadener in Theresienstadt; 12 kehrten am 5.7.1945 zurück und wurden im Rathaus der Stadt von dem neu ernannten Oberbürgermeister Krücke offiziell empfangen (Vermerk Krücke, 21.6.1945; Vermerk o.N., 9.7.1945, hschr. (ebda)). Die Mehrheit der jüdischen oder jüdisch-verwandten Bewohner Wiesbadens – insgesamt handelte es sich um diese Zeit um 90 Familien (Rudolf Jessinghaus-Medicus, Bericht über die Entwicklung der jüdischen Fragen, 16.9.1945, HHStAW, OMGUS, 8/194-3/6) – waren „Displaced Persons", Menschen also, die die Konzentrationslager überlebt hatten, die nicht mehr in ihre (zumeist) polnische Heimat zurückkehren und sich in den Westen absetzen wollten, meistens mit dem Auswanderungsziel USA.[1] In den folgenden Monaten wuchs die Zahl der in Wiesbaden lebenden Juden bis zum 29.10.1946 auf 226 (davon 164 aus dem Osten Zugewanderte).[2]

Wie erlebten sie die Stadt? Da hatte es ja nicht nur die ausgesprochenen Nazis gegeben, die jetzt im Stadtbild kaum noch auftauchten; da gab es die vielen, die in Ämtern (Arbeitsamt, Gesundheitsamt, Wohnamt usw.) und Behörden willfährig mit der Gestapo kooperiert hatten, die Lehrer in den Schulen, die Betriebsleiter, die Arbeitskollegen, ja Bekannte und Freunde, die Kontakte aufgegeben, sich an Diskriminierungen beteiligt, wenn nicht Schlimmeres getan hatten – wie erlebten sie „die Heimkehrer", und vor allem: Wie erlebten diese sie?

So unterschiedlich die Erfahrungen der „Heimkehrer" im einzelnen auch waren, so teilten sie doch alle ein Gefühl tiefgreifender Entfremdung und Distanziertheit. Marianne Kahn und Anita Lippert erinnern sich an ihre erste Zeit nach der Rückkehr:

> „Es war der 22. Juni, als wir heimkamen."
>
> „Ein Freitag war's."
>
> „Am Samstagabend wollte ich am Sedanplatz Bekannte besuchen, die in der schlechten Zeit sehr gut zu mir gewesen waren. Da bin ich bis fast an den Sedanplatz von der Blücherstraße den Bismarckring ein Stück hoch. Dann habe ich Angst gekriegt und bin wieder nach Hause. Ich konnte keinen Schritt mehr weiter.

1) Zum Problem der Displaced Persons W.-A. Kropat, „Jüdische Gemeinden, Wiedergutmachung, Rechtsradikalismus und Antisemitismus nach 1945", in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. (Hg.) Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden 1983, S. 450ff.

2) Magistrat Wiesbaden – RegPräs., 23.10.1948, StAW, Stat. Amt, A VIa 20. Im Oktober 1948 lebten nur noch 90 „ausländische Juden" in der Kurstadt (ebda). Die Zahlenangaben für das Jahr 1946 schwanken allerdings. So enthält die Liste der Städt. Betreuungsstelle für den Zeitraum März – April 1946 die Namen von 99 geborenen Wiesbadener Juden (oder mit Juden verwandte); 126 hatten zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen 1933 und 1945 in Wiesbaden gelebt (HHStAW, OMGUS 8/66-1/3).

> Es war aus. Auf einmal hab' ich gedacht, alle Leute gucken mich wieder an, weil ich auch noch die verkrotzten Haare hatte und so. Da bin ich wieder nach hause in die Wielandstraße. Wir wußten ja nicht, wie die Leute das aufnehmen und wie das alles jetzt so ist." (Interview L.B. mit A. Lippert und M. Kahn, 11.9.1985.)

Und Charlotte Opfermann erinnert sich so an die „Leute" in der ersten Zeit:

> „Es war sehr schwer. Da hatte plötzlich jeder seinen Privatjuden. Jeder hatte einen Juden versteckt oder geschützt. Und es war doch einfach nicht wahr." (Interview L.B. mit Charlotte Opfermann, 20.8.1987.)

Wie schwierig und komplex die Reintegration in das „normale" Alltagsleben war, läßt sich an der Frage des Schulbesuchs aufzeigen. Sollten Charlotte, Anita und Marianne nach der langen Unterbrechung wieder eine „richtige" deutsche Schule besuchen? Die Frage wurde in den wenigen Familien heiß diskutiert. Wieder Anita Lippert:

> „Wir sind auch in einem unglücklichen Alter gewesen, weil wir die Schule nicht mehr nachholen konnten. ... Rolf war jünger gewesen und hat die Schule später besucht. Er hat es am Anfang sehr sehr schwer gehabt und zu leiden gehabt in der Schule, als sie ihn beschimpft haben. ... Als Schüler hätten wir direkt wieder Außenseiter gespielt. Auf der einen Seite hätte man vielleicht gesagt „Sitzenbleiber" oder so und auf der anderen Seite, wenn wir mit der Wahrheit herausgerückt wären. ... Das hätten wir auch nicht geschafft in diesem Alter. Nein, mein Vater wollte das nicht. Er hat gesagt: 'Du bist jetzt mal genug gedemütigt worden'." (Interview L.B. mit A. Lippert und M. Kahn, 11.9.1985.)

Wie schnell und ob überhaupt ein neuer Anfang in Wiesbaden möglich war, hing auch von der Hilfestellung seitens der neuen Stadtobrigkeit ab.[1] Sie wird deutlich am Beispiel des Konflikts um die Städtische Betreuungsstelle für rassisch und religiös politisch Verfolgte.

Ihr erster Leiter war Rudolf Jesinghaus-Medicus. Jesinghaus war nach seiner Befreiung aus dem Zwangsarbeiterlager Mockrehna (siehe S. 76) im Troß der US-Truppen nach Wiesbaden zurückgekehrt. Dort erfuhr er, daß seine jüdische Mutter in Auschwitz umgebracht worden war. Am 30.3.1945 wurde er von Seiten des Military Government beauftragt, sich um die „zurückgeführten Juden zu bekümmern und sie zu betreuen" (StAW, Nr. 2907, Betr. Betreuungstelle; künftig zitiert als: Betreuungsstelle), wie es in einem Vermerk der Stadtverwaltung vom 5.4.1945 hieß. Wie Jesinghaus seine Aufgabe verstand, wird aus dem gleichen Vermerk deutlich: Er hatte der Stadt einen Requisitionsschein übersandt, in dem er „namens des MGO" um Lieferung verschiedener Wohnungsgegenstände bat, zudem hatte er versucht, heimkehrende jüdische Bürger in Wohnungen einzuweisen (ebda). Solch unbürokratische Aktionen wurden sowohl von der Stadtverwaltung unter Leitung von OB Krücke wie auch von Seiten der Besatzer mit Mißtrauen beobachtet. Die Folge: Jesinghaus wurde zunächst einmal entlassen (Protokoll einer Besprechung des Military Government Office (MGO), 21.4.1945, Betreuungsstelle). Stattdessen wurde in Wiesbaden als erstem Ort eine Betreuungstelle für alle KZ-Rückkehrer eingerichtet (Verfügung Holl, 12.5.1945, ebda). Ihre Aufgabe: Soforthilfe in dringenden Fällen durch Barmittelunterstützung, Hilfe bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten und den Wiedergutmachungsverfahren, Unterstützung bei der Beschaffung von Kleidung, Wohnraum und Hausrat, schließlich auch Sicherung gegen erneute Diffamierung. Die Stelle unterstand dem Fürsorgeamt, als Leiter waren Jesinghaus und Karl Laube vorgesehen (Holl,

1) Zu den politischen Verhältnissen in Wiesbaden nach 1945 s. die in mancher Hinsicht fragwürdige Darstellung von H. Müller-Werth, Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre, Wiesbaden 1963, S. 205ff.

11.5.1945, ebda). Die Arbeit dieser Betreuungsstelle verlief nicht ohne Reibungen. Bereits am 24.5.1945 mußte der Oberbürgermeister gegenüber den Dienststellen der Stadt darauf hinweisen, daß Fälle vorgekommen seien, bei denen Hilfe verweigert worden sei – „wahrscheinlich aus Unkenntnis", wie er annahm (Verfügung Krücke, 24.5.1945, Betreuungsstelle).
Oder war es so, daß die noch aus der NS-Zeit stammenden und von der Stadt weiterbeschäftigten Angestellten und Beamten „nicht immer den Willen oder das Verständnis" hatten, schnell zu helfen, wie Jesinghaus annahm?[1]
In den folgenden Wochen und Monaten, innerhalb derer die Betreuungstelle täglich mehr als 100 Personen Hilfe leistete, verschärfte sich der Konflikt zwischen Jesinghaus und der Stadt. Jesinghaus verdächtigte die Beamten der Stadt und den Oberbürgermeister, nicht nur mit ehemaligen NS-Parteimitgliedern in wichtigen gesellschaftlichen Positionen zu kooperieren[2], sondern auch den Heimkehrern und hier insbesondere den Juden nicht wirksam genug helfen zu wollen, etwa durch konsequentere Beschlagnahme von Wohnungen ehemaliger Nazis (s. D48). Er wandte sich außerhalb des Dienstweges an die US-Stadtregierung mit der Bitte um materielle und politische Unterstützung[3]. Die Arbeitsmöglichkeiten der Betreuungstelle wurden überdies durch die unklare Kompetenzverteilung zwischen ihr und dem von der Stadt ebenalls eingerichteten „KZ-Ausschuß", der unter Leitung des Sozialdemokraten Heinz Ranly stand, behindert (Wiesbadener Kurier, 2.11.1945). Jesinghaus trat schließlich im November 1945 resigniert zurück (WK 21.11.1945. Nachfolger wurde H. Ranly; s. WK, 19.12.1945).

Der Konflikt um die Betreuungstelle wirft ein bezeichnendes Licht auf das politische Klima Wiesbadens in der Nachkriegszeit. Ungeachtet der Frage, ob die Stadtverwaltung wirklich „alles" tat, um den Verfolgten zu helfen, berührt der eigentliche Kern der Auseinandersetzung das Problem, ob „Hilfe" oder „Wiedergutmachung" unpolitische Akte sein konnten, Akte „schlichter Humanität" gegenüber notleidenden Opfern, oder ob sie nicht verknüpft sein mußten mit einer Prozedur politischer Selbstreinigung, die es z.B. NS-Belasteten verwehrt hätte, sich via karitativer Anstrengungen und wohlklingender Aufrufe politisch und gesellschaftlich in kürzester Zeit neu zu etablieren.[4]

Aus der Sicht der ständig aus dem Osten nach Wiesbaden kommenden Juden stellten sich unterdes die Alltagsprobleme: Wie Wohnung bekommen oder einen Arbeitsplatz finden? Besonders das Wohnungsproblem war gravierend. Zwar gab es eine von der Militärregierung genehmigte Verordnung des Regierungspräsidenten, die die Übergabe von Wohnraum ehemali-

1) Jesinghaus – Krücke, 23.6.1945, ebda. Jesinghaus: „Es muß unsere Kreise erbittern zu sehen, daß die bisher maßgeblichen Schichten noch in geräumigen Wohnungen sind, während wir verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, Mütter mit Kleinstkindern oder völlig heimatlos gewordene Menschen nur in etwa notdürftig unterzubringen" (s. hierzu auch D48).
2) Ein Beispiel: Im Juni 1945 war ein Aufruf an die Bevölkerung zur Unterstützung der Verfolgten geplant. Krücke setzte gegen den Willen Jesinghaus' durch, daß in diesem Aufruf, der zudem um einige wichtige Passagen gekürzt wurde, die Namen kompromittierter Personen wie jene Wilhelms v. Opel oder Amtsgerichtsrats Keßler (u.a.) nicht erscheinen durften. Jesinghaus – Krücke, 23.6.1945; s. auch Protokoll des Arbeitsausschusses, 12.6.1945, Betreuungsstelle.
3) S. vor allem Jesinghaus, Bericht über die Entwicklung der jüdischen Fragen, 16.9.1945, HHStAW, OMGUS, 8/194-3/6. Es muß offenbleiben, wie die US-Stellen reagierten. Wahrscheinlich ist, daß Jesinghaus auch bei ihnen nicht die erwünschte Unterstützung fand. Vgl. etwa seine kritischen Bemerkungen gegenüber dem Zögern von US-Stellen, in Eigentumsrechte einzugreifen (vgl. den oben erwähnten Bericht). Anzumerken wäre in diesem Zusammenhang auch noch, daß Jesinghaus im Geruch stand, ein „Kommunist" zu sein (s. Interview H.D. mit Samuel Mandelbaum, 12.2.1987).
4) Ein Schlaglicht: Im Juli 1945 beabsichtigte die Betreuungsstelle, eine antifaschistische Gedächtnisfeier in Wiesbaden durchzuführen. Krücke lehnte dies mit der Begründung ab, daß die Veranstaltung einen „zu politischen" Charakter habe (Krücke – Holl, 2.8.1945, Betreuungsstelle).

ger Parteigenossen an NS-Opfer vorsah, doch scheiterten solche Maßnahmen an fehlendem Nachdruck seitens der Stadtverwaltung.[1] Auch die Beschaffung von Arbeitsplätzen erwies sich trotz der Bemühungen der Betreuungsstelle als schwierig (Interview H.D. mit Samuel Mandelbaum,12.2.1987). Die Lebensmittelversorgung war dank der Unterstützung US-amerikanischer Hilfsorganisationen ausreichend (s. Kropat, a.a.O., S. 451) – eine Tatsache, auf die neben anderen Scheinprivilegierungen[2] Teile der Wiesbadener Bevölkerung mit Neid und gelegentlichen Artikulationen von Antisemitismus reagierten.[3] Die Juden in Wiesbaden, auch jene, die früher in Wiesbaden gelebt hatten, betrachteten die neue Landeshauptstadt in der Regel nur als eine Zwischenstation auf dem Weg in die USA. Die Fluktuation der Zu- und Abwandernden war groß – gerade dies und die Erinnerung an das gemeinsame Leiden stärkte aber unter jenen, die entweder noch nicht emigrieren konnten oder ganz in Wiesbaden bleiben wollten, die Bindung an die bereits im Sommer von Claire Guthmann neu mitgegründete jüdische Gemeinde. Gerade die „Ostjuden", so erinnert sich Samuel Mandelbaum, waren in den Anfangsjahren die Impulsgeber inmitten eines florierenden Gemeindelebens. Die Gemeinde erfüllte mehrere wichtige Funktionen. Sie war soziale Begegnungsstätte, organisierte kulturelle Abende, beispielsweise Informationsveranstaltungen über Palästina oder Chanukka-Feiern mit Theateraufführungen. Sie war aber auch ein wichtiges Versorgungsinstitut: Die Wiesbadener Juden wandten sich an sie, wenn es um die Verteilung der von US-Organisationen bereitgestellten Nahrungsmittel oder um gesundheitliche Betreuung ging – und nicht an die Betreuungsstelle (Interview H.D. mit Samuel Mandelbaum, 12.2.1987). Nachfolger Claire Guthmanns als Gemeindevorsteher wurde Dr. L. Frim (aus Lemberg, ein „Ostjude").



Jack Matzner bei der Neueinweihung der Synagoge in der Friedrichstraße mit der in der Reichspogromnacht geretteten Tora-Ralle (1945)

1) Neben Jesinghaus' Einschätzung vgl. auch den Befund der Wiedergutmachungsabteilung im Ministerium für politische Befreiung: „Es muß vielmehr ... auf diesem Gebiet (Bezug von Wohnungen ehemaliger NS-Aktivisten) von einem fast völligen Versagen gesprochen werden" (Tätigkeitsbericht, August 1947, HHStAW, OMGUS, 502/2773).
2) Solche waren etwa die Schwerarbeiterzulage und das Recht, vor Kinos nicht in Schlangen stehen zu müssen.
3) Am 13.9.1945 notierte ein amerikanischer Informant der Besatzungsbehörde, daß es in Wiesbaden eine Stimmung gegen Juden gebe. So werde gesagt: „Die Juden haben Hitler besiegt" oder: „Hitler hatte doch Recht" (HHStAW, OMGUS, 5/8/1-1; s. auch Wochenbericht vom 30.7.1947, ebda, 8/194-2/1).

Auch in der neuen Gemeinde dominierte mit Ausnahme Frims der Einfluß der „deutschen" Juden, und unter ihnen besonders jener der ehemaligen Wiesbadener wie Claire Guthmanns, Naftali Rottenbergs (Vorsteher ab 1951), Baruch Laufers, der zugleich auch Sprecher der jüdischen Gemeinden Hessens war (Protokoll des Arbeits-Ausschusses der Betreuungsstellen, 11.1.1947, HHStAW, OMGUS, 502/2774), oder der des Rabbiners Jack Matzner, in dessen Händen bis zu seiner Auswanderung in die USA zugleich auch die Kulturarbeit und der Kontakt zu deutschen Stellen lag.[1] Diese Fakten relativieren die möglicherweise verklärende Erinnerung von Zeitzeugen, daß mit dem Holocaust der alte Gegensatz zwischen Ost- und Westjuden in der neuen Gemeinde völlig verschwunden war (Interview H.D. mit Samuel Mandelbaum, 12.2.1987, und mit Frau I.H., 20.2.1987).

Die Leidenszeit, auch die Distanz der „alten" und „neuen" Wiesbadener Juden zu den eingesessenen Wiesbadenern förderte naturgemäß die Rückbesinnung auf jüdische Traditionen. Dies drückte sich nicht nur in einem aktiven Gemeindeleben aus, sondern auch in einer intensiven Teilnahme an den Gottesdiensten, die zunächst von dem US-jüdischen Rabbiner Dalim, ab 1946 aber von Jack Matzner geleitet wurden. Ein äußerlich sichtbarer Höhepunkt des religiösen Lebens war die feierliche Wiedereröffnung der mit US-amerikanischen Geldern renovierten Synagoge in der Friedrichstraße am 2.12.1946 (Arnsberg, Bd. III, S. 204f).

1) Matzner hatte die Kriegszeit in mehreren KZ's verbracht. 1950 wanderte er in die USA aus.

7. Wiesbadener Juden zwischen Anpassung und Widerstand: Eine Schlußbetrachtung

Die Frage nach dem jüdischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat erst in jüngerer Zeit die historische Forschung intensiver beschäftigt. Ihre Ergebnisse lassen sich so zusammenfassen:

1. Nur wenige Juden haben dem rassistischen Staat aktiven Widerstand entgegengesetzt, obwohl sie dessen bevorzugte Opfer waren.
2. Diese wenigen lassen sich nicht bestimmten religiösen bzw. ideologischen Richtungen oder sozialen Gruppen des vielfach gegliederten deutschen Judentums zurechnen, mindestens nährte sich ihre Motivation zum Widerstand nicht aus solchen Bezügen.
3. Aus 2. folgt, daß jüdischer Widerstand nur kasuistisch beschreibbar war und ist. Die jüngste und wichtigste Arbeit zu dem Thema liest sich daher auch wie eine Fall-Liste und bestätigt so die These, daß es keinen „strukturellen" jüdischen Widerstand jenseits von Einzelfällen gegeben hat (vgl. Kwiet/Eschwege 1984).

Unsere Wiesbadener Lokalstudie hat dieses Fazit nicht relativiert. Schließt man sich der von Kwiet und Eschwege ohne allzu hohen theoretischen Aufwand getroffenen Definition an, daß Juden Widerstand leisteten, wenn sie „sich dem allgemeinen Rollenverhalten widersetzten, das von der jüdischen Bevölkerungsgruppe im nationalsozialistischen Herrschaftssystem erwartet wurde", und wenn sie dies „unter der Gefahr der individuellen oder kollektiven Existenzbedrohung und -vernichtung" taten (ebda, S. 19), so ist das Fazit für Wiesbaden nach unseren Ergebnissen schnell gezogen: Auch in dieser Stadt blieb Widerstand in diesem Sinne vereinzelt und auf wenige Ausnahmen beschränkt.

Die Ursachen für dieses Verhalten sind in der Literatur vielfach benannt worden. Die wichtigste bildetete die Tatsache, daß die deutschen Juden bereits vor 1933 bedeutende politische Fürsprecher verloren hatten und nach dem 30.1.1933 in die gesellschaftliche Isolierung gerieten. Dies mag besonders für Wiesbaden zugetroffen haben. Das in der Stadt politisch und kulturell bestimmende Bürgertum hatte seine Anfälligkeit für den Nationalsozialismus lange vor 1933 demonstriert, wie die Wahlergebnisse belegen. Und die Parteien der Arbeiterbewegung, denen besonders die vielen relativ wohlhabenden Wiesbadener Juden ohnehin mit Distanz begegneten, schieden nach der „Machtergreifung" als politische Faktoren aus. Die Juden „mußten sich .... in einer Umgebung von Begeisterten oder Angepaßten, von Furchtsamen und Eingeschüchterten behaupten. Das aber war besonders schwer. Als einzelner in einer solchen Umwelt und unter so extremen Bedingungen Widerstand zu leisten, war praktisch unmöglich, zumal in den meisten Fällen Rücksichten auf Frauen und Kinder, auf alte oder kranke Eltern oder Angehörige die Entscheidung erschwerten" (ebda, S.9, Vorwort W. Jochmann).

Andere Faktoren traten hinzu: die durch eine lange jüdische Leidenstradition präformierte Hoffnung auf das Weiterleben der jüdischen „Schicksalsgemeinschaft", die zunächst dominierende Ewartung, daß sich der Nationalsozialsmus relativ schnell überleben werde. Hoffnungen auf Hilfe von „außen", die drohenden Sanktionen usw.

Kwiet/Eschwege unterscheiden zwei Formen „nonkonformen Verhaltens": „Verweigerung" und „Abwehr". In ihrem Sinne haben sich in Wiesbaden z.B. jene Juden „verweigert", die statt einer

ordnungsgemäßen Auswanderung aus Deutschland flüchteten bzw. auch jene, die Juden zur Flucht verhalfen. So ließen sich etwa die Fälle Höchster und Wolfmann rubrizieren (siehe S. 28). Eine andere extreme Form solcher „Verweigerung" wäre der Selbstmord angesichts des NS-Terrors, insbesondere angesichts der drohenden Deportation (siehe S. 75). In die Rubrik „Verweigerung" gehören schließlich auch Aktivitäten, die ohne offene „Regelverletzung" bestimmte Diskriminierungspraktiken der NSDAP zu unterlaufen trachteten. Zwei Beispiele wären etwa das Fortbildungs-„Kränzchen" von Friedrich Moerchen (siehe S. 36) oder – sicher diskutierbar – das von den Nazis als „Rassenschande" gebrandmarkte Verhalten von Juden und Nicht-Juden (siehe S. 35).

Gab es auch Wiesbadener Beispiele für Handlungen, die Kwiet/Eschwege als „Abwehr" bezeichnen, Handlungen also, die sich „direkt" gegen den NS-Staat richteten (Kwiet/Eschwege 1984, S. 217), etwa „offene Proteste", „illegale Propagandatätigkeit" oder „Attentate, Sabotage oder Spionage"?

Es ist fraglich, ob solche eher formalen und ex-post vorgenommenen Abgrenzungen zwischen „Anpassung" und „Widerstand" der tatsächlichen Situation jüdischer Menschen unter den Bedingungen des rassistischen Staates und einer weitgehend indifferenten bis feindlichen gesellschaftlichen Umgebung gerecht werden können. Zur Bereitschaft, „Widerstand" im obigen Sinne leisten zu können, gehörte nicht nur Mut, sondern auch die Aussicht auf Erfolg. Die Aussichten, das NS-System – nach der „Machtergreifung"! – aus eigener Kraft zu verändern, waren angesichts der historischen Gesamtsituation des deutschen Judentums gänzlich aussichtslos. Was blieb, war der Versuch, die individuelle Situation zu verbessern. Was aber hätte dies bedeuten können? Fliehen? Dies war eine reale Option angesichts einer unmittelbaren und konkreten Verfolgung, wie sie in den Fällen Höchster usw. vorlag. Für die allermeisten Juden stellten sich diese Situation und diese Alternative zumindest bis 1939 nicht. Die einzige wirkliche Alternative und die einzige wirkliche Frage, vor die sich die Wiesbadener Juden (und nicht nur sie) angesichts der tatsächlichen Lage gestellt sahen, war die der Auswanderung. Auswandern oder nicht – dies war die Frage, und sie positiv oder negativ zu beantworten, war zuallererst abhängig von den objektiven Möglichkeiten, der eigenen Finanzkraft, der Aufnahmebereitschaft anderer Länder, dann aber auch von der persönlichen Lebenssituation des einzelnen und schließlich von der je konkreten Phase der NS-Judenpolitik. Sie stellte sich für einen jungen, wohlhabenden, gebildet-informierten, assimilierten „Westjuden" wie etwa „Fritz" Hallgarten anders als für einen jungen Zionisten wie Mischa Rosenberg, und sie stellte sich in der Situation des Jahres 1939. Die Entscheidung im Sinne der Auswanderung zu beantworten verlangte Mut, obwohl dies kein Widerstand in dem von Kwiet/Eschwege konstruierten Sinne war, da die Nazis ja die Auswanderung bis 1941 nicht behinderten, sondern sie „förderten" bzw. (nach 1938) erzwangen. Es gehörte Mut dazu, Wiesbaden und Deutschland zu verlassen, und er war umso größer, je früher die Entscheidung getroffen wurde, je stärker die materiellen, sozialen und psychologischen Bindungen an den angestammten Lebensraum und je unsicherer die Perspektiven im Ausland waren. 1938/1939 freilich bedurfte es dieses Mutes nicht mehr: Die weitaus überwiegende Mehrheit aller Wiesbadener Juden wäre, dies darf man vermuten, angesichts des verstärkten Terrors ausgewandert, falls es die Aufnahmebereitschaft anderer Länder und der Krieg zugelassen hätten.

1939 lebten von den 2.713 Wiesbadener „Glaubensjuden" des Jahres 1933 noch 1.232 in der Kurstadt. Die Relation lag unterhalb des Reichsdurchschnitts (Januar 1933: 525.000, Kriegsausbruch 1939: 185.000), wobei diese Differenz nur zu einem geringeren Teil durch die in

Wiesbaden besonders ungünstige Proportion zwischen Geburts- und Sterbeziffern erklärbar sein dürfte. Zu vermuten ist, daß auch die relativ starke Tendenz zur Auswanderung hier eine Rolle spielte. Ein Faktor war sicher die Tatsache, daß Wiesbadener Juden – im Durchschnitt – relativ wohlhabend waren und auch nach beruflicher Entrechtung über nicht unbeträchtliche Geldmittel verfügten, ein anderer der relativ hohe Grad der durchschnittlich in geringerem Maße assimilierten Ostjuden an der jüdischen Gesamtbevölkerung Wiesbadens, schließlich der quantitativ nicht bezifferbare Anteil von Jugendlichen an der Auswanderungsbewegung nach Palästina (siehe S. 47f).

Jenen Juden, die Wiesbaden zunächst nicht verlassen wollten bzw. konnten, blieb nur die Möglichkeit, innerhalb der immer enger werdenden Grenzen Reste von – z.T. erst wiederentdeckter – jüdischer Identität zu wahren. Wir haben sie in unserer Darstellung beschrieben. Diese Form „geistiger Selbstbehauptung" hat sich bis kurz vor Beginn der Deportationen erhalten, wenngleich nur in sehr beschränktem Ausmaße. Die Weiterexistenz der jüdischen Schule bis zum 30.6.1942 ist hierfür ein konkreter Beleg.

8. Zum schulischen Gebrauchswert des Themas

Wenn L. Poliakovs provokativer Verdacht zutrifft, daß „die letzten Schriften oder Initiativen zugunsten der Juden ... letzten Endes zum gleichen Ergebnis führten wie jene Schriften, die dieselben angriffen", ja daß sie „zu Instrumenten in dem ungeheuren Konzert, das den Fortbestand des Antisemitismus gewährleistete" (Poliakov, Bd. III, 1979, S. X), wurden, dann stellt sich auch für den Unterricht die Frage, ob er nicht gegenaufklärerische Tendenzen auf Seiten jener fördert, die er aufklären will, und: Wäre nicht das Thema Judenverfolgung dann das denkbar ungünstigste, um das allseits akzeptierte Lernziel „Toleranz gegenüber Minderheiten" einzuüben?

M.W. gibt es keine empirische Studie zu den Einstellungen Jugendlicher zu den Judenverfolgungen während des Faschismus.[1] Ich beschränke mich daher auf die subjektive Interpretation von Erfahrungen, die ich selbst an einem hessischen Gymnasium gemacht habe. Meiner Ankündigung im Geschichtsunterricht der Klasse 13, daß demnächst das Thema „Judenverfolgung" behandelt werden sollte, begegneten die Schüler auf unterschiedliche Weise. Eine Minderheit von Schülern, keinesfalls Neonazis, reagierte mit offener Ablehnung; typische Antworten: „Schon wieder das Judenthema", oder: „Warum immer die Deutschen?". Die Mehrheit reagierte mit ritueller Zustimmung, d.h. sie äußerte sich überhaupt nicht. Eine – noch kleinere – Minderheit von (im Selbstverständnis) vorwiegend „kritischen" Schülerinnen und Schülern hingegen plädierte vehement für dieses Thema: „Daran läßt sich zeigen, wie unmenschlich dieses System war", und, in typischer Projektion auf die gegenwärtige Situation: „Damals haben sie die Juden verfolgt, heute geschieht dasselbe mit den Türken."
Empirisch läßt sich der Vorwurf, das Thema werde zuviel behandelt, nur bedingt belegen. In den hessischen Rahmenrichtlinien und Kursstrukturplänen taucht es in den folgenden Jahrgangsstufen und Fächern als Pflicht- oder Wahlprogramm auf:

Fach	*Jahrgangsstufen*	*Themenschwerpunkt*
Geschichte	10	Drittes Reich
	13/2	Drittes Reich
Sozialkunde	5/6	Gesellschaftliche Normen: „Antisemitismus"
Gemeinschaftskunde	11/2	Drittes Reich
Kath. Religion	9/10	Juden und Christen – eine leidvolle Geschichte
	9/10	Anpassung und Widerstand (Kirche im Dritten Reich)
Evang. Religion	5/6	Ein Volk erinnert sich (Jüdischer Alltag und jüdische Feste)
	9/10	Zu allem Ja und Amen sagen? (Kirche zwischen Anpassung und Widerstand. Der gelbe Stern im Dritten Reich)

1) Die bekannte SINUS-Studie thematisiert nicht spezifisch die Einstellungen zum NS-Juden-Komplex, aus ihren Ergebnissen lassen sich aber durchaus begründete Annahmen hinsichtlich des Einstellungspotentials Jugendlicher gegenüber dieser Frage ableiten (s. dazu Materialien zum Unterricht, Heft 54, (Hg.) Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung, Wiesbaden 1985, S. 7f).

In den Kursstrukturplänen der Fächer katholische bzw. evangelische Religion und Ethik ist das Thema nicht explizit aufgeführt, doch kann es auch hier im Rahmen bestimmter thematischer Komplexe (Beispiele: „Weltreligion", „Kirche", „Gewalt" usw.) wahlweise behandelt werden.

Auch in jedem in Hessen zugelassenen Geschichtslehrbuch ist das Thema präsent; allerdings variieren Stellenwert und Umfang in den einzelnen Lehrwerken.[1] Am stärksten hat sich die wissenschaftliche Forschung des Themas angenommen. Zu den übergreifenden Darstellungen des antisemitischen Rassismus im Dritten Reich hat sich mittlerweile eine Vielzahl lokaler und regionaler Spezialstudien gesellt. Die Ergebnisse solcher Bemühungen erreichen die Schüler in der Regel nur punktuell und als didaktisch aufbereitetes Filtrat. Stärker als alle schulische Präsentation dürfte das Wahrnehmungsbild von Schülern von der mitunter in Öffentlichkeit und Publizistik heftig ausgetragenen Diskussion um die „Vergangenheit" geprägt sein.
Es ist müßig, darüber zu diskutieren, ob dies „zuviel" ist: empirische Häufigkeiten besagen wenig über die Genese der oben skizzierten Einstellungen. Vielmehr ist anzunehmen, daß sich hinter diesen Wahrnehmungen – auch jenen der „Indifferenten", so diffus sie auch sein mögen – tiefsitzende Probleme und Krisen persönlicher und politischer Identität verbergen, d.h.: die emphatische Zustimmung der „kritischen" und die Abwehr der eher „angepaßten" Schülerinnen und Schüler bezeichnen mit Sicherheit auch die jeweilige (noch krisenhafte) Distanz oder Nähe zum Gesellschaftssystem der BRD, zu deren ideologischer Grund-„Programmierung" eben die eindeutige „Bewältigung" des Holocaust-Traumas pflichtschuldigst gehört. Daß dies nicht nur ein Identitätsproblem Jugendlicher ist, beweist das Elend der Diskussion um die „Historisierung" und die „Singularität" der Nazi-Greuel. Die Äußerungen illustrieren zugleich auch die Hilflosigkeit des per Erlaß und nachfolgender Vermittlung „verordneten Antifaschismus" in der Schule. Es liegt nahe, bei der Suche nach den Gründen auch nach Schwächen schulischer Vermittlungspraxis zu fragen.

1. Die Konzentration auf die „Haupt- und Staatsaktionen" in der Schule ist bereits häufig kritisiert worden. Sie ist besonders greifbar in den Schulbüchern, die beispielsweise zu den Nürnberger Gesetzen nur deren Inhalt verzeichnen (vgl. etwa Geschichtliche Weltkunde, Bd. 3, S. 111) – wie Juden und Nicht-Juden damit lebten, bleibt außerhalb dieser „institutionenkundlichen" Betrachtung, und es ist Lehrern und Schülern überlassen, diese Rekonstruktion in einem (schwierigen) Akt imaginativen Erschließens zu leisten.
2. Mir scheint, daß der NS-Rassismus in den Geschichtsbüchern (und, so darf wohl vermutet werden, auch im Unterricht) zu eindeutig auf eine klare Täter-Opfer-Konstellation reduziert ist. Diese Reduktion auf die Konfiguration „gutes" hilfloses Opfer und brutaler NS-Täter erschwert, so unfaßbar die Ungeheuerlichkeit des Geschehens ist, auf Dauer eine innere Anteilnahme und unterliegt, je häufiger sie wiederholt wird, dem psychologi-

---

1) *Folgende Lehrwerke wurden durchgesehen:*
   a) Geschichte für morgen, Bd. 4 (Hirschgraben), S. 70-75
   b) Erinnern und Urteilen, Bd. 4 (Klett), S. 83-86; 101-104
   c) Geschichtliche Weltkunde, Bd. 3 (Diesterweg), S. 109, 113f, 160-162
   d) Fragen an die Geschichte, Bd. 4 (Hirschgraben), S. 72-75
   e) Zeiten und Menschen, Neue Ausgabe B, (Schöningh/Schroedel), S. 94-97, 122-124
   f) Tempora, Grundriß der Geschichte, Bd. 2 (Klett), S. 285-287, 305-306
   g) Grundkurse Geschichte (Winklers), S. 294-297, 322-325, 327-330
   h) Zeiten und Menschen, G 2 neu (Schöningh, Hirschgraben), S. 132f, 142f, 154-158

   Den knappsten Raum nimmt das Thema in „Fragen an die Geschichte" ein – möglicherweise ein Resultat der Anlehnung dieses Werkes an die „linke" Faschismus-Forschung der 60er Jahre und deren etwas simplifizierende Kontinuitätsannahmen. Wissenschaftlich begründet und auch didaktisch sehr sinnvoll ist die historische Einleitung in das Antisemitismus-Problem (S. 74f) aber durchaus. Auf sehr knappem Raum wird das Thema auch in „Geschichtliche Weltkunde" behandelt. Bezeichnend ist hier, daß der Zweite Weltkrieg auf fast 20, der Holocaust auf 3 Seiten dargestellt wird.

schen Gesetz zunehmenden emotionalen Verschleißes. Sie versperrt den Blick auf die konkrete Vielgestaltigkeit und Polyvalenz jüdischen Lebens auch unter den Bedingungen schärfsten NS-Terrors; sie blockiert die Akzeptanz der Tatsache, daß Juden auch aktiv Handelnde waren, etwa: Widerstand leisteten (vor und nach 1933), auswanderten, sich zurückzogen in die Schutzbereiche von Familie und jüdischer Kultur, Begegnungen mit Nicht-Juden suchten, ja auch, wie wir an einer Stelle sahen, mit NS-Stellen zusammenarbeiten. Gerade die Tatsache, daß sich Menschen in einer allgemeinen Situation extremer sozialer und persönlicher Deklassierung noch (relativ natürlich!) autonom verhielten, wäre wichtig – gerade sie könnte für Schüler erfahrbar machen, daß sie nicht Objekte dominierender gesellschaftlicher Zwänge sind (sein müssen).

3. Die aus vielerlei Legitimationsbedürfnissen der Nachkriegszeit erklärbare Suche nach einer eindeutigen Opfer-Täter-Konstellation erklärt z.T. auch die bevorzugte Darstellung des „Holocaust" in westdeutschen Lehrbüchern. Im Vernichtungs-KZ war die Opfer-Täter-Konstellation ausfindig zu machen. Der alltägliche Antisemitismus der „vielen" zu Hause blieb weitgehend ausgesperrt. Dieser Gedanke ist auch der Grund für die Beschränkung auf den Handlungsort Wiesbaden. Die Hoffnung besteht, daß die Auseinandersetzung mit den Alltagsformen antisemitischen Verhaltens eher „Betroffenheit" („Wie hätte ich mich verhalten?") auslöst als die Schilderung des KZ-Schreckens, dessen Monstrosität dem Schüler die Chance zu einer persönlichen Beurteilung nimmt.

Es liegt nahe, nach diesen Überlegungen in der nun auch „wissenschaftlich" (fast) akzeptierten Alltagsgeschichte den Schlüssel zum Lernerfolg zu sehen. Dies entspräche auch ihrem eigenen Anspruch, denn sie war immer auch Geschichte in didaktischer Absicht.[1] Hierzu einige Anmerkungen.

Die „Faszination des Konkreten" (Niethammer) ist nicht ohne Tücken. „Auch hier gilt vorab, daß das Konkrete seinen exemplarischen Charakter, der ihm für einen oft wiederholten Alltag der Vielen erst seinen historischen Wert gibt, nicht aus sich selbst erweisen kann" (ebda). Es bedarf der strukturierenden Zusatzinformationen. Sie liegen vor in den Ergebnissen wissenschaftlicher und theoretischer Literatur zu den Themen Antisemitismus und Judentum. Hinsichtlich der Minderheiten- bzw. Antisemitismus-Forschung lassen sich, grob gesprochen, drei Richtungen unterscheiden: eine sieht in tiefenpsychologisch verankerten Projektionsprozessen („Sündenbock-Theorie") die auslösenden Faktoren[2], eine andere verweist stärker auf die historischen Produktionsverhältnisse[3], eine dritte hält die Entwicklungen kollektiver Bewußtseins- und Politikformen für die entscheidenden Triebfedern der Aggressionsneigungen von Mehrheiten gegen Minderheiten und speziell gegen Juden (s. vor allem die Studie von Poliakov 1988). Diese Studien liefern nicht „die Theorie" zu der Wiesbadener Fallkonkretion, auch nicht „die Lösung" zu deren Besonderheiten – wohl aber vermögen sie, die perspektivische Verengung auf den „Fall" aufzuheben und diesen zugleich schärfer zu konturieren.

In welcher Weise ließen sich die Texte und Dokumente zum Wiesbadener Fallbeispiel im Unterricht verwenden?

---

1) L. Niethammer, „Anmerkungen zur Alltagsgeschichte", Geschichtsdidaktik 1980, Nr. 3, S. 238ff.

2) Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang vor allem die Arbeiten aus der „Frankfurter Schule" wie Adorno 1969; ders. 1973; Mitscherlich 1967. Zur neueren Auseinandersetzung hiermit, aber auf ähnlicher methodischer Grundlage, s. Clausen 1987.

3) Zur Kritik an dem „psychologischen" Ansatz der „Frankfurter Schule" s. Horn, K.: „Gesellschaftliche Produktion von Gewalt. Vorschläge zu ihrer politisch-psychologischen Untersuchung", in: Gewaltverhältnisse und die Ohnmacht der Kritik. (Hg.) O. Ramstedt, Frankfurt 1974. Zu dieser Richtung würde ich aber auch Studien zählen, die in Krisenphasen kapitalistischer Entwicklung Ursachen des modernen Antisemitismus sehen. Ein Beispiel: R. Rürup, Emanzipation und Antisemitismus, Göttingen 1975.

Generell wäre daran zu denken, bestimmte Aspekte der allgemeinen Judenverfolgung im „Dritten Reich" anhand konkreter Materialien aus Wiesbaden im „normalen" Unterricht zu thematisieren. Sie enthalten wichtige Strukturelemente nationalsozialistischer Herrschaft und jüdischen Lebens in Deutschland. Die folgende Übersicht verdeutlicht Lernoptionen, die eine solche Verknüpfung zwischen Konkretem und Allgemeinem ermöglichen:

Struktur des Judentums vor und nach 1933	D 1 – 2, 4
Jüdische Jugendbewegung	D 4, 24 – 29
Das Schulleben jüdischer Kinder	D 32 – 33
Wirtschaftliche Diskriminierung	D 3, 7 – 8, 10 – 15, 19 – 22
Physischer Terror gegen Juden	D 5, 9, 34 – 36
Soziale Isolierung 1939 – 1942	D 39 – 42
Deportation	D 44 – 47

Der oben formulierte Anspruch, Juden auch als „handelnde Personen" darzustellen, ließe sich gleichfalls durch Rückgriff auf einige Materialteile einlösen. So wäre es beispielsweise überlegenswert, die am Anfang unseres Sachteils vorgestellten Lebensbilder jüdischer Menschen aus der Kurstadt an wichtigen Positionen in einem Unterrichtsgang – keineswegs nur als motivierende „Einstiege" – zu instrumentalisieren. Darüber hinaus könnten besonders diese Materialien auch den oben vorgetragenen Gedanken verstehbar machen, daß einzelne Juden in vergleichbaren gesellschaftichen Zusammenhängen ganz unterschiedliche Überlebensstrategien entwickelten. Zur didaktischen Umsetzung des Komplexes „Juden als handelnde Personen" scheinen uns noch folgende Materialteile besonders geeignet:

Fall Bayerthal	D 13, 17, S. 35
Ein Jude bewirbt sich als NS-Mitglied	D 6
Fall Norbert Schiffer	S. 29
Kampf gegen Antisemitismus vor 1933	S. 25
Fall Moerchen	S. 36
Jude als Gestapo-Spitzel	S. 71
Fälle Guthmann und Goldstein	S. 71
Zionistische Bestrebungen	S. 47ff; D 28
Selbstmorde	D 43, 47
Schule, Kultur, Jugendbewegung	S. 42ff; 54ff; 58ff

Die eigentliche didaktische Chance von Alltagsgeschichte liegt in der Subjektivität ihres Ansatzes begründet, in der Möglichkeit, daß Schüler selbst Teile ihrer eigenen Orts-, Stadtteil-, Stadtgeschichte „entdecken" und „erforschen" können. Ausgehend von einer Erkundung der Lage türkischer Jugendlicher in „unserer Stadt" oder von anderen „öffentlichen" Anlässen her könnte sich die Aufmerksamkeit einer Lerngruppe auf die alltäglichen Bedingungen jüdischen Lebens nach 1933 richten (lassen): „Gab es bei uns Juden? Wie lebten sie? Gibt es noch Spuren jüdischen Lebens bei uns – Synagogenreste, einen Friedhof, noch lebende Nachbarn, Bekannte von Juden, etwa jüdischen Schülern usw.?" Welche Erkenntnismöglichkeiten sich anhand solcher spontaner oder vom Lehrer angeregter Fragestellungen ergeben können, hat A. Rieber anhand des Fallbeispiels des jüdischen Friedhofs in Frankfurt in unserem Band dargestellt. Unstrittig ist, daß ein solches autonomes Projekt am ehesten die vielgewünschte „emotionale Betroffenheit" herzustellen vermag, zumal sich in seinem Zusammenhang auch Chancen unmittelbaren gesellschaftlichen Handelns – von Anregungen zu Straßenumbenen-

nungen bis hin zu Ausstellungen – mit potentiell beträchtlicher Publizität abzeichnen. Auch im Rahmen eines solchen Projektes könnten die Wiesbadener Materialien durchaus von Nutzen sein. Sie könnten (Teil)-Antworten z.B. auf Fragen geben wie: Wie erging es jüdischen Ärzten in einer Großstadt („im Vergleich zu unserer ländlichen Gegend, unserer Kleinstadt?")? Oder: „Warum verhielten sich die Juden in unserer Stadt nicht so wie Siegfried Hallgarten, der schon 1933 auswanderte?" Im Vergleich könnte, reflektierend, Spezifisches der eigenen Ortsgeschichte deutlicher werden. Ein solches Verfahren verlangt von Lehrern und Schülern, sich mindestens ein Stück weit auf die besondere politische Situation Wiesbadens einzulassen, die grundsätzlich nicht einfach ein Abbild einer allgemeineren „Gesamtwirklichkeit" ist.

Dokumentation

D 1a Religiöse und soziale Gegensätze in der jüdischen Gemeinde
D 1b Die besondere Situation ostjüdischer Jugendlicher
D 2 Paul Lazarus zur Struktur der jüdischen Gemeinde vor 1933
D 3 Eine jüdische Metzgerei als Thema der NS-Kampfpresse
D 4 Sally Grosshut. Die Idee des jüdischen Sports
D 5 Salomon Rosenstrauch: Ein NS-Opfer (1933)
D 6 Ein getaufter Jude bewirbt sich um Aufnahme in die NSDAP
D 7 Ein „deutsches Geschäft"
D 8 Parteigenossen kaufen bei Juden
D 9 Ein polizeiliches Versehen: SA-Sturmführer statt Juden verprügelt. Ein Bericht an die SA-Führung, 27. August 1935
D 10 „Leider gibt es noch immer Leute ..." Parteigenossen kaufen bei Juden
D 11 Ein Flugblatt: „Jüdische Metzgerei geschlossen" (1935)
D 12 Pressionen gegen die Dotzheimer Metzgerei Stein
D 13 Einschränkungen der freien Arztwahl
D 14 Ein jüdischer Arzt überweist einen Patienten an einen „arischen" Arzt
D 15 Private Fortbildung untersagt
D 16 „Jüdischen Verkehr pflegen" untersagt
D 17 Dr. Bayerthal: „Was hat das mit mir zu tun?"
D 18 „Rassenschande"
D 19 „Die Firma beschäftigt ausschließlich christliches Personal"
D 20 Ein NSBO-Mann gegen die Boykott-Maßnahmen
D 21 NS-Mittelständler gegen die „Warenhausplage"
D 22 „Arisierung" vertraglich geregelt
D 23 Die Auswanderung jüdischer steuerpflichtiger Einkommensbezieher aus Wiesbaden, 1933-1941
D 24 Jugendbewegt
D 25 Ein Elternabend der „Kameraden"
D 26 Schwarzes Fähnlein: „Wehrhaftigkeit"
D 27 Eine zionistische Arbeitsgemeinschaft
D 28 Leo Hofstedter (Habonim Noar Chaluz)
D 29 Auf Hachscharah
D 30 Nationalsozialistische Theaterkultur in Wiesbaden
D 31 Von der „Unmöglichkeit" gemeinsamer „deutscher" und „jüdischer" Erziehung
D 32 Ein Jahr jüdische Schule
D 33 Claus K.: als jüdischer Junge in einer „deutschen" Schule
D 34 28. Oktober 1938: Wiesbadener Juden nach Polen abgeschoben
D 35 Der Pogromtag in Biebrich
D 36 Ärztliches Gutachten eines schwedischen Krankenhauses betr. Sally Kahn
D 37 Jüdische Handwerksbetriebe
D 38 Jüdische Berufszählung (1. September 1938)
D 39 „Judenhäuser"
D 40 Hermann Mayer und Idel Rawinsky ziehen um
D 41 Einkaufsbeschränkungen
D 42 Den „Stern" tragen
D 43 Selbstmord: Der Fall des Apothekers Jo Mayer
D 44 Briefe vor der Deportation
D 45 „Zur Gemeinschaftsunterbringung bestimmt": Der amtliche Brief zur Deportation
D 46 Werbung für „Heimeinkaufsverträge"
D 47 Selbstmordfälle jüdischer Einwohner Wiesbadens im August 1942
D 48 Keine Wohnungen ehemaliger „Aktivisten" für jüdische KZ-Heimkehrer

D 1 a) Religiöse und soziale Gegensätze in der jüdischen Gemeinde

L.B.: Gesprächsauszug mit Oskar Sipper und Zwi Peres (ehem. Hermann Sipper).
In Wiesbaden gab es drei Gemeinden, die Reformgemeinde auf dem Michelsberg, die Austrittsgemeinde in der Friedrichstraße und die Gemeinde der Ostjuden, die zunächst in der Kleinen Schwalbacher Straße war und nachher in die Blücherstraße umsiedelte. Zwischen den Gemeinden selbst gab es Gegensätze. Bei der Austrittsgemeinde, die sehr fromm war, galten die Mitglieder der Gemeinde auf dem Michelsberg sozusagen als nicht gottesfürchtige und nicht gläubige Juden, da dort eine Orgel spielte, was der Tradition gemäß verboten war und da Männer und Frauen zusammen saßen, was ebenfalls nicht den Traditionen entsprach. Es gab sogar Juden, die mit dem Auto am Sabbat vorfuhren!
In der Friedrichstraße waren somit Leute, die sich als die Vertreter des wahren Judentums ansahen. Denn seit der Bewegung von Prof. Geiger in den 80er Jahren von Frankfurt aus anerkannten sie keinen anderen Zweig der jüdischen Religion als den der Austrittsgemeinde. Beide Gemeinden sahen etwas geringschätzig herab auf die Gemeinde der Ostjuden, die eben nur eine Schule hatten, kein selbständiges Gebäude, sondern einen gemieteten Raum, der ohne jeden Schmuck und ohne jeden Prunk hergestellt wurde, der eben nur dazu diente, morgens, am späten Nachmittag oder abends die Gebete zu verrichten und während des Tages der Jugend Religionsunterricht angedeihen zu lassen. Das hatte natürlich auch soziale und wirtschaftliche Gründe, denn die Juden aus dem Osten waren wirtschaftlich noch nicht so fundiert wie andere, die große Geschäfte hatten, wie Bormass und Blumenthal, die Kaufhäuser oder die Akkermanns mit ihrer großen Metallwarenhandlung oder Akademiker, die in freien Berufen tätig waren.
Oskar: Auf der anderen Seite waren die Ostjuden mehr mit Handel beschäftigt, zum großen Teil durch Hausieren. Sie waren deshalb nicht verpönt.
L.B.: Gab es auch Musiker in der ostjüdischen Gemeinde, um eine besondere Fähigkeit der Ostjuden zu nennen?
Zwi: Das musikalische Gefühl drückte sich schon im Vorbeten aus, d.h. in der Kantorei. Sie waren besonders gute Sänger, es gab Leute, die besonders gut die Tora vorlesen konnten, denn sie wird ja nicht nur vorgelesen, sondern intoniert nach gewissen Musikzeichen. Es drückte sich aber auch aus in den Gesängen während der Gebete. Man nannte das Nigunim, das waren alte Chassidische Melodien, die sogar uns Kindern besonders gefielen. Es war dieshalb immer eine Freude, z.B. am Freitag nachmittag und an allen Feiertagen, mitzusingen. Es wurde sehr, sehr viel gesungen. Das gab dem Gebet eine leichtere Stimmung, während auf dem Michelsberg in dem Ganzen mehr eine kirchliche Weihe herrschte, da ja eine Orgel spielte und ein Chor da war, der Tage und Wochen vorher die Gesänge einstudierte. Bei uns war alles spontaner, weniger akademisch, volkstümlicher und wärmer.

b) Die besondere Situation ostjüdischer Jugendlicher

Zwi Peres (ehemals Hermann Sipper) berichtet:
Unsere Gemeinde war ziemlich separiert von der anderen. Wir als Jugendliche bildeten eine Ausnahme. Da wir ins Reform-Realgymnasium in die Schule gingen, bekamen wir Religionsunterricht von Lehrern, die Mitglieder der Reformgemeinde waren. Da unsere Eltern fromm und gottesfürchtig waren, hatten wir außerdem Unterricht in der Austrittsgemeinde. Ich erinnere mich besonders an die Privatstunden, die ich bei dem Rabbiner Dr. Leo Kahn hatte, der damals schon pensioniert war und wohl weit über 80 Jahre war. Aber während der Ferien bekam ich jeden Morgen Unterricht und während der Schulzeit an den Tagen, wo ich Zeit hatte. Außerdem bekamen wir in der Friedrichstraße im Seitengebäude, in dem ein Saal war für Gemeindeveranstaltungen, Unterricht bei dem jeweiligen Kantor. In der Kleinen Schwalbacher Straße gab es etwas, was vergleichbar war mit dem Cheder in Polen, wo wir während der Ferien jeden Tag hingingen und dort Religionsunterricht in jiddischer Sprache bekamen, wo wir Tora sowohl als auch Talmud lernten. Ich selbst erinnere mich, daß ich noch nicht sechs Jahre als war und schon Unterricht in der Friedrichstraße von dem damaligen Kantor bekam. Ich lernte damals Lesen und Schreiben.

(Interview L.B. mit Zwi Peres und Oskar Sipper, Ramat Gan/Israel, 12.4.1981)

D 2 Paul Lazarus zur Struktur der jüdischen Gemeinde vor 1933

Für den verarmten Rentnerstand und Mittelstand mußte sie Sorge tragen, aus eigenen Mitteln wurde die „Mittelstandsküche" (1922) geschaffen, der später die Errichtung eines Altersheimes (1924) folgte. Mühsam kämpfte die Gemeinde in den schweren Inflationsjahren um ihren Bestand. Steuern konnten nicht erhoben werden, freiwillige Beiträge einiger weniger traten an ihre Stelle und ermöglichten so ein Weiterbestehen der Gemeinde und ihrer religiös-kulturellen Institutionen. Trotz aller Schwierigkeiten erlahmte sie nicht in der Verfolgung ihrer sozialen Aufgaben. Wie sie an der öffentlichen Wohlfahrtspflege der Stadt durch finanzielle Hilfe und persönliche Arbeit mit aller Kraft teilnahm, so erfüllte sie auch die Pflichten, die ihr innerhalb des Kreises der Glaubensgenossen zufielen, obwohl die Wirtschaftslage der Gemeinde nicht als günstig bezeichnet werden konnte. Eine ganze Reihe von Vereinen wetteiferten, um die Not zu steuern: die „Nassau-Loge" (1890 gegr.), die alle Bestrebungen unterstützt, die auf die sittliche und geistige Hebung der jüdischen Gemeindschaft hinzielen, und anregend wirkt auf allen Gebieten der Wohlfahrt, der „Israelitische Unterstützungsverein" (1831 gegr., neu erstanden 1871 bzw. 1892), der für verarmte Juden sorgen hilft,

auch für unbemittelte Kranke, die sich zur Kur hier aufhalten, die „Vereinigung jüdischer Frauen" (1971 gegr.), in der sich sämtliche jüdische Frauen zusammengeschlossen haben, um sich gegenseitig in sozialer und geistiger Hinsicht zu fördern. Der Fürsorge für die Jugend dienen der „Verein für jüdische Ferienkolonien", der unbemittelten Kindern einen Erholungsaufenthalt auf dem Lande ermöglicht, und der „Israelitische Waisenverein" (1885 gegr.), der armen jüdischen Waisenkindern die elterliche Fürsorge durch unentgeltliche Gewährung der Lebensbedürfnisse, Erziehungsbeihilfen usw. möglichst ersetzen will. Hinsichtlich der schulentwachsenen Jugend herrscht großes Interesse an ihrer Heranziehung zum Handwerk und zur Landwirtschaft; ein besonderer „Verein zur Förderung der Erlernung des Handwerks unter den Juden" (1899 gegr.), sowie der „Verein selbständiger jüd. Handwerker und Gewerbetreibender" suchen diesen Zielen gerecht zu werden. Die Jugend selber schloß sich zu ihrer Fortbildung auf allen Gebieten, besonders auch zur besseren Kenntnis des Judentums, seiner Geschichte und Literatur, seiner inneren und äußeren Entwicklung, in einem Verein zusammen, in dem auf neutraler Grundlage stehenden „Jüdischen Jugendverein", der eine emsige Tätigkeit durch Vorträge, Kurse, Geselligkeit zu entfalten versucht und als Sammelpunkt der schulentwachsenen Jugend beiderlei Geschlechts, besonders der alleinstehenden jungen Menschen, die hier in Geschäften tätig sind, dient. Außer ihm arbeitet noch am Geiste der Jugendbewegung der „Bund der Kommenden". Für die körperliche Ertüchtigung der Jugend sorgt der Turn- und Sportverein „Hakoah", der in der kurzen Zeit seines Bestehens (1926 gegr.) schon von ausgezeichneten Leistungen berichten kann. Für Kranke und Gebrechliche besteht das „Israelitische Schwesternheim", dessen Schwestern sich unermüdlich der Krankenpflege – ohne Unterschied der Konfession – widmen. Die „Chewrah", fromme Brüderschaft (1923 gegr.), hat es sich zur Aufgabe gemacht, Sterbenden in den letzten Stunden beizustehen, Tote zu bekleiden und zu beerdigen. Eine wesentliche Förderung hat die jüdische Wohlfahrtspflege dadurch erfahren, daß die jüdischen Vereine und Anstalten sich nach dem Vorbild der „Inneren Mission" und der „Karitas" zu einer „Jüdischen Wohlfahrtszentrale" zusammenschlossen (1917), die einem besonderen Sozialbeamten untersteht. Die soziale Arbeit stand im Laufe der letzten Jahre naturgemäß im Mittelpunkt des Aufgabenkreises der Gemeinde, die aber darüber nicht die religiös-kulturellen Bedürfnisse vernachlässigte. Im Zentrum des jüdisch-geistigen Lebens steht ein „Lehrhaus", das die Aufgabe hat, das Wissen von Judentum, seiner Geschichte und Leben auch über den Kreis der Gemeindemitglieder hinaus zu verbreiten. Eine reichhaltige Gemeindebibliothek mit Lesezimmer unterstützt diese geistige Arbeit: – Außer dem Synagogen-Gesangverein (1836 entstanden, 1863 neu gegründet), der sich um die musikalische Ausgestaltung in der Hauptsynagoge große Verdienste erwarb, bestehen noch Vereinigungen, die mehr auf das innerpolitische Leben Einfluß zu gewinnen suchen. Je nach persönlicher Einstellung schließen sich die Glaubensgenossen einem der Vereine an: die Ortsgruppe des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der – auf dem Boden der deutschen Nationalität stehend – die Wahrung von Recht und Ehre des deutschen Judentums auf seine Fahnen geschrieben hat; die zionistische Ortsgruppe, die im Rahmen der „Zionistischen Weltorganisation" „die Schaffung einer öffentlich rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk erringen will"; der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten", der – auf neutraler Grundlage stehend – den Sammelpunkt aller jüdischen Frontkämpfer darstellt. Der Vertiefung des religiösen Gedankens dient die „Vereinigung für das liberale Judentum", die vor allem den Entwicklungsgedanken der jüdischen Religion zur Geltung bringen will, während die Ortsgruppe der „Agudas Iisroel" streng gesetzestreuen Zielen gewidmet ist. Die ostjüdischen Glaubensgenossen, von denen ein Teil schon seit einigen Jahrzehnten hier in Wiesbaden ansässig ist, andere in den Jahren vor dem Weltkrieg eingewandert sind, und die größtenteils in bescheidenen, wenn nicht in dürftigen Verhältnissen leben, sind in einer besonderen Vereinigung zusammengeschlossen, die sich insbesondere die Pflege der religiösen Güter und des Gemeinschaftsgefühls durch Errichtung eines besonderen Gottesdienstes zur Aufgabe gemacht hat: „Talmud-Thora" bzw. „Ostjüdische Vereinigung".

(Lazarus 1949, S. 75)

Eine jüdische Metzgerei als Thema der NS-Kampfpresse **D 3**

Nassauer Beobachter, 3.11.1927

Von einem früheren Bewohner des Hauses Schwalbacherstraße 61 wird uns mitgeteilt, daß die Großmetzgerei Hirsch als passende Behausung für ihre beiden Hunde – einer von der angenehmen Größe eines mittleren Kalbes, der andere ein Rattenpinscher – seit Jahr und Tag die Wurstküche benutzt. Dem letzten Vierbeiner fällt die ehrenvolle Aufgabe zu, den Vernichtungskrieg gegen die rudelweise auftretenden Ratten zu führen. Was er sonst noch in der Wurstküche macht, kann am besten der feststellen, der diese morgens als erstes betritt. Wir geben diese uns gemachte Mitteilung mit allem Vorbehalt wieder, hoffen aber, daß die Polizei sich auch einmal nach dem Wohlbefinden der beiden Hunde erkundigt. Wohnhaft: Wurstküche der Großmetzgerei Hirsch Schwalbacherstraße 61.

NB, Dezember 1927, Nr. 17

Großmetzgerei Hirsch Schwalbacherstraße ist – als Metzgereibetrieb – ungefähr das, was das Warenhaus auf dem Gebiet des Kleinhandels ist. Devise: Bilig ! Billig ! Billig ! – und Qualität – na, wir verstehen uns wohl!
Auf unserer Redaktion erscheint der Landwirt X. aus K., weist sich durch Jagdschein und Paß aus und berichtet unter voller eigener Verantwortung: Mein Nachbar Y. hat eine Sau geschlachtet. Der Tierarzt stellte Rotlauf fest, der Kopf wurde als verseucht total verworfen und auch die übrigen Teile wurden, als ich sie für mich kaufen wollte, nicht freige-

geben.
Am Tag darauf kaufte die Metzgerei Hirsch die Sau für 25,-- (Fünfundzwanzig) Mark. Punkt.
Das Weitere ist Sache derer, die es angeht.

Anm. Im Januar 1928 (Nr. 2) ist der NB gezwungen, eine Richtigstellung der Metzgerei Hirsch abzudrucken.

NB, Februar 1928, Nr. 6

Wir möchten gerne wissen:
Ist das wahr, daß das „Evangelische" Vereinshaus in der Platterstraße seinen gesamten Bedarf an Fleischwaren bei der jüdischen Großmetzgerei Hirsch deckt?
Hirsch bleibt Hirsch!

... Am Freitag, den 10. ds. Mts., inserierte sie wieder: Billiges Schweinefleisch per Pfund 86 Pfg. Dieser Preis stellt normal ungefähr den Einkaufspreis für Schweinefleisch per Pfund Schlachtgewicht dar. Also hat Hirsch aus reiner Nächstenliebe sein Schweinefleisch diesmal ohne Reibach dem notleidenden Proletariat überlassen? Vielleicht! Wir wissen das nicht!

Wir wissen nur das: Am Montag, den 6. ds. Mts. (3 Tage vorher) erschien auf dem städtischen Schlachthof in Begleitung seines Besitzers ein Eber von 3 1/2 Zentner Gewicht. ... Diese Art Viecher haben bei allen sonstigen sehr schätzenswerten Eigenschaften eine sehr unangenehme: Wenn sie nämlich im geschlachteten Zustand mit heißem Wasser in Verbindung gebracht werden, d.h. also wenn man das Fleisch kocht, dann entwickeln sie einen ... sehr unangenehmen Geruch, der fraglos appetitfördernd wirkt. Aus diesem Grunde wird ein solches sonst sehr achtbares Vieh gewöhnlich sofort zur Freibank abgeschoben. Wir haben – neugierig wie wir nun mal sind – mit Hilfe eines Fachmannes einen kleinen Überschlag gemacht und haben dabei festgestellt: An diesem Vieh verdient man rund und nett seine 100 Prozent, wenn man es nur als Fleisch verkauft, und bei Verarbeitung zu Wurst entsprechend mehr.
Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!

D 4 Sally Grosshut. Die Idee des jüdischen Sports

In dreierlei kommt die Idee des jüdischen Sports zum Ausdruck, zeigt sie Wege und Ziele der jüdischen Jugend.
Im Einstehen*sollen* liegt der Ausgangspunkt. Dies kraft der Idee des Judentums. Einer für alle, alle für einen. Das „ascher bochar bonu" im Sinne gesteigerten Pflichtbewußtseins. Jude sein verpflichtet.
Jude sein verpflichtet alle Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft, ist kategorischer Imperativ. Sei deines jüdischen Bruders dir bewußt, empfinde für ihn die gleiche Verantwortung wie für dich selbst. Dann darf es aber einen Gegensatz zwischen Ost und West nicht geben, dann darf man einen Innenantisemitismus nicht künstlich züchten. Wer das tut, begeht Verrat an der jüdischen Sache, handelt schlimmer als der schlimmste Antisemit. Er wendet eine spezifische antijüdische Methode an und arbeitet mit der Logik ex diabolo. Hier setzt der jüdische Sportverein ein. Er darf sich auch nicht einseitig-jüdisch-politisch festlegen, will er nicht Leistungsfähigkeit und Dasein, Zweck und Ziel von vornherein allzuenge Grenzen setzen, nicht einer Verwischung und Verflüchtigung der Idee oder unerträglichen Gewissenszwang. Nicht jüdisch-indifferent, im Gegenteil jüdisch-allseitig. Der wahre Sinn des jüdischen Sportvereins liegt in der Sammlung aller verfügbaren jüdischen Kräfte. Er will die Plattform bilden, auf der sich alle jüdischen Jungens und Mädels zur Mitarbeit, zur Erziehung, zum Aufbau einer positiv-jüdisch eingestellten Organisation treffen sollen und können. Das Sammelbecken aller jüdischen Gruppen und Verbände, Stände und Schichten, in der man die oft bemerkbare Intoleranz gewisser jüdischer Jugendgruppen gegeneinander auf friedliche Weise beseitigen kann, in der man hinarbeitet auf eine einheitliche, nicht einseitige Heranbildung jüdischer Führer. Wie in der Demokratie, so auch im jüdischen Jugendverein: „... nicht öde Gleichmacherei, sondern Führerauslese." (Radbruch.) Aber möglichst vieler Führer.

Dazu kommt heute das Einstehen*müssen*. Whoser soton milfonenu! In einer Zeit k'scheomad alehen ein zweiter Homon horoscho, bedürfte dies eigentlich keines Beweises. Hier geht es nicht Ost oder West, hier geht es gegen den Juden! Dies verlangt gebieterisch nach Zusammenschluß aller Juden in starken, leistungsfähigen Organisationen, duldet keine Zersplitterung, mahnt zur Ökonomie der Kräfte. Nicht Splitter, sondern Keil in einer Zeit, in der vitale Interessen des Judentums auf dem Spiele stehen. Hier müssen alle jüdischen Sonderinteressen zurücktreten, alle innerjüdischen Zwistigkeiten und aller Hader ruhen. Hier geht es um Bestand und Glauben. Das Heil, das auf dem Land ihr suchet, nie werdet ihr es finden. Sabuni gam s'wowuni, b'schem adonoj ki amilami. Hier wird der jüdische Sport zum besten, eindrucksvollsten Mittel. Hier verlangt die gute jüdische Sportleistung auf dem Felde: wie ihr eine schlechte Handlung eines der unseren zu verallgemeinern sucht, so tut es mit der guten! Hier wirkt die gute jüdische Sportleistung kraft ihrer Suggestion und Unmittelbarkeit. Hier wirkt die jüdische Leistung auf dem Sportplatz auf die Massen nachhaltiger, als es hundert Reden und Aufklärungsvorträge tun könnten. So bin ich, so sind wir, so wie ich, so sind wir, sind auch die anderen. Ritterlichkeit und ehrliches Kämpfertum, Fairness und Energie strahlen als jüdische Leistung konzentriert unschätzbare Kräfte aus. Hier zeigt der jüdische Sportler: Das Judentum lebt, es läßt sich nicht unterkriegen, es ist stärker als je. Der müde nach Erlösung sich sehnende Ahasver ist ein Märchen. Wohl ewiger Jude,

aber kraft des ethischen Wertgehaltes der diesseits bejahenden jüdischen Religion. Hier kann auch die durch äußere Umstände schlechte Leistung dem Gegner Achtung und Respekt abnötigen, sofern ein jüdischer Sportverein Tradition hat und man seine früheren Leistungen kennt. Ein guter jüdischer Sportverein nur ein Schatten von einst? Dann werden wir im Schatten kämpfen! Die jüdische Leistung imponiert. Sie gibt dem jüdischen Betrachter den Glauben an eine kämpferische jüdische Jugend wieder, die sich bei wichtigen Aufgaben nicht beiseite drängen lassen wird. Hier zeigt die jüdische Jugend durch die Selbstverständlichkeit ihres Auftretens die oft bei manchen Glaubensgenossen schmerzlichst vermißte natürliche Würde. (Den Gegnern mit der Logik ex diabolo gestehen sie damit nur dergleichen Recht zur gleichen Selbstkritik und Selbstzucht zu.) Hier zeigt die Sportleistung jüdisches Leistenwollen und Leistenkönnen. Hier zeigt die jüdische Jugend dem nichtjüdischen Publikum eindeutig: Es gibt nichts Mystisch-Geheimnisvolles, womit ihr unsere Absonderung begründet. Wir kämpfen um die Anerkennung als jüdische Gemeinschaft kraft des sittlichen Wertgehaltes des Judentums, jüdische Tradition und Geschichte. Wir erfüllen staatsbürgerliche Pflichten wie ihr auch. Uns geht es um den jüdischen *Menschen* und den *jüdischen* Menschen. Dazu gehört allerdings Bekennermut. Jeden Sonntag unter gesteigerter Verantwortung stehen, wo jeder Schritt, jede Bewegung, jede Geste beobachtet und verallgemeinert wird, das verträgt nicht jeder.

(JWZ, 6.2.1931, Nr. 6)

Salomon Rosenstrauch: ein NS-Opfer (1933)

D 5

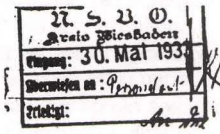
Am 27. März 1933 rief mich eine der Angestellten meines Ehemannes an, teilte mir mit, daß eine Anzahl von SA-Leuten, und zwar 8 Leute, in das Geschäftslokal meines Ehemannes gekommen seien und meinen Ehemann mißhandelt haben. Unter anderem habe einer der Angreifer mit dem Stiefelabsatz so gegen eine Gesichtshälfte getreten, daß man das Stiefeleisen als Abdruck auf dem Gesicht sähe.

Sie bat mich, in das Geschäft sofort zu kommen. Der Name dieser Angestellten ist mir nicht mehr erinnerlich; ich weiß nur noch den Vornamen: Else. Ich kam der Aufforderung, ins Geschäft zu kommen, sofort nach und fand dort meinen Mann am Boden liegend. Das Geschäft war demoliert. Mein Mann konnte sich überhaupt nicht bewegen: Ich versuchte, ärztliche Hilfe zu erlangen. Alle Ärzte, die ich anrief, lehnten es ab zu kommen, ganz offenbar aus Angst. Ich nahm daher meinen Ehemann mit einem Mietkraftwagen ins Krankenhaus, und zwar in das Städtische Krankenhaus. Ich mußte natürlich schildern, was geschehen war. Eine Niederschrift wurde aber darüber meiner Erinnerung nach nicht gemacht. Im Krankenhaus wurde mein Mann verbunden. Dann nahm ich ihn nach Hause. Dort pflegte ich ihn gesund. (Mein Hausarzt Dr. Walter Lomnitz ließ sich bewegen, täglich zu kommen und nach meinem Mann zu sehen.) Nach etwa 2 Wochen ging er wieder ins Geschäft, aber natürlich mit erheblicher Angst.

Diese Angst veranlaßte mich, beim Englischen Konsulat in Frankfurt ein Visum für meinen Mann und meinen Sohn zu beantragen. Ich erhielt diese Visen und kaufte auch zwei Schiffskarten. Mein Mann fuhr aber nicht. Er wollte nicht ohne mich abreisen. Am 22. April, nachmittags gegen 5 Uhr etwa, kam eine Dame, die ich kannte, und die nicht der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte, zu mir in die Wohnung und sagte mir, sie habe gehört, daß gegen meinen Mann wieder etwas unternommen werden sollte. Sie sei deshalb sofort gekommen, damit mein Mann sofort abreisen solle. Mein Mann war dabei und erwiderte, wenn es sein muß, fahre ich eben am Montag. Das war an einem Sonnabend. Kurze Zeite danach, nämlich gegen 9 Uhr, ging ich mit meinem Sohne und seiner Freundin, die zu Besuch gekommen war, aus. Mein Mann blieb zu Hause. Unser Hausmädchen Maria bereitete das Bad, wurde aber von zwei jungen Männern gestört, die Einlaß begehrten. Ich folge dabei nunmehr der mir gegebenen Darstellung dieses Hausmädchens. Ich traf das Hausmädchen gegen 11 Uhr nachts vor unserem Hause. Zum Hause hatte mich vom Kino einer der jungen Leute begleitet, die meinen Sohn am Kino erwartet hatten, offenbar schon wußten, was sich ereignet hat und von denen daher einige meinen Sohn mitnahmen, um ihn zu verstecken. Der Herr, der mich nach Hause begleitete, hieß Isi Saal und lebt jetzt in Kalifornien. Das Hausmädchen stand weinend vor dem Hause. Ich ging mit ihr zur Polizei in der Friedrichstraße, wo ich ihren Bericht mit anhörte. Dieser ging dahin, daß zwei junge Leute Einlaß begehrten. Das Hausmädchen, das sie zunächst für Freunde meines Sohnes hielt, sagte, mein Sohn sei nicht da. Sie begehrten trotzdem Einlaß. Dann kam mein Ehemann dazu. Er erkannte die beiden Leute offenbar, denn er sagte: „Was wollt Ihr denn schon wieder von mir?" Er hatte die Leute also offenbar wiedererkannt. Da waren die Leute aber schon im Zimmer. Einer hielt einen Revolver in der Hand. Mein Mann rannte rasch in ein anderes Zimmer. Die Leute traten die Tür ein. Dann wurde es ganz still, ganz still. Kurz danach kamen mehrere junge Männer in SA-Uniform mit einem Arzt. Die brachten meinen toten Mann ins Krankenhaus, damals mit der Behauptung, daß er noch lebe. ...

(Bericht der Witwe Rosenstrauch, ca. 1958, Slg. Bembenek)

D 6a **Ein getaufter Jude bewirbt sich um Aufnahme in die NSBO**



Wiesbaden, d. 27. Mai 1933.

N. S. B. O.

Wiesbaden.

Endesunterzeichneter erlaubt sich folgende Tatsachen unterbreiten zu dürfen.

War früher Jude und wurde im Jahre 1924 durch Herrn Pfarrer Beuchert in Forst bei Bruchsal getauft. Diese Taufe erfolgte aus tiefer innerer Überzeugung, und nicht aus Gründen der N. S. B. O. anzugehören, den zur Zeit meiner Taufe hatte die N. S. d. A. P. unter Marxistischer Herrschaft zu leiden. Schon seid bestehen der Partei hatte ich immer Interesse für dieselbe. In denen Zeiten wo die Nationalsozialisten am stärksten bekämpft wurden genirte ich mich nicht mich als Nationalsozialist zu bekennen und auch das Nassauer Volksblatt auf den Polizeirevieren zu verteilen. Außerdem habe ich mich nie durch Handeln oder Wuchern ernährt sondern durch Hände Arbeit. Ich bin Deutscher und mein Vater hat 2 Jahre an der Westfront gekämpft und nicht in der Etappe gelegen, und 1917 habe ich auf der Schneidemaschinen-fabrik von Graf & Stein in Witten a. d. Ruhr Granaten gedreht. Daß die Religion meiner Eltern Israelitisch ist, dafür kann ich nichts.

Am 10.5.33 Bescheid
bekommen Jo.
4/6.33.

Hochachtungsvoll
Julius Rosengarten.

Bitte aus oben genannten Gründen, mir die Zugehörigkeit zur N. S. B. O. zu gewähren.

D 6b (HHStAW 483 – 3177a)

Heil
Jo.

10. Mai 1933

J./Sohr.

Herrn

Julius Rosengarten

Wiesbaden

Hellmundstr. 54

In Erwiderung Ihres Schreibens an den Herrn Reichsminister Göring teilen wir Ihnen mit, dass die Mitgliedschaft in der N.S.B.O. für Sie nicht in Frage kommt. Wie Sie wissen sollten, dürfen wir Fremdstämmige (Juden getauft und nicht getauft) nicht aufnehmen.

Heil Hitler !

Jo.

~~Ey~~. Kreis-Betriebszellen-Abt.-Leiter

80

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau Hessen-Nassau

Gaugeschäftsstelle:
Frankfurt a. M., Adolf Hitler-Haus
Briefanschrift: Frankfurt a. M., Adolf Hitler-Haus
Telefon-Nummer 303 81
Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 53003

Kampfzeitung des Gaues: „Nassauer Volksblatt“
Geschäftsstelle der Zeitung: Wiesbaden, Wilhelmstr. 17
Telefon-Nummer 235 82/87
Schriftleitung: Frankfurt a. M., Neue Mainzerstraße 8
Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 86686

N. S.-Hago
W/Bl. Kreisamtsleitung Wiesbaden

997/35.

Wiesbaden, den 22. Juli 1935.
Bahnhofstraße 7
Fernsprecher 266 85

Abteilung: Organisation!
B. B. Nr. -.-
Betr.: Blumenhaus "Ebensen".

Kreis Wiesbaden
23. JULI 1935
CL 1709/35.

An die
Kreisleitung der NSDAP
Wiesbaden.

Das Blumenhaus "Ebensen", Wiesbaden Ecke Herderstrasse/Luxemburgplatz hat aus reiner Opposition das s.Zt. im Fenster angebrachte Schild "Deutsches Geschäft" kurz nach dem Anbringen wieder entfernt.
Wir überreichen Ihnen anruhend im Original den Bericht des Blockwartes Gustav Ludwig zur Kenntnisnahme.
Wir melden den Fall um deswillen der Kreisleitung, weil der Vg. Ebensen nach wie vor von Gliederungen der Partei durch Kauf von Blumen und Kränzen unterstützt wird. Sehr oft sieht man in dem Schaufenster von Ebensen Schleifen mit dem Hakenkreuz und trotzdem weigert sich der Mann energisch das Schild anzubringen.
Wir bitten das Erforderliche zu veranlassen.

Heil Hitler!
Der Kreisamtsleiter:

Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei N. S. HAGO Gau Hessen-Nassau Kreis Wiesbaden

(HHStAW 483 – 10247)

D 8 Parteigenossen kaufen bei Juden

Deutsche Arbeitsfront
Ortsverwalter Nord

Wiesbaden, den 10. April 1935
Taunusstraße 38

An die Kreisverwaltung der DAF
Pg. Münch,
Wiesbaden
Rheinstraße 74

Folgende Parteigenossen bzw. deren Angehörige sowie Mitglieder der SA kaufen bei Juden:

1. SA Rottenführer Winkel, Stand. 117/R 80, Adlerstr. 65. Derselbe ist außerdem Beamter im Landeshaus. (W. kauft bei Blumenthal.)
2. SA Mann Jakob Dickscheid, Gaulsheim. Derselbe kam am Samstag, den 23. März in voller Uniform aus dem Judenladen Ehape heraus.
3. Die Ehefrau des Pg. Hild, Taunusstraße 41, erhielt das Ehestandsdarlehen vom Reich und kauft ihre Erstlingsausstattung beim Juden Wolf.
4. Die Ehefrau des Pg. Amtsgerichtsrat Fried, Taunusstraße 41, kauft bei Tiez in Mainz.

Da das Kaufen bei Juden in letzter Zeit bedenkliche Formen annimmt, müßte hier unbedingt schärfer vorgegangen werden, zumal wenn es sich um Pg. und Mitglieder von Parteigliederungen handelt. Nachträglich wird noch gemeldet, daß Familienmitglieder des Oberwachtmeisters Nettelmann, hier, Gustav-Adolfstr. 7, beim Metzger Baum, Michelsberg ihre Einkäufe tätigen, obgleich die Söhne desselben bei der H.J. sind.

HEIL HITLER!
gez. Seibel
Ortsverwalter der DAF.

(HHStAW 483 – 10247)

D 9 Ein polizeiliches Versehen: SA-Sturmführer statt Juden verprügelt.
Ein Bericht an die SA-Führer, 27.8.35

Am Montag, den 26.8.1935 gegen 19 Uhr ging ich ... mit Sch ... durch die Schwalbacher Straße nach dem Faulbrunnenplatz. Ecke Faulbrunnen- und Schwalbacher Straße und in der Faulbrunnenstraße war eine größere Menschenansammlung, die sich aber vollkommen ruhig verhielt.
Der Friseur Wilhelm K, Büdingenstraße 4/II, stand vor seinem Laden in der Faulbrunnenstraße; ich ging zu ihm und fragte ihn, was hier vorginge. K. sagte mir, daß sich die Ansammlung gegen den Juden Paul Orzesch, Faulbrunnenstraße 13, richtete. Sch. und ich waren beide in Zivil und kamen ungefähr 18.45 Uhr in die Faulbrunnenstraße. 3 Minuten später bog das Überfallkommando der Schutzpolizei von der Kirchgasse kommend in die Faulbrunnenstraße ein. Die Beamten sprangen ab und säuberten unter dem Rufe „Straße frei, weitergehen" die Straße. Der Führer des Kommandos war derartig nervös und schrie so laut, daß sich seine Stimme überschlug. Der Friseur K., mit dem ich mich unterhielt, wurde von dem Oberwachtmeister K. angeschrien, er solle von seiner Ladentreppe verschwinden und die Ladentüre schließen. Ich wurde aufgefordert weiterzugehen und ging darauf in Richtung Kirchgasse. Plötzlich erhielt ich von dem Oberwachtmeister K. einen Stoß in den Rücken, so daß ich taumelte. Im Umdrehen verbat ich mir diese Behandlung und sagte zu K.: „ ... nicht anpacken". Daraufhin packte er mich im Genick und an der Brust und riß mir das goldene Parteiabzeichen ab. Ich wehrte mich gegen diese Mißhandlungen und sagte, daß ich SA-Sturmführer sei. Einige Beamten sprangen K. zu Hilfe, und es regnete Schläge und Püffe auf mich.
Vorbeikommende Kameraden befreiten mich aus den Händen der Polizei. Ich versuchte, die Personalien des K. festzustellen, der mir bis dahin dem Namen nach unbekannt war, ging zu ihm hin und bat ihn darum.
Er wollte zuerst meinen und den Namen meines Kameraden Sch. (welche ihm auch anstandslos gegeben wurden. Jetzt weigerte sich K., mir seine Personalien anzugeben mit dem Bemerken, diese könnte ich auf dem Revier erhalten. Erst als ich ihm Vorhaltungen machte, fand er sich dazu bereit).
Nach meiner Auffassung hatte die Polizei vollkommen den Kopf verloren und wußte nicht, wie sie sich verhalten sollte und um was es sich eigentlich handelte. Z.B. wurde ein Passant von einem Beamten gefragt, was überhaupt hier los sei. Wer das Kommando angerufen hat, ist mir unbekannt, ich vermute aber, daß dies von dem Juden Orzesch veranlaßt wurde. Besonders der Führer des Kommandos benahm sich genau wie zu Severings Zeiten. Der Oberwachtmeister K. ist aus der Systemzeit anläßlich der Demonstrationen 1930 auf der Wilhelmstraße bei den alten Wiesbadenern Nat. Soz. noch in besonders guter Erinnerung.

(HHStAW 483 – 2019)

„Leider gibt es immer noch Leute ..." Parteigenossen kaufen bei Juden

D 10

AVP Kreis Wiesbaden
Personalamt/Judenfragen

Wiesbaden, den 14.9.1936

Rundschreiben

Verteiler: Kreisamtsleiter
Kreishauptstellenleiter
Kreisstellenleiter
Ortsgruppenleiter
Stützpunktleiter
und sämtl. Gliederungen der Bewegung

Nur für den dienstlichen Gebrauch bestimmt!

Leider gibt es immer noch Leute, die sich nicht scheuen, um finanziellen Vorteils willen mit Juden in geschäftliche Verbindung zu treten. So hat der arische Briefmarkenhändler Kurt Crones, wohnhaft in Wiesbaden, Schlichterstraße 3, eine Verkaufsausstellung in der jüdischen Tabakwarenhandlung der Ehefrau des Kaufmanns Gustav Meyer, im Hause Taunusstraße 4, eingerichtet.

Ferner wurde einwandfrei festgestellt, daß die Wein- und Lebensmittel-Großhandlung Fritz Henrich, Wiesbaden, Blücherstraße 24, obwohl sie das Schild „Deutsches Geschäft" führt, ihre Weinflaschen von dem Flaschenjuden Still, Wiesbaden, Blücherstraße, bezieht.

Ebenso verhält es sich mit der Firma Gustav Vietor, Wiesbaden, Kl. Burgstraße 7, Inhaberin Frl. Hilde Fett. Diese Firma bezieht ihre gesamte Ware fast ausschließlich von jüdischen Firmen.

Es besteht Veranlassung, nochmals darauf hinzuweisen, daß das Schuhgeschäft Speyer, Wiesbaden, Ecke Kirch- und Schulgasse, ein jüdisches Unternehmen ist.

Man sollte annehmen, daß nach den wiederholten Warnungen von Seiten der Partei auch die Nicht-Parteiangehörigen nunmehr langsam gelernt haben sollten, wie die Stellung der Partei zu den Juden ist. Leute, die heute noch nicht erkannt haben, daß der Jude unser größter Feind ist und die glauben, ihre geschäftlichen Beziehungen nicht abbrechen zu können, stehen geistig auf derartig niedriger Stufe, daß wir sie nicht mehr belehren wollen. Die Leute dürfen aber auch nicht erwarten, daß Parteigenossen und Angehörige der nationalsozialistischen Gliederungen sie durch Einkauf von Waren unterstützen. Jeder Parteigenosse und Angehörige einer nat. soz. Gliederung kauft seine Waren nur bei dem Kaufmann und bei dem Handwerker, der nach den Grundsätzen der national-sozialistischen Bewegung handelt und lebt. Die Ortsgruppenleiter und Führer der Gliederungen werden daher gebeten, den ihnen unterstellten Parteigenossen und Angehörigen der Gliederungen von Vorstehendem Kenntnis zu geben.

Schäfer
Leiter des Personalamtes/
Hauptstelle Judenfragen

Heil Hitler !
Der Kreisleiter:
gez. Römer

(HHStAW 483 – 10297)

Ein Flugblatt: „Jüdische Metzgerei geschlossen" (1935)

D 11

JÜDISCHE METZGEREI GESCHLOSSEN!

In Zusammenarbeit mit der Metzgerinnung und den zuständigen Behörden wurde durch die Deutsche Arbeitsfront am 14. August eine überraschende Betriebsbesichtigung bei der hiesigen Pferde-, Ochsen- und Schweine Metzgerei Imko Kessler Hellmundstr. 22 vorgenommen.
Es wurden folgende ekelerregende Zustände festgestellt:
Die in den beiden Wurstküchen befindlichen Fleischmaschinen waren mit Rost überzogen, an den Maschinen selbst befanden sich noch Fleischstücke, die zum Teil verfault waren. Im Kühlraum war fast keine Temperatur vorhanden, das dort hängende Räucherfleisch war ebenfalls z.T. in Fäulnis übergegangen. Außerdem standen noch Bottiche, die eingelegte Schwarten enthielten und die bei Herausnahme entsetzlich stanken. Auch Fleisch, das zum Verkauf gemacht werden sollte, war durch unsachgemäße Behandlung verdorben.
Somit wurde durch die Revision der Gesundheits- und Gewerbe-Polizei, der Fleischerinnung und der Deutschen Arbeitsfront einwandfrei festgestellt, daß in der Metzgerei Kessler die zur Herstellung der Waren benutzen Einrichtungsgegenstände sowie ein Teil der Fleischwaren selbst sich in einem Zustand befanden, der als unhygienisch anzusprechen war.

Die verdorbenen Waren wurden beschlagnahmt und die Metzgerei Hugo Kessler polizeilich geschlossen.
Zur Warnung für diejenigen Volksgenossen, die heute noch bei jüdischen Metzgern kaufen.

(HHStAW 483 – 10247)

D 12 Pressionen gegen die Dotzheimer Metzgerei Stein

Wiesbaden, den 7. April 1935

An den Herrn Kreisleiter
Wiesbaden

In der Nacht vom 23. auf den 24. März ds. Js. wurde mir vor der Wirtschaft die Straße bemalt mit Ölfarbe, mit den Worten: Kauft nicht bei Juden – und ein großer Pfeil gezogen in das Besitztum des Juden Stein. Außerdem ein Plakat an das Haus August Ehmig, Judenknecht. Ich wandte mich an Herrn Kersting mit der Bitte, die Urheber festzustellen, aber ohne Erfolg. In der Aufregung ging ich in den Verlag des Nassauer Volksblattes und bestellte die Zeitung ab, mit der Bitte, mich laden zu lassen, daß die Sache untersucht würde, nicht mit der Absicht, der Bewegung fern zu stehen, das beweisen meine Anteilnahme an den verschiedenen Bewegungen – acht an der Zahl, wo ich Mitglied bin, was für mich sehr schwer fällt. Mein Schwiegersohn verhandelte dann noch weiter mit Herrn Kersting, da Herr Kersting mein Lokal verbieten ließ und in nächster Zeit ganz geschlossen würde. In der Aussprache mit meinem Schwiegersohn bei Herrn Kersting ist man darüber einig geworden, daß dies wieder beigelegt werden solle, ich habe sofort die Zeitung bestellt, die 14 Tage lang nicht erschienen war, trotzdem hat es Herr Kersting nicht für nötig befunden, dem Lokal wieder den alten Ruf zu geben und das Verbot aufzuheben.
Ich erkläre hiermit an Eidesstatt, daß ich bei dem Metzger Stein, nachdem ich Herrn Kersting vor 1 1/2 Jahren das Versprechen gegeben habe, nicht mehr bei dem Juden Stein zu kaufen, gehalten habe, trotzdem greift man zu solchen Maßnahmen. Ich möchte hierzu bemerken, daß ich bereits über 2 Jahre anonym sowie durch gewissenlose Verleumder denunziert wurde. Sämtliche Zusammenkünfte und Veranstaltungen finden daher auf den einen denselben Lokal statt. Mein Geschäft liegt förmlich danieder. Ich richte daher dringende Bitte an den Herrn Kreisleiter, die Sache zu untersuchen, hier Abhilfe zu schaffen und der Wahrheit die Ehre zu geben.

Heil Hitler!
August Ehmig

(HHStAW 483 – 10247)

D 13 Einschränkungen der freien Arztwahl

Wiesbaden-Schierstein, den 23.10.1934

Dr. med. Bayerthal

Herrn Dr. Geissler, Amtsleiter der Kassenärztl. Vereinigung, Wiesbaden.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Vor einigen Wochen behandelte ich ein Mitglied W.W. der Ortskrankenkasse Wiesbaden, welcher als früherer Kriegsbeschädigter noch eine Rente bezieht, an einer Gesichtslähmung und nachher an einem Betriebsunfall (Rückenquetschung). Dieser Tage begegnete mir derselbe und teilte mir unaufgefordert mit, daß er zu einem Herrn Kahle in Wiesbaden vorgeladen und ihm dort unter Erwähnung der sonst eintretenden Maßregeln gesagt worden sei, daß er meinen Rat nicht in Anspruch zu nehmen habe, da ich Nichtarier sei.
In Anbetracht meiner gesetzlichen Zulassung zur Krankenkasse und der garantierten freien Arztwahl halte ich das obige Verbot nicht für zulässig.
Aus meiner einwandfreien persönlichen und politischen Einstellung, meiner christlichen Eltern und meiner lebenslänglichen Distanz von anderen Einflüssen werden Sie meine Gefühle für diese und ähnliche Vorfälle sicher begreifen und mich vielleicht in Schutz nehmen können.

Mit deutschem Gruß
Ihr sehr ergebener
gez. Dr. Bayerthal

(HHStAW 483 – 10309)

b) Kreisobmann für Judenfragen

18. Oktober 1934

An die Allgemeine Ortskrankenkasse
z.Hd. d. Vorsitzenden Pg.-Bonn
Wiesbaden, Blücherstraße 12

In Erwiderung Ihres Schreibens vom 13. ds. teilen wir Ihnen mit, daß das Schreiben des jüdischen Arztes Eduard Laser vom 10. ds. an Sie eine Unverschämtheit ist, die Sie auf das Schärfste zurückweisen wollen.
Wenn dieser jedoch glaubt, daß es den Grundsätzen der freien Ärztewahl widerspricht, wenn die Partei ihren Angehörigen und den Angehörigen ihrer Gliederungen verbietet, zu semitischen Ärzten zu gehen. Die in der NSDAP zusammengeschlossenen deutschen Staatsbürger arischen Blutes haben aufgrund des Parteidogmas die freiwillige Verpflichtung der Bekämpfung der Judenschaft übernommen. Es kann keinem Parteigenossen und keinem Angehörigen einer nationalsozialistischen Gliederung aufgrund seiner Weltanschauung zugemutet werden, sich von einem Träger semitischen oder farbigen Blutes behandeln zu lassen.
Abgesehen davon ist die Partei auch sehr wohl in der Lage, ihren Mitgliedern und Angehörigen ihrer Gliederungen durch Erteilung von Erlaubnis und Verbot Handlungen zu gestatten oder zu untersagen. Eine derartige Erlaubnis oder ein derartiges Verbot stellt niemals einen Boykott dar, wie viele Juden es gern hinzustellen belieben. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß die Partei durch Aushang von Warnungen oder durch Aushang von Listen ihre Mitglieder sowie die Angehörigen ihrer Gliederungen darauf aufmerksam macht, welche Ärzte blutsfremd sind, da bei der Fülle der leider noch zu den Krankenkassen zugelassenen Juden nicht jeder Nationalsozialist in der Lage ist zu wissen, welcher Arzt Semit oder Arier ist.
Im übrigen scheint der Jude Laser zu vergessen, daß er heute noch in freizügigster Weise im nationalsozialistischen Staate geduldet ist und daß dieser Staat samt seinen Institutionen, zu denen auch die Allgemeine Ortskrankenkasse zählt, lediglich eine Zusammenfassung aller Deutschen arischen Blutes darstellt.
Eine Entfernung der Plakate und Arztlisten kommt daher absolut nicht in Frage.
Wir stellen Ihnen anheim, dem Juden Laser einen dementsprechenden Bescheid zu erteilen und denselben in seine Schranken zurückzuweisen.

Heil Hitler !
gez. Schmidt

(HHStAW 483 – 10309)

Ein jüdischer Arzt überweist einen Patienten an einen „arischen" Arzt **D 14**

1. Nov. 1934

An den Amtsleiter des Wirtschaftlichen Ärzteverbandes Wiesbaden
Herrn Dr. Geissler
Wiesbaden
Emserstr. 13

In der Anlage reiche ich nach Kenntnisnahme der Beschwerde des Verbands der Betr.-Krankenkassen f. Südwestdeutschland wegen Verweigerung der kassenärztlichen Behandlung durch das Mitglied des NSD-Ärztebundes Pg. Dr. Friedrich zurück. Zu der Angelegenheit selbst habe ich folgendes zu bemerken. Pg. Dr. Friedrich war der Ansicht, daß er von jüdischen Kollegen an ihn überwiesene Patienten nicht behandeln dürfe. Es muß dies auch Herrn Dr. Nathan sowohl wie der Betriebskrankenkasse bekannt gewesen sein, da Pg. Dr. Friedrich in früheren Fällen bereits mehrfach, nachdem er die Patienten in angemessener Form über seinen Standpunkt aufgeklärt hatte, die Krankenscheine unberechnet den Kassen wieder zur Verfügung stellte. Man könnte fast annehmen, daß in der hartnäckigen Überweisung von Patienten durch Dr. Nathan an Herrn Dr. Friedrich absichtlich versucht wird, Konflikte zwischen arischen Ärzten und der Judenschaft zu konstruieren. Es sind hier in Wiesbaden mehrere jüdische Kollegen, an welche Herr Dr. Nathan seine Patienten überweisen kann. Außerdem ist anzunehmen, daß der Kriegsinvalide Jean Weber in irgendeiner Gliederung der Partei, sei es in der Arbeitsfront oder beim Nationalsozialistischen Kriegsbeschädigtenverband, organisiert ist und daher überhaupt nicht die Berechtigung hat, sich in Behandlung eines Juden zu begeben. Wenn nun der KDB. Weber den Vorfall mit Dr. Friedrich dazu benutzt, um einen christlichen Kollegen gegen einen Juden auszuspielen und diesen wirtschaftlich zu schädigen, gehört m.E. ein solcher Mann nicht in eine Partei-Organisation. Ich werde in dieser Hinsicht Erhebungen anstellen lassen. Was nun die Einstellung der Krankenkasse zu diesem Falle anbetrifft, so ist m.E., wenn es sich nicht um eine lebensbedrohliche Erkrankung handelt, dem Arzt immer freigestellt, ob er einen solchen Patienten behandeln will oder nicht, namentlich, wenn es sich wie in diesem Fall um persönliche, durchaus dem Staats- und Parteiinteresse entsprechende erzieherische Maßnahmen handelt wie in dem Falle Weber. Ob ein Christ sich lieber von einem arischen oder jüdischen Kollegen behandeln läßt, ist eben persönliche Geschmacksache, und wenn ihm bisher der Jude Nathan als behandelnder Arzt recht war, mußte ihm auch irgend ein jüdischer Wiesbadener Haut-Spezialist recht sein. Das Verhalten der Krankenkasse ist mir deswegen

als Nationalsozialist vollständig unverständlich, und ich bin der Ansicht, daß man höheren Ortes sich einmal die Führung dieser Betriebskrankenkasse näher ansieht und mit eiserner Konsequenz aus dem staatsfeindlichen Verhalten der Kasse die notwendigen Folgerungen zieht. Ich glaube, nicht fehl zu gehen, wenn ich annehme, daß der Inhalt meiner verstehenden Ausführungen auch höheren Orts gebilligt wird. Ich habe eine Abschrift des mir übersandten Schreibens der Betr.-Krankenkasse an die Kreisleitung Wiesbaden zwecks Weiterleitung an den Gau eingereicht.

Heil Hitler
Leiter des NSD.-Ärztebundes
Dr. Althen

HHStAW 483 – 10309)

D 15 Private Fortbildung untersagt

a) Althen-Gauleitung der NSDAB, 27.10.1934

Auf Wunsch der Kreisleitung, Abt. Kreisobmann für Judenfragen, teile ich Ihnen mit, daß die jüdische Ärzteschaft in Wiesbaden in den letzten 14 Tagen versucht, der Partei auf jede Art und Weise Schwierigkeiten zu bereiten. Herr Dr. Tendlau brachte bei dem Amtsleiter Dr. Geissler einen Antrag auf Abhaltung wissenschaftlicher Abende der jüdischen Kollegen in einer Privatwohnung ein. Auf meine Veranlassung hat Herr Dr. Geissler, nachdem er vorher seine Zusage gegeben hatte, nachträglich die Genehmigung hierzu zurückgezogen, da ja den jüdischen Ärzten an den wissenschaftlichen Abenden des wirtschaftlichen Verbandes Gelegenheit zur Fortbildung gegeben ist. Herr Dr. Laser wandte sich desgleichen an Dr. Geissler und verlangte die Entfernung der auf sämtlichen hiesigen Kassenstellen ausgehängten Anschläge, in welchen die Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen darauf hingewiesen werden, daß es ihnen untersagt ist, jüdische Ärzte zu Rat zu ziehen und daß eine Liste arischer Kassenärzte auf Wunsch an Parteimitglieder abgegeben wird. Herr Dr. Laser konstruierte aus diesem Anschlag einen Verstoß gegen die freie Arztwahl. Sein Ansinnen wurde zurückgewiesen, da es einen groben Eingriff in die inneren Angelegenheiten der NSDAP bedeute. Herr Dr. Stein (deutscher christlicher Nicht-Arier) hat sich bei dem Mitglied des NSD-Ärztebundes Dr. Fries darüber beschwert, daß ihm Dr. Fries einen Patienten nicht überwiesen habe. Herr Dr. Bayerthal, W.-Schierstein, ersucht den Amtsleiter, dafür Sorge zu tragen, daß ihm als christlichen Arzt (er ist Sohn von zwei getauften Juden) weiter die Behandlung von Parteimitgliedern belassen bleibe. Ich habe den Eindruck, der auch von der Kreisleitung bestätigt wird, daß aufgrund der bisher gehandhabten milden Behandlung der jüdischen Ärzte sich zur Zeit in der Judenschaft eine Bewegung entwickelt, die mit allen Maßnahmen unterdrückt werden muß. ...

Des weiteren habe ich beobachtet, daß Mitglieder des NSD-Ärztebundes die bestehende Anordnung, daß Patienten nicht an jüdische Ärzte überwiesen werden dürfen, dadurch umgehen, daß sie einfach eine Bescheinigung darüber ausstellen, daß der Patient der Behandlung durch einen Inneren, Hautarzt usw. bedarf, so daß der Patient jederzeit mit diesem Schein in der Lage ist, auch einen Krankenschein für einen jüdischen Arzt zu erhalten, was in den meisten Fällen dem überweisenden Arzt bekannt ist und was er aber nachher nicht gewußt haben will.

b) Althen-Kreisleitung, 11.10.1934

Ganz allgemein wäre zu dieser Angelegenheit zu sagen, daß jede Zusammenkunft jüdischer Ärzte unbedingt eine Gefahr für den Staat bildet, da es für mich feststeht, daß auf diesen sogenannten wissenschaftlichen Abenden bestimmt auch andere Angelegenheiten des Judentums besprochen werden und sich hier eine Zelle bilden kann, die auch weitere jüdische Kreise zuziehen könnte, ja, sogar ungehindert Verbindung mit dem Kommunismus und anderen staatsfeindlichen Elementen aufnehmen könnte.

(HHStAW 483 – 10309)

D 16 „Jüdischen Verkehr pflegen" untersagt

Wiesbaden, den 6. November 1934

a)
Kreisobmann für Judenfragen

An den NSD-Ärztebund, z.Hd. d. Pg. Dr. med. Althen
Wiesbaden

Zu verschiedenen Malen bereits gingen uns Meldungen zu, nach welchen der Zahnarzt Dr. med. dent. Karl Hülsemann, Wiesbaden-Biebrich, Rathausstr. 66, mit einer Jüdin verheiratet sei.
Wir haben die Angelegenheit nunmehr geprüft und gefunden, daß Hülsemanns erste Ehe bestimmt geschieden ist, die zweite Ehe soll auch geschieden sein. Nunmehr lebt Dr. Hülsemann mit einer geschiedenen Frau Hanna Bode, ge-

borene Heilbron, die Jüdin ist, zusammen. Wohl leben sie in zwei Wohnungen getrennt, nehmen aber beide zusammen in der Wohnung der Frau Bode ihre Mahlzeiten ein. Beide bestreiten abwechselnd wochenweise gemeinsam die Kosten. Nach einer Äußerung des Dr. Hülsemann ist er allerdings nicht gewillt, die Frau Bode zu heiraten.
Hier liegt also der Fall vor, daß ein arischer Arzt sich keineswegs scheut, auf das engste mit einer Jüdin zusammenzuleben, aber wenigstens äußerlich bestrebt ist, die Vorteile des dritten Reiches zu genießen.
Wir bitten Sie, Ihrerseits die Angelegenheit nochmals auf das Genaueste untersuchen zu wollen, da wir gewillt sind, gegebenenfalls den Dr. Hülsemann von der Liste der arischen Ärzte zu streichen. U.E. geht es nicht an, wenn ein Arier in einer derart engen Weise mit einer Jüdin zusammenlebt.

Heil Hitler !

b)
An das Mitglied des NSD.-Ärztebundes
Dr. med. dent. Hülsemann
Wiesbaden-Biebrich
Rathausstr. 66

Nach Mitteilung des Kreisobmanns für Judenfrange steht fest, daß Sie jüdischen Verkehr pflegen. Ich stelle Ihnen anheim, mir bis zum 10. November 1934 mitzuteilen, in Form einer eidesstattlichen Versicherung, daß dieses zukünftig nicht mehr der Fall sein wird.

Heil Hitler !
Leiter des NSD.-Ärztebundes.
Dr. Althen

c)
Dr. Hülsemann hat mich am 8.11.1934 aufgesucht. Er hat die in Ihrem Schreiben vom 6.11.1934 gemachten Angaben bestätigt. Ich habe ihn aufgefordert, diese Beziehungen innerhalb 4 Wochen zu lösen, andernfalls sein Name von der Liste der arischen Ärzte abgesetzt wird und sein Ausschluß aus dem NSD.-Ärztebund erfolgt. Da außerdem Verdacht besteht, daß jüdische Beziehungen zur Kommune entstehen können, habe ich die Weiterleitung der Angelegenheit an die Staatspolizei in Aussicht gestellt.

Heil Hitler !
Leiter des NSD.-Ärztebundes.
Dr. Althen

(alle in: HHStAW 483 – 10309)

Dr. Bayerthal: „Was hat das mit mir zu tun?" **D 17**

Es ist Sommer 1933.
Ich bin neun Jahre alt geworden ...
Meine Mutter ist sehr still geworden. Oft habe ich das Gefühl, daß sie Angst vor meinem Vater hat. ...
Wir suchen eine neue Wohnung in einer neuen Stadt mit einer neuen Arbeit.
Und bis die gefunden ist, bin ich bei den Großeltern einquartiert.
Ich bin gerne dort: Der Elektrisierapparat im Ordinationszimmer, die Gartenmauer mit den weißen Marmorfliesen und dem symmetrisch gezogenen Spalierobst, der Flügel, das Harmonium, auf dem ich ohne Notenkenntnis wild phantasiere, die wirbelnde Brennschere meiner Großmutter mit dem Geruch nach versengtem Zeitungspapier, wenn sie die Hitze prüft, die medizinischen Bücher, in denen ich mit roten Ohren nach verbotenen aufregenden Sachen suche, immer in der Angst, erwischt zu werden. ...
Der Syndikus kommt seit ein paar Monaten nicht mehr.
Ich weiß nicht, warum, habe nur verstanden, daß man seinen Entschuldigungen nicht glaubt.
Auch verschiedene alte Patienten bleiben aus. Es gibt ungewohnt erregte Auseinandersetzungen zwischen meinen Großeltern. Einmal ertappe ich meine Großmutter, wie sie sich die Tränen abwischt. Onkel Theo, ein Bruder meines Großvaters, Besitzer einer Apotheke in der nahen Großstadt, spricht von „auswandern" und „ehe es zu spät ist".
Meine Großmutter von einem Besuch bei ihren Verwandten in England, "... die würden uns bestimmt erst mal weiterhelfen".
Ich hätte mich bestimmt erkundigt, was das alles zu bedeuten habe, wären die Antworten meines Großvaters nicht so entschieden gewesen: „Was hat das mit mir zu tun?" ...
Adolf Hitler ist an die Macht gekommen. Endlich wird es wieder aufwärts gehen.
Die Arbeitslosen verschwinden.
Das Versailler Diktat wird zertreten werden.
Hitler wird Deutschland aus der Knechtschaft reißen und wieder zu einem stolzen Volk machen. Ich lerne das täglich in der Schule und glaube daran.
Ich bin noch zu jung, um ins Jungvolk eintreten zu können. Aber nächstes Jahr werde ich zehn, und dann darf ich.
Ich hab' mir zu Weihnachten eine Trommel gewünscht. ...

Eines Abends klopft es aufgeregt an den Rolladen. Draußen steht ein Mann an der Hauswand, der heftig aus Mund und Nase blutet.
Er trägt eine Schirmmütze.
Früher habe ich ihn manchmal mit einer Windjacke hinter einer roten Fahne marschieren sehen.
Ich weiß, daß er ein Kommunist ist.
Die SA hat ihn zusammengeschlagen.
Mein Großvater holt ihn herein.
Er sieht sich dabei um. Er verbindet ihn sorgfältig. Geht auf die Straße. Sieht sich wieder um. Dann erst darf der Mann gehen.
„Was hat dieser Mann denn gemacht?"
Mein Großvater antwortet nicht.
Früher hat er immer geantwortet.
Ich frage nicht mehr.
Nachts höre ich meine Großmutter weinen.
Mein Großvater redet auf sie ein.
Ich kann die Worte nicht verstehen.

(Sydow 1983, S. 26ff)

D 18 „Rassenschande"

Leserbrief an den „Stürmer"
RASSENSCHANDE
Die Tragödie einer deutschen Familie

Der Vater, der durch den Juden Ullmann sein Kind und die Mutter, die durch ihn die Tochter verlor, ihnen kann man nicht helfen. Was jener Jude anrichtete, ist nicht wieder gut zu machen. Wenn nun die betrogenen und tief im Jammer versunkenen Eltern den Stürmer darum bitten, das Leid, das über jene Familie kam, der Öffentlichkeit mitzuteilen, so geschah dies, um andere Familien vor gleichem Unglück zu bewahren.

An den Stürmer

Nürnberg.

Während des Reichsparteitages wurden in Nürnberg durch den Führer Gesetze verkündet, die den Juden von der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen und die das deutsche Blut und die Ehre vor Schändung und Untergang schützen. Es gibt Leute, die wollen den hohen Sinn und die gewaltige Bedeutung dieser Gesetze nicht einsehen. Diesen zur Aufklärung sende ich Ihnen einen erschütternden Bericht eines deutschen Vaters ein, der seine Tochter durch den Juden verloren hat. Ich bitte, den Bericht der Öffentlichkeit zu übergeben.
„Meine 24jährige Tochter ist selbständige Schneiderin und war bisher ein braves, ordentliches Mädchen. Sie hat uns nie Kummer bereitet. Aber seit etwa einem halben Jahr ist in ihrem Wesen eine auffallende Veränderung eingetreten. Sie wurde mir und ihrer Mutter gegenüber immer verschlossener und fremder. Kein freundliches Wort kam mehr aus ihrem Munde und mit keinem guten Blick wurde unserer Fürsorge gedankt. Wir standen vor einem Rätsel. Endlich erhielten wir Aufschluß durch ihre Freundin, die bei uns zu Besuch weilte. Es fiel uns wie Schuppen von den Augen, und wir standen voll Grauen vor einer Welt, die wir bisher noch nicht gekannt hatten.
Meine Tochter hatte den Besitzer einer Schnellsohlerei kennengelernt, einen früheren Bankbeamten, Reimund Ullmann. Er hat sein Geschäft in der Oranienburgerstraße und wohnt hier in Wiesbaden in der Mittelheimerstraße 11. Voll Sorge ging ich zu dem Juden und erklärte ihm, daß ich keinerlei Beziehungen zwischen ihm und meiner Tochter wünsche. Der Jude, der wußte, daß keine Gesetze ihn dazu zwingen könnten (es war im Juni dieses Jahres), meine Tochter aus seinen Händen zu lassen, sah mich mit befriedigtem Haß- und Rachegefühl triumphierend an. Frech erwiderte er: *„Belästigen Sie mich nicht. Sie haben mir nichts zu sagen. Das ist eine Sache, die ich mit Ihrer Tochter ausmache."*
Ich ging nach Hause und sprach mit meiner Tochter. Ich legte ihr klar, daß sie eine furchtbare Schande über sich und uns bringe und daß sie noch ins Unglück komme. Es dauerte lange, bis ich auf Verständnis stieß. Endlich aber schien sie vernünftig zu werden. Sie erklärte, sie stünde in seiner (des Juden) Anwesenheit unter einem unerklärlichen Einfluß. Sie hätte keinen eigenen Willen mehr, und bei jeder Begegnung mit ihm verfalle sie seinem Banne. Ich holte sie nun täglich von ihrer Arbeitssätte ab und brachte sie auch dorthin. Jedesmal stand an der Ecke Zietenring-Dotzheimerstraße der Jude. Er wartete, wie eine Spinne auf ihr Opfer wartet und schaute ihr mit unheimlichen Augen nach. Mich selbst trafen Blicke abgrundtiefen Hasses. Am Donnerstag, den 9. Mai war es mir nicht möglich gewesen, zur Zeit da zu sein. Meine Tochter war schon weg, kam aber auch nicht nach Hause. Als sie spät abends erschien, war die Fremdheit wieder in ihr und sie erklärte, mit dem Juden zusammengewesen zu sein. Ich erschrak, und als mir der Jude tags darauf begegnete, stellte ich ihn auf der Straße. Im Laufe des Wortwechsels schlug er außer sich vor Haß und Wut nach mir. Ich ging nach Hause. Meine Tochter kam nicht heim. Dagegen schickte sie uns durch einen Gepäckträger einen Brief, in dem sie mitteilte, daß sie *nach dem heutigen Vorfall nicht mehr nach Hause kommen*

könne. Wir warteten nun Tag um Tag und am Sonnabend gingen wir zu dem Juden ins Geschäft. Meine Frau frug ihn: *„Wo haben Sie mein Kind hingeschafft?"* Höhnisch erwiderte der Jude: *„Ich weiß nicht."* Da schlug ihn meine Frau ins Gesicht. Es entstand eine Prügelei, und die Leute liefen zusammen. Polizeibeamte brachten den Juden und uns zur Wache in der Friedrichstraße. Hier mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß zwei *Wachtmeister mit dem Juden sich duzten!*
In der Zwischenzeit stellte ich fest, daß der Jude meine Tochter in der Pension Braubach, Dambachtal 6, untergebracht hat. Anscheinend besitzt diese Pension das Vertrauen der jüdischen Rasse. Der Jude hatte meine Tochter des öfteren dort besucht. Am Samstag wurde sie weggeholt und ging mit dem Juden in die Dotzheimerstraße 48 zu Wilken. Dort wohnt sie jetzt noch.
Der Jude Ullmann hat unser Familienleben vollständig ruiniert. Das Leben meiner Tochter ist zerstört, das meiner Frau ist vernichtet. Meine Tochter war immer ein braves, anständiges Mädchen, und ich bin überzeugt, der *Jude hat sie vernichtet, um sich an unserer Rasse zu rächen."*
Möge diese erschütternde Tragödie jedem deutschen Vater und jeder deutschen Mutter zur Beherzigung und zur Warnung dienen.

(Da das „Vergehen" vor den Nürnberger Gesetzen geschehen war, konnte Reymond Ullmann nicht wegen „Rassenschande" verurteilt werden. Er wurde deshalb wegen „Heimtücke" mit einem Jahr 3 Monaten Gefängnis bestraft, sein Geschäft wurde durch SA-Aktionen ruiniert und er wurde im Juli 1937 zur Auswanderung gedrängt.)

(Zeitungsausschnitt o.D., aus: Hessisches Innenministerium, Entschädigungsbehörde, Nr. 2871)

„Die Firma beschäftigt ausschließlich christliches Personal"

D 19

Wiesbaden, den 19. April 1933

a)

Titl.
N. S. B. O. – z. Hd. des Herrn Weissmantel

Endunterzeichneter gestattet sich im Namen aller Angestellten & Vertreter der Fa. Süddeutsche Oel & Fettwaren Manufaktur, hier, Bahnhofstr. 6, folgende Bitte zu unterbreiten:
Die Fa. Süddeutsche Oel & Fettwaren Manufaktur besteht seit ca. 25 Jahren am hiesigen Platze. Herr L. Kiefer bzw. dessen Ehefrau ist Inhaber der Firma und sind solche jüdischer Konfession. Durch die gegenwärtigen Maßnahmen soll nun unsere Firma an den Lieferungen an städt. Verwaltungen ausgeschlossen werden, durch die unsere Firma als auch wir schwer betroffen würden. Wir bitten jedoch die maßgebende Stelle, unsere Firma an den städt. Lieferungen teilnehmen zu lassen und zwar aus folgenden Gründen:
Die Firma beschäftigt ausschließlich christliches Personal und christliche Vertreter, die meist schon jahrzehntelang, wie aus beiliegender Liste ersichtlich, in der Firma tätig sind. Herr Kiefer hat sein gesamtes Personal sogar in den schwersten Zeiten und obwohl in den letzten Jahren mit Verlust gearbeitet, nicht entlassen und hat immer für die Notlage seiner Angestellten Verständnis gehabt und hat uns nötigenfalls mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß es uns im Falle einer Entlassung heute wohl kaum gelingen würde (besonders im vorgerückten Alter) wieder Stellung zu erhalten. Ferner erlauben wir uns, darauf aufmerksam zu machen, daß die Städt. Oel & Fettwaren Manufaktur fast nur von christl. Firmen bzw. Fabriken bezieht, die dann auch ebenfalls beträchtlich geschädigt wären. Auch können wir versichern, daß die Geschäftsführung unserer Firma stets eine reelle und einwandfreie war. Wir ersuchen daher die maßgebende Behörde, unser Gesuch zu prüfen und über die Firma Südd. Oel und Fettwaren Manufaktur (bzw. deren Inhaber) Erkundigungen einzuziehen. Wir glauben fest, daß die nationale Regierung ähnlich wie in Sachen der Anwälte Ausnahmen auch in kaufm. Betrieben zuläßt, wenn diese in allen Teilen begründet und gerecht erscheinen.

Hochachtungsvoll !

b)
Herrn Karl Forst,
Wiesbaden
Kapellenstr. 49/III

Ihre Zuschrift vom 19.4.33 bezgl. der Firma Südd. Oel- und Fettwaren Manufaktur, Wiesbaden, Bahnhofstraße 6, haben wir an die Stadtverordnetenfraktion weitergeleitet. Wir können Ihnen jedoch schon heute sagen, daß, im Hinblick darauf, daß es sich im vorliegenden Falle um ein rein jüdisches Unternehmen handelt, Ihren Gründen bestimmt nicht entsprochen werden kann.

Heil Hitler !
Kreisbetriebszellenleiter

(HHStAW 483 – 3177b)

D 20 Ein NSBO-Mann gegen die Boykott-Maßnahmen

den 1. August 1933

Karl Gerlach, Zellen-Obmann
Wiesbaden

An die Kreisleitung der N.S.B.O., Wiesbaden

Gestern nachmittag gegen 4 Uhr postierten sich vor unserem Geschäftslokal an beiden Eingängen Damen der N.S.D.A.P.-Frauenschaft auf und hielten das kaufende Publikum durch Hinweise, daß dieses ein jüdisches Geschäft sei, vom Betreten der Passage ab.
Wenn ich auch als Nationalsozialist diese Maßnahmen unterstütze, so muß ich auf der anderen Seite das Interesse der mir unterstellten Angestellten vertreten, welche berechtigterweise um ihre Existenz besorgt sind. Während des Ausverkaufs hatten wir 18 Aushilfen engagiert, welche wir jedoch aus obigem Anlaß wieder entlassen mußten.
Ich bitte um entsprechende Verhaltensmaßregeln, da die Damen der Frauenschaft vor unserem Geschäft wieder Aufstellung genommen haben.

Heil Hitler !
Zellen-Obmann

(HHStAW 483 – 3188b)

D 21 NS-Mittelständler gegen die „Warenhausplage"

Werter Parteigenosse!

Auch Ihnen ist bekannt, welchen furchtbaren Kampf der deutsche Mittelstand (Handwerk, Handel und Gewerbe) schon jahrelang gegen die jüdischen Geschäftsprinzipien der Warenhäuser, Filialgeschäfte usw. führt.
Sie sind stets aufgefordert worden, Ihre Einkäufe und die Einkäufe Ihrer Familienmitglieder zu überwachen und festzustellen, ob dieselben auch dem nationalsozialistischen Prinzip entsprechen. Trotzdem glauben wir, daß auch Sie, teils aus Unkenntnis, teils aus Gleichgültigkeit, nicht immer der nationalsozialistischen Forderung nachgekommen sind.
Dieses Markenheft soll nun bezwecken, daß Sie sich selbst und Ihre Familienmitglieder betr. Ihrer Einkäufe kontrollieren können.
Wir verlangen von Ihnen als Nationalsoz., daß Sie Ihre Lebensmittel nur in *den* Geschäten und bei *den* Handwerkern kaufen, bei denen Sie unsere Kontrollmarken erhalten können.
Beim Einkauf von 50 Pfg. und darüber wird eine hellrote Kontrollmarke und beim Einkauf von RM. 5,-- und darüber eine dunkelrote Kontrollmarke ausgegeben.
Wir werden die ausgegeben Markenhefte kontrollieren, um festzustlelen, ob Sie Ihrer Pflicht als Nationalsozialist genügt haben.
Nationalsozialist sein, heißt nicht nur nationalsozialistisch denken, sondern ...
nationalsozialistisch handeln und nationalsozialistisch kaufen. ...

Mit dem Wort ist nichts getan, die Tat allein entscheidet.

N.S.D.A.P.
Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes

(HHStAW 483 – 10242)

D 22 „Arisierung" vertraglich geregelt

Abschrift
Übernahmevertrag

Zwischen der Kommanditgesellschaft in Firma Hamburger Engas Lager S. Blumenthal & Co. mit dem Sitz in Wiesbaden, vertreten durch ihren persönlich haftenden Gesellschafter Herrn Blumenthal, im folgenden kurz „Blumenthal" genannt, einerseits und den Herren Erich Krüger und Carl Brand, ersterer in (unleserlich), letzterer in Köln wohnhaft, im folgendem kurz „Übernahme" genannt, andererseits – wurde folgender Vertrag abgeschlossen:

§ 1

Die Übernahme von Blumenthal zum Stichtag vom 1. September 1935
a) das gesamte Warenlager
b) die Außenstände Blumenthal
c) gewisse, in folgendem näher bezeichnete Schulden
d) das in dem Geschäftshaus Kirchgasse 39/40 vorhandene Inventar.

§ 2

Das Warenlager wird zu den bei der Aufnahme noch festzusetzenden Verkaufspreisen übernommen. Von dem sich ergebenden Betrag ist die Effektivkalkulation per 31. August 1935, die in der bei Blumenthal üblichen Weise festzustellen ist, zu kürzen.

§ 3

Die Außenstände von Blumenthal, wie sie sich aus den Büchern ergeben, sind zum Nennbetrag zu übernehmen.

§ 4

Von den Schulden sind sämtliche Warenkreditoren, das Gut der Blumenthal'schen Ferienkasse im Betrage von Reichsmark 10.000, die Darlehenschulen im Betrage von Reichsmark 85.605, die ungedeckte Schuld an die Commerz- und Privatbank A.G. im Betrage von rund Reichsmark 30.000, die Gestalt von Accepten bestehende Finanzschuld an die Firma Westdeutsche Kaufhof A.G. im Betrag von rund Reichsmark 118.000 sowie die schwebenden Verpflichtungen an Lohn- und Bürgersteuer, Umsatzsteuer, Haus- und Gewerbesteuern, Pflichtabgabe, Beleuchtung, Gas- und Wasser usw., ferner die am 15. September 1935 fälligen Haussteuern für August 1935 zu übernehmen.

§ 5

Über die Aktiven nach §§ 3 und 2 einerseits und die Passiven nach § 4 andererseits ist durch den Wirtschaftsprüfer Walter Löffler in Frankfurt a.M. eine Bilanz aufzustellen. Das Inventar wird zu dem Wert übernommen, der dem Betrag gleichkommt, welchen die übernommenen Schulden das Warenlager und die Außenstände übersteigen.

§ 6

Die Übernehmer haften für alle Verbindlichkeiten aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner.
Wiesbaden, den 31. August 1935

gez. Carl Brandt
Erich Krüger

(HHStAW, A 544)

Die Auswanderung jüdischer steuerpflichtiger Einkommensbezieher aus Wiesbaden, 1933-1941* **D 23**

	1933	*1934*	*1935*	*1936*	*1937*	*1938*	*1939*	*1940*	*1941*	*Unbekannt*	
England	1	0	3	1	1	5	11	0	0	0	22
Frankreich	5	3	2	1	0	6	5	2	0	1	25
Holland	4	0	3	2	1	5	4	0	0	1	20
Belgien	3	1	0	0	2	1	1	0	0	0	8
Luxemburg	0	1	1	2	0	1	2	0	0	0	7
Schweiz	0	0	0	1	1	1	1	1	0	1	6
Italien	1	2	0	1	1	0	0	0	0	1	6
Spanien	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Polen	0	0	0	1	1	3	3	0	0	0	8
SU	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
SCR	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Portugal	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	2
USA	0	1	2	5	10	23	21	5	9	2	78
Chile	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	2
Argentinien	0	0	0	1	2	2	1	0	0	0	6
Uruguay	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Peru	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Kuba	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Palästina	3	3	3	4	0	1	5	0	0	2	21
Indien	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	2
Südafrika	0	0	1	0	1	1	1	0	0	0	4
Australien	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	2
Unbekannt	2	1	0	2	2	15	37	5	4	2	70
	20	13	15	21	25	65	97	14	14	12	298

* Erfaßt sind nur Personen, die zu irgendeinem Zeitpunkt zwischen 1933 und 1941 steuerpflichtig waren, also z.B. nicht: Familienmitglieder (nichtverdienende Ehefrauen, Kinder), Wohlfahrtsempfänger, Jugendliche ohne Arbeitsplatz usw. Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen zwischen 1933 und 1941: 827. Die Statistik ist nur zurückhaltend zu interpretieren, da nicht alle Einkommensbezieher und damit auch nicht alle ausgewanderten Einkommensbezieher erfaßt sind. Trends sind aber erkennbar.

(Zusammengestellt nach Steuerakten: HHStAW, Abt. 865)

Pfingsttage 1930

Kameraden-Taunusgau.

Blau strahlt der Himmel, und die Sonne leuchtet hell. „Schnell aus den Betten, ihr Mädels!" Wir waschen uns an der Quelle. Bis jetzt ist's schön kühl. So schnell wie möglich machen wir uns von unserm Schlafort, dem Naturfreunde-Haus, auf, um hinunter ins Lager zu gehen. In unserer „eleganten" Morgenkleidung, dem Trainingsanzug, legen wir den Weg zurück. Es geht steil abwärts durch den Wald, an Wiesen vorbei. Wir tragen das Nötigste bei uns, damit wir am Tag nicht mehr hinaufzugehen brauchen.

Unten im Lager herrscht auch schon reges Leben; da und dort kriechen aus den Zelten noch einige Buben-Langschläfer. Aber die meisten haben schon große Wäsche am Bache gehalten. Viele sind beim Kakaokochen an der Kochstelle. Wir helfen Brote schmieren. In einer Ecke des Lagers sitzen Mädels und Jungens am Zelt und singen schon in aller Herrgottsfrühe. Da wird genäht, dort ein Fuß verbunden.

Das Frühstück ist gekocht. Das Lagerhorn ertönt. Wir treten alle in einem Viereck um den Lagermast an. Die Gruppen stehen immer zusammen. „Guten Morgen." Die Lagerfahne wird als Symbol des beginnenden Tages heraufgezogen. Möge dieser Tag wieder schön und sinnvoll werden! Wir gehen zum Essen. Die Gruppe, die Dienst hat, teilt aus. Wenn jeder einen Becher Kakao und ein doppeltes Brot hat, setzen wir uns. Wir fassen uns bei den Händen und dann wird angefangen zu frühstücken.

Freiwillige melden ich zum Spülen am Bache. Das ist keine leichte Arbeit, und man muß recht ordentlich dabei sein. Unsere Gruppe übernimmt es. Manch eine macht ein verzweifeltes Gesicht und ist nachher doch zufrieden. Die kleinste Arbeit im Lager ist schön, weil wir sie für die Gemeinschaft tun.

Nachdem wir mit Spülen fertig sind, geht ein Teil von uns in die Arbeitsgemeinschaft. Diese tagt gegenüber vom Zeltlager unter einer Buche, die wir „Judenbuche" genannt haben. Wir sind froh, gemeinsam etwas erarbeiten zu können und freuen uns, daß manche unter uns mehr wissen und uns bereitwillig davon mitteilen. Im Wald sitzen ein paar Jungens und Mädels. Sie schreiben nach Hause als gehorsame und wohlerzogene Kinder. Im Lager spielen kleine Mädels Völkerball. Sie müssen aber aufpassen, daß der Ball nicht an eine Zeltwand fliegt, sie bekämen sonst „großen Krach" mit den Zeltbesitzern.

Die Arbeitsgemeinschaft ist zu Ende. Alle gehen auseinander. Da läuft mir eins meiner Mädels entgegen: „Du, wollen wir nicht schwimmen gehen?" „Natürlich, immer, nur los!"

Wie sich das gehört, haben wir unterdessen unsere Toilette gewechselt. Jetzt ist der Turnanzug an der Reihe. Überall sieht man schwarze, blaue und rote Punkte. Manche tragen als „modernen Schal" ein Handtuch aus Angst vor „Brunnensand" (Sonnenbrand). Da reiben sich zweie gegenseitig mit Nivea oder gar ranziger Butter ein.

Unser Schwimmbad ist 5 Minuten vom Lager entfernt. Wir haben den Bach gestaut. Das Ergebnis davon ist: 1. ein Wasserfall (als Rückendusche zu gebrauchen), 2. ein Becken, in dem man vier bis fünf Stöße schwimmen kann. Immer sechs haben darin Platz. Aber wir sind trotzdem begeistert von unserem „Strandbad". Wir schwimmen sogar um die Wette.

Ach, du Schreck! Wir hören aus der Ferne das Lagerhorn. Schnell, schnell! Dauerlauf ...

„Alles antreten!" Die Post wird verteilt, und dann gibt's Mittagessen!! Wie immer natürlich ... Erbsen und Karotten. Aber als Nachtisch: Apfelmus! Fabelhaft!

In einer halben Stunde muß das Lager in Ordnung sein. Der hochwerte Herr Lagerleiter geht dann zur Besichtigung hindurch. Welches Zelt unordentlich ist, wird eingerissen. (Das ist aber nie vorgekommen.)

Jetzt fängt ein Leben und Treiben an. Alles wird aus den Zelten herausgeworfen und die Tornister (Affen) liegen nun alle in einer Reihe davor.

Auch wir Mädels machen Ordnung. Die Papiere kommen in die Abfallgrube. Das Lager „strahlt" vor Sauberkeit und wir nicht minder vor Freude. Mittags treffen sich die einzelnen Gruppen zum „Heim". Es ist schön, nach dem Zusammensein mit den vielen Andern auch mal wieder die engere Gemeinschaft der Gruppe zu spüren. Wir singen, lesen, unterhalten uns und spielen.

Jetzt ist Freizeit. Hier ist ein Mädel in ein Buch vertieft, dort spielen die Kleinen – andere, die sich nahe stehen, unterhalten sich.

Nach dem Abendessen ziehen wir uns alle für die Feier um.

Jede Gruppe hat ihre gemeinsame Kleidung: die Kluft. Wir sitzen im Kreis. Eine Gruppe erzählt uns von Walter Felx. Sie sprechen Gedichte, lesen aus seinen Büchern und spielen einige Szenen aus seinem „Bauernführer". Alles ist still, nur die Fackeln knistern.

Einige trennen sich ab von den anderen. Sie wollen noch auf Nachtfahrt gehen. Sie können nach solch einem Abend nicht gleich schlafen. Die Lagerfackel sinkt. Wir wünschen uns „Gute Nacht".

Die Jungen kriechen in die Zelte. Die Nachtwache zündet das Lagerfeuer an.

Wir gehen still durch den Wald. Einen Augenblick trete ich heraus auf die Wiese. Der Himmel ist ganz klar, die hohen Tannen stehen stolz und gerade wie Wächter um die Wiese. Der Bach rauscht leise.

Ich freue mich der Nacht, denn ich schlafe neben meiner Freundin.

Ganz still ist alles, und ich weiß, daß mir dieser Tag wieder viel Kraft gegeben hat.

Hannah Capell

(JWZ, 18.7.1930, Nr. 29)

Ein Elternabend der „Kameraden“ D 25

Kameraden-Elternabend am 28. November im Neuen Museum.

In meiner Erinnerung war der Lichtbild-Saal im Neuen Museum ein nüchterner, trister Raum.
Am letzten Sonntag dünkte er mir heiter und lebendig. Das schien durch das jugendfrische Publikum in weißen Hemden und bunten Kitteln, das teils als Gastgeber, teils als geladene Gäste den Raum füllte. Jugend wollte den Eltern von ihrem Leben in Wort und Bild mitteilen.
So ähnlich leitete der Ortsgruppenleiter der Knaben, Paul Mayer, den Abend ein, indem er die Erschienenen in knappen, doch herzlich gemeinten Worten willkommen hieß. Einheimische und Kameraden aus dem Gau waren anwesend, um gemeinsam zu feiern. Viele Vertreter anderer Bünde unserer Stadt waren gekommen zu sehen, wie's die „Kameraden“ treiben. Und das zeigte dann wirklich am besten der Film, der einen Kameraden-Bundestag (Neu-Aisel 1928) wiedergab. Aufmarsch, Zeltbau, Proviantbereitung, Beratungen und Spiele. Viel Gemeinschaft, viel Frohsinn, der durch primitive Lebensweise noch gesteigert war und so viele junge Menschen zusammenschließt.
Nord und Süd, Ost und West – alles ein Bund, gemeinsames Wollen auf vielerlei Wegen, zu einem Ziel: Erhaltung und Erneuerung. Gesunde Menschen an Leib und Seele, junge deutsche Juden, die das Leben bejahen, ihrer Abstammung und ihrem Land treue und neue Menschen schaffen wollen, die sich in Reinheit bewähren. Das Ziel adelt den Menschen, sie müssen aufwärts wollen, sonst führt ihr Weg vom Bunde weg. Und man glaubt es ihnen gern, den frischen, hoffnungsvollen Menschenkindern, – mögen sie so stark sein, daß sie der Alltag später nicht mürbe macht und bricht.
Die lustigen Weisen der kleinsten Pimpfe, die von ihrer jungen Dirigentin Paula Friedmann geleitet werden, bildeten nach dem gemeinsamen Begrüßungslied einen reizenden Auftakt.
Sie waren auch die Kanons der großen Mädels, welche dem Film folgten, unter Leitung von Hannah Capell klangsicher und melodisch, so daß sie schon anspruchsvolleren Ohren genügen konnten. Auch war die Wahl der Lieder geschmacklich sehr glücklich getroffen. Den jüdisch positiv Eingestellten erfreute das Zeugnis der Arbeit auf diesem Gebiet: ein hebräisches Frühlingslied. – Der Sprecher der Buben zeigte gute Nuancen: Rolf Waintraub, der Dirigent, hatte bestimmt beim Einstudieren kein leichtes Spiel.
Wenn gerade von Anerkennung die Rede ist, soll auch des wackeren, unermüdlichen Orchesters gedacht werden, das ungesehen, unerkannt und unentwegt muntere Weisen klampfte und sang und somit die frohen Bilder vom Bundestag geeignet untermalte und die rechte Stimmung schuf.
Die Ansprache eines Vaters (R.-A. Guthmann) vermochte vielleicht noch besser wie jene von Franz Marx die Eltern von der Richtigkeit und Wichtigkeit des Bundeslebens der Jugend zu überzeugen. Jugend miteinander – untereinander – in gegenseitiger Erziehung, in gemeinsamen Frohsinn sich weiterbringend zu einer freundlichen Unterordnung unter eine verpflichtende Idee. Stählung des Körpers und des Willens, Selbstzucht und Genügsamkeit, Ideale vor Augen, welchen Eltern sollte solche Erziehungsart nicht fördernd für ihre Kinder dünken?

(JWZ, Nr. 50, 13.12.1929, S. 6)

Schwarzes Fähnlein: „Wehrhaftigkeit“ D 26

K. Wongtschowski – Franz Marx, Anfang 1933

Es scheint mir wenig sinnvoll, auf jeden Einwand Fränzchens gegen die Wehrhaftigkeit und den Krieg einzugehen. Es kommt vielmehr darauf an, eine Weltanschauung und die auf ihr ruhende menschliche Haltung zu zeigen, die positiv zum Krieg steht. Eine Haltung, die um die Schwächen der Menschen und den Kampfcharakter des Lebens weiß und die Kämpfe und Explosionen im Leben der Völker, wie sie Kriege darstellen, als durch die menschliche Eigenart gegeben, hinnimmt. Eine Haltung, die sich nicht gegen den Krieg stellen kann, weil sie sich damit wider die Natur des Menschen stellte. ...
Hier erhebt sich die Frage: Darfst du töten? Wie soll, was dem Einzelnen verboten ist, der Gesamtheit erlaubt sein. Auch hier liegt eine schwere und tiefe Gewissensentscheidung. Ich stehe zu ihr so: Ich darf dann töten, das heißt, in den Krieg gehen, wenn mein Vaterland angegriffen ist. Die Position des Verteidigenden muß moralisch sauber sein. Es ist heute wohl möglich, in Gruppen zu denken und die Antwort auf die Frage nach der Berechtigung des Tötens lautet also: Wir dürfen es, wenn wir alle das Bewußtsein haben, daß wir angegriffen sind. Daß wir die geliebte Heimaterde, daß wir Mütter, Frauen und Kinder zu Haus verteidigen müssen. Wenn wir wissen, daß unsere menschliche und wirtschaftliche Existenz vom Feinde bedroht ist. Daß wir kämpfen müssen, um nicht unterzugehen.
Wir müssen uns aber auf das Schärfste von jenen säbelrasselnden Kriegshetzern distanzieren, die es in Deutschland heute gibt. Wir müssen jenen Geist, der nichts erstrebt als einen Revanchekrieg und die Vorbereitung dazu, entschieden ablehnen.
Wir müssen uns separieren von jenen nationalistischen Leuten, die jede Verständigung zwischen den Völkern unterbinden und sobald als möglich einen Krieg heraufbeschwören wollen.
Wehrhaftigkeit ist etwas ganz anderes als Säbelrasseln. Wer einmal wirklich dem Leben auf den Grund gesehen hat, weiß, daß sein tiefster Sinn Kampf ist. Wer je um eine Arbeit, einen Erfolg, um einen Freund oder eine Liebe gekämpft hat, weiß, daß der Kampf mit sich, mit der Sache, und mit dem Anderen das ist, woran wir bedingungslos unsere besten und tiefsten Kräfte setzen. Und wem es je beschieden war, in einem solchen Kampf Sieger zu sein, weiß, daß

hier das Glück liegt. Daß von hier die Kraft kommt zu jedem Beginnen, zu jeder Arbeit und zum Leben überhaupt. Weiß, daß hier der beste Sinn unseres Lebens liegt. Ein Erfolg, der uns ohne Mühe in den Schoß fällt, gilt uns nichts. Wir wollen alles, was wir besitzen, uns erarbeitet und erkämpft haben, weil es sonst seinen Sinn für uns verliert. Aus dieser Haltung erklärt sich auch der Name unseres Bundes: Schwarzes Fähnlein. Wir bejahen den Kampf, weil er uns notwendiges Element des Lebens bedeutet. Wir bejahen das Leben, weil wir den Kampf bejahen.
Von hier bis zu einer positiven Einstellung zum Gedanken der Wehrhaftigkeit ist nur ein Schritt. Wir erkennen alles an, was uns für Lebenskampf vorbereitet, stärkt und stählt. Wir wissen, daß wir uns im Leben auf allen Gebieten zu bewähren haben und nehmen dankbar jede Schulung an. Besonders dann, wenn sie uns in körperlichen Dingen systematisch ertüchtigen will, was durch das in-den-Vordergrund-stellen des Verstandes seit dem Bestehen der Weimarer Republik vernachlässigt wurde.

(Archiv, Kibbuz Hasorea)

D 27 Eine zionistische Arbeitsgemeinschaft

Lieber Freund!
Du weißt, daß hier in Wiesbaden an jüdischen Versammlungen kein Mangel ist. Samstag abend gab es mal etwas, was den üblichen Rahmen zu sprengen suchte. Eine bisher unbekannte „Arbeitsgemeinschaft jüdischer Jugend" (Adresse Benno Godel), durch die Namen der Leiter, Dr. Landsberg und E. Schmulewitz (der neue hebräische Lehrer), als mehr oder weniger zionistisch gekennzeichnet, wollte sich mit der jüdischen Jugend über „Die jüdische Jugend und der Kampf um die Freiheit" aussprechen. Es erschien zum größten Teil ostjüdische Jugend, die sich im ganzen passiv verhielt. Ein paar Orthodoxe beider „Kulturen" (du siehst, die Gruppenbildung vollzieht sich nicht gerade logisch) und die fast ausnahmslos zionistischen Erwachsenen standen im Hintergrund. Die westjüdische bzw. assimilatorische Vertretung bestand in der Hauptsache aus den Mädels des deutsch-jüdischen Wanderbundes „Kameraden" unter Führung, aber keineswegs Vormundschaft des Primaners Paul Meyer. Die Verschiedenheit der Voraussetzungen mag dir durch ein kleines Mißverständnis illustriert werden: Das „deutsch-jüdisch" im Namen der „Kameraden" wurde in einer Nebenbemerkung von ostjüdischer Seite im Sinne einer Rangordnung aufgefaßt: „Also, zuerst das Deutsche." Grammatisch, historisch und im Bewußtsein der Bundesmitglieder aber will jener Ausdruck gerade die Untrennbarkeit der beiden Qualitäten, die Unmöglichkeit des Abwägens aussagen. In Anbetracht solcher Fremdheit ist das Ergebnis des Abends, in irgend einer Form bald wieder zusammenzukommen, doppelt erfreulich. Herr Dr. Landsberg wollte übrigens von der Fremdheit nicht allzuviel wissen. Er glaubt, daß die gemeinsame Schule im wesentlichen gemeinsame Voraussetzungen geschaffen habe.

Die Methode des Abends wird dich auch interessieren, Herr Schmulewitz hielt kein Referat, stellte noch nicht einmal Thesen auf, sondern skizzierte in ganz allgemeinen Ausdrücken, die z.T. den zionistischen Geschichtsdarstellungen, z.T. dem Phrasenvorrat der Jugendbewegung entstammten, die neue Arbeitsgemeinschaft und stellte „Alles" zur Diskussion, die gesamte Lage, die „Not" der jüdischen Jugend in Deutschland. Der Drang, sich vor 80 Menschen über Alles, d.h. über sich auszusprechen, war nicht groß, immerhin unterhielt man sich. Die Frage, was der Zionist den Nationalsozialisten zu antworten habe, blieb unbeantwortet.
Dagegen starteten die beiden Geburtshelfer zu Kurzreferaten. Herr Schmulewitz trug die Geschichte der Assimilation als eines Unglücks, nämlich als einer unabwendbaren schädlichen Veränderung der Lage der Judenheit vor. Herr Dr. Landsberg skizzierte seine deutsche Stellung als die eines zum Zionismus gekommenen Westjuden. Sein ursprünglicher Glaube an die deutsch-jüdische Synthese scheint den entscheidenden Stoß durch die berüchtigte Judenzählung im Herbst 1916 erlitten zu haben. Von der jüdischen Jugend verlangt er Entscheidung für das Judentum, d.h., wenn ich richtig verstanden habe, für die Zukunft in Palästina, und, wenigstens zunächst, Aufgabe des Deutschtums, soweit es nicht Staatsbürgertum ist. Die Analyse und diese Entscheidung öffnen den „Weg zur Freiheit", auch in deutschen Dingen. Der Zionist nämlich erkennt seine Grenzen im Deutschen, kommt dann vielleicht zu einer Vertiefung des deutschen Erlebnisses. Für den Nichtzionisten stehen die Grenzbalken auch, aber er erfährt erst durch das Anrennen an sie jedesmal wieder, wo sie sind.

Dr. Landsbergs Darlegungen machten ungemein tiefen Eindruck und eröffneten vielen Anwesenden neue Perspektiven. Ihm allein ist es wohl zu danken, wenn der Versuch dieses Abends fortgesetzt wird. „Zu danken" sage ich auch als Gegner dieser zionistischen Gedankengänge, weil ich jedes Zusammentreffen der verschiedenen jüdischen Gruppen zwecks Behandlung so unzweifelhaft speziell-jüdischer Angelegenheiten als Mittel zur Bildung einer wirklichen Gemeinde begrüße – und weil auf zielbewußte Aktivität der hiesigen liberalen Organisation doch nicht zu hoffen ist.
Wenn ich wieder von der „Arbeitsgemeinschaft" höre, berichte ich dir weiter. Unterdessen laß es dir gutgehen und sei gegrüßt von deinem

L.L.

(JWZ, Nr. 51, 19.12.1930)

Leo Hofstedter (Habonim Noar Chaluz) **D 28**

F.: Welche Tätigkeiten haben Sie ausgeführt und mit welchen haben Sie versucht, Kinder heranzuziehen?
Hauptsächlich durch Heimabende, Lieder, Gespräche. Erst nach zwei, drei Abenden haben wir versucht, sie mit dem Gedankengut des Zionismus im weiten Sinne bekannt zu machen und sie so persönlich zu beeinflussen, daß sie doch mehr Juden sind als Deutsche. Wir sagten, die Juden seien anders und auch, wenn sie versuchten, es nicht zu sein, betrachtete man sie als Andersartige. Das war immer wieder unser Hauptargument. Es sei gar nicht wichtig, wie wir uns sähen, wichtig ist, wie die Deutschen uns sähen.
Wir haben auch jeden Sonntag Fahrten oder Ausflüge unternommen, schon immer. An jüdischen Feiertagen waren wir gewöhnlich in unseren Heimen.
Einmal in der Woche hatten wir Hebräisch-Unterricht, einmal einen Nachmittag, wo wir kleine zionistische Broschüren lasen oder den Kindern erzählten. D.h. in der Woche kam man 3-4mal zusammen.
Unsere Gruppe war gemischt, Jungen und Mädchen. 1933 hatten wir auch ein Fahrtenhemd, blau-grau mit einer Nadel. Wir bemühten uns, so unauffällig wie möglich zu erscheinen. Wir versuchten nicht, der Bündischen Jugend zu gleichen oder der HJ aufzufallen. Wir sangen auch meist deutsche Lieder. Hebräische Lieder sangen wir meistenteils nur in geschlossenen Räumen. Jede Gruppe hatte aber einen Wimpel mit dem B von Habonim und dem Magen David. Jeder Erwachsene hatte einen Führerausweis der Polizei, um zu belegen, daß wir wandern durften.
Man war doch gedrückt und hatte Angst vor Zusammenstößen.
Vier/Fünf Erwachsene sind einmal von Nazi-Rowdies überfallen worden, einmal, als wir von der Synagoge kamen und ein anderes Mal, so mit Schlagringen. Wir gingen zur Polizei. Diese sagte: Machen Sie doch kein Aufhebens davon!
Wir hatten noch Kontakte mit jüdischen Gruppen in Mainz, Mannheim und Frankfurt und Umgebung, besonders, wenn es möglich war, einen mehrtägigen Ausflug zu machen.
Unser Heim war in einer Betstube der Avat Zion, die nur Freitagabend und Schahbat frequentiert wurde. Auch der Freitagabend nach dem Gottesdienst stand uns zur Verfügung. Eigentlich waren wir die Hauptnutzer des Hauses. Vor dem Tora-Schrein war ein Vorhang, so daß nicht zu sehen war, daß es ein Bethaus war.

(Interview L.B. mit Hofstedter, Haifa/Israel, 15.4.1981)

Auf Hachscharah **D 29**

E. Tiefenbrunner, Wiesbaden
Rheinstraße 101

Wiesbaden, den 10. März 1936

An die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden e.V.
Oranienburgerstr. 69
Berlin N 24

Sehr geehrte Herren!
Ich gestatte mir, heute mit folgender Bitte an Sie heranzutreten und hoffe, daß Sie mir in dieser Angelegenheit behilflich sein können. Es handelt sich hierbei um folgendes:
Ich betreibe hier in Wiesbaden seit etwa 15 Jahren ein Lebensmittel- und Kolonialwarengeschäft. Das Geschäft bringt gerade soviel, daß ich mich mit meiner 9-köpfigen Familie durchbringen kann, ohne daß es mir jedoch möglich war, bisher etwas zu ersparen. Da das Geschäft sich nur auf einen jüdischen Kundenkreis erstreckt und dieser durch Wegzug immer mehr dezimiert wird, wäre es sogar unmöglich, mich durchzubringen, wenn nicht zweier meiner Kinder etwas verdienen würden. Nun ist jedoch auch dies nicht mehr der Fall, da einer derselben auf Hachscharah gegangen ist. Jedoch würde mich all dies nicht veranlassen, an Sie heranzutreten, wenn nicht folgender Umstand eingetreten wäre.
Meiner Tochter im Jahre von 26 Jahren bietet sich die Möglichkeit, sich zu verheiraten. Jedoch wären zur Einrichtung usw. etwa RM 2000,-- notwendig. Wie ich Ihnen bereits oben klargelegt habe, ist es mir jedoch nicht möglich, auch nur irgendeine Summe aus dem Geschäft herauszuziehen. Wie sehr es mich bedrückt, meiner Tochter hierdurch die Möglichkeit zu einem Lebensglück zu versperren, kann ich Ihnen schlecht schildern. (Erschwerend fällt hierbei ins Gewicht, daß durch diesen Umstand schon mehrere Bewerber sich zurückzogen. Meine Tochter ist nunmehr 26 Jahre und muß befürchten, dadurch niemals in der Lage zu sein, eine Familie gründen zu können.)
Ich würde Sie daher inständigst bitten, mir ein Darlehen in der erwähnten Höhe zu leisten, das ich in Raten zurückzahlen würde. Für Bürgen könnte ich evtl. sorgen. Es wäre mir sehr, sehr viel geholfen, wenn es Ihnen irgendwie möglich wäre, mir zu helfen. Ihrer baldigen Antwort sehe ich entgegen und bin mit herzlichstem Dank im voraus

Ihr ergebener gez. E. Tiefenbrunner

P.S: Ich muß vielleicht noch hinzufügen, daß ich erwerbsbehindert bin, da ich bereits seit 17 Jahren vollkommen erblindet bin.

(HHStAW 483 – 10126)

D 30 Nationalsozialistische Theaterkultur in Wiesbaden
NSDAP Kreisleitung Wiesbaden

Geleitwort im Programmheft des Nass. Landestheaters

Mit dem siegreichen Durchbruch der nationalen Revolution, mit dem Erwachen des deutschen Geistes ist auch die Wiedergeburt des Theaters auf national-völkischer und sozialer Grundlage auf das unmittelbarste verknüft. Die vergangenen Jahrzehnte des Verfalls und der bewußten Zersetzung sind, wie auf politischem Gebiet, so auch auf kulturellem, durch den Nationalsozialismus endgültig überwunden und gebrochen.
Als einer der vornehmsten Träger unserer Kultur wird und muß das Theater eine allgemeine Volksangelegenheit werden, die einen jeden angeht. Seine hohe Aufgabe kann unsere Bühne nur dann erfüllen, wenn unsere Bevölkerung in allen Schichten den lebhaftesten Anteil an den Darbietungen unserer beiden Häuser nimmt. In enger Gemeinschaft mit dem Volke, dienend und aufbauend am Vaterlande wird dann das Theater zum Segen aller seinen hohen Zweck erfüllen.

(StAW, D 39)

D 31 Von der „Unmöglichkeit" gemeinsamer „deutscher" und „jüdischer" Erziehung

Wiesbaden, den 24. Okotber 1936

Der Oberstudiendirektor des Staatlichen Gymnasiums
und Realgymnasiums
Mosbacher Strasse 1
Fernsprech-Anschluss 26265
Tgb. Nr. 842

Sehr geehrter Herr Rosenbusch!

Die Unterprima, in die Ihr Sohn vor einer Woche eingetreten ist, hat sich heute mit der Bitte um eine Rücksprache an mich gewandt: Sie hat darin zum Ausdruck gebracht, daß es ihr unmöglich ist, einen jüdischen Mitschüler in die Klassengemeinschaft aufzunehmen. Sie beruft sich auf die Erziehungsgrundsätze der Hitlerjugend, die in der Schule zu verleugnen nicht in ihrer Macht steht und sie auch nicht gewillt sind. Bei dieser ablehnenden Haltung, die ich anerkennen muß, bitte ich Sie, auch um Ihres Sohnes selbst willen, Ihren Sohn nicht wieder in die Schule zu schicken.

Mit deutschem Gruß !

* *Anmerkung.* Im Dezember 1936 besuchten 517 Schüler das Staatliche Gymnasium und Realgymnasium in der Mosbacher Straße. Davon waren 14 Mitglieder in der SA, SS oder NSKK, 463 waren Mitglieder in der HJ oder JV. 10 waren „Nichtarier" und weitere 30 traten aus anderen Gründen den NS-Gliederungen nicht bei.

(Schularchiv Gutenberg-Gymnasium, Wiesbaden: F4)

D 32 Ein Jahr jüdische Schule

Am 18. Mai war es ein Jahr, daß unsere Schule ins Leben trat. Wenn es noch eines Beweises für die Berechtigung und die Notwendigkeit der Schule bedurft hätte, ein Jahr Schularbeit hat diesen Beweis erbracht. Man braucht nur unsere Kinder auf dem Schulweg zu begleiten, auf dem Schulhof oder der Unterrichtsstunde zu beobachten, um festzustellen, wie die Schule ein Ort geworden ist, an dem unsere Kinder, losgelöst von den Sorgen der Eltern und der Gemeinschaft, sich selbst leben, echte Gemeinschaft mit ihren Lehrern, ein Ort, an dem sie ihr wahres Selbst finden, der ihnen später als Ausgangspunkt des Sichglücklichfühlens in der Welt erscheinen wird. Man braucht nur in die Schularbeit einen Blick zu tun, um zu erkennen, wie die Schule mit den neuen besonderen Problemen und Aufgaben, die der jüdischen Schule gestellt sind, ringt und sie einer glücklichen Lösung näher bringt. Das Gesicht der neuen jüdischen Schule ist erst im Werden begriffen; in verantwortungsbewußter, pädagogisch fundierter Arbeit muß die Aufgabe aus der gesamtjüdischen Wirklichkeit erkannt und aufzulösen versucht werden. Da gilt es, altgewohntes Bildungsgut auszuscheiden, neues einzusetzen, auf der einen Seite der Gefahr der geistigen Pauperisierung zu begegnen, auf der anderen Seite die Überleitung unserer Jugend in praktische Berufsausbildung anzubahnen. Gerade die letztere Aufgabe ist Neuland für Schulen. Unsere Schule sucht sie, außer durch Aufnahme von Englisch, Hebräisch und Buchführung als Unterrichtsfächer, besonders durch Einführung von drei neuen Unterrichtsgegenständen zu lösen: Gartenbau, Hauswirtschaft und Werkstattarbeit.

Nachdem der Vorstand der Gemeinde den ca. acht Ar großen Garten vor der Schule gepachtet und der Schule zur Verfügung gestellt hatte, gingen wir an die Bestellung: Arbeiten werden von den Kindern unter Anleitung selbst ausgeführt. Da wird gegraben, gehackt, gesät, gepflanzt, gejätet usw. Und wer einmal den Ernst und die Fröhlichkeit bei der Arbeit sehen, wer wahrnehmen kann, wie die Kinder nach und nach dem Werkzeug vertraut werden, wie sie sich die Fachkenntnisse aneignen, wie sie miteinander beraten, ob die Erbsen schon gereisert, die Bohnen gehäufelt, die Gurken nach dem vierten Blatt gehackt werden müssen, oder wer die Zuschauer am Gartenzaun belauscht hat, der wird erkennen, welche Bildungswerte gerade für unsere Kinder in diesem Unterrichtsgegenstande liegen.
Die Mädchen des 8. Schuljahres überlegen schon, was sie aus dem Garten für den Kochunterricht gebrauchen können: denn der hauswirtschaftliche Unterricht hat für sie schon in der letzten Maiwoche begonnen.
Voll Ungeduld erwarten die Jungen den Unterricht in der Werkstatt. Wir hoffen, auch mit diesem bald beginnen zu können.
So tritt die jüdische Schule in ihr zweites Jahr mit dem Blick auf ihr Bildungsziel: Jüdische Menschen heranzubilden, die, auf sich selbst gestellt, überall der Aufgabe gewachsen sind, als Juden zu leben und mit allen beruflichen, sozialen und kulturellen Problemen fertig zu werden, die darüber hinaus imstande sind, ihren Beitrag zur Förderung der menschlichen Kultur und des menschlichen Geistes zu leisten.

M.R.

(MB, Nr. 12, 18.6.1937)

Claus K.: als jüdischer Junge in einer „deutschen" Schule **D 33**

Wiesbaden, den 4. Mai 1957 / Adelheidstr. 54, Tel. 22401

Ausführlicher Lebenslauf (Auszug)

Am 22. April 1925 wurde ich als 2. und jüngster Sohn des Kaufmanns Emil K. und dessen Ehefrau Therese, geb. Schwarz in Mainz geboren. Mein Vater war schon seit 1902 in Wiesbaden als Inhaber eines Fliesengeschäftes (Verlegung von Wand- und Bodenplatten mit Baustoffhandel) ansässig. Mein älterer Bruder Emil wurde 1921 in Wiesbaden geboren. Meine Eltern lebten in einer Mischehe, denn mein Vater war evang. (sog. arisch) und meine Mutter Jüdin.
Mein Bruder und ich waren also Halbjuden und später während der Hitlerzeit als Mischlinge I. Grades bezeichnet. All diese Umstände überschatteten in den Jahren 1933-1945 das Leben unserer Familie, und ich will jetzt der Reihe nach eine genaue Schilderung unseres Daseins abgeben. ...
Seit Ostern 1931 besuchte ich die Volksschule und es blieb ab 1933 nicht aus, daß ich aufgrund meiner jüdischen Abstammung von den Mitschülern entsprechend gehänselt wurde.
Kinder sind ja in mancher Beziehung etwas grausam, und ich wurde zum Außenseiter der Klassengemeinschaft gestempelt. Ich selbst besuchte die Volksschule 5 Jahre, denn ich wurde bereits 1935 im Gymnasium nicht mehr aufgenommen. Meinen Eltern gelang es jedoch, mich ab Ostern 1936 in der Mittelschule unterzubringen, in die ich dann 3 Jahre ging. Zur mittleren Reife bekam ich keine Zulassung; ich verließ die Schule sehr frühzeitig, da man mich nicht länger halten konnte und die Überweisung in die jüdische Schule in Betracht zog. Meine 3 Mittelschuljahre bezeichne ich als die schrecklichste Zeit meiner Jugend. Hier war ich komplett der Außenseiter der Klasse, ich war allein und hatte keinen Leidensgenossen. Auf Befragen jeden neuen Lehrers mußte ich stehend im Blickfeld aller Mitschüler erklären, warum ich nicht in der Hitlerjugend sei. Ich stammelte immer blutrot im Gesicht mein Sprüchlein „Halbjude und jüd. Mutter", war der Mittelpunkt schadenfrohen Interesses. Die Jungens waren damals verblendet und daher grausam zu mir. Ich war verschüchtert, konnte mich nur wenig zur Wehr setzen und mußte mir alles gefallen lassen. Der damalige Lehrplan mit den entsprechenden Aufsatzthemen (Warum ist der Jude der Feind des deutschen Volkes?) war auch nicht dazu angetan, Sympathie für mich zu erwecken. Es war die Zeit, wo die Hitler-Siege (Einmarsch in Österreich etc.) in der Aula oder Turnhalle groß gefeiert wurden. Alle Schulklassen erschienen uniformiert, und ich stand allein in normaler Kleidung dabei. Von allen Seiten ergingen spöttische Bemerkungen, und ich spielte eine traurige Rolle, die heute vielleicht einem Neger-Mischling in der Schule zufällt.

(Slg. Bembenek)

28. Oktober 1938: Wiesbadener Juden nach Polen abgeschoben **D 34**

Bentschen

Meine innigst geliebten Eltern!
Was wir in den letzten 14 Tagen mitgemacht haben, könnt Ihr Euch gar nicht vorstellen. Freitag vor 14 Tagen, am 28.10.38, 10 Uhr erschien ein Polizist bei mir und sagte, ich möchte gleich mit meinem Paß zur Polizei kommen. Dort wurde mir erklärt:
„Sie erhalten Ihren Paß demnächst wieder zugestellt." Kurz nach 11 holte die Oma das Fleisch (?) von der Post ab. Kurz nach 11 erschienen zwei Polizisten bei mir und erklärten: „Sie müssen sofort mit Frau und Kind zur Polizei

kommen." „Was ist denn passiert?" „Ja, das wissen wir nicht." „Das müssen Sie doch wissen. Wenn ich mit der Familie kommen muß, dann werden wir ausgewiesen. Etwas anderes kann ich mir nicht denken." „Wir wissen gar nichts. Das kommt vom Landratsamt. Los, los. Nehmen Sie sich einige Butterbrote mit. Wir haben keine Zeit."
Auf der Polizei erklärte uns derselbe Lügner: „Der Paß wird Ihnen in Kürze wieder zugestellt. Ihr seid doch Polen. Nun kommt Ihr auch nach Polen." Mit diesen ironischen Worten überreichte er mir einen Wisch, der sich polizeiliche Verfügung betitelte. Da stand: „Mit sofortiger Wirkung wird Ihnen, Ihrer Frau und Ihrem Kind der Aufenthalt in Deutschland verboten. Mit Aushändigung dieser Verfügung wird die Abschiebungshaft über Sie verhängt."
Wir waren also verhaftet. Oma durfte in Begleitung eines Polizisten noch zwei Koffer mit einigen Brocken holen. Zeit zum Packen ließen uns die braunen Hunde nicht. Ich erklärte: „Am Sabbat betrete ich keine Eisenbahn." „Widersetzen Sie sich keinem Beamten, sonst werden Sie erschossen", gab man mir zur Antwort. Um 1/2 2 mußten wir in Hamm sein. Die beiden Polizisten brachten uns in einem Limousinenwagen vom Briloner Rathaus, und ab gings nach Hamm. Hier wurden wir dem staatlichen Polizeigefängnis übergeben und in eine Zelle eingesperrt. Brot mit Schweineschinken und ein Krug Wasser wurde uns gebracht. Klein Reginchen bekam von dem aufregenden Schrecken ständig Schreikrämpfe und wollte seine Freiheit haben. Zum Glück hatten wir noch zwei kleine Brötchen, über die ich, nachdem ich geopfert hatte, Kidusch machte. Das war unser Freitag Abend am 10.8.1938.

Lb. Irma schmiß sich auf eine Pritsche und weinte sich die Augen rot. Ich schwieg und lief auf und ab. Um halb 7 wurde die Tür geöffnet. Los, los, fertig. Und mit Gewalt „Los, los, fertigmachen. Sie kommen weg."
Im Gefängnishof mußten wir einen Gefangenenwagen besteigen. Lb. Irma meinte: „Müssen wir da hinein?" „Ist Ihnen das nicht gut genug", schrie der Lump, schmiß die Tür zu, und schon waren wir wieder eingesperrt. Am Bahnhof hielt der Rumpelkasten.

„Jetzt müssen Sie raus!" Unter strenger Bewachung führten uns die braunen Verbrecher zum von Essen kommenden Sammelgefangenentransport, dem wir zugeteilt waren. In jedem Abteil saßen vier Polizisten mit geladenen Karabinern. Aus dem Fenster lehnen war uns verboten. Sabbat morgen waren wir auf der deutschen Grenzstation Bentschen. Jetzt begann die Leibesvisite nach Geld. Viele mußten noch ihre letzten Scheine hergeben. Als der Schuft zu mir wollte, erscholl das Kommando: „Alles aus dem Zug!" So verblieb ich hiervon verschont. Dann mußte die ganze Kolonne, ca. 1.000 Menschen, mit Gepäck zur 10 km entfernten Grenze zu Fuß marschieren. Unser Kind war sehr tapfer und hielt ca. 6 km allein durch. An der Grenze postierten sich mehrere hundert deutsche Polizisten vom Überfallkommando mit Maschinengewehren und Bajonetten hinter uns und versuchten, uns mit Gewalt über die Grenze zu treiben. Hinter dem geschlossenen Grenzbaum standen die polnischen Grenzjäger und gaben uns keinen Einlaß, da sie keinen Befehl hierzu hatten und von nichts wußten. Denn die braune Pest führte den Massenabschub dieser 50.000 in aller Heimlichkeit durch. So trieb uns die braune Pest seitlich des Grenzbaums über einen Graben, durch Wald und Büsche, unter Schreckschüssen unter verbrecherischer Weise über die polnische Grenze. Nun mußten wir noch einige km zur hiesigen Grenzstation zurücklegen, wo wir nun seit 14 Tagen ein elendiges Zigeunerleben führen und die Stadtgrenze nicht verlassen dürfen.
Hier liegen ca. 8.000 Menschen in Sammellagern auf Strohsäcken. Wir wohnen gottlob privat. Mit Lebensmitteln versorgt uns das Warschauer Komitee ganz vorzüglich, aber an Geld und Kleidung mangelt es sehr. Klein Reginchen weiß gar nicht, was los ist. Wir hoffen, so Gott will, nach USA zu kommen. Ida hatte noch Glück. Sie wurde über einen anderen Grenzübergang nach Kattowitz abgeschoben und ist schon 14 Tage in Warschau bei Schewa. Von Tante Gette bekam ich gestern ein Pfund Sterling. Wir sind, gleich einem nichtsahnenden Passanten, von einem Straßenräuber von den braunen Horden und Mordbrennern in fiester und brutalster Weise überfallen worden. Wenn sie uns eine Frist von sechs Monaten gestellt hätten, hätte man noch von Rücksicht minimalster Art sprechen können. So Gott will, kommen wir bald weg von hier, denn hier kann es mir nicht gefallen. Sorele und Paul sind auch in Warschau, Rosa in Lodz und Jakob in Paris. Wie es in Deutschland zugeht und was sich dort in den letzten Tagen abgespielt hat, werdet Ihr sicher in der Presse gelesen haben.
Unsere ganze Wohnungseinrichtung und alles, was wir besitzen, mußten wir zurücklassen. Wenn wir wenigstens von hier weiter dürften, dann wäre es nicht tragisch. Tante Gette hat mir versprochen, daß sie mir Geld schickt, solange ich in Polen bleiben muß.
Eine Existenz werde ich hier wohl nicht finden. Ach ja, wir haben ein Stückchen Leben hinter uns. Von dem macht sich nur der einen Begriff, der die Geserres und die unheilvollen Tage miterlebt hat. Viele wurden wahnsinnig. Einer hat sich unter den Zug geschmissen. Blinde, Taubstumme, Altersheiminsassen und Wöchnerinnen kurz nach der Entbindung wurden über die Grenze geschafft. Briefmarken und Lebensmittel, Mietzuschuß stellte das Komitee. Gebt bitte sofort Antwort.
Philipp Goldmann, Bentschen, Polen, Senatorka 25
mit herzlichen Grüßen und Küssen bin ich Euer Euch liebender Philipp.

Habt Ihr meine Karte erhalten?
Liebe Eltern!
Auch ich schließe mich den Zeilen lb. Philipp an und sende Euch herzliche Grüße.
Eure Euch liebende Irma. Unser Kind hat eben (geweint) und will immer nach Hause. Es ist einfach traurig, über Nacht zum Bettler geworden zu sein.

(Slg. Bembenek)

Der Pogromtag in Biebrich

D 35

Die Übergriffe begannen damit, daß am 10. November 1938 mit Tagesbeginn eine Personengruppe die Biebricher Synagoge erbrach und das Innere verwüstete. Aufgrund dieses Ereignisses waren an diesem Morgen bereits sehr viel Leute in den Biebricher Straßen unterwegs. Etwa gegen 8 Uhr versammelte sich eine große, zahlenmäßig kaum schätzbare Menschenmenge vor dem Konfektionshaus der jüdischen Kaufleute Halberstadt und Bloch in der Hopfgartenstraße 13. Nachdem einige Leute Backsteine gegen die Fenster und Türen geworfen hatten, drang eine Anzahl von ihnen in das Haus und in die im ersten Stock dieses Hauses gelegenen, einzigen Wohnungen der beiden Geschäftsinhaber ein. Die Möbel wurden durcheinandergeworfen und größtenteils völlig zerstrümmert.
Während die jüdischen Wohnungen Biebrichs nacheinander heimgesucht wurden, erschien gegen Mittag eine große Menschenzahl in der Rathausstraße. Sie versammelte sich vor dem Grundstück Nr. 44. Unter Drohrufen drang ein Teil in die im ersten Stock gelegene Wohnung des jüdischen Apothekers Oppenheimer und zerstörte das gesamte Inventar. Nachdem der größte Teil zerschlagen war, wälzte sich die Menge zum Haus Nr. 69, in dem der jüdische Getreidehändler Oppenheim wohnte. Von da aus ging es vor das Haus Nr. 8 des Kaufmanns Lewy. In beide Wohnungen drang von den unten versammelten Leuten eine Anzahl ein und verwüstete die gesamte Inneneinrichtung.
Im Verlaufe des Nachmittags erschien auch in der Elisabethenstr., vor dem Haus des jüdischen Kaufmanns Stern, eine große Menschenmenge. Unter den Rufen „Wo ist der Jude? Wir schneiden ihm den Hals ab!" drang ein Teil von den Leuten mit Gewalt in die Stern'sche Wohnung. Der Zeuge Stern war zu dieser Zeit nicht in seinen Räumen. Die Eindringlinge trafen ihn in der Wohnung seines nichtjüdischen Schwiegersohns Teidicksmann im Parterre. Einige Leute nahmen Stern fest und brachten ihn mit einem Lastkraftwagen zur Polizeiwache. Anschließend wurde die Wohnung Stern zerstört. Sämtliche Küchenmöbel wurden zerschlagen, das Geschirr zertrümmert und die Federbetten aufgeschlitzt.

(HHStAW 468 – 260, Bd. 3)

Ärztliches Gutachten eines schwedischen Krankenhauses betr. Sally Kahn

D 36

Wie in früheren Unterlagen geschildert, wurde K. gelegentlich der „Kristallnacht" im November 1938 verhaftet. Er wurde auf einem Bahnhof verhaftet bei seinen Versuchen, seine Ehefrau zu erreichen, welche weggereist war. Den ganzen Tag lang mußte er ohne Essen aufrechtstehen, ohne über sein Schicksal etwas zu wissen. Am Abend wurde er zusammen mit einer Schar anderer Juden in Eisenbahnwagen eingepfercht. Sie wurden nach Weimar gebracht und weiter mit dem Lastauto nach Buchenwald. K. erinnert sich, daß er in Buchenwald nebst Mitgefangenen damit beschäftigt wurde, Bretter zu sägen und Baracken zu bauen. Sie waren Schlägen und Mißhandlungen ausgesetzt, insbesondere seitens der „Kapo". Nachdem so allmählich die Baracken errichtet waren, wurden Lautsprecher aufgestellt, aus denen ständig Geräusche aus der Folterkammer mit Schreien und Schlägen ertönten. Über das Eintreffen in Buchenwald erinnert er sich, wie die Gefangenen nach mehreren Hungertagen zur Suppe mit geräuchertem Walfischfleisch geboten wurden. Im Anschluß an die Mahlzeit wurden die meisten krank mit Durchfall, der so heftig auftrat, daß die Entleerung in deren Hosen ging. Sie wurden danach gezwungen, sich in ihren eigenen Stuhlgang zu setzen, und es wurde ihnen keine Gelegenheit geboten, sich sauber zu halten. K. beschreibt das Essen im Konzentrationslager als sehr minderwertig. Hygienische Einrichtungen gab es überhaupt nicht, aber trotzdem wurden die Gefangenen durch das Wachpersonal mit Schimpfworten überschüttet, daß sie sich nicht sauberhalten würden. K. berichtet, daß er fast tagtäglich Zeuge für die Mißhandlungen und Quälereien an seinen Mitgefangenen wurde. Er bekam auch Gelegenheit mitanzuschauen, wie schwer mißhandelte Gefangene Spritzen erhielten, welche daran starben. K. lebte in dieser Zeit in einer ständigen Angst, die einen Höhepunkt erreicht etwa 14 Tage vor seiner Freilassung aus dem Konzentrationslager. Hierüber berichtet er folgendes: Eines Abends hörte er aus den Lautsprechern, aus denen meist Geräusche ertönten, von gequälten und gemarterten Menschen, die Aufforderung: „Jude K. antreten am großen Tor!"
K. gibt an, ein solcher Hervorruf bedeutete in der Regel, daß der betreffende Gefangene hingerichtet werden sollte. Er begab sich also allmählich zu derjenigen Stelle, wohin er befohlen war. Er war gezwungen, dort die ganze Nacht zu stehen, ohne Bescheid darüber, was mit ihm geschehen würde, und selbst in der festen Überzeugung, daß nunmehr sein letztes Stündchen gekommen wäre. Am Morgen wurde er gefragt nach dem Namen seiner Ehefrau, seiner Mutter und anderer Verwandter. Er war darauf gefaßt zu vernehmen, daß diese tot wären, als schließlich der Bescheid kam, er würde aus dem Konzentrationslager herausgelassen.
Er sagt, er habe sich in einer derartigen Verfassung befunden, daß er überhaupt nicht begriff, was diese Mitteilung bedeuten würde. Nach der schweren nächtlichen Todesangst klappte er kollapsartig zusammen. Die letzten 14 Tage im Konzentrationslager wurde K. etwas besser behandelt. Er bekam allmählich besseres Essen, und man sorgte dafür, daß seine Wunden infolge Mißhandlungen abheilten. Er begab sich nach Wiesbaden, wo er feststellte, daß sein ganzes Eigentum von der Gestapo beschlagnahmt war. Nachdem er wegen Blinddarmentzündung, an welcher er erkrankt war, operiert wurde, fuhr er nach Schweden. Nachdem ihm in Sassnitz sein Reisepaß abgenommen worden war und er sich an Bord des schwedischen Fährschiffes befand, kam ein SA-Mann hinter ihm hergesprungen, aber ein schwedischer Seemann wies ihn darauf hin, daß er sich nunmehr auf schwedischem Boden befände.
Die Angstanfälle beschriebt K. als gleichartige. Sie fangen damit an, daß seine gewohnheitsmäßige Spannung stark zunimmt. Er bekommt Zittern im Körper und im Kopf. Die Gurgel fühlt sich wie zusammengeschnürt. Er wird trocken im

Mund, bekommt Herzklopfen, ein strammendes Gefühl oberhalb der Herzgegend mit Ausstrahlung in den linken Arm. Die Atmung wird schwer, und er muß tiefe Atemzüge machen; bisweilen muß er vorgehen zum Fenster und es öffnen, um zu versuchen, sich von dem Erstickungsfühl zu befreien. Er schwitzt stark, ist unfähig zu sprechen, bekommt oft Tränen in seine Augen. Er glaubt während dieser Angstanfälle, er müsse sterben. Ab und zu kommt es während dieser Angstanfälle vor, daß er selbst bei Tage die Zeit des Konzentrationslagers, wie bei einem Film, abrollen sieht. Diese haben nicht die Eigenart von Sinnestäuschungen („Halluzinationen"), vielmehr weiß K. die ganze Zeit, wo er sich befindet und ihm ist das Unwirkliche dieser sichtbaren („visuellen") Erinnerungsbilder bewußt.

K. fühlt sich ständig bedrückt. Er meint, das Leben habe seinen Sinn für ihn verloren. Er fühlt sich als eine Belastung für die Familie. Er verneint jedoch jeden Gedanken daran, sich selbst um das Leben zu bringen.
Schon seit seinem ersten Aufenthaltsjahr in Schweden hat K. verschiedene Ärzte besucht, um Hilfe gegen seine Beschwerden zu bekommen. Er ist sozusagen andauernd mit verschiedenen Formen von Beruhigungsmitteln („Sedativa") behandelt worden, und zur Zeit nimmt er eine Reihe von „Ataraktika", welche in den letzten Jahren von der Arzneiart der Phenothiazhinmittel und damit verwandten Mitteln waren. K. raucht nicht und enthält sich des Alkohols.

(Slg. Bembenek)

D 37 Jüdische Handwerksbetriebe

Aufstellung der in die Handwerksrolle eingetragenen jüdischen Betriebe mit Ausnahme von Frankfurt/Main, Stand vom 28.11.1938

Kreis Biedenkopf
Judenfrei

Kreis Dill			
Hirsch, Hugo	Sattler und Polsterer	Haiger	Kreuzgasse 7
Korsonsky, Alex	Uhrmacher	Herborn	Hauptstr. 58
Kreis Limburg			
Dublon, Heinrich	Schuhmacher	Mensfelden	Mittelstr. 6
Honi, Hermann	Spengler und Installateur	Hadamar	Melunderplatz 3
Löwenberg, G.	Schneider	Limburg	Neumarkt 3
Nachmann, Friedrich	Metzger	Hadamar	Schulgasse 25
Kreis Main-Taunus			
Allmeier, Eduard	Schneider	Hofheim	Neugasse 35
Hubert, Max	Schuhmacher	Eddersheim	Mainstr. 3
Joseph, Joseph	Metzger	Nordenstadt	Rüsselsgasse 9
Kaufmann, Alfred	Metzger	Nordenstadt	Kirchgasse 1
Nassauer, Ludwig	Metzger	Hattersheim	Mainzerstr. 52
Schwarzschild, Gustav	Metzger	Massenheim	Hauptstr. 14
Kreis Oberlahn			
Blumenthal, Paula	Schneiderin	Weyer	Brühlstr. 17
Kreis Obertaunus			
Liskewitsch, Josef	Schuhmacher	Bad-Homburg	Promenade 11 1/2
Löwenstein, Sally	Metzger	Bad-Homburg	Wallstr. 13
Hess, Adolf	Metzger	Königstein	Klosterstr. 22
Kreis Oberwesterwald			
Steineberg, Leopold	Schuhmacher	Steinebach	Ortsstr. 64

Kreis Rheingau
Judenfrei

Kreis St. Goarshausen			
Kahn, Klara	Schneiderin	Nastätten	Lohbacherstr. 1
Stein, Max	Polsterer	Nastätten	Rheingaustr. 8
Strauss, Rudi	Metzger	Nievern	Hauptstr. 24
Strauss, Sally	Polsterer	Miehlen	A.-Hitler-Str. 17

Kreis Unterlahn

Levita, Eduard	Metzger	Cramberg	Hauptstr. 89
Sundheimer, Eugen	Uhrmacher	Bad Ems	
Heilbronn, Erna	Putzmacherin	Nassau	Grabenstr. 20

Kreis Untertaunus

Falk, Julius	Bäcker	Bad Schwalbach	Kirchstr. 5
Nassauer, Siegfried	Metzger	Wehen	Weierstr. 3
Simon, Emma	Schneiderin	Bad Schwalbach	Adolfstr. 45
Wolf I. u. Oppenheimer	Metzger	Bad Schwalbach	Adolfstr. 85
Wolf II., Moritz	Metzger	Bad Schwalbach	Adolfstr. 98

Kreis Unterwesterwald

Benjamin, Alexander	Spengler und Installateur	Maxsain	
Schloss, Alexander	Sattler und Polsterer	Mogendorf	Mittelstr. 94
Blumenthal, Karl	Schuhmacher	Selters	Neustr. 1
Heidersdorf, Johanna	Schneiderin	Selters	Luisenstr. 4
Rückersberg, Hugo	Schuhmacher	Selters	Kirchstr. 8
Strauss, Hilda	Schneiderin	Selters	Rheinstr. 11

Kreis Usingen

Judenfrei

Kreis Wetzlar

Hammerschlag, Moritz	Metzger	Biskirchen	Nr. 32
Manasse, Moritz	Metzger	Biskirchen	Nr. 54
Schifrin, Georg	Schneider	Ehringshausen	Niedergasse
Cahn, Friedrich	Sattler und Polsterer	Oberkleen	Feldstr. 44
Lehmann, Max	Metzger	Rodheim a/b.	

Kreis Wiesbaden

Berney, Heinrich	Schneider	Wiesbaden	Luisenstr. 13
Blum, Sally	Schneider	Wiesbaden	Luisenstr. 26
Ehrenfeld, Geschwister	Schneider	Wiesbaden	Adolfstr. 16
Eliasz, Josef	Spengler	Wiesbaden	Kapellenstr. 18
Förster, Moritz	Hutmacher	Wiesbaden	Mauergasse 14
Hallheimer, Julius	Stricker	Wiesbaden	Rheinstr. 98
Kahn, Rosa	Putzmacherin	Wiesbaden	Taunusstr. 23
Klein, Michael	Schildermaler	Wiesbaden	Scharnhorststr. 28
Kramer, Johanna	Wäscheschneiderin	Wiesbaden	Seerobenstr. 9
Laube, Karl und Franz	Herrenschneider	Wiesbaden	Langgasse 37
(Die Ehefrau des Karl Laube ist Jüdin.)			
Netter, Herz und Heimerdinger	Goldschmidt	Wiesbaden	Wilhelmstr. 38
Milmann, Schmul	Wäscheschneider	Wiesbaden	Langgasse 18
Redelmann, Minna	Putzmacherin	Wiesbaden	Webergasse 8
Ullmann, Josef	Putzgeschäft	Wiesbaden	Kirchgasse 19
Saal, Jonas	Schneider	Wiesbaden	Kirchgasse 46
Schönholz, Minna	Korsettmacherin	Wiesbaden	Webergasse 25
Sperling, Josef	Mechaniker	Wiesbaden	Bertramstr. 29
Steinbrecher, Hirsch	Schneider	Wiesbaden	Oranienstr. 44
Weil Ww., Babette	Wäscheschneiderin	Wiesbaden	Franz-Alt-Str. 12
Israel, Karl	Metzger	Wiesbaden-Schierstein	Wilhelmstr. 40
Eisenberger, Alfred	Metzger	Wiesbaden-Biebrich	Brunnengasse 10

(Slg. Bembenek)

Jüdische Berufszählung (1. September 1939) **D 38**

In Wiesbaden wohnten am 1. September 1939 insgesamt noch 1.612 Juden und zwar 520 Männer, 869 Frauen und 223 Kinder.

Gliederung nach Beruf, Einkommen und Stand:

6 Arbeiter, 2 Arbeiterinnen, 1 Amtsrichter, 1 Amtsgerichtsdirektor a.D., 4 Apotheker, 1 Apotheken-Angestellte, 15

Ärzte, 2 Ärztinnen, 1 Bäcker, 1 Bäckermeister, 2 Bank-Beamte a.D., 4 Bankdirektoren a.D., 2 Betriebsleiter, 1 Beamtin a.D., 5 Buchhalterinnen, 1 Buchhändlerin, 1 Bibliothekarin, 1 Bücherrevisor, 6 Büro-Angestellte, 1 Buchdrucker, 1 Chauffeur, 3 Chemiker, 1 Chorsängerin, 1 Dekorateur, 4 Direktoren a.D., 2 Direktricen, 1 Diplom-Kaufmann, 1 Dolmetscherin, 1 Elektrotechniker, 1 Erzieherin, 2 Fabrikanten, 1 Friseuse, 3 Geschäftsinhaberinnen, 1 Geschäftsführer, 2 Hausmeister, 59 weibliche Hausangestellte, 2 männliche Hausgehilfen, 8 Händler, 4 Händlerinnen, 1 Hausierer, 4 Ingenieure, 1 Invalide, 1 Ingenieur-Angestellter, 2 Juristen Dr.-jur., 1 Justizrat, 192 Kaufleute, 9 männliche kaufmännische Angestellte, 13 weibliche kaufmännische Angestellte, 1 kaufmännisch-technischer Angestellter, 1 Kammerjäger, 1 Kammermusiker, 1 Kellner, 6 Kleinrentnerinnen, 1 Kunsthändler, 1 Kunsthändlerin, 2 Krankenschwestern, 1 Kapellmeister, 1 Kürschner, 3 Köchinnen, 1 Kleinrentner, 1 Kommerzienrat, 1 Kultus-Beamter, 1 Kammergerichtsrat a.D., 1 Kinderfräulein, 2 Lehrer, 2 Lehrer i.R., 1 Lehrerin, 1 Lehrerin i.R., 2 Lehrlinge, 2 Landw.-Praktikanten, 1 Landrat a.D. Geh.Reg. Rat, 1 Makler, 1 Modistin, 1 Modewarengeschäft, 1 Musiker, 1 Major (London), 1 Mechaniker, 19 Metzger, 1 Musiklehrerin, 1 Maschinist, 1 Notar i.R., 1 Oberstabsarzt i.R., 2 Pensionsinhaberinnen, 1 Packerin, 1 Pensionär, 2 Pensionärinnen, 3 Pferdehändler, 1 Pferdemetzger, 1 Photograph, 1 Privatlehrer, 33 Privatiers, 43 Privatieren, 2 Prokuristen, 1 Prokuristin, 1 Dr. phil., 1 Rabbiner, 1 Rabbiner i.R., 1 Religionslehrer, Religionslehrer i.R., 1 Redakteur, 1 Reklame-Maler, 1 Referendar, 7 Rechtsanwälte, 1 Rechtsanwalt und Notar, 12 Rentner, 12 Rentnerinnen, 9 Reisende, 1 Sänger, 1 Schauspieler, 6 Schneider, 4 Schneiderinnen, 4 Schüler, 1 Schülerin, 1 Sozialrentner, 1 Schildermaler, 2 Studenten, 3 Studentinnen, 1 Schiffsjunge, 2 Schuhmacher, 4 Straßenbau-Arbeiter, 3 Sprechstundenhilfen, 1 Studien-Assessor i.R., 1 Stoffhändler, 1 Tabakschneider, 1 Teppichstopfer, 1 Tierarzt, 1 Trödler, 1 Uhrmacher, 16 Vertreter, 2 Vertreterinnen, 16 Verkäuferinnen, 6 Viehhändler, 4 Volontäre, 2 Volontärinnen, 2 Weinhändler, 1 Weisszeughändlerin, 2 Weisszeugnäherinnen, 3 Zahnärzte, 2 Zahnärztinnen, 1 Zahnarzt-Assistentin, 63 Männer ohne Beruf, 119 Frauen ohne Beruf; von den gezählten weiblichen Personen waren 304 Ehefrauen. Der Rest verteilt sich auf die Kinder.

In der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 1. Juni 1940 sind aus Wiesbaden 128 Juden beiderlei Geschlechts nach dem Ausland und 49 nach anderen Orten in Deutschland verzogen.

(StAW, A XI a 20)

D 39 „Judenhäuser"

a).

Liste über die Anzahl der Häuser und Wohnungen für die Zusammenlegung der Juden in Wiesbaden Wiesbaden-Ost, Eingegangen 24. Januar 1940

Lfd.Nr.	Lage	Gesamtzahl der Wohnungen	Davon von Juden besetzt:	Bemerkungen:
1	Adelheidstr. 94	10	5	
2	Adlerstr. 30	8	–	
3	Adolfsallee 24	7	1 (u. 3 U)	
4	Adolfsallee 30	5	– (u. 2 U)	
5	Albrechtstr. 23	5	1 (u. 3 U)	
6	Alexandrastr. 6	5	1	
7	Bahnhofstr. 25	7	2	
8	Bahnhofstr. 46	4	4 (u. 2 U)	
9	Blumenstr. 7	3	3	
10	Dotzheimerstr. 15	9	1 (u. 1 U)	
11	Emserstr. 26a	3	2	
12	Frankenstr. 15	12	1	
13	Grillparzerstr. 9	4	3	
14	Hallgartenstr. 6	22	2 (u. 2 U)	
15	Hermannstr. 17	15	1 (u. 1 U)	
16	Hermannstr. 26	20	3 (u. 3 U)	
17	Herrngartenstr. 11	8	2 (u. 1 U)	
18	Kaiser-Friedr.-Ring 43	8	2	
19	Kaiser-Friedr.-Ring 64	5	1	
20	Kaiser-Friedr.-Ring 65	8	1 (u. 4 U)	
21	Kaiser-Friedr.-Ring 72	4	1	
22	Kaiser-Friedr.-Ring 80	4	5 (u. 3 U)	
23	Lanzstr. 6		3	
24	Lortzingstr. 7	2	2 (u. 1 U)	
25	Ludwigstr. 3	20	–	
26	Mainzerstr. 2	2	3 (u. 2 U)	
27	Mainzerstr. 60	5	2 (u. 2 U)	

28	Martinstalerstr. 2	4	1 (u. 1 U)
29	Moritzstr. 25	10	1 (u. 1 U)
30	Moritzstr. 14	5	2
31	Nerostr. 43	3	2
32	Nerostr. 53	3	2 (u. 1 U)
33	Niederwaldstr. 8	11	– (1 U)
34	Oranienstr. 60	18	1 (u. 1 U)
35	Philippsbergstr. 25	9	1 (u. 2 U)
36	Rheingaustr. 5	17	2
37	Rheinstr. 81	8	4 (u. 1 U)
38	Rüdesheimerstr. 16	11	3
39	Stiftstr. 8	3	1 (u. 1 U)
40	Stiftstr. 14/16	15	3 (u. 1 U)
41	Walluferstr. 13	6	2 (u. 2 U)
		346	80 (u. 42 U)

Wiesbaden-Biebrich

1	Cheruskerweg 3	1	3
2	H.-Wessel-Str. 45	6	1
3	Wiesbadenerstr. 95	13	4 (u. 1 U)
		20	8 (u. 1 U)

Wiesbaden-Schierstein

1	Luisenstr. 1	5	–
2	Luisenstr. 6	1	1
3	Querstr. 6	1	–
	U. Untermieter	7	1

(HHStAW 483 – 10127)

b) An die Geheime Staatspolizei 27. Juni 1942
Abtlg. II B 2
Frankfurt a.M.
Lindenstrasse

Betr.: Jüdische Wohnungen in Wiesbaden

Nach dem Stand vom 26. Juni 1942 wohnen in Wiesbaden

Juden	475
davon sind Mischlinge oder leben in nicht privilegierter Mischehe	51
Differenz	424

Die in privilegierten Mischehen lebenden Juden sind nicht gezählt. Die Zahl der von diesen 424 Personen bewohnten Wohnräume beträgt 428, wovon 20 Mansarden. Es entfällt auf eine Person ein Wohnraum.
Die 428 Wohnräume verteilen sich auf 160 Wohnungen.
Die Zahl der jüdischen Haushalte beträgt 260; demgemäß entfällt auf eine Wohnung 1,6 Haushalte.

Von den 424 Personen entfallen auf

Ehepaare mit Kindern oder nahen Verwandten	40
alleinstehende Ehepaare	168
Ehepaare mit nahen Verwandten	52
Einzelpersonen	164
zusammen	424

Von den 424 Personen sind 144 männlich, 280 weiblich. Nach Verhandlungen mit dem Wohnungsamt werden in aller Kürze von den obengenannten Wohnungen zunächst 24 Wohnungen mit ca. 80 Zimmern freigemacht.

(Yad Vashem Archives 08/42)

D 40 Hermann Meyer und Idel Rawinsky ziehen um

a)

Bezirksstelle Hessen-Nassau der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Verwaltungsstelle Wiesbaden

G/R

Wiesbaden, den 15. Oktober 1942, Bahnhofstr. 25

Herrn Hermann Isr. Meyer, Wiesbaden, Cheruskerweg Nr. 3

Wie Ihnen schon mitgeteilt, soll Ihnen die Wohnung Rothschild, Rheinstr. Nr. 81, Gartenhaus II. Stock zugeteilt werden. Wir haben Antrag beim Städt. Wohnungsamt deswegen laufen, sowie das Finanzamt – Vollstreckungsstelle – gebeten, die Räumung der Wohnung Rothschild-Levitte tunlichst zu beschleunigen.

Als Untermieter für Sie ist Herr Idel Rawinsky, z.Zt. Adolfsallee Nr. 30 wohnhaft, vorgesehen.

Hochachtungsvoll !

b)

Bezirksstelle Hessen-Nassau der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Verwaltungsstelle Wiesbaden

G/R

Wiesbaden, den 15. Oktober 1942, Bahnhofstr. 25

Herrn Idel Rawinsky, Wiesbaden, Adolfsallee Nr. 30

Wir teilen Ihnen mit, daß beabsichtigt ist, Ihnen ein Zimmer Rheinstr. Nr. 81, Gartenhaus II. Stock als Untermieter der dort nun verziehenden Eheleute Hermann Meyer, z.Zt. Cheruskerweg 3 wohnhaft, zuzuweisen. Wir beziehen uns deshalb auf die mit Ihnen gehabte Rücksprache; der Antrag für Meyer läuft noch beim Städt. Wohnungsamt, die Wohnung Rothschild-Levitta ist noch vom Finanzamt zu räumen.

Sobald Sie sich mit Herrn Meyer verständigt haben, wollen Sie uns benachrichtigen, damit auch für Sie der Antrag beim Wohnungsamt gestellt wird.

Hochachtungsvoll !

c)

Verwaltungsstelle Wiesbaden

15. Oktober 1942

An das Städt. Wohnungsamt Wiesbaden

Hierdurch bitten wir um Genehmigung für die Eheleute Hermann Israel Meyer (Inhaber der Kennkarte: Wiesbaden, 7A 00738) und dessen Ehefrau Friederike geb. Derkum zur Zeit Cheruskerweg 3 wohnhaft, zum Abschluß eines Mietvertrages bezüglich der Wohnung Rheinstraße Nr. 81, Gartenhaus II. Stock; Verwalter dieses jüdischen Grundstücks ist das Bankhaus Gebrüder Krier, Rheinstraße Nr. 95.

Voraussichtlich wird den Eheleuten Meyer noch ein jüdischer Untermieter zugewiesen werden.

Das Haus Cheruskerweg Nr. 3 ist nicht mehr jüdisches Eigentum und soll, da ein anderer Mieter dafür vorgesehen ist, von Meyer, der ohnehin nur den kleinsten Teil des Grundstücks innehat, schnellstmöglichst geräumt werden.

Die zugewiesene Wohnung ist die der am 1.9. d. Js. abgewanderten Eheleute Karl Israel Rothschild.

Verwaltungsstelle Wiesbaden

(Yad Vashem Archives; 08/42)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gau **Hessen-Nassau**

Gaugeschäftsstelle:
Frankfurt am Main / Gutleutstraße 8/14
Briefanschrift: Frankfurt a. M., Gutleutstr. 8/14
Tel. 30381 / Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 53005

Kampfzeitung des Gaues: „Nassauer Volksblatt"
Schriftleitung und Geschäftsstelle der Zeitung:
Wiesbaden, Bahnhofstraße 33
Tel. 23582 / Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 13228

Der Kreisleiter:

Wiesbaden, den 29. September 1939
Wilhelmstraße 15

Sta/Be.

Bei Antwort bitte Zeichen und Datum dieses Briefes angeben!

Ihr Zeichen:
Gegenstand:

An den
Ortsgruppenleiter der
Ortsgruppe Ost.

Betr.: Regelung der Judenfrage.

Auf meine Anordnung hin hat das Wirtschaftsamt der Stadt Wiesbaden die Ausgabe der Bezugsscheine an Juden durch einen bewährten Parteigenossen vorgenommen.
Wie aus der Bekanntmachung der Stadt Wiesbaden zu ersehen war, wurden die Bezugsscheine in der jüdischen Schule ausgegeben. Es ist allerdings von dem Wirtschaftsamt vergessen worden, dass die Juden nur in den von der Partei gekennzeichneten Geschäften kaufen dürfen. Da nun aber die Karten schon ausgegeben sind, die nachträgliche Zurücknahme der Bestellscheine in den einzelnen Geschäften nur Beunruhigung bringen würde, habe ich die Stadt Wiesbaden angewiesen, die Neuregelung ab 1.11.391 durchzuführen.

-Für Ihre Ortsgruppe habe ich folgende Geschäfte vorgesehen:

Backwaren	August Schmidt, Luisenstr. 39
Fleischwaren	Rudolf Kern, Grabenstr. 30
Lebensmittel	Emma Krücke, Friedrichstr. 55

Für alle Juden, mit Ausnahme der OG. Schierstein und Biebrich sind noch folgende Geschäfte vorgesehen:

Textilwaren	Hans Heidenreich, Neugasse 23,
	Karl Kranz, Kirchgasse 62,
Schuhwaren	Deuser, Mauritiusstr. 9,
	Heinrich Harms, Langgasse 50,

Herrnkleidung	Otto Zapp, Faulbrunnenstrasse 1,
Damenkleidung	Friedrich Ochs, Webergasse 3,
Seife	Fritz Mayer, Gneisenaustr. 14,
	Drogerie Nisson, Kaiser Friedrich Ring 52

Die Ortsgruppenleiter setzen sich mit den entsprechenden Geschäftsleuten in Verbindung und weisen sie noch einmal auf die Wichtigkeit dieser Anordnung hin.

Die Ausgabe von Lebensmittel an Juden soll nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsamt nachmittags von 3 - 4 Uhr erfolgen.

In den Geschäften muss dann kenntlich gemacht werden, dass während dieser Zeit arische Kunden die Geschäftsräume meiden.

Als Sachbearbeiter für Judenfragen habe ich den Pg. Benn [illegible] bestimmt.

Heil Hitler!

(HHStAW 483 – 2694)

D 42 Den „Stern" tragen

Können Sie sich erinnern, wie das für Sie persönlich abgelaufen ist, als Ihnen gesagt wurde, Sie müssen jetzt den Stern tragen?

„Das war ziemlich böse. Wir wußten immer, wer wir waren. Aber in dem Moment, als wir den Stern tragen mußten, war es offensichtlich für jeden anderen auch. Und Marianne wird es bestätigen können, wenn man durch die Stadt gegangen ist und kleine Kinder von 2, 3 und 4 Jahren aufgehetzt wurden von älteren, die einen dann angespuckt oder angepöbelt haben oder geschlagen haben, Steine oder im Winter Schneebälle nach uns geworfen haben, und wir mußten die Faust in der Tasche halten, und wir konnten nicht zurückschlagen, das war schon hart. Das war sehr hart. Und auch, was man sich von Erwachsenen hat sagen lassen müssen. Es waren auch positive Sachen darunter oder so, also ich meine, wir haben beide nicht jüdisch ausgesehen. Ich weiß noch, daß mal jemand zu mir gesagt hat: 'Was machst du denn mit dem Stern, du siehst doch aus, wie e' blond BDM-Mädchen'. Ich war so hell – blond. Frau ... war schon immer dunkler, aber trotzdem, wir haben beide nicht jüdisch ausgesehen. Was ja auch kein Wunder ist, bei christlichen Müttern. Aber es war schon sehr hart, was man sich hat sagen lassen müssen. Wenn man das gehört hat im Vorbeigehen, und das Anrempeln. Ich bin ja nachher nur noch während der Dunkelheit weggegangen.
Meine Mutter hat bei Söngen gearbeitet, in der Weilstraße bzw. Holbeinstraße heute. Wenn Fliegeralarm war, hat sie versucht, nach Hause zu gehen, ich habe damals in der Heiligenbornstraße gewohnt. Ich habe versucht, sie abzuholen. Da mußte ich durch die Ziegelei – da war eine ganz böse Sorte von Menschen und Kindern. Ach Gott, waren die böse."

(Interview L.B. mit A. Lippert, Wiesbaden, 11.9.1985)

D 43 Selbstmord: Der Fall des Apothekers Jo Mayer

a)
Am 7. April 1940 gegen Abend kam Herr Apotheker Mayer zu mir, um sich einige Eier zu holen. Ich gab Herrn Mayer 15 Stück, worauf er dann wieder fortging. Nach vielleicht 10 Minuten kam ein Herr in Zivil, der sich nicht weiter ausweis und sagte: „Sie verkaufen an Juden Eier!" Er verlangte, die Eierkarten zu sehen, die ich ihm aber natürlich nicht geben konnte. Er fragte dann noch, was ich für die Eier bekommen habe. Ich erklärte daraufhin, daß ich kein Geld genommen, sondern mich für eine Gefälligkeit der Frau Mayer gegenüber erkenntlich gezeigt habe. Der mir damals Unbekannte ging daraufhin wieder fort, nachdem er sich Notizen gemacht hatte. Am anderen Morgen in ziemlicher Frühe kam Frau Dr. Mayer und sagte zu mir, daß man ihren Mann angehalten, ihm die Aktentasche mit den Eiern und die Kennkarte abgenommen habe. Bei ihrem Besuch war Frau Mayer noch nicht bekannt, daß ihr Ehemann Selbstmord begangen habe. Ich erfuhr dies erst etwa 2 Tage später durch einen Brief der Frau Mayer. Ich wurde später wegen Verkaufs von Eiern an einen Juden zu einer Geldstrafe von 50.-- RM verurteilt.
Später habe ich erfahren, daß der Mann, der bei mir vorgesprochen hat und die Anzeige erstattete, Ingenieur Christian Guth, jetzt wohnhaft in Wiesbaden-Sonnenberg, Kaiser-Friedrich-Str., war. Es hat dieserhalb ein Spruchkammerprozeß stattgefunden, bei dem ich als Zeuge aufgetreten bin.
Ich versichere dieses an Eides Statt.

(Bericht v. M. Fischer, 2.11.1950; Slg. Bembenek)

b)

Wiesbaden, abends 10.15 Uhr, 7. April 1940

Liebste Mutti und innigst, innigst geliebtes Lottielein!
Es ist mir unmöglich weiterzuleben, die heutige Angelegenheit hat mir den letzten Rest meines Lebenswillens genommen. Wie unsagbar leid es mir tut, daß ich der betr. Familie auch noch Unannehmlichkeiten bereitet habe. Grüßt mir innigst meine Lieben, ganz besonders das liebe Lehnchen, die liebe Anna, die ... und ihre lieben Kinder und ganz besonders den lieben guten Erich, den lieben blonden Peter, liebe Erika, und ... und den lieben Manfred.
Es ist doch kein leichter Entschluß, aus dem Leben zu scheiden und doch bin ich sehr gefaßt. Ich danke Dir, liebste Mutti, für Deine Fürsorge, Du hast stets gut für mich gesorgt. An Dich, mein geliebtes Lottielein, darf ich nicht denken, sonst verliere ich doch noch den Mut, aber ich schlafe ja ruhig ein.
Liebstes Lottielein, lerne weiterhin so gut und bleibe stets wahr, wie Du es immer gewesen bist, bereite Deiner lieben Mutti keine Sorgen, mein gutes, gutes Herzenskindchen!
Danke bitte dem 1. Kollegen ... für all seine Mühen, er soll Dich weiter beraten, bitte ihn darum in meinem Namen, auch grüße herzlichst Frau ... .
Vielen Dank Herrn Rechtsanwalt Guthmann.
Grüße herzlichst und innigst alle unsere Freunde, in allererster Linie Clairchen und ihren Mann.
Diese Zeilen sind nur für Dich und 1. Erich bestimmt, lasse den Brief ... niemanden lesen und natürlich später mein geliebtes Lottielein, küsse herzlichst das gute Kindchen und bereite ihm eine Freude, damit es nicht allzusehr um seinen Vati trauert.

Nun sei Du, liebste Mutti herzlichst geküßt
von Deinem ...

* Briefschreiben war stets meine schwache Seite.
Grüße vielmals Frau F. und spreche ihr mein größtes Bedauern aus.

Wiesbaden, 7. April 1940, abends 12.45 Uhr

Mein herzallerliebstes Lottielein!
Ich kann doch nicht von Dir, meinem geliebten Kindchen scheiden, ohne Dir nochmals zu sagen, wie unsagbar lieb ich Dich, mein liebes Kindchen, habe, wie oft Du mich mit Deinen guten Noten in der Schule erfreut, und stets warst Du lieb und gut zu mir. Sei weiterhin so ein braves, gutes Kind und folge Deiner lieben Mammi.

Sei innigst, innigst und herzlich geküßt
von Deinem Dich liebenden
Vati

P.S.: Ich überlasse es dir, liebe Mutti, ob Du diesen Brief schon jetzt oder erst in späteren Jahren Lottiechen geben sollst, das gute Kind soll sich nicht aufregen.
Dieser Brief waren meine letzten Zeilen, es ist 12 Uhr 50 Minuten.

(Slg. Bembenek)

Briefe vor der Deportation **D 44**

Auszüge aus Briefen von Albert Kleinstraß und Ehefrau an ihren bereits vor dem Kriegsbeginn im Ausland in Sicherheit gebrachten Sohn Paul

22.5.1942
Der Rabb. wird heute das letztemal dort sein und auch sonst einige.

Anm.: Rabbiner Hauff wurde am 23.5.1942 deportiert.

9.6.1942
Wir alle sind gesund und bleibt uns alles vorläufig beim alten. Sonst verlassen uns sehr, sehr viele. ... Die Eltern von Manfred und Otto (Schwarz) sind mit dabei und all die vielen außerdem.

Ende Juli 1942
Ich selbst bin voll bewußt des Glückes, noch hier mit Oma zusammen sein zu können und was alles so da mit zusammenhängt – aber sollte es mal anders kommen, werden auch die Ohren steif halten.
Meinen Geburtstag werde nachm. richtig begehen, ich befreie mich selbst! Ich habe mir einen richtigen Kuchen gebacken – beinahe noch so wie Du ihn in Erinnerung hast und habe mir mal einen freien Mittag ausgebeten. Hoffentlich klappt es. Man kann sich ja über ein paar Tage hinweg nichts vornehmen. Aber meine und überhaupt unser aller Gedanken sind meist bei Dir, Helen und all den fernen Lieben. Aber zum Glück hat man ja nicht allzu viel Zeit, um nachzudenken und ist das nun gut – den Brief an Deinen Freund kann ich z.Zt. nicht weitergeben, da auch keine Adresse haben, so fehlt uns leider auch jegliche Post von Tante Minna, Joseph.
Auch von Tante Frieda haben länger nichts gehört, ob sie verlegt sind? ... Im Augenblick sind gut mit Gemüse, Kartoffeln versorgt und alles andere reicht ebenso. – Fleisch gibt es bei uns auch nur 1 Mal, allenfalls 2 Mal und wir fühlen uns wirklich ausgezeichnet. ... Nun muß aber schließen, denn sonst wird's zuviel und der Herr Zensor wird mir böse.
Bleib gesund und dir nochmals meinen Dank,

Küsse Deine Mutti.

Lieber Paul!
Gestern früh waren wir sehr erfreut, als wir Deinen Brief, der nur 4 Tage unterwegs war, bekamen. Nach dem Frühstück machten Mutti und ich bei herrlichem Wetter einen schönen Spaziergang. Wir gingen um 10 Uhr los, über die Klarenthaler Str. durch die Dotzheimer Gemarkung – Klarenthal und zurück. Bahn und Omnibus benutzen wir schon über 1/2 Jahr nicht mehr, und so laufen wir meistens der Nähe nach, was deshalb manchmal nicht weniger schön ist. Nachmittags war ich in der Mainzerstr. bei Leo's Vater zum Skat. Morgen wird nun der große Tag starten, und wir werden denselben tüchtig feiern, das heißt mit Kaffee und Kuchen.

30.7.1942

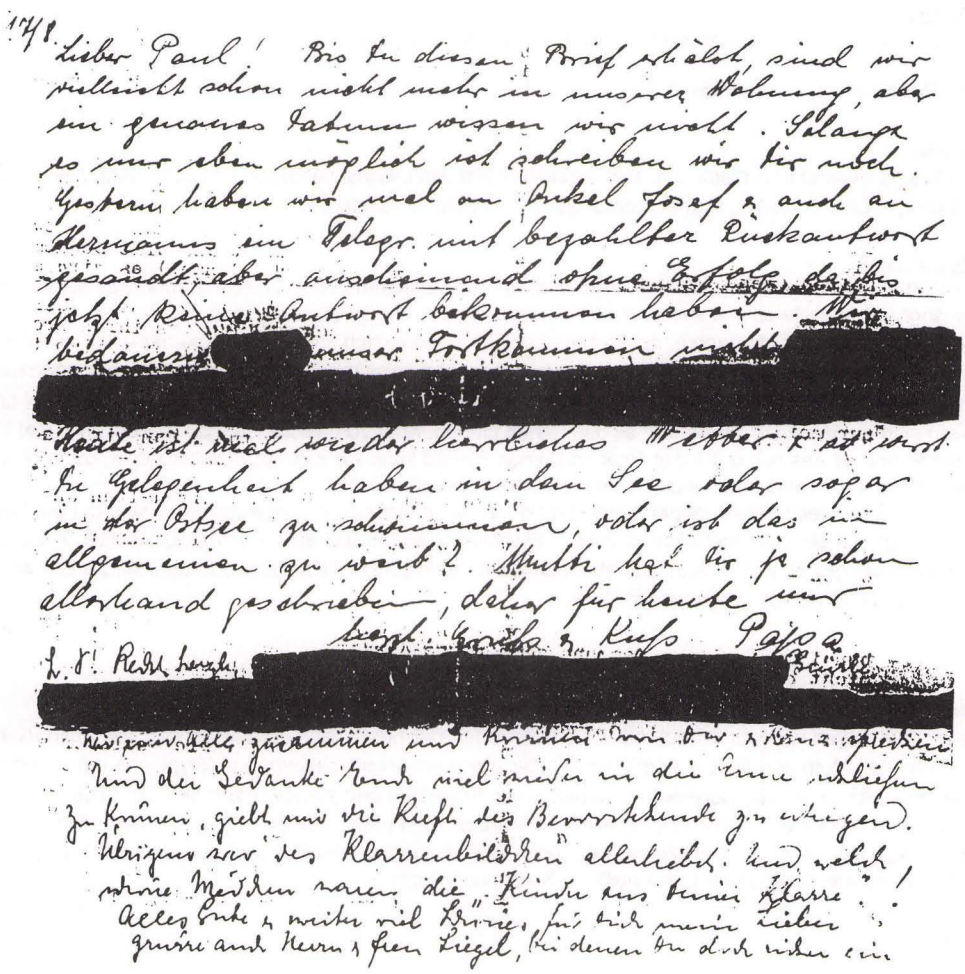
„Onkel Max und Tante Rickchen sind bereits am Dienstag von Brakel (Westfalen) abgereist, wahrscheinlich auch nach Theresienstadt. Onkel Max wird es besonders schwer gefallen sein, man sah es an der zittrigen Handschrift, mit der er heute von uns Abschied nahm."

16.8.1942

Nun stehen wir alle auch davor, es können 8, 10, 14, 20 Tage drüber hingehen, den genauen Termin wissen wir nicht, aber beinahe könnte man sich wünschen, je eher, um so lieber, aber jeder Tag, der so noch gut rum geht, ist uns auch recht. Wir halten unseren Haushalt bis zur letzten Minute in gewohnter Weise aufrecht und bin ich glücklich, mit Oma zusammenbleiben zu können und nicht der eine dahin und der andere da, und man hört ewig nichts voneinander. Wir haben lange gute Tage gehabt und alle Bequemlichkeiten (wenn ich nur an unsere schöne warme Dusche denke!), es wird auch mal anders gehen, Hauptsache, wir alle bleiben gesund. Tante Mathilde ist auch sehr ruhig und tapfer, wie eigentlich die meisten. Unsere Nachbarschaft ist auch betroffen, ihnen fällt es schwer, sich von ihren Brokken zu trennen. Es tut mir nur leid, daß ich Euch früher immer schimpfte, wenn Ihr die Füße auf die guten Stühle gestellt habt – es war alles für die Katz' – na, aber auch recht. An all dem Kram hänge ich nicht mehr – nur mein gutes Bett – aber Du schliefst ja mal im Zelt im strömenden Regen brilliant, so werden wir es anderswo auch tun. Man wird ja heutzutage ohnehin schon mal des Nachts aus dem Schlaf geweckt.

So lange es geht, werden wir Dich mit Post versorgen und sofort wieder versuchen, ob wir mit Dir in Verbindung bleiben können. Wir halten uns tapfer, sind ja noch nicht alt und G.s.D. vollkommen gesund, auch Oma ist in einer sehr guten Verfassung, viel besser wie früher, sie kann jetzt alles essen – Hauptsache, wenn sie nur ... hat! Und z.Zt. gibt es ja reichlich Gemüse und Kartoffeln. Obst ist sehr rar, aber auch da haben wir uns dran gewöhnt, aber es hat uns noch nichts gefehlt. Salate essen wir sehr viel und sehr gerne. Vielleicht kommt Onkel Hugo nochmals nach hier, wir schrieben ihm bereits, daß uns auch diese Änderung bevorsteht, nur wissen wir nicht, ob er jetzt abkommen kann. Rechtskonsulent Guthmann, Bahnhofstr. 25 bleibt zur endgültigen Abwicklung noch hier, und ob Onkel Arthur und Tante Anna, ist noch unentschieden, ersterer ist noch im Krankenhaus, aber schon fast wieder ganz in Ordnung. Tante Anna hat wahnsinnig viel Arbeit und spreche ich sie privat nie, dienstlich ja sehr viel.
Du wirst ja Deine Schwester verständigen, sie soll Edmund sagen, wir wären mit Emmy und Otto aus Schierstein zusammen. Nun mal erst Schluß, jetzt muß ich noch etwas tun – viel ist es ja nicht mehr, und zu Hause haben unsere Vorbereitungen schnell getroffen, denn viel mitzunehmen haben wir nicht, und ist schnell gepackt.

17.8.1942


17/8.
Lieber Paul! Bis Du diesen Brief erhältst sind wir vielleicht schon nicht mehr in unserer Wohnung, aber ein genaues Datum wissen wir noch nicht. Solange es nur eben möglich ist schreiben wir Dir noch. Gestern haben wir mal an Onkel Josef z. auch an Hermanns ins Telegr. mit bezahlter Rückantwort gesandt, aber auseinander ohne Erfolg da bis jetzt keine Antwort bekommen haben. Wir bedauern [redacted] Fortkommen nicht
[redacted]
Heute ist mal wieder herrliches Wetter + es wird Ihr Gelegenheit haben in den See oder sogar in der Ostsee zu schwimmen, oder ist das im allgemeinen zu weit? Mutti hat Dir ja schon allerhand geschrieben, daher für heute nur
herzl. Grüße + Kuß Papa
L. 8! Rest bezahlt [redacted]
Und der Gedanke Euch viel näher in die Arme schließen zu können, gibt mir die Kraft des Bevorstehende zu ertragen. Überigens war des Klarrenbildchen allerliebst. Und welch, schöne Mädchen waren die Kinder aus seiner Klasse!
Alles Gute + weiter viel Erfolg, sie sind mein lieber
grüße auch Herrn + Frau Siegel, bei denen Du doch wieder ein

25.8.1942

Dienstag, 25/8.42.

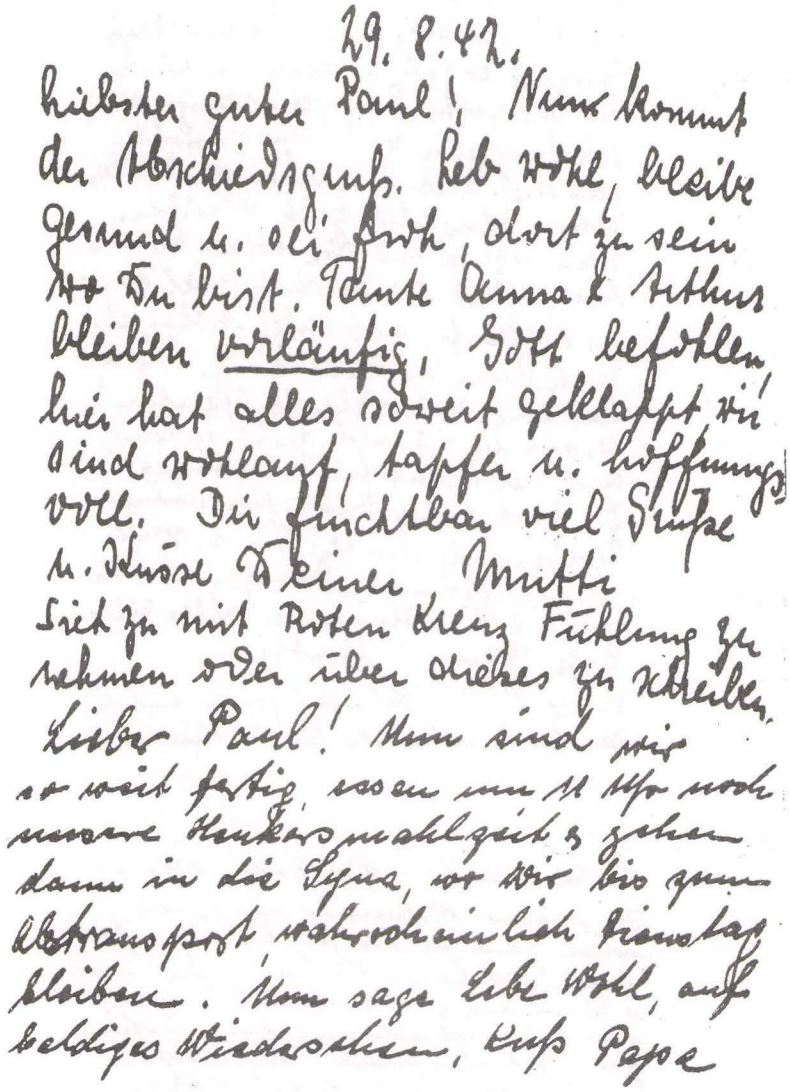
Mein lieber Paul!
Ich denke wieder einen lieben Gruß. Uns geht es gut u. sind am rüsten für die große Reise, die weniger weit, wie lang sein wird. Wir wünschten uns die Zeit hier schon des Wartens rum. Aber alles geht vorüber. Wenn irgend möglich hörst Du von uns, sonst bleibe mit Onkel Hugo u. vorläufig mit Onkel Arthur u. Tante Anna in Verbindung. Letzterer hat eine mehrwöchentl. Operation hinter sich u. ist noch nicht so weit, auch viel Arbeit für Tante Anna allein. Du hast sicher wieder ein schönes Wochenende hinter Dir u. warten wir auf Nachricht. Morgen schreiben wieder Dir Ilse u. alles alles Gute Deine Mutti

Liebes Paul! Ich muß grade auf die Hauptpost u. nehme da für Dich diesen

27.8.1942

Lieber Paul! Wiesbaden 27/8. 42.
In unserer Wohnung sind wir schon ganz in der Auflösung & fast beim packen. Wir nehmen nur 1 Rucksack & 1 Brotbeutel mit, aber bei bescheidenen Ansprüchen genügt das auch. Übermorgen werden wir Dir nochmal 1 Karte schreiben, dann wird es wohl für die nächste Zeit die letzte gewesen sein. Da wir sehr viel anziehen werden, ist das heiße Wetter, wie wir es den ganzen Sommer nicht hatten, wenig angenehm, aber auch da kann man nichts machen. Alles bis dahin gut. Herzl. Grüße sagte Mathilde. Papa.
Du mein lieber guter Paulus
denke viele liebe Grüße. Trotz und alledem sind wir ganz "auf Draht". Wir hoffen wir wohlauf u. fleißig bei der Arbeit. Grüße die "Tante" u. ganz besonders Familie Siegel. Viel Spaß, daß Du evtl. durch Rote Kreuz mit uns in Verbindung kommst. Du hast ja Verwandtschaft u. wir wahrscheinlich nicht! Alle lassen grüßen u. alle sind guter Hoffnung.

29.8.1942



29. 8. 42.

Liebster guter Paul! Nun kommt
der Abschiedsgruß. Leb wohl, bleibe
gesund u. oh Gott, dort zu sein
wo Du bist. Tante Anna & Arthur
bleiben vorläufig. Gott befohlen,
hier hat alles soweit geklappt wir
sind wohlauf, tapfer u. hoffnungs-
voll. Dir furchtbar viel Grüße
u. Küsse Deine Mutti
Sieh zu mit Rotem Kreuz Fühlung zu
nehmen oder über drüben zu schreiben.
Lieber Paul! Nun sind wir
so weit fertig, essen nun 11 Uhr noch
unsere Henkersmahlzeit & gehen
dann in die Synag, wo wir bis zum
Abtransport, wahrscheinlich Dienstag
bleiben. Nun sage Lebe Wohl, auf
baldiges Wiedersehen, Euch Papa

Anm.: Am 1.9.1942 wurden Pauls Eltern deportiert. Sie wurden in Auschwitz ermordet.

(Slg. Bembenek)

Werbung für „Heimeinkaufsverträge“ **D 45**

Vertraulich

Aus dem Rheinland und aus Westfalen sind in den letzten Wochen fast sämtliche Juden im Alter von 65 Jahren und darüber abtransportiert worden. Dem Vernehmen nach sind die Transporte nach Theresienstadt in Böhmen gegangen. Von ähnlichen Transporten wird aus Bayern, Berlin und anderen Teilen Deutschlands berichtet. Wir werden daher auch in Reg.bez. Wiesbaden mit der Möglichkeit eines solchen Transportes rechnen müssen, wenn ein Termin auch noch nicht bekanntgegeben worden ist. Der Abtransport bedeutet für die Abwandernden Einziehung des gesamten Vermögens durch das Reich. Die R.d.J. in D. in Berlin hat jedoch mitgeteilt, daß mit den Abwandernden Verträge nach dem Muster der mit Altersheiminsassen geltenden Heimeinkaufsverträge geschlossen werden können und sollen. Durch diese Verträge verpflichtet sich die R.J.D. zur lebenslänglichen Gewährung von Heimunterkunft und Verpflegung. Als Gegenleistung haben die Abwandernden der R.J.D. ihr bewegliches Vermögen ganz oder teilweise, entsprechend ihrem Alter, zu übereignen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Abwandernden ein Alter von 85 Jahren erreichen, und daß als Verpflegungssatz RM 1800 je Jahr bzw. RM 150 je Monat berechnet wird. Sie können hiernach berechnen, welche Summe für Sie selbst in Frage kommt. Für diese Heimeinkaufsverträge kann wie oben bemerkt, das bewegliche Vermögen der Abwanderer Verwendung finden. Unter bewegl.- Verm. sind zu verstehen: Alle Bankguthaben, Ansprüche gegen Lebensversicherungen, soweit diese Ansprüche beleihbar sind, und auch Wertpapiere, Immobilien (Grundbesitz) können für die Bezahlung der Heimeinkaufssumme keine Verwendung finden.
Wir bitten Sie, unverzüglich mitzuteilen, welche Beträge Sie unter Berücksichtigung des oben Gesagten für den Abschluß eines Heimeinkaufsvertrags für sich und Ihre Angehörigen zur Verfügung stellen können, damit wir Ihnen dann einen Heimeinkaufsvertrag zur Unterzeichnung zusenden.
Eine Rücksprache kann in kommender Woche Dienstag bis Freitag von 3-6 Uhr auf dem Büro der Geschäftsstelle Wiesbaden, Bahnhofstr. 25 erfolgen.

Bezirksstelle Hessen-Nassau
R.d.J. in D.
gez. D. Goldstein

(Helmut Eschwege (Hrsg.), Kennzeichen J, Frankfurt 1979, S. 199)

Selbstmordfälle jüdischer Einwohner Wiesbadens im August 1942 **D 46**

1.	Mathilde Strauss, isr., geb. 1867, Grillparzerstr. 9	3. August	Gift
2.	Alice Strauss, isr., geb. 1870, Grillparzerstr. 9	3. August	Gift
3.	Margarete Carl, kath., geb. 1896, Schwalbacherstr. 62	10. August	Gift
4.	Lisette Klenk geb. Bickel, ev., geb. 1900, Friedrichstr. 25	9. August	Ertrinken
5.	Helene Elisb. Otto, ev., geb. 1899, Hainerweg 9	18. August	Leuchtgas
6.	Helene Strauss geb. Simon, isr., geb. 1858, Adelheidstr. 94	21. August	Gift
7.	Ida Nanny Rothschild, geb. Süsser, geb. 1875, Adolfsallee 30	20. August	Gift
8.	Heinrich Sichel, isr., geb. 1867, Rheingauerstr. 5	21. August	Gift
9.	Anna Weis, isr., geb. 1869, Adelheidstr. 90	24. August	Veron
10.	Olga Herzberg geb. Heimann, isr., geb. 1864, Pagenstecherstr. 4	25. August	Gift
11.	Henriette Goldstein geb. Strauss, Wwe., isr., geb. 1858, Moritzstr. 14, Tod Geisbergstr. 24	25. August	Veron
12.	Elise Baer Ww., geb. Herz, isr., geb. 1862, Langgasse 20	25. August	Cyan
13.	Albert Liebmann, isr., geb. 1876, Albrechtstr. 13	26. August	Veron
14.	Margarete Liebmann geb. Bragenhain, isr., geb. 1883	26. August	Veron
15.	August Spiegel, isr., geb. 1860, Sonnenberg-Danzigerstr. 75	25. August	Gift
16.	Ida Spiegel geb. Ganz, geb. 1864, Sonnenberg-Danzigerstr.75	25. August	Gift
17.	Ludwig Kiefer, isr., geb. 1873, Geisbergstr. 24	26. August	Phan
18.	Lina Neu geb. Weissfeld, isr., geb. 1867, Adolfsallee 30	26. August	Gift
19.	Pauline Traub, isr., geb. 1866, Alexandrastr. 6	27. August	Gift
20.	Siegmund Dreyfuss, isr., geb. 1859, Mainzerstr. 60	26. August	Gift
21.	Siegfried Weiss, isr., geb. 1865, Adelheidstr. 90	26. August	Veron
22.	Regina Beck geb. Sichel, isr., geb. 1868, Herrengartenstr. 11	28. August	Gift
23.	Ida Emilie Albert, isr., geb. 1870, Herrengartenstr. 11	28. August	Gift
24.	Helene Ludwig geb. David, isr., geb. 1869, Helenenstr. 26	28. August	Gas
25.	Emilie Strauss, isr., geb. 1863, Stiftstr. 8	28. August	Gift
26.	Hermine Bertha Levi, isr., geb. 1865, Stiftstr. 8	28. August	Gift
27.	Amalie Hirsch geb. Mainz, geb. 1865, Geisbergstr. 24	27. August	Gift
28.	Hanna Arioni geb. Strauss, evgl., Kaiser-Friedrich-Ring 72	29. August	Gift
30.	Frieda Schewarz geb. Cohen, isr., geb. 1866, Oranienstr. 23	29. August	Gift
31.	Rosa Schönfeld, isr., geb. 1876, Weißenburgstr. 6	29. August	Gift

32.	Lina Rau geb. Tendlau, isr., geb. 1870, Alexandrastr. 6	29. August	Gift
33.	Bella Marx, isr., geb. 1864, Friedrichstr. 38	29. August	Gift
34.	Regina Marx, isr., geb. 1868, Friedrichstr. 38	29. August	Gift
35.	Emma Esther Löwenstein geb. Blum, isr., geb. 1869, Lanzstr. 6	29. August	Gift
36.	Hedwig Bielschowsky geb. Munter, evgl., geb. 1873	29. August	Gas
37.	Fritz Altmann, isr., geb. 1870, Steubenstr. 16	29. August	Gift
38.	Amalie Altmann geb. Bing, isr., geb. 1884, Steubenstr. 16	29. August	Gift
39.	Elsbeth Minna Albrecht, isr., geb. 1869, Leberberg 5	28. August	Gift
40.	Selma Fiedler geb. Merten, isr., geb. 1871, Friedrichstr. 33	31. August	Gift

September 1942

Barbara Faller geb. Czahlicza, evgl., geb. 1876 aus Biebrich, Hammberg 2 in Schwalbacher Str. 62	1. September	Gas
Elsa Hertz, Hotelbes., evgl., Kochbrunnenplatz 2, geb. 1902, angeblich Unfall Luminal	2. September	
Ober.Med.Rat. a.D. Dr. August Walter Loebe, evgl., geb. 1875	11. September	Gift

Im August innerhalb fünf Tagen 30 Selbstmordfälle!

25. August	5 Fälle
26. August	6 Fälle
27. August	2 Fälle
28. August	6 Fälle
29. August	11 Fälle

Drei größere Judentransporte aus Wiesbaden 1942

1.	März 1942	ca. 20 bis 30 Personen
2.	9. Juni	ca. 450 Personen
3.	1. September	ca. 450 Personen nach Theresienstadt, am Schlachthof „verladen", Transport an Frankfurter Transp. angeschlossen. Die Selbstmordepidemie Ende August hängt also mit dem bevorstehenden Abtransport nach Theresienstadt zusammen.

(StAW, 11/1)

Jüdische Friedhöfe - Grabsteine als Zeugen der Geschichte

1. Die Bedeutung jüdischer Friedhöfe

1.1 Einführung

In den letzten Jahren zeigt sich, wie zahlreiche Publikationen bestätigen, ein wachsendes Interesse an jüdischen Friedhöfen. Neben der allgemein zunehmenden Beschäftigung mit jüdischer Geschichte – auch im Zusammenhang mit der Alltags- und Regionalgeschichte – liegt eine wesentliche Begründung hierfür in der besonderen Funktion jüdischer Friedhöfe als historische Dokumente. Die heutige Bedeutung dieser Begräbnisstätten ist dabei vor allem als Folge der Radikalität antisemitischer Vernichtungspolitik zu sehen, mit der die Nationalsozialisten versuchten, sämtliche Erinnerungen an jüdische Mitmenschen auszulöschen.

Nach den ersten diskriminierenden Maßnahmen wie dem Boykott jüdischer Geschäfte und der Entlassung von Beamten aus dem öffentlichen Dienst glaubte die jüdische Gemeinde noch 1933 daran, daß „die Steine dieser Stadt" den Frankfurtern die Verdienste jüdischer Bürger vor Augen halten, sie vielleicht zur Vernunft bringen könnten.

„Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen, die ihren Aufschwung zu einem guten Teil jüdischer Leistung verdankt, in der so viele Einrichtungen vom Gemeinsinn den Juden künden, in der aber auch das Verhältnis zwischen jüdischen D 1
und nichtjüdischen Bürgern stets besonders eng gewesen ist." (Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt, 11 Jg., Nr. 8, April 1933).

Spätestens in der Pogromnacht wurde auch diese Hoffnung zerstört. In der sogenannten Reichskristallnacht erlebte die Verfolgung jüdischer Menschen eine neue Qualität mit der Zerstörung jüdischen Kulturgutes und der Vernichtung der Existenzgrundlagen der jüdischen Bevölkerung, bis hin zu ihrer Ermordung. Synagogen, Bethäuser, Kinderheime wurden weitgehend zerstört, abgerissen oder zweckentfremdet. In der letzten Konsequenz folgte ab 1941 die systematische Ermordung von Jüdinnen und Juden in den Vernichtungslagern. Nur wenige Stätten jüdischen Lebens wie die wiederaufgebaute Westendsynagoge oder das Philantropin, die ehemalige jüdische Schule, erinnern sichtbar an das ehemals blühende Gemeindeleben.

Auch jüdische Friedhöfe blieben von Beschädigungen und Zerstörungen nicht verschont. So gab es auch in Frankfurt zahlreiche Versuche, nicht mehr genutzte Friedhöfe zu beseitigen. Die Friedhöfe in der Battonstraße und in der Sophienstraße in Bockenheim wären beinahe der Zerstörungswut der Nazis zum Opfer gefallen. Auch der als „Entschrottung" der Friedhöfe bezeichnete Raub von Metallinschriften auf Gräbern zeigt die Respektlosigkeit der Machthaber vor diesen Stätten. Die Mehrzahl der Friedhöfe blieb jedoch erhalten. Diese Tatsache ist vor allem darauf zurückzuführen, daß viele der Begräbnisstätten noch für Beerdigungen genutzt wurden. Möglicherweise gerieten auch nicht mehr genutzte Friedhöfe in Vergessenheit, da sie weit außerhalb der Ortschaften lagen. Sicherlich aber lag den Nationalsozialisten vorrangig daran, jüdischen Mitbürgern ein gleichberechtigtes und menschenwürdiges Leben unmöglich zu machen.

Jüdinnen und Juden, die uns als Zeitzeugen über ihre Erinnerungen berichten können, gibt es in Deutschland nur noch wenige. Nur eine geringe Zahl der Ausgewanderten oder Überlebenden kehrte in ihre Heimatstadt zurück. Die Mehrzahl der etwa 5.000 heute in Frankfurt lebenden Jüdinnen und Juden stammt aus Polen. In den meisten kleineren Orten, die früher Stätten eines regen jüdischen Lebens waren, gibt es heute keine jüdische Gemeinde mehr.

Vor 1933 lebten in Hessen 75.000 Jüdinnen und Juden. Heute sind es nur noch 6.500, damit noch nicht einmal 10 % der früheren Einwohnerzahl. Nur in wenigen Städten gibt es wieder jüdische Gemeinden, so in Bad Nauheim, Darmstadt, Frankfurt, Fulda, Gießen, Marburg, Kassel, Offenbach und Wiesbaden. Verglichen mit den etwa 400 ehemaligen jüdischen Gemeinden in Hessen ist dies eine verschwindend geringe Zahl. Die Frankfurter Gemeinde hat mit etwa 5.000 Mitgliedern den größten Anteil. Von den etwa 10.000 Jüdinnen und Juden, die von Frankfurt aus in die Konzentrationslager deportiert wurden, überlebten nur wenige. Im Juni 1945 kehrten 622 von ihnen zurück. Die meisten Überlebenden haben sich in den USA oder in Israel eine neue Existenz aufgebaut und haben häufig jeden Kontakt zu Deutschland abgebrochen. Im Rahmen jährlicher Einladungen des Magistrats, die vor wenigen Jahren begannen, besuchen ehemalige Frankfurter Juden ihre alte Heimatstadt für einige Tage, um die Gräber ihrer Eltern aufzusuchen oder die Umgebung ihrer früheren Wohnungen zu sehen.

Darüber hinaus sind zahlreiche wertvolle Dokumente, die uns über die menschenverachtende Politik der Nazis informieren könnten, verlorengegangen oder vernichtet worden. Friedhöfe sind daher in vielen Orten die einzigen sichtbaren Zeugnisse der ehemaligen jüdischen Mitmenschen und deren Einfluß auf das wirtschaftliche und kulturelle Leben.

Wenn keine Menschen mehr da sind, die uns berichten können, was man ihnen und ihren Angehörigen angetan hat, wenn die Orte, an denen sie lebten, kaum noch Spuren dieser Zeit offenbaren, wenn wichtige Dokumente fehlen, dann müssen wir versuchen, über Friedhöfe Informationen über die Menschen zu erhalten, die in der Umgebung einmal gelebt haben.
Gedenkgräber für KZ-Opfer oder Gräber von Menschen, die angesichts der drohenden Deportation Selbstmord begingen, können uns dabei zur Geschichte und zum Schicksal der ehemaligen jüdischen Bewohner des Ortes führen.

Damit haben jüdische Friedhöfe auch eine wichtige Rolle als Gedenk- und Erinnerungsstätte für die Opfer des Nationalsozialismus.

Neben dieser besonderen historischen Bedeutung jüdischer Friedhöfe sind Begräbnisstätten – unabhängig von ihrer religiösen Richtung – wichtige historische Dokumente, die uns wertvolle Informationen zur Geschichte und Kultur früherer Zeiten geben können.

„So verraten uns vielfach die Inschriften auf den Grabsteinen schneller und anschaulicher etwas von der Geschichte des Ortes und dem Schicksal seiner Bewohner als in staubigen Archiven zu ermitteln ist."[1]

Den jüdischen Friedhöfen kommt in diesem Zusammenhang insofern eine besondere Bedeutung zu, als die durch den Grundsatz der Unantastbarkeit der Totenruhe im Gegensatz zu

1) Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Denkmalschutz in Hessen, Wiesbaden S. 29

christlichen Friedhöfen meist über Jahrhunderte erhalten blieben. Jüdische Friedhöfe gehören daher zu den interessantesten Zeugnissen von Geschichte und Gesellschaft. Wie hoch ihre historische Wertschätzung angesetzt wird, kann man auch daraus ersehen, daß sie in der Mehrzahl unter Denkmalschutz stehen.

Jüdische Friedhöfe und ihre Grabsteine können mithin als „sprechende" Zeugen vergangener Zeit wichtige Informationen zur Geschichte und Kultur der jüdischen Gemeinden sowie zur Entwicklung der Stellung von Juden innerhalb der Gesellschaft vermitteln. Diese Geschichte zu kennen, ist eine der wichtigsten Grundlagen zum Verständnis des Hintergrunds der antisemitischen Politik der Nationalsozialisten.

Am Beispiel eines Rundgangs über den Friedhof in der Rat-Beil-Straße in Frankfurt soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten und Informationen die Besichtigung eines jüdischen Friedhofs bieten kann.

1.2 Umgang mit den Spuren jüdischer Geschichte

Die Bedeutung jüdischer Friedhöfe auf dem Hintergrund der Verbrechen der Nationalsozialisten erfordert eine besonders historische und politische Verpflichtung zur Erhaltung dieser Kulturgüter. Nach dem 2. Weltkrieg erfolgten daher durch staatliche Organe verschiedene Vereinbarungen wie die Rückerstattung des durch die Nazis eingezogenen Vermögens der jüdischen Gemeinden an deren Nachfolgeorganisationen. Als erstes Bundesland unterzeichnete die hessische Landesregierung 1986 einen von allen Landtagsfraktionen befürworteten Staatsvertrag mit dem Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, welcher der Förderung und Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Land und der jüdischen Glaubensgemeinschaft dienen soll. Welche Bedeutung diesem Staatsvertrag zukommt, betonte der damalige hessische Ministerpräsident Börner in seiner Begründung vor dem Landtag:

"Der Staat kann seinen Bürgern nicht Menschlichkeit und Toleranz verordnen, kann von ihnen nicht Einsicht und Verständnis verlangen. Er kann aber durch die herausgehobene Form des Staatsvertrages deutlich machen, welches Interesse und welchen Respekt er den wiederbegründeteten jüdischen Gemeinden in Hessen und der Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes entgegenbringt." (Hessischer Landtag, Plenarprotokoll 11/86, S. 5577)

Der Staatsvertrag sieht neben regelmäßigen Begegnungen eine gesetzliche Verankerung der bisher freiwillig geleisteten Zuwendungen des Landes an die jüdischen Gemeinden sowie eine Aufstockung dieses Betrages auf jährlich 2 Mio. DM vor. Damit ist eine wichtige Grundlage geschaffen, um den Erhalt jüdischer Kulturgüter zu sichern.

Die Notwendigkeit dieses Schrittes beweist der an vielen Orten geübte Umgang mit den noch vorhandenen Zeugnissen jüdischer Geschichte. Lange Jahre kennzeichneten Totschweigen und Verdrängen die Situation und weniger die bewußte Aufarbeitung und Erinnerung an die Ereignisse dieser Zeit.

Die Erfahrungen nach 1945 zeigen, daß vor allem in ländlichen Gebieten die frühere Existenz jüdischer Gemeinden und ihrer Kulturgüter vergessen, nicht zur Kenntnis genommen oder ver-

tuscht wurde. Es ist teilweise im wahrsten Sinne des Wortes „Gras über die Sache gewachsen". So konnte es geschehen, daß nach 1945 in Hessen 59 Synagogen, die 1938 nicht zerstört worden waren, abgerissen wurden. In den 60er Jahren wurde beispielsweise die noch erhalten gebliebene, aber baufällige Synagoge in Oberursel abgerissen. Ebenso wurde das Bad Sodener Bethaus, dessen Inneres bei der Pogromnacht zerstört worden war, 1976 im Rahmen der Altstadtsanierung niedergelegt.[1]
Selbst jüdische Friedhöfe wurden nach 1945, auch mit dem Einverständnis jüdischer Institutionen, meist für den Straßenbau eingeebnet.[2]

Thea Altaras stellt in ihrer Untersuchung über die hessischen Landsynagogen fest, daß von den 363 Synagogen, die es 1933 in Hessen gab, 145 in der Pogromnacht zerstört wurden, somit 1945 noch 60 % der Gebäude vorhanden waren. Damit kommt sie zu einem für viele, die eine weitaus größere Zerstörung vermutet hatten, überraschenden Ergebnis.
Als Ursache ist nach Thea Altaras neben der dichten Bebauung in den kleineren Orten, wo sich die Synagogen meist in Ortsmitte befanden, weniger die Rücksichtnahme der Bevölkerung, sondern eher die Tatsache zu nennen, daß viele Synagogen schon vor diesem Zeitpunkt in nichtjüdischen Besitz übergegangen waren.
Bereits seit der Jahrundertwende fand eine durch Industrialisierung und Verstädterung bedingte Landflucht statt, in deren Folge zwischen 1890 und 1933 41 Synagogen aufgegeben wurden.

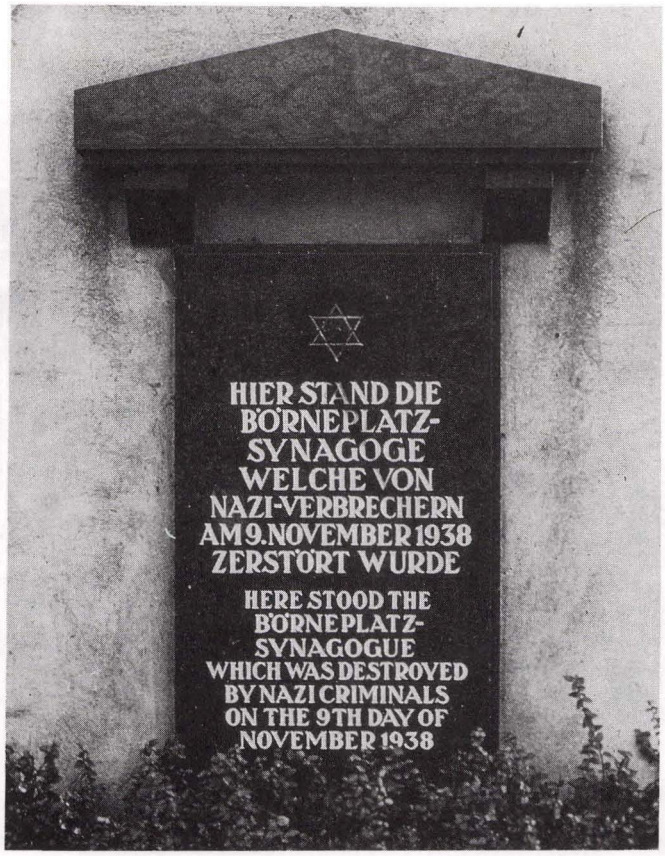
Nach 1933 führte der wachsende Judenhaß dazu, daß die jüdischen Landbewohner gezwungen waren, in die Anonymität der Großstädte zu flüchten, so daß ein großer Teil der Synagogen schon vor 1938 an Nichtjuden verkauft wurde.
Das Erstaunen über das Ergebnis der Untersuchung offenbart, wie die Gemeinden bisher mit ihrer Vergangenheit umgegangen sind und umgehen. Die Synagogen sind in ihrer früheren Funktion nur in seltenen Fällen erkennbar. Auch wenn die Synagogen meist im Baustil an die übrigen Häuser des Ortes angeglichen waren, konnte man doch an Rosetten, Davidstern oder anderen Symbolen ihre Bedeutung sehen oder erahnen. Häufig beseitigten die heutigen Bewohner diese hervorstechenden Merkmale. So kommt die Autorin zu dem Schluß, daß es sich bei dem Abriß der nach 1945 noch existierenden Synagogengebäude wie bei ihrer Umwandlung in unscheinbare Wohnhäuser „um ein Anknüpfen an die 1938 vollzogene Zerstörung der Synagogen handelt".[3]

Neben dem Gedenken an die Opfer der Nazizeit hat die Erforschung der Geschichte daher auch die Funktion, kulturhistorische Werte wieder ans Tageslicht zu bringen, die durch politische und kulturelle Gleichschaltung und durch Verfolgung und Vernichtung von andersdenkenden Menschen verschüttet worden waren. Sie nicht zur Kenntnis zu nehmen, bedeutet, einen Teil der eigenen Kulturentwicklung zu leugnen. Die Erinnerung an die Vergangenheit ist die Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit den Wurzeln und Ursachen der Geschehnisse und deren Folgen. Der Konflikt um die Ausgrabungen am Börneplatz zeigte die Bedeutung solcher Stätten für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Wenn man bedenkt, daß zum Zeitpunkt der Untersuchung von Thea Altaras nur 34 Gedenktafeln an knapp 10 % der 1933 genutzten Gotteshäuser angebracht waren, muß man befürch-

1) Rudolf Schäfer: Die Juden in Höchst am Main; in: Höchster Geschichtshefte 36/37, S. 28.
2) Adolf Diamant: Jüdische Friedhöfe in Deutschland, S. IV.
3) Thea Altaras: Synagogen in Hessen – Was geschah seit 1945, S. 219.

ten, daß die Erinnerung an die früheren jüdischen Gemeinden immer weiter verschwindet. Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Reichspogromnacht 1988 entstanden jedoch zahlreiche Initiativen auf lokaler Ebene, die sich mit der Geschichte der jüdischen Gemeinden befassen und mit Gedenktafeln versuchen, die Erinnerung an die ehemaligen jüdischen Bewohner des Ortes wachzuhalten. In vielen Orten ist vor allem den jüngeren Bewohnern die Existenz oder die Lage eines jüdischen Begräbnisplatzes, der ehemaligen Synagoge oder anderer Spuren jüdischer Geschichte völlig unbekannt, da weder Hinweisschilder noch Gedenktafeln über die Bedeutung dieser Stätten informieren. Damit die noch erhaltenen Zeugnisse dieser Geschichte nicht vergessen oder verschwiegen werden, ist es notwendig, zumindestens mit einem Hinweisschild oder einer Gedenktafel darauf aufmerksam zu machen. Um jüdische Friedhöfe oder Synagogen wieder stärker als Stätten der Erinnerung ins Bewußtsein zu rücken, sind häufig Anregungen und Initiativen aus der Bevölkerung, durch Parlamentarier oder Vereine notwendig, um etwas in Gang zu setzen. Daß dies möglich ist, wurde beispielsweise in Oberursel deutlich, wo auf Anregung der dortigen Arbeitsgemeinschaft „Nie wieder 1933" eine Hinweistafel am jüdischen Friedhof angebracht wurde.
Beispielhafte Ausnahmen wie die als Museum umgestaltete ehemalige Synagoge in Michelstadt zeigen die Möglichkeit, diese Stätten einer würdigen Nutzung zuzuführen. Darüber hinaus stellt sich den Denkmalschützern die Aufgabe, einer weiteren Zweckentfremdung bzw. die frühere Funktion verschleiernden Umbauten einen Riegel vorzuschieben.[1]



Gedenktafel für die Börneplatz Synagoge (Landesbildstelle)

1) Eine Übersicht über Gedenktafeln findet sich in dem von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Handbuch der „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus". Weitere Hinweise sind in dem Buch „Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstands und der Verfolgung 1933-45, Band 1, Hessen" zu finden.



Brennende Synagoge auf dem Börneplatz, 1938 (Stadtarchiv Frankfurt)



Zerstörte Börneplatzsynagoge – Abbrucharbeiten (Stadtarchiv Frankfurt)

Im Rahmen der Wiedergutmachung nach 1945 wurde vereinbart, daß deutsche Stellen die Wiederinstandsetzung und Pflege der jüdischen Friedhöfe dort übernehmen, wo keine jüdische Gemeinde existiert. Bund und Länder tragen dabei die Kosten je zur Hälfte, wobei die Gemeinden zur Beachtung jüdischer Glaubensgrundsätze verpflichtet sind. Staatliche Ausschüsse überprüfen von Zeit zu Zeit den Zustand der von den Gemeinden betreuten Friedhöfe. In seinen Empfehlungen zur „Instandsetzung und Pflege jüdischer Friedhöfe durch die politischen Gemeinden" weist Regierungsdirektor Maiwald auf die besondere Verpflichtung bei der Pflege jüdischer Friedhöfe hin:

> „Im Hinblick auf das weiterwirkende Unrecht, das die nationalsozialistische Gewaltherrschaft hervorgerufen hat, kommt dem gedeihlichen Zusammenleben von Juden und Nichtjuden erhöhte politische Bedeutung zu. Die Verwahrlosung jüdischer Friedhöfe würde angesichts des dauernden Ruherechts jüdischer Verstorbener dieses gedeihliche Zusammenleben, und damit die öffentliche Ordnung, empfindlich stören."[1]

Da die Mehrzahl der jüdischen Friedhöfe heute nicht mehr genutzt werden, sind sie meist verschlossen. Um Angehörigen sowie interessierten Besuchern einen Zugang zu ermöglichen, andererseits aber den notwendigen Schutz des Begräbnisplatzes zu gewährleisten, empfiehlt sich die in verschiedenen Orten geübte Praxis, den Friedhofsschlüssel gegen Vorlage eines Ausweises bei einer naheliegenden Institution oder in einem Geschäft auszuleihen, wobei am Friedhofseingang ein Hinweis angebracht sein sollte, aus dem hervorgeht, an welchem Ort und zu welchen Zeiten dies möglich ist. (Bildmaterial nächste Seite.)

Eine Informationsschrift mit einem Abriß über die Geschichte der jüdischen Gemeinde, ein Verzeichnis der Gräber sowie die Übersetzung der hebräischen Grabinschriften würde das Verständnis dieser Begräbnisstätte wesentlich erleichtern.

Die Arbeitsweise eines durch die Kommission für Geschichte der Juden in Hessen durchgeführten und vom Hessischen Hauptstaatsarchiv unterstützten Projekts, bei dem einige repräsentative jüdische Friedhöfe systematisch bearbeitet wurden, wird am Beispiel des Friedhofs in Wiesbaden-Wehen deutlich.*

Als sehr schwierig erweist sich die Übersetzung der Grabinschriften, die nur wenige Experten gut beherrschen. Da es sich meist nur um einen begrenzten Auftrag handelt, könnten auch hier die Gemeinden zur Finanzierung dieser Arbeit, wie bereits in verschiedenen Orten geschehen, angeregt werden.

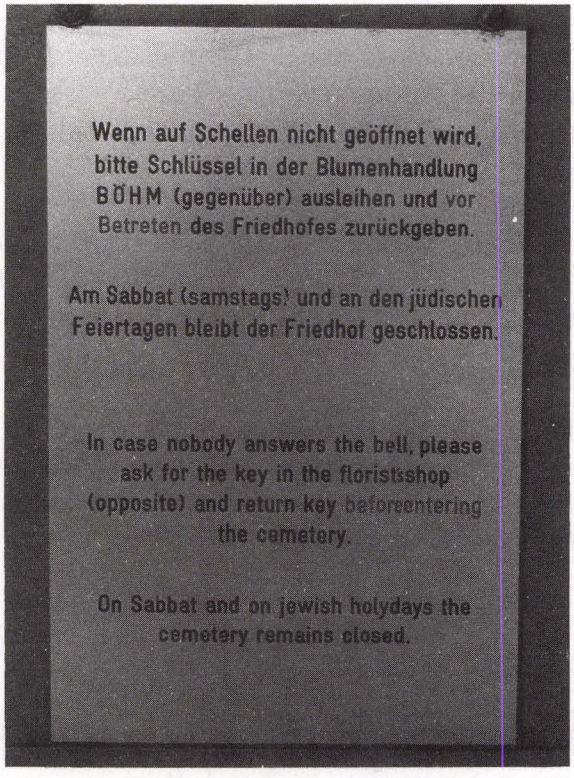
Grabschändungen sowie die zunehmende Umweltverschmutzung, die vor allem die Inschriften der überwiegend aus Sandstein bestehenden Gräber angreift, zeigen, daß es darüber hinaus angebracht ist, die Grabsteine und deren Inschriften fotografisch zu archivieren und damit als historische Dokumente zu erhalten.

---

1) Ernst Maiwald: Instandsetzung und Pflege jüdischer Friedhöfe durch die politischen Gemeinden, in: Hessische Städte- und Gemeinde-Zeitung, 4/85, S. 144.
Auch in dem Buch von Eva Grulms: Jüdische Friedhöfe in Nordhessen, werden Vorschläge und Hinweise für eine angemessene Pflege und Instandhaltung genannt.



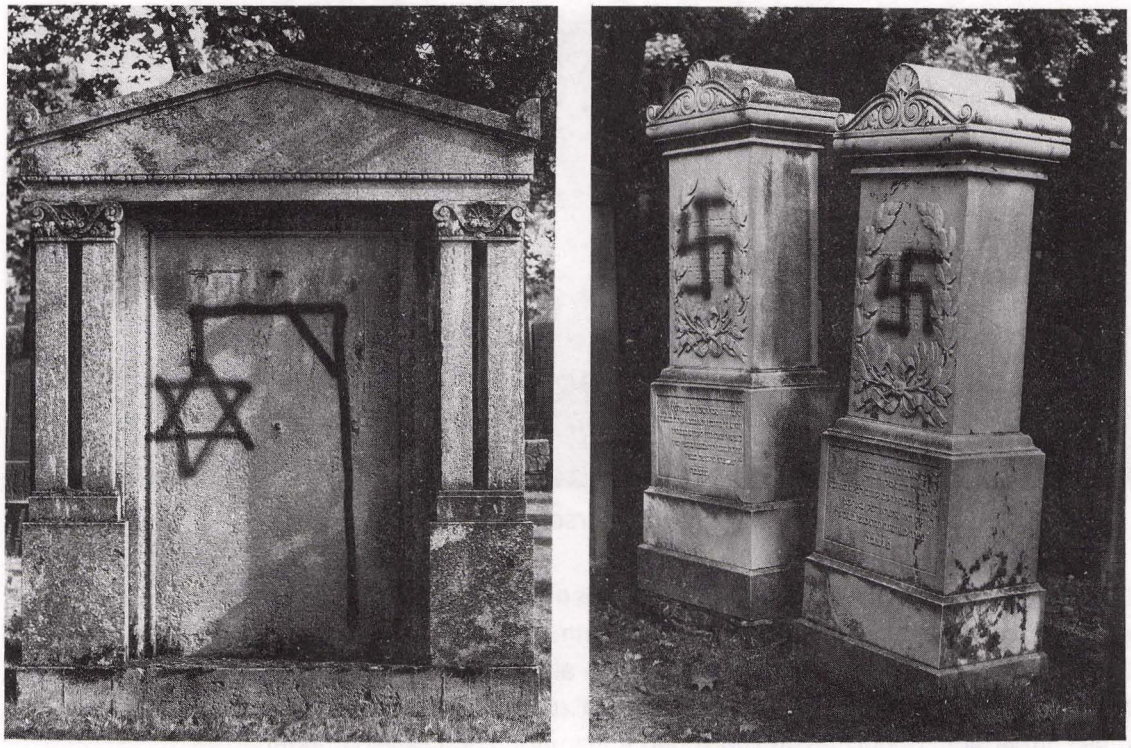
Hinweisschilder am jüdischen Friedhof in Oberursel



Hinweisschild am jüdischen Friedhof in der Rat-Beil-Strasse in Frankfurt

1.3 Friedhofsschändungen

Jüdische Friedhöfe, Gräber und Gedenktafeln, die an den Nazi-Terror erinnern, werden bis auf den heutigen Tag immer wieder Opfer von Verwüstungen oder Schmierereien – auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Knapp die Hälfte aller gemeldeteten Friedhofsschändungen geschah auf jüdischen Begräbnisstätten. Dies ist, gemessen an der Anzahl der Gräber, ein relativ hoher Anteil. Für Frankfurt hat Adolf Diamant in einer Aufstellung sogar belegt, daß weitaus häufiger jüdische Friedhöfe verwüstet wurden.[1]



Beschmierte Gräber auf dem jüdischen Friedhof (1979)

Da die Täter meist nicht gefaßt werden, ist man bei der Erforschung der Motive auf Vermutungen angewiesen. Aus der Tatsache, daß auch zahlreiche christliche Friedhöfe immer wieder Opfer wilder Zerstörungswut werden wie jüngst der Frankfurter Hauptfriedhof, darf jedoch nicht voreilig der Schluß gezogen werden, antisemitische Motive seien weitgehend auszuschließen.

Auch wenn es die Täter, unabhängig von politischen Motiven, möglicherweise besonders reizt, daß die Öffentlichkeit auf die Schändung jüdischer Friedhöfe sehr empfindlich reagiert, können dennoch in vielen Fällen antisemitische Motive belegt bzw. aus der Tatsache geschlossen werden, daß Grabsteine mit Hakenkreuzen oder Parolen wie „Juda verrecke" beschmiert wurden. Die Zahl der Mitglieder in antisemitisch und ausländerfeindlich eingestellten Neonazigruppen, die immer wieder durch derartige Aktionen auf sich aufmerksam machen, ist zwar re-

1) Adolf Diamant: Geschändete jüdische Friedhöfe in Deutschland 1945 – 1980, S. III f, S. 52f.

lativ gering, jedoch machen Äußerungen von Politikern, die nicht ständig daran erinnert werden möchten, was Deutsche den Juden angetan haben, einen verbreiteten latenten Antisemitismus deutlich, der unter Umständen den Nährboden für Aktionen wie Friedhofsschändungen bietet.



Oberursel 1985

Diesen latenten Antisemitismus bei weiten Teilen der Bevölkerung belegt auch die 1982 durchgeführte Untersuchung von Alphons Silbermann.
Schmierereien auf Friedhöfen oder in Schulen als Dumme-Jungen-Streiche abzutun, erscheint aus diesen Gründen zu kurz gegriffen. Anlaß zur Sorge geben auch viele von Jugendlichen meist unbedacht benutzten antijüdischen Äußerungen und Beleidigungen.

Bei den Ergebnissen einer Umfrage an der Frankfurter Holbeinschule von 1986 handelt es sich keineswegs um Einzelfälle:

> „Ich hatte einmal eine Auseinandersetzung mit jemandem. Nach kurzem Hin und Her fiel das Wort 'Jude'. Als ich ihn dann fragte, warum er das gesagt hat, meinte er ganz cool: 'Das ist ja nur so eine Redensart.' Ich habe in unserer Klasse viele solcher Witze gehört, z.B.: 'Du hast vielleicht 'ne Judentasche.' Wenn man sagt: 'Du Jude', ist das genauso gemeint wie: 'Du Arschloch'. Das Wort wird aus Spaß oder als Beleidigung gesagt. Unter Freunden wird das öfters gesagt."[1]

Solche Äußerungen sind zwar nicht unbedingt Ausdruck eines bewußten Antisemitismus, müssen aber trotzdem ernstgenommen werden. Das unbewußte Einschleifen negativer Einstellungen gegenüber Juden durch Judenwitze oder andere herabsetzende Bemerkungen kann unter Umständen die Ausbildung antisemitischer Vorurteile fördern. Dieser Mechanismus war

1) Ergebnisse einer Umfrage an der Frankfurter Holbeinschule von 1986. In: Antisemitismus und Asylrecht. Hrsg. von der Antisemitismus AG an der Holbeinschule, S. 52ff.

den Nationalsozialisten wohlbekannt, wie ein Beispiel aus einer pädagogischen Zeitschrift von 1942 zeigt. Der Autor bietet hier zum Zwecke der Rassenpflege Beispiele von Sprichwörtern, die dazu dienen sollen, „rassisches Denken in Herz und Gehirn unseres Volkes hineinzubrennen":

„Wer bei einem Juden die Hälfte bietet, ist schon betrogen.
Der Jude weiß sich zu nähren und andere zu scheren."[1]

Mit Schlußstrichappellen ist antisemitischen und neonazistischen Tendenzen nicht beizukommen. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit ist nicht, wie einige meinen, ein Hindernis für die Gewinnung einer Identität. Sie setzt im Gegenteil die bewußte Verarbeitung auch der negativen Seiten der deutschen Geschichte voraus. Die Existenz von Zeugnissen jüdischer Geschichte sollte daher nicht geleugnet oder vertuscht werden, um der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit aus dem Wege zu gehen.
Gelegentlich wird als Begründung für das Nichtanbringen von Hinweistafeln an Stätten jüdischer Geschichte auch Angst vor möglichen Ausschreitungen genannt. Beispiele belegen jedoch, daß auch dann Friedhofsschändungen nicht verhindert werden können. Möglicherweise schreckt potentielle Täter ein Hinweisschild wie in Pappenheim ab, in dem deutlich wird, daß staatliche Organe als Repräsentanten der Gesellschaft Aktionen gegen jüdische Friedhöfe als Straftaten ansehen und nicht als klammheimlich begrüßtes Kavaliersdelikt.



Hinweisschild am Friedhof in Pappenheim

1) Die neue Schule. Monatsschrift für alle Fragen der Volksschule. Hrsg.: Ernst Krieck, 16. Jg. 1942, Frankfurt, S. 142-148.
Auszugsweise abgedruckt in: Spuren des Faschismus in Frankfurt. Das Alltagsleben der Frankfurter Juden 1933-1945.
Ergebnisse der regionalen Lehrerfortbildung in Hessen, Außenstelle Frankfurt, S. 65.

2. Jüdische Friedhöfe und ihr religiöser Hintergrund

2.1 Lage der Friedhöfe

In der Bundesrepublik gibt es ca. 1.400 jüdische Friedhöfe, davon ungefähr 330 in Hessen. Sie unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von christlichen Friedhöfen, sowohl was ihre äußere Gestaltung als auch was ihre Lage betrifft.
Diese Unterschiede und ihr religiöser Hintergrund sollen im folgenden kurz beschrieben werden. Dabei kommen verschiedene Interpretationen zum Ausdruck. Einzelne Gebräuche haben sich im Laufe der Zeit gewandelt, vor allem jedoch hängt die unterschiedliche Auslegung von der religiösen Ausrichtung ab.

In biblischer Zeit gab es Familiengräber, die sich ursprünglich bei dem Haus einer Familie befanden, was in dem Ausdruck „zu den Völkern versammelt werden" veranschaulicht wird. Häufig lagen die Grabstätten unter schattigen, teilweise heiligen Bäumen, oft auf Anhöhen, gelegentlich nutzte man Höhlen. Friedhöfe, wie wir sie heute kennen, waren erst seit dem Mittelalter üblich (Jüdisches Lexikon, 1928, S. 815).

Im Gegensatz zu christlichen Friedhöfen, die früher meist in der Nähe der Kirche bzw. um die Kirche herum angelegt waren, lagen jüdische Friedhöfe – so auch die 1260 in der Battonstraße eingerichtete Begräbnisstätte – außerhalb der Orte bzw. am Rande der Stadtmauer. Für diese Tatsache gibt es verschiedene Erklärungen, die sich sowohl auf die gesellschaftliche Stellung der jüdischen Bewohner als auch auf die Bedeutung der Friedhöfe im religiösen Leben beziehen. So hatten häufig die sehr kleinen jüdischen Gemeinden insbesondere in ländlichen Gebieten nicht genügend Finanzmittel, um ein geeignetes Gelände zu erwerben. Erschwerend kam hinzu, daß der Erwerb von Grundeigentum für Juden stark reglementiert war. Das Vorhandensein eines naheliegenden Friedhofs war jedoch die Voraussetzung für die Ansiedlung jüdischer Bewohner in einem Dorf oder einer Stadt. Das Nichtvorhandensein diente den Behörden häufig als Begründung, um Zuzugsbeschränkungen zu erlassen. Aus diesen Gründen erfolgte in vielen Fällen die Zuweisung von Sammelfriedhöfen, die von mehreren jüdischen Gemeinden bzw. von Bewohnern verschiedener Orte genutzt wurden.
Als Beispiel soll hier der 1675 eingerichtete Sammelfriedhof in Niederhofheim genannt werden, der von den Gemeinden in Höchst, Soden, Hofheim, Hattersheim und Okriftel genutzt wurde. Er wurde 1873 geschlossen, und an seiner Stelle wurden in den einzelnen Gemeinden eigene Friedhöfe angelegt (Rudolf Schäfer: Die Juden in Höchst am Main, a.a.O., S. 27).

Die Lage der Begräbnisstätte weit außerhalb der Orte war nicht unproblematisch, da nach traditionellem jüdischem Glauben die Bestattung noch am Todestag erfolgen soll. Da der Tag aber bereits mit dem Dunkelwerden endet, war es von großer Wichtigkeit, daß der Friedhof nicht zu weit abgelegen war.
Nicht selten sorgten Beschränkungen der christlichen Stadtverwaltungen für besonders große Entfernungen von den Stadtgrenzen (Adolf Diamant, Jüdische Friedhöfe in Deutschland, S. II).
Häufig wurden den jüdischen Gemeinden auch Parzellen zugewiesen, die anderweitig nicht mehr nutzbar waren und für Bestattungen nur bedingt geeignet waren wie an Steilhängen oder an felsigen Erhebungen (Jüdisches Lexikon, S. 817).
Andererseits stellten kultische Reinheitsangebote gewisse Anforderungen an die Lage des Geländes und verlangten u.a. die Trennung von Wohnungen für die Lebenden von der Ruhestätte der Toten, was bedeutete, daß Begräbnisstätten außerhalb der Siedlungen gelegen sein

mußten. Nach Plutarch ließ es ein altes Gesetz nicht zu, daß jemand innerhalb der Stadtmauer begraben wurde (Aratus 53,2; zit. nach Diamant, a.a.O., S. III).

Von großer Bedeutung für die Lage eines Friedhofes ist darüber hinaus der ungestörte Erhalt des Platzes sowie die Möglichkeit der Erweiterung. Anders als auf christlichen Friedhöfen gilt in der jüdischen Religion der Grundsatz der Unantastbarkeit der Totenruhe. Da christliche Friedhöfe sich häufig in der Ortsmitte befanden, ist es alleine aus raumökonomischen Gründen verständlich, daß das Ruherecht der Toten nur für begrenzte Zeit gilt und daß nach Ablauf dieser Zeit eine Neubelegung von Grabstellen notwendig und möglich ist. Das Abräumen, der Verkauf oder die Neubelegung jüdischer Friedhöfe, die Wiederverwendung von Grabsteinen oder eine Nutzungsänderung der Friedhöfe nach Ablauf einer Ruhefrist sind mit dem jüdischen Glauben jedoch unvereinbar, da die Ruhe der Verstorbenen bis zur gemeinsamen Auferstehung, der Rückkehr nach Israel im messianischen Zeitalter, gewährleistet werden muß. Friedhöfe sind daher neben den Synagogen und den Mikwen die wichtigsten kultischen Stätten der jüdischen Religion. Ist ein Friedhof belegt, muß er erweitert oder eine neue Begräbnisstätte erworben werden. Um den Erhalt der Totenruhe zu sichern, sollte der Boden auf Dauer und nicht zeitbestimmt erworben werden. Nur in Notfällen ist bei Ermangelung von Platz unter bestimmten Voraussetzungen anstelle der Bestattung in meist dichten Reihen nebeneinander eine Belegung übereinander möglich, wobei ein Abstand von mindestens sechs Handbreit eingehalten werden muß. Solche Gräber befinden sich auch auf dem alten Friedhof in der Battonstraße. Mußte dennoch ein Friedhof aufgegeben werden, setzte man meist die vorhandenen Grabsteine auf die neue Begräbnisstätte um (Jüdisches Lexikon, S. 818).

Dieser Grundsatz der ewigen Totenruhe führte dazu, daß Gräber über Jahrhunderte erhalten blieben und daher für uns wertvolle Zeugen vergangener Zeiten sind. Leider ist die Mehrzahl der ältesten jüdischen Friedhöfe aus dem 12. Jahrhundert, die nach den Verfolgungsmaßnahmen im Mittelalter verwaisten, nicht mehr erhalten. In der Nähe des Frankfurter Doms konnte man jedoch Belege für die Existenz eines Begräbnisplatzes aus dem 12. Jahrhundert finden.

Nach der Emanzipation, mit der allmählich diskriminierende Regelungen wie der erschwerte Erwerb von Grundeigentum oder Zuzugs- und Heiratsbeschränkungen aufgehoben wurden, wuchs die jüdische Bevölkerung in Deutschland. In deren Folge war die Neuanlage von Friedhöfen in vielen Orten möglich und notwendig. Daher erfolgte die Einrichtung zahlreicher Friedhöfe in der Mitte des 19. Jahrhunderts, so auch die des 1866 eingeweihten Friedhofs in Bad Homburg. Aus diesem Grund ist es nicht weiter verwunderlich, wenn abgelegene Friedhöfe wie der Sammelfriedhof in Niederhofheim oder überbelegte Begräbnisstätten wie der alte jüdische Friedhof in der Battonstraße ab dem 19. Jahrhundert nicht mehr genutzt wurden. Der Frankfurter Senat beschloß 1922 die Verlegung der christlichen wie der jüdischen Begräbnisplätze auf das sogenannte Frankfurter Feld, um der wachsenden Einwohnerzahl Rechnung zu tragen. Die jüdische Gemeinde stimmte damals unter der Voraussetzung zu, daß der neue Friedhof in der Rat-Beil-Straße sowie der ältere Friedhof in der Battonstraße Eigentum der jüdischen Gemeinde sein sollte (siehe Kapitel 3.1).

Die oben benannte Schließung von Begräbnisstätten wie auch die teilweise sinkende Belegung auf Friedhöfen in ländlichen Gebieten kann jedoch neben den aufgeführten Gründen auch auf andere Ursachen hinweisen.

Die zunehmende Industrialisierung führte zu einer Landflucht insbesondere jüdischer Familien,

in deren Folge zahlreiche jüdische Gemeinden aufhörten zu existieren, eine Tendenz, die durch Übertritte zum Christentum noch verstärkt wurde.

2.2 Aussehen und Gestaltung

Vor allem ältere jüdische Friedhöfe wirken mit ihrem alten Baumbestand und den verwitterten, teilweise umgestürzten Grabsteinen aus rotem Sandstein malerisch, ein wenig verwildert und vermitteln einen ruhigen und friedlichen Eindruck.



Jüdischer Friedhof Rat-Beil-Straße

Die Benennung jüdischer Friedhöfe als Bet ha-chajim (Haus des ewigen Lebens) oder Bet ha-olam (Haus der Ewigkeit) belegen ihre große Bedeutung innerhalb des religiösen Lebens.[1]

Oberstes Gebot ist das ewige Ruherecht der Toten, das durch verschiedene Vorschriften gewährleistet werden soll. Um diesen Grundsatz nicht zu verletzen, betreten beispielsweise gläubige Juden am Sabbat grundsätzlich nicht den Friedhof.

1) Ernst Roth: Zur Hallachah des jüdischen Friedhofs; in: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, S. 100.

Zum Schutz der Anlage sind die Friedhöfe meist mit einer Mauer oder auch einer Hecke umgeben.

Die Pflege der Anlage bzw. der Gräber beschränkt sich auf das Notwendigste. Das Mähen hohen Grases oder das Zusammenrechen von Laub dient dem Zweck, den Zugang zu den Gräbern begehbar zu machen. Umgestürzte oder beschädigte Grabsteine, auf die man bei einem Besuch auf einem jüdischen Friedhof immer wieder stößt, werden, soweit natürliche Einflüsse vorlagen, in diesem Zustand belassen und verdeutlichen nach dem jüdischen Glauben die Vergänglichkeit des irdischen Lebens.

Nach heutiger Auslegung soll jedoch die Pflege der Friedhöfe so gestaltet werden, daß die Gräber zugänglich und die Grabsteine lesbar sind, um so den Angehörigen das Auffinden der Gräber zu ermöglichen. Dies bedeutet, daß auch umgefallene Grabsteine wieder aufgerichtet und standfest gemacht werden (Ernst Roth, a.a.O., S. 120f). Um die Standfestigkeit der Grabsteine zu sichern, war es bereits seit dem letzten Jahrhundert üblich, diese auf einem festen Sockel zu errichten.

Jeder hat Anspruch auf ein eigenes Grab. Dabei soll bei der Gestaltung der Gräber sowie bei der Bestattung ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Status der Verstorbenen der Grundsatz der Schlichtheit beachtet werden, da der Tod alle irdischen Unterschiede aufhebt und damit „klein und groß dort gleich gilt". (HIOB 3,19) Aus diesem Grund wird bei der Bestattung der Toten nur ein einfacher, schmuckloser Sarg verwendet. Vielerorts ist es auch Brauch, den Toten einen Beutel mit Erde aus dem Heiligen Land mit ins Grab zu geben.

Mit der Betonung der Gleichheit aller Menschen durch den Tod grenzt sich der jüdische Glauben deutlich vom heidnischen Totenkult ab. Anders als auf christlichen Friedhöfen ist die Verwendung von Blumenschmuck auf Gräbern nicht üblich, jedoch vereinzelt anzutreffen. Stattdessen hinterlassen Angehörige als Zeichen ihres Besuchs Steinchen auf oder am Fuß der Grabsteine.
Für diesen Brauch gibt es verschiedene Interpretationen. Möglicherweise steht der Verzicht auf Blumenschmuck mit der Ablehnung des eben genannten Totenkults in Zusammenhang. Andere wiederum betonen die damit vollzogene Abgrenzung gegenüber dem christlichen Glauben (Diamant, S. IX).
Auch das Verbot der Nutznießung von den Toten wird in diesem Kontext genannt, da die Befürchtung bestehe, daß Besucher Blumen pflücken und verkaufen könnten.[1]
Eine weitere Erklärung des Brauchs, anstelle von Blumen Steinchen als Erinnerung auf Grabsteine zu legen, weist auf die Ursprünge und die Geschichte des jüdischen Volkes, vor allem in der Zeit des Auszugs aus Ägypten hin. Danach erwies man einem Toten besondere Ehre, indem man Steine auf seinem Grab aufhäufte, die verhindern sollten, daß der Leichnam von Tieren ausgegraben wurde.

Darüber hinaus ist auffällig, daß der orthodoxe Teil des Friedhofs in der Rat-Beil-Straße baumlos ist. Auch Bäume werden von traditionell gläubigen Juden als unzulässiger Schmuck angesehen. Darüber hinaus wird geltend gemacht, daß möglicherweise Gräber und Grabsteine durch Baumwurzeln gefährdet werden könnten (Ernst Roth, a.a.O., Band IV, 1973, S. 117f, s. Kap. 3.1.1).

---

1) Der jüdische Friedhof – Zeugnis der Kultur. Hrsg. Alfred Udo Theobald, Karlsruhe 1984, S. 60.

Auf den meisten jüdischen Friedhöfen findet sich ein Raum für die Leichenwaschung – soweit diese nicht in der Wohnung des Verstorbenen vorgenommen wurde – sowie zur Aufbewahrung von Gegenständen, die für die Beisetzung erforderlich sind. Da eine Beerdigung am Sabbat sowie an Feiertagen nicht möglich ist, dient dieser auch zur Aufbewahrung von Leichen. Auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße soll sich die Leichenhalle früher dort befunden haben, wo heute zahlreiche Gedenkgräber für die Opfer der NS-Zeit zu finden sind.



Für die ordnungsgemäße Bestattung ist die Beerdigungsbruderschaft (Chewra Kaddischa) zuständig. Da für die Waschung und Einkleidung weiblicher Leichen Frauen verantwortlich sind, gibt es auch unter ihnen eine entsprechende Vereinigung (Meier-Ude).

Nach der Waschung der Leichen findet eine Trauerfeier am Grab oder in der Trauerhalle statt. Nach der Beerdigung beten die Angehörigen gemeinsam das Trauergebet (Kaddisch), das die Söhne nach dem Tode der Eltern im Trauerjahr elf Monate lang täglich sprechen und jährlich wiederkehrend am Todestag. Mit dem Tag der Beerdigung beginnt die Trauerwoche, die Schiwe (hebräisch: sieben). Nach Ablauf dieser Woche beginnt die Schloschim, die dreißig Trauertage. Am Jahrestag der Bestattung wird den Toten ein Grabstein gesetzt (Valentin Senger, Klaus Meier-Ude: Die jüdischen Friedhöfe in Frankfurt, S. 26ff).

Feuerbestattungen sind allgemein nicht üblich und werden von orthodoxen Juden abgelehnt. Häufig werden feuerbestattete Juden in einem gesonderten Teil, meist entlang der Friedhofsmauer, beerdigt, ebenso wie Kinder oder Menschen, die Selbstmord verübt haben. Strenggläubige Juden erklären Friedhöfe, auf denen Aschenreste beigesetzt sind, für rituell unzulässig und begründen damit die Notwendigkeit einer eigenen Beerdigungsstätte. Liberale Juden dagegen betonen, daß weder die Thora noch der Talmud eine Erdbestattung zwingend vor-

schreiben (Jüd. Lexikon, S. 1029 und Roth, a.a.O., Bd. IV, S. 113).

Meistens sind die Gräber in West-Ost-Richtung angelegt, so daß der Tote nach Osten, Richtung Jerusalem „blickt". Es gibt jedoch keine bindende Vorschrift, die eine andere Ausrichtung der Gräber, z.B. in Doppelreihen Kopf an Kopf oder in Nord-Süd-Richtung ausschließt.

Im Gegensatz zu Friedhöfen, in denen Frauen in separaten Reihen oder gar in besonderen Parzellen beerdigt werden, gibt es auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße zahlreiche Familiengräber, in denen Frauen und Männer gemeinsam beerdigt sind.

Probleme wirft die Bestattung von Ehepaaren aus sogenannten Mischehen auf, vor allem dann, wenn beide nebeneinander beerdigt werden möchten. Da nach dem jüdischen Glauben für Nichtjuden die Bestattung auf einem jüdischen Friedhof nicht möglich ist, gibt es Gemeinden wie in Berlin, die für diese Zwecke einen gesonderten Friedhofsteil zuweisen, jedoch schließen auch hier strenge Vorschriften eine Beerdigung der Ehegatten nebeneinander aus (Roth, a.a.O., Band IV, S. 115).

Der ruhige, geschlossene Eindruck bei älteren Friedhöfen wird durch die Tatsache unterstützt, daß sich die schlichten Grabsteine in Material und Form sehr ähnlich sind. In der Mehrzahl handelt es sich um aufrecht stehende – seltener liegende – behauene Steine mit nach oben gewölbter Oberkante als Grundform – nach alter Überlieferung dem Gesetzbuch Moses entsprechend –, die meist nach Osten, in Richtung Jerusalem, zeigen.

Vor allem der liegende Grabstein diente ursprünglich der Markierung und dem Schutz des Grabes. Während der Vorteil des liegenden Grabsteins vor allem in der Abdeckung und dem Schutz des Grabes liegt, wird als Begründung für die vor allem in Westeuropa übliche stehende Stelle angeführt, daß dadurch die Grabstelle von weitem sichtbar ist. In diesen Fällen ist jedoch eine zusätzliche Markierung des Grabes notwendig (Roth, a.a.O., S. 92f, S. 100f, S. 122f).

Das Grabmal soll vor allen Dingen dem Wohle und dem Andenken der Verstorbenen dienen und erst in zweiter Linie den Angehörigen gewidmet sein. Diesem Zweck entspricht auch ein schlichter Grabstein, während prunkvolle Grabsteine wohl eher der Geltungssucht der Nachkommen dienen.

Im Zuge der Emanzipation, welche die Stellung der Juden innerhalb der Gesellschaft entscheidend veränderte, vollzog sich in Anlehnung an christliche Gebräuche auch ein Wandel in der Ausgestaltung der Friedhöfe. Die Grabsteine wurden größer, teilweise prunkvoll oder protzig, der Sandstein wurde durch wertvollere Materialien wie Marmor oder Granit ersetzt, die Beschriftung veränderte sich und ließ teilweise keine Rückschlüsse mehr auf die Zugehörigkeit der Toten zur jüdischen Religionsgemeinschaft zu (siehe Kap. 3.1).

Bis ins 19. Jahrhundert war der Sandstein als Material üblich. Im Gegensatz zu den einfachen, rechteckigen oder nach oben leicht abgerundeten Stelen des Mittelalters, die außer der Beschriftung keinerlei Verzierung aufwiesen, wurde die Ausgestaltung der Grabsteine im Laufe der Zeit immer kunstvoller. Die obere Kante wurde mit Dachaufsattelungen und Kronen ausgestaltet oder in Halbkreisform, die als Himmelssymbol den Bezug zwischen Himmel (Gott) und Erde (Tote) verdeutlichen soll. Etwa ab dem 17. Jahrhundert enthält dieser hervorgehobene



Grabstein der Familie Loeb



Grabstein der Familie Schiff

Teil der Grabsteine immer häufiger Symbole wie die strahlende Muschel als Abbild der Sonne. Figürliche Darstellungen wie Menschenbilder oder Gottesgestalten fehlen dem zweiten Gebot entsprechend, während Abbildungen von Tieren, Blumen oder anderen Symbolen gestattet sind. Neben der Darstellung von Gegenständen aus dem religiösen Leben verweisen Tier- oder andere Symbole auf den Namen, die Herkunft, den Beruf und die religiösen Aufgaben innerhalb der religiösen Gemeinschaft oder dienen zur Charakterisierung der Toten.

So kennzeichnen die segnenden Hände die Gräber von Rabbinern. Wasserkrug und Schüssel verweisen auf die Leviten, deren Aufgabe es ist, den Priestern vor dem Segnen die Hände zu waschen.

Davidstern, Thoraschrein, Palme, Menorah (siebenarmiger Leuchter) oder Schofar (Widderhorn) machen das Grab als jüdisches kenntlich.

Auf die verstorbene Person weisen z.B. abgebrochene Säulen oder umgeknickte Blumen hin, die zum Ausdruck bringen, daß die Toten früh verstorben sind. Zwei Leuchter kennzeichnen die fromme Hausfrau, die Krone verweist auf den guten Namen, und zwei schnäbelnde Tauben deuten auf ein ausgefülltes Familienleben.

Häufig findet man auf Grabstätten auch Hinweise auf den Beruf der Toten. Eine Schere verweist darauf, daß es sich bei dem Verstorbenen um einen Schneider handelte, ein Äskulapstab auf einen Arzt, ein Messer auf den Schächter.

Tiersymbole sind häufig Anspielungen auf die Herkunft bzw. den Namen, deren Ursprung in der unterschiedlichen Kennzeichnung der Häuser der Judengasse liegt.

So finden sich die über dem Hauseingang angebrachten Erkennungszeichen (z.B. ein Drache) auf den Grabsteinen der Familie Drach wieder. Auch Symbole wie Löwe, Hirsch oder Adler verweisen auf die Namen der Toten.



Grabstein eines Angehörigen der Familie Drach



Der Davidsstern
als Zeichen für ein jüdisches Grab



Segnende Priesterhände als Hinweis
auf die religiöse Stellung des Verstorbenen

Die Beschriftung älterer Grabsteine gibt neben der Angabe des Todestages und der Namen der Verstorbenen meist Auskunft über die Abstammung, d.h. den Namen des Vaters, seltener der Mutter und teilweise auch der Ehegatten. Häufig werden in blumenreicher Sprache das Leben und die Verdienste der Toten gewürdigt.



Grabstein von Mayer Amschel Rothschild, gestorben 1812. Neu beschriftet und aufgestellt am Ehrenportal des alten jüdischen Friedhofes „Battonstrasse" (vor 1933 an der Ostseite des Friedhofes). Deutsche Übertragung: *„Hier liegt begraben der Wohltäter Seiner Ehrwürden der Raw und Rabbi Moshe Meir, Sohn des verewigten und ehrwürdigen Anschel Rothschild. Sein Andenken sei gesegnet! Gestorben in der Nacht des heiligen Sabbat und begraben am folgenden Tage am Sonntag des Vorabends des Sukkoth-Festes des Jahres 5573 (nach der kleinen Rechnung). Es sei seine Seele verbunden mit dem Lebensband mit den Seelen von Abraham, Isaak und Jakob, Sara, Rebekka und Rahel – und mit den Seelen der übrigen Gerechten, welche sich im Paradies befinden. Amen!"*
(Übersetzung in: Paul Arnsberg: Bilder aus dem jüdischen Leben in Frankfurt, S. 65.)

Ab dem 19. Jahrhundert tritt neben der hebräischen Beschriftung der Grabsteine auch die bisher übliche jüdische Zeitrechnung bei der Angabe von Geburts- und Todesdaten immer weiter in den Hintergrund. Von den Orthodoxen wurde diese Entwicklung vor allem deshalb kritisiert, weil die Zeitrechnung in christlichen Ländern auf die Geburt des von der jüdischen Religion nicht anerkannten Messias zurückgeht.

Zum besseren Verständnis jüdischer Jahreszahlen ist im Anhang eine Aufstellung zu finden.

Neben dem Namen, den Geburts- und Todesdaten und zusätzlichen Anmerkungen zur Person der Verstorbenen enthalten die Grabsteine häufig allgemein übliche Formeln.

Eingeleitet wird der Text meist durch den Hinweis: „Hier ruht", „Hier liegt begraben". Am Schluß findet sich meist der Wunsch: „Möge ihre Seele aufgenommen sein in den Bund des ewigen Lebens".



3. Der jüdische Friedhof in der Rat-Beil-Straße – Grabsteine als Spiegel vergangener Zeiten

3.1 Emanzipation und Assimilation

Der seit 1460 bestehende alte jüdische Friedhof in der Battonstraße war schon lange zu klein geworden. Da keine Erweiterungsmöglichkeiten bestanden, mußten die Toten teilweise schichtweise beerdigt werden. 1822 ordnete der Frankfurter Senat die Schließung dieses Begräbnisplatzes an, da er die allgemeine Verlegung der Friedhöfe aus der Stadt auf das damalige Friedberger Feld für angebracht hielt. Die jüdische Gemeinde stimmte dieser Anordnung unter der Voraussetzung zu, daß der alte Friedhof Eigentum der jüdischen Gemeinde bleiben und das Gelände des neuen Friedhofs von ihr erworben werden könne. Erst nach langen Verhandlungen konnte sie ihre Forderungen durchsetzen.

Staatliche Behörden verzögerten die Herstellung und Unterhaltung der Zugangswege sowie die Errichtung des von dem Architekten Rumpf entworfenen Portalgebäudes mit der Begründung, es würde die Einheitlichkeit der städtischen Anlagen stören. Auf der anderen Seite forcierten sie die Schließung des alten Friedhofs, obwohl die Einrichtung des neuen Friedhofs noch nicht abgeschlossen war. Diese Schikanen machen deutlich, welche Haltung die Frankfurter Behörden gegenüber der jüdischen Bevölkerung einnahmen. Am 3. Oktober 1828 fand dann die erste Beerdigung auf dem neuen Friedhof statt. (Gemeindeblatt Frankfurt, 1928/29, Nr. 1/2, S. 3-5). D3

Die am 28.12.1811 erlassene „Höchste Verordnung, die bürgerliche Rechtsgleichheit der Judengemeinde zu Frankfurt betreffend", sicherte den Frankfurter Juden die Gleichstellung zu. Allerdings ließ man sich den damit verbundenen Wegfall besonderer Abgaben mit der stolzen Summe von 440.000 Gulden bezahlen. Nach der Niederlage Napoleons erstarkten die konservativen Kräfte jedoch erneut, was dazu führte, daß nach und nach viele der 1811 erworbenen Rechte wieder zurückgenommen wurden. So wurden bereits am 30.3.1814 die neu eingestellten jüdischen Staatsbeamten, so auch der Vater Ludwigs Börnes, wieder entlassen.

Besonders einschränkend erwies sich die Bestimmung, wonach jährlich nur 15 Mitglieder der jüdischen Gemeinde heiraten konnten, dabei durfte nur zweimal ein Partner von auswärts kommen. Erst am 12.2.1848 fiel diese Bestimmung. Was die Stadt von dem aufkeimenden Selbstbewußtsein der jüdischen Bevölkerung hielt, bewies sie in ihrer Reaktion auf judenfeindliche Ausschreitungen im Jahre 1819. Sie unterstellte der jüdischen Bevölkerung mit dem Vorwurf, durch „unbescheidenes Benehmen" dazu Anlaß gegeben zu haben, eine Mitschuld.[1]

Nachdem auch die gescheiterte Revolution von 1848 nicht die erhofften Freiheiten brachte, wurden endlich am 7.10.1864 die bestehenden Beschränkungen aufgehoben. Nach dem Anschluß an Preußen gewannen die Juden ab 1871 die deutsche Staatsbürgerschaft.
Die wachsende Bedeutung jüdischer Menschen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kann man bereits an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung sehen. Bereits 1823 hatten die 4.530 Jüdinnen und Juden in Frankfurt einen Anteil von 10,3 %, 1875 sogar von 11,5 % (a.a.O., S. 38).

1) Wolfgang Wippermann: Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit I. Die nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 31.

Bereits zu Beginn der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts erwies sich der neue Friedhof als zu klein und mußte durch Ankauf neuen Geländes mehrfach erweitert werden.

Frankfurter Juden prägten in vielfältiger Weise das öffentliche Leben der aufstrebenden Industriestadt. Beispielhaft sollen hier erwähnt werden die finanzkräftige Bankiersfamilie Rothschild, Literaten wie Börne, Politiker wie Sonnemann, Herausgeber der liberalen Frankfurter Zeitung, oder Philantropen wie Hallgarten und Merton, die durch Spenden kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Einrichtungen entscheidend gefördert haben.

Wie stark das liberale Bürgertum in das städtische Leben integriert war, macht die Einweihungsfeier der Westendsynagoge im Jahre 1910, an der auch führende Behördenvertreter anwesend waren, deutlich.

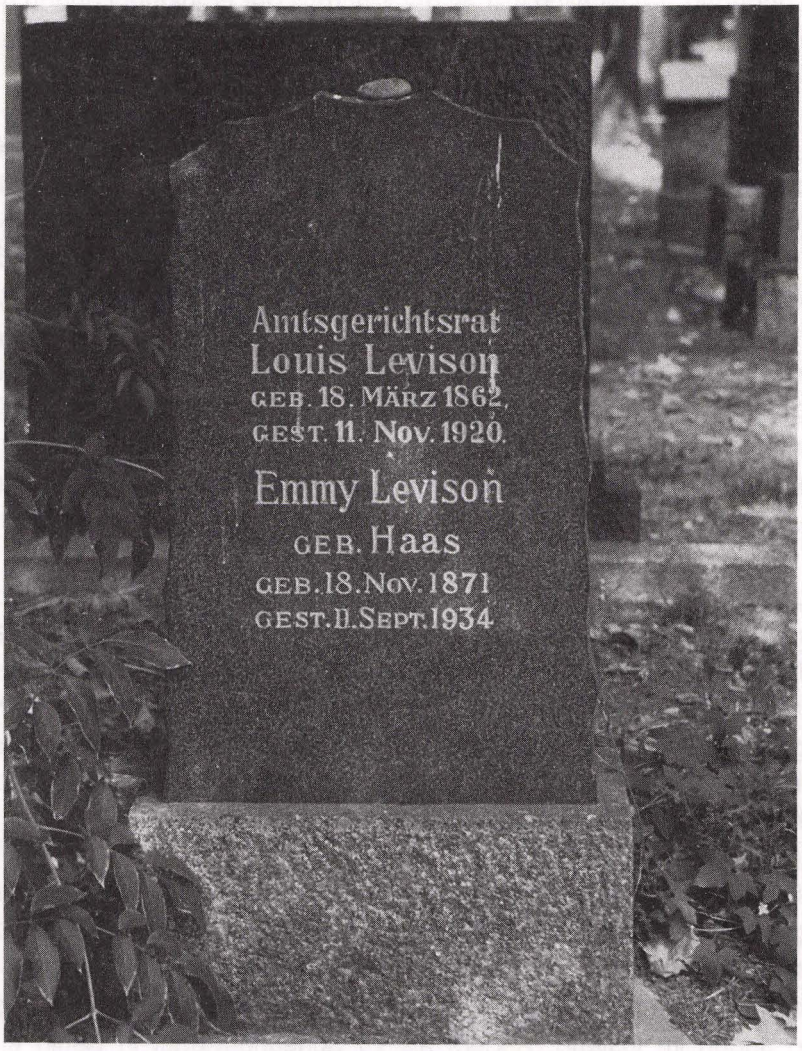
Die veränderte Stellung jüdischer Bürger innerhalb der Gesellschaft führte zu einer Reformbewegung innerhalb der jüdischen Gemeinde. Liberale Juden hielten beispielsweise eine Lockerung der strengen Speisevorschriften für notwendig. In Anlehnung an christliche Gebräuche besaß die liberal orientierte Westendsynagoge eine Orgel, die Predigten wurden in deutscher Sprache abgehalten. Diese Assimilierung macht sich auch in der äußeren Gestalt des Friedhofes und der Grabsteine deutlich bemerkbar.

Mit Prunkgräbern, Säulen, Obelisken, Mausoleen – der traditionelle Sandstein trat gegenüber wertvolleren Materialien wie Marmor zurück – demonstrierte das aufstrebende jüdische Großbürgertum in Abgrenzung gegenüber den Ärmeren Wohlstand und Selbstbewußtsein. Die Abkehr vom Grundsatz der Schlichtheit der Gräber bringt zum Ausdruck, daß die jüdische Solidarität gegenüber einer sozialen Distanzierung immer stärker in den Hintergrund trat.



Gräber der Familie Rothschild

Die verstärkte Hinwendung zur deutschen Sprache zeigt sich auch in der Beschriftung der Grabsteine. Neben der bisher üblichen hebräischen Schreibweise ist eine zunehmende Tendenz festzustellen, die Grabsteine teilweise oder auch vollständig mit deutschen Inschriften zu versehen. Bei einigen Gräbern lassen sich keine Unterschiede mehr zu christlichen Grabsteinen feststellen. Jeder Bezug zur jüdischen Herkunft fehlt. Die jüdische Zeitrechnung bei der Angabe der Geburts- oder Todesdaten tritt ebenso immer weiter zurück.



Ein Grabstein ohne Hinweis auf die jüdische Religion

Nicht nur von orthodoxen Kreisen wird die veränderte Gestaltung jüdischer Friedhöfe kritisiert.

Das Jüdische Lexikon vermerkt unter dem Kapitel „Grabstein":
„Die Vorschrift gleicher Höhe für alle Grabsteine, die das Nivellieren nach dem Tode symbolisiert und den alten Friedhöfen den unendlich malerischen Reiz und Stimmungswert verleiht, ist im 19. Jahrhundert vergessen worden. Zu der Verödung dieser neuzeitlichen Friedhöfe, auf denen sich namentlich in den Großgemeinden nur zu oft protzige Geschmacklosigkeit breit macht, hat nicht zum wenigsten die Verwendung polierter Steine beigetragen, ebenso der geringe Wert, der auf die künstlerisch bedeutsame Beschriftung gelegt wird." (Jüdisches Lexikon, S. 1259.)

Wie stark der Zeitgeist bzw. der Charakter einer Stadt auch die Gestaltung der Friedhöfe beeinflußt, kann man besonders deutlich auf dem christlichen wie dem jüdischen Teil des Zentralfriedhofes in Wien sehen, wo sich die Selbstdarstellung der Wiener Bürger vor allem in einem ausgeprägten Titelkult zeigt.

Der Einfluß jüdischer Familien wie der Rothschilds führt häufig zu der Annahme, es hätte nur reiche Juden gegeben. Tatsächlich war es der Mehrheit der Frankfurter Juden gelungen, nach der Emanzipation ins Bürgertum aufzusteigen. Einige wurden sehr reich, die Mehrheit war jedoch dem Mittelstand zuzurechnen.

Wie später auch die Nationalsozialisten versuchten antisemitische Kreise, eine angebliche Bedrohung durch die jüdische Bevölkerung zu suggerieren. Tatsächlich waren Juden, gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung, in einigen Berufszweigen besonders stark vertreten, vor allem in Einzel- und Warenhandel, in der Textilbranche sowie in akademischen Berufen, insbesondere als Ärzte und Rechtsanwälte. Dagegen war der Anteil der jüdischen Bevölkerung im Staatsdienst relativ gering. Diese Schwerpunktsetzung läßt sich aus der Tatsache erklären, daß die jüdische Bevölkerung seit dem Mittelalter aus landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen weitgehend ausgeschlossen war und sich daher auf den Handel und Geldgeschäfte konzentrieren mußte. Somit ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß nach der Emanzipation ein hoher Anteil der jüdischen Bevölkerung in neuen bzw. aufstrebenden Berufszweigen zu finden ist.

In Frankfurt gab es anders als beispielsweise in Berlin kaum ein jüdisches Proletariat. Zum einen ist dies darauf zurückzuführen, daß jüdische Institutionen auf vielfältige Weise bedürftige Gemeindemitglieder unterstützten, zum anderen darauf, daß durch restriktive städtische Maßnahmen der Anteil der sogenannten Ostjuden, von Flüchtlingen vor allem aus Polen und Rußland, gering gehalten wurde. Assimilierte deutsche Juden entwickelten häufig starke Vorbehalte gegenüber den bildungsmäßig und sozial als unterlegen angesehenen Glaubensbrüdern, da man durch sie eine Bedrohung des erreichten Status befürchtete.

Rund um das Uhrtürmchen am Sandweg, nur wenige Meter von der neuerbauten Synagoge in der Friedberger Anlage entfernt, war das Zentrum jüdischen Lebens im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Nach dem Fall der Gettomauern siedelte sich die Mehrzahl der jüdischen Bürger in dem nach Osten angrenzenden Stadtteil an. 1880 lebten noch 80 % der Frankfurter Jüdinnen und Juden im Ostend. Anders als im Scheunenviertel in Berlin entstanden hier jedoch keine gettoähnlichen Zustände. Während Ende des 19. Jahrhunderts vor allem das gut situierte und eher liberal eingestellte Bürgertum ins Westend zog, blieb das Ostend weiterhin ein stark jüdisch geprägter Stadtteil, der noch 1907 einen jüdischen Anteil von 43 % aufwies. Zahlreiche Einrichtungen der Gemeinde wie Krankenhaus, Suppenanstalt, Waisenhaus, um hier nur einige zu nennen, waren hier zu finden.[1]

Jüdisches Leben fand hier nicht im Verborgenen statt, sondern war fester Bestandteil auch im Zusammenleben mit Nichtjuden. Hinweise auf die koschere Verarbeitung von Textilien – Verbot der gleichzeitigen Verarbeitung von Materialien pflanzlicher und tierischer Herkunft – bei nichtjüdischen Kaufleuten machen dies deutlich.

---

1) Eine Auflistung ehemaliger und heutiger jüdischer Einrichtungen ist in der Materialsammlung: Spuren des Faschismus. Das Alltagsleben der Frankfurter Juden 1933-1945, S. 121-124 zu finden.

Es liegt die Vermutung nahe, der starke jüdische Bevölkerungsanteil sowie die Verankerung des orthodoxen Glaubens vor allem bei osteuropäischen Einwanderern, was sich unter anderem im fremdartigen Aussehen wie dem Tragen von Hut oder Käppi, langen Bärten oder Schläfenlocken zeigte, hatte Mißtrauen oder Abwehr bei der nichtjüdischen Bevölkerung hervorgerufen. Äußerungen ehemaliger jüdischer und nichtjüdischer Bewohner dieses Stadtteils betonen demgegenüber eine tolerante und gute nachbarschaftliche Atmosphäre.

Die Mehrzahl der Frankfurter Juden fühlte sich als deutsche Bürger mosaischen Glaubens, weshalb auch viele als Kriegsfreiwillige begeistert in den 1. Weltkrieg zogen. Dennoch hegten weite Kreise der nichtjüdischen Bevölkerung Mißtrauen gegenüber dem Einfluß ihrer jüdischen Mitbürger.
Rechtsgerichtete Kräfte behaupteten, durch die Gründung der Universität, deren Kapital zum größten Teil von jüdischen Stiftern stammte, wollten sich die Frankfurter Juden ein Denkmal setzen. Frankfurt wurde von diesen Kräften als „Neu-Jerusalem am fränkischen Jordan" denunziert.
Zur selben Zeit versuchte ein „Deutscher Verein Frankfurt" die Errichtung des Heinedenkmals mit der Begründung zu verhindern, es handele sich dabei um ein Zeichen jüdischer Herrschaft. D 3
Auf einer ähnlichen vorurteilsverhafteten Ebene wie die Überbewertung des jüdischen Einflusses auf bestimmte Bereiche liegt der von antisemitischen Kreisen erhobene Vorwurf, die deutschen Juden hätten sich im 1. Weltkrieg ihrer „vaterländischen Pflicht" entzogen (siehe Kap. 3.1.3).
Die ungebrochene Tradition antijüdischer Vorurteile bei bestimmten Teilen der Bevölkerung in der Weimarer Republik zeigt sich in der Reaktion der Stadt Frankfurt auf die nach dem 1. Weltkrieg einsetzende starke Zuwanderung von Ostjuden. So versuchte der Oberbürgermeister den Anteil der Flüchtlinge möglichst gering zu halten, da er eine Verstärkung des vorhandenen Antisemitismus befürchtete. Für viele Ostjuden war daher Frankfurt entweder Druchgangsstation auf dem Weg in die USA oder Wohnsitz mit einer Art Gastarbeiterstatus.

Auch wenn die jüdische Gemeinde in den 20er Jahren mit ca. 30.000 Mitgliedern ihren höchsten Stand erreichte, hatte die jüdische Bevölkerung 1925 nur noch einen Anteil von 6,3 % (Wippermann, a.a.O., S. 38).

Dieser relative Rückgang, der nur durch den Zuzug ostjüdischer Flüchtlinge aufgehalten wurde, liegt zum einen an der dem recht hohen Bildungsstandard entsprechenden niedrigeren Geburtenrate, zum anderen führten Aus- bzw. Übertritte sowie sogenannte Mischehen zu einem schwindenden Einfluß der jüdischen Religion.

Trotz zahlreicher Erweiterungen erwies sich das Gelände des Friedhofs in der Rat-Beil-Straße als zu klein. Auf dem nördlich des Hauptfriedhofes gelegenen Gelände in der Eckenheimer Landstraße entstand daher 1928 der neue israelitische Friedhof. Bis heute finden noch vereinzelt Beerdigungen auf dem älteren Friedhof statt. Im Gegensatz zu den zahlreichen prunkvollen Gräbern des älteren Teils sind die Grabsteine in der neuen Begräbnisstätte wieder einfacher gestaltet, was im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Gesellschaft in der Weimarer Republik zu sehen ist.

Beispielhaft für das Denken der 20er Jahre sind die Ausführungen von Dr. Baerwald zur Gestaltung des neuen Friedhofs. Er kritisiert, daß die „vielfach unschönen Grabsteine aus Granit

und Marmor ... in übler Weise von den schlichten Gräbern der Voreltern abweichen", und fordert, „daß die Grabsteine sich harmonisch in die gesamte Anlage einordnen und daß sie ein Bild von der Gleichheit aller Menschen im Tode geben" sollten (Gemeindeblatt Frankfurt, 1922,
D5 Nr. 3).

3.1.1 Der Friedhofsteil der Israelitischen Religionsgesellschaft

Orthodoxe Juden sahen in den assimilatorischen Bestrebungen liberaler Juden einen Verstoß gegen die überlieferten religiösen Gesetze. Sie organisierten sich 1848 als Israelitische Religionsgesellschaft (IRG), die sich aufgrund der wachsenden Gegensätze 1878 von der jüdischen Gemeinde ablöste und daher auch als Austrittsgemeinde bezeichnet wird.

Rabbiner Samson Raphael Hirsch (1869-1888) wurde von der sich bildenden IRG 1851 nach Frankfurt gerufen und war neben Breuer der geistige Führer der orthodoxen Gemeinde. Er hatte großen Einfluß auf die 1876 vollzogene Abspaltung der IRG. Im Gegenzug reagierte die jüdische Gemeinde mit dem Ruf von Markus Horowitz nach Frankfurt, um damit die konservativen Elemente zu binden und um weitere Übertritte ins orthodoxe Lager zu verhindern.



Grab von Samson Raphael Hirsch (rechts)

Auf dem Friedhof erhielt die IRG ein durch eine Mauer abgeteiltes gesonders Gräberfeld, um eine Bestattung nach streng religiösen Grundsätzen zu ermöglichen. Die jetzt offene Seite soll früher durch einen Bretterzaun abgetrennt gewesen sein. In diesem baumlosen Friedhofsteil wirken die Gräber in Größe, Form und Ausrichtung einheitlich. Die Grabsteine sind mit hebräischen Inschriften versehen. Bei einigen Grabsteinen befindet sich auf der Rückseite zusätzlich

der Name des Verstorbenen in lateinischer Schrift. Angehörigen, die der hebräischen Sprache nicht mächtig sind, wird so ein Auffinden der Grabstätte möglich; als Beispiel wird auf das Grab von Gerson Lange, des ehemaligen Direktors der Samson-Raphael-Hirsch-Schule, verwiesen.

Das religiöse Zentrum der orthodoxen Gemeinde bildete anfangs die mit Hilfe der Familie Rothschild – sie stellte 70.000 DM zur Verfügung – erbaute Synagoge in der Schützenstraße. Als dieses Gotteshaus für die gewachsene Mitgliederzahl nicht mehr ausreichte, wurde die Synagoge in der Friedberger Anlage erbaut, die mit 1.600 Sitzplätzen die größte Synagoge in Frankfurt wurde. Ihre feierliche Einweihung fand am 29.8.1907 statt. Heute erinnert eine Gedenktafel an die in der Pogromnacht 1938 zerstörte Synagoge.

Hirsch gründete 1853 als Gegenpol zum liberalen Philantropin, das auch nichtjüdischen Kindern offenstand, eine separate höhere Schule, deren erster Direktor und Namensgeber er war. 1907 zog die Schule in das Gebäude Am Tiergarten 8 um. Neben der Samson-Raphael-Hirsch-Schule als höherer Schule wurde auch eine jüdische Volksschule gegründet, die vor allem von ostjüdischen Familien, die als Flüchtlinge häufig mit Sprachproblemen zu kämpfen hatten, besucht wurde. Diese Volksschule – anfangs in der Schützenstraße, war später im Röderbergweg 29 untergebracht. Heute befindet sich dort ein jüdischer Kindergarten.

Das pädagogische Prinzip der Samson-Raphael-Hirsch-Schule war die religiöse Erziehung im Glauben der Väter. Damit legte man größten Wert auf die Vermittlung jüdischer Kultur, Religion und Geschichte. Diese Tendenz wurde unter dem Eindruck der Verfolgungsmaßnahmen durch die Nationalsozialisten noch verstärkt, wie die 1934 gehaltenen Reden des Direktors Elias und des Abiturienten Artur Liverhant anläßlich einer Abschlußfeier zeigen. Beide betonen die Notwendigkeit einer verstärkten Hinwendung zum Judentum sowie eines größeren Zusammenhalts der jüdischen Gemeinschaft unter den veränderten Lebensbedingungen.[1] D6

Orthodoxer Glaube und nationale Identifikation mit Deutschland schlossen sich – wie viele irrtümlich meinen – keineswegs aus. Nach Paul Arnsberg war der ultra-orthodoxe Flügel der jüdischen Gemeinde „deutsch bis auf die Knochen".
In einer 1859 zum hundertjährigen Geburtstag Schillers gehaltenen Schiller-Rede Hirschs in der Schule der IRG, wies dieser auf die Parallelität, wenn nicht Identität des deutsch-patriotischen und orthodox-jüdischen Denkens hin.[2]
Der Anteil von Kriegsfreiwilligen im 1. Weltkrieg war gerade im orthodoxen Milieu besonders hoch. Aus der Samson-Raphael-Hirsch-Schule starben 66 ehemalige Schüler den „Heldentod". Die nach dem 1. Weltkrieg an der Schule angebrachte Gedenktafel für diese gefallenen ehemaligen Schüler ist heute in der Ehrenstätte des Friedhofs in der Rat-Beil-Straße zu finden.

1) In: Mitteilungen für ehemalige Schüler und Schülerinnen der Samson-Raphael-Hirsch-Schule zu Frankfurt am Main, Mai 1931, Nr. 25, S. 1f, S. 6f.
2) Paul Arnsberg: Bilder aus dem jüdischen Leben im alten Frankfurt, S. 19.



Um das Loch in der Mauer, die den orthodoxen Teil vom übrigen Friedhof trennt, ranken sich verschiedene Legenden. Der genaue Hintergrund bleibt bis heute verborgen.

Während von den einen vermutet wird, daß die Beschädigungen der Mauer auf etwa 12 Meter Länge durch einen Bombenangriff verursacht wurden, vermuten andere, daß Mitglieder der jüdischen Gemeinde die Mauer nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 niedergerissen haben, um darauf aufmerksam zu machen, daß angesichts der Gefährdung der jüdischen Bevölkerung durch die Nationalsozialisten ein über religiöse, politische und gesellschaftliche Grenzen hinausgehendes einheitliches Handeln aller Juden notwendig sei. Es wirkt makaber, daß gerade die Nazis 1939 die beiden jüdischen Gemeinden zur besseren Kontrolle zwangsweise zusammenschlossen.

Nach dem 1939 erzwungenen Verkauf ihrer Grundstücke an die Stadt im Rahmen der sogenannten „Judenverträge" mußte die durch die Gestapo zwangszusammengeschlossene jüdische Gemeinde das Gebäude der israelitischen Realschule bis 1939 räumen, da nach offiziellen Angaben städtische Bedürfnisse vorlagen. Das Philantropin wurde der Gemeinde dagegen noch für 3 Jahre mietweise überlassen.

An das Bestehen der früheren Samson-Raphael-Hirsch-Schule erinnert am ehemaligen Ort heute nichts mehr.

Die Reste des Gebäudes wurden nach dem Krieg abgerissen, heute steht dort der Erweiterungsbau des Gagerngymnasiums, des ehemaligen Kaiser-Friedrich-Gymnasiums.

Das Grab des Wunderrabbi von Stolin

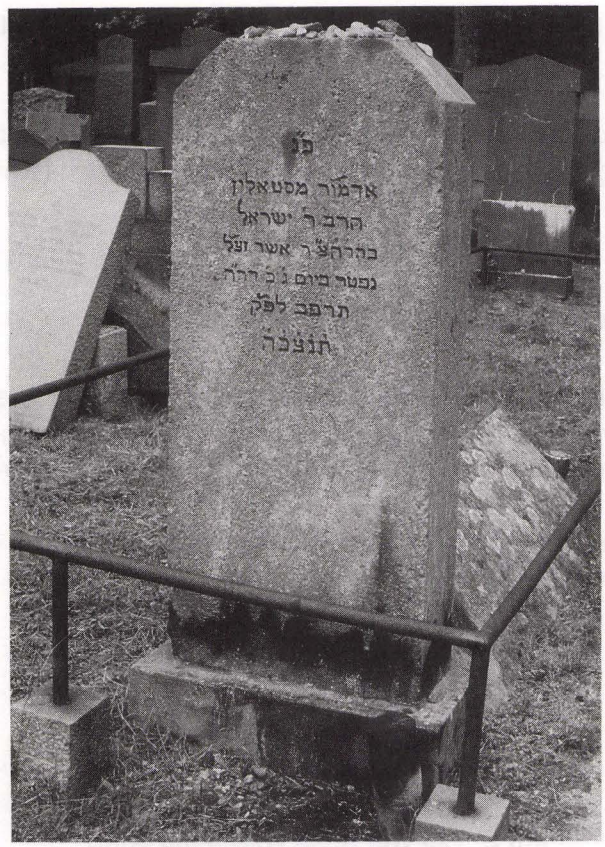
Im Friedhofsteil der Israelitischen Religionsgemeinschaft befindet sich ein ganz besonderes Grab, das des Wunderrabbis, des Rebbe von Stolin. Der Rabbi kam wegen eines Herzleidens aus dem russischen Stolin nach Bad Nauheim zur Kur, wo er 1921 verstarb.

Man bestattete ihn auf dem Gräberfeld der orthodoxen IRG und setzte ihm einen schlichten Grabstein mit der Inschrift:

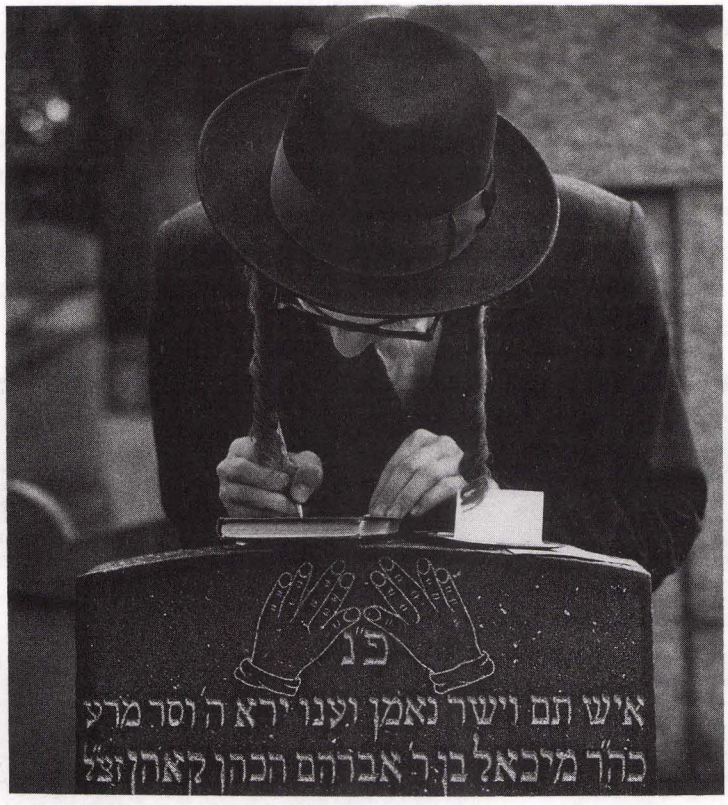
„Hier ist beerdigt unser Meister und Lehrer
von Stolin, Rebbe Israel,
Sohn des rechtschaffenen Rabbi Osher
Sein Andenken sei gesegnet
Er starb am 3. Tag
am 2. Tag von Rosh Haschana 5682
(Roisch Haschana ist das jüdische Neujahrsfest)
Möge seine Seele verbunden sein mit allen heiligen Seelen!"
(aus: Meier-Ude, Senger: Die jüdischen Friedhöfe in Frankfurt)

Besucher aus aller Welt kommen, um am Grab dieses Rabbiners zu beten. Seine Anhänger sind Chassidim. Sie gehören einer seit etwa 200 Jahren bestehenden mystisch-religiösen Sekte an. Als streng orthodoxe Juden tragen sie schwarze Mäntel und Hüte sowie lange Schläfenlocken, die Pejes oder Pajes. Der Rabbi gilt als Heiliger, der über besondere Kräfte verfügt. Deshalb legen viele Besucher Zettel (Zettel, im Jiddischen kwitl, von Quittung) mit Wünschen. die der Rebbe erfüllen soll, unter oder auf seinen Grabstein.





Grabstein des Wunderrabbi von Stolin



Chassidischer Jude (Meier-Ude)

3.1.2 Bedeutung jüdischer Bürgerinnen und Bürger für Frankfurt

Henry und Emma Budge

Henry Budge (1840-1928) war der Sohn des aus Wetzlar stammenden Moritz Moses Budge, der ab 1816 in Frankfurt tätig war.
Aufgrund der in Frankfurt geltenden Heiratsbeschränkungen, wonach bis 1834 nur 15 jüdische Eheschließungen jährlich erlaubt waren, heiratete Moritz Budge in Offenbach. Erst 1849 wurde er endgültig Bürger der Stadt Frankfurt. Den 1811 angenommenen Famliennamen Wetzlar ließ er später fallen und nannte sich fortan Budge, da es in Frankfurt bereits eine Familie Wetzlar gab.

Henry Budge wanderte 1866 nach New York aus und war dort als Bankier tätig, wo er 1876 in das Bankhaus Hallgarten eintrat. 1903 kehrte Budge nach Deutschland zurück. Bis zu seinem Tode im Jahre 1928 lebte er in Hamburg, dem Geburtsort seiner Frau Emma Budge (1852-1937). Die Urnen wurden später nach Frankfurt überführt und auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße beigesetzt. Der Grabstein, dessen Metallinschriften während des Krieges (siehe Kap. 3.2.2) von den Nazis abgerissen worden waren, wurde 1969 neu errichtet.



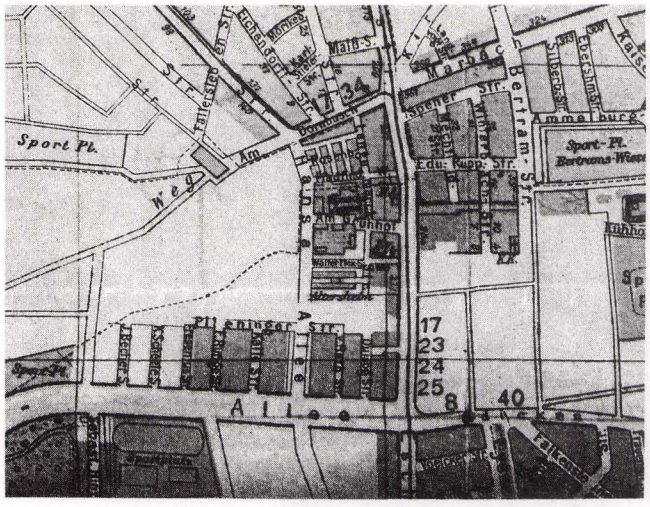
Anläßlich des 100. Geburtstages seines Vaters stifteten die Budges erhebliche Summen nach Wetzlar, die zum großen Teil zum Wiederaufbau eines abgebrannten Kinderheims verwendet wurden.

Auch in Frankfurt stellte das Ehepaar erhebliche Beträge für Stiftungen zur Verfügung. Durch seine Spende von 250.000 RM für die Universität Frankfurt trug Budge mit zu deren Gründung bei. 1917 wurde Budge ins Kuratorium, 1923 in den Großen Rat der Universität gewählt.

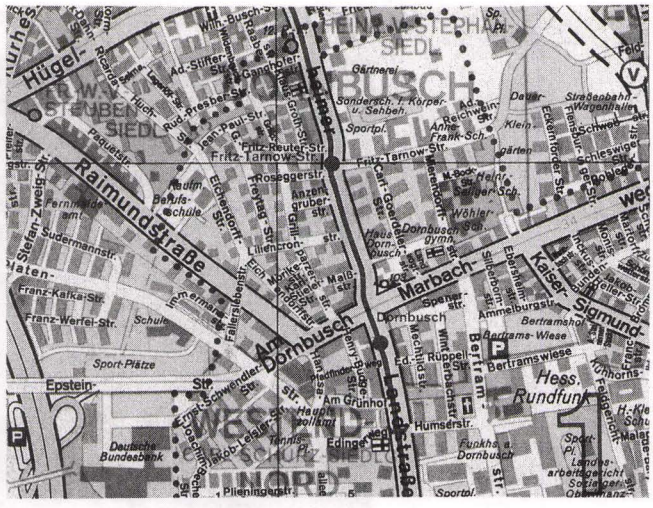
Anläßlich seines 80. Geburtstages stiftete er 1 Million Mark für die Altersfürsorge zur Gründung eines Altenheims in Frankfurt. Frau Budge stockte diesen Betrag später nochmals um 500.000

Mark auf. Budge stellte mit seinen Spenden bewußt kein Geld für rein religiöse Zwecke zur Verfügung; seine Stiftungen sollten Juden und Christen dienen. So sollte das 1930 eingeweihte Budge-Altersheim im Edinger Weg, das Platz für 150 alte Menschen bot, jüdische und christliche Bürger zu gleichen Teilen aufnehmen.

Frau Budge erhielt aus Anlaß der Einweihung des Heimes als Anerkennung die Ehrenplakette der Stadt Frankfurt. In Erinnerung benannte die Stadt im nördlichen Westend in Dornbuschnähe eine Straße nach Henry Budge. Diese wurde 1936, da Budge „Nichtarier" war, in Langemarckstraße umbenannt „nach den ruhmreichen Kämpfen der Jugend bei Langemarck. In der Nähe liegt das Haus der Jugend" (Dokumente, a.a.O., S. 170).



Stadtplan von 1938



heute

Die Rückbenennung erfolgte am 8. August 1945.

Am 11. November 1914 erstürmten in einem sinnlosen und aufreibenden Angriff 15.000 jugendliche Kriegsfreiwillige französische Stellungen bei Langemarck in Belgien, weshalb Engländer heute noch diese Schlacht als „the Kindermord" bezeichnen. Die Nazis machten daraus einen Heldenkult. Auf Görings Anweisung wurden zahlreiche Schulen im ganzen Reich nach diesem Ort benannt.

Im Gegensatz zur Umbenennung der Budge-Straße in Frankfurt blieb die nach Moritz Budge benannte Straße in Wetzlar, wie aus der Antwort des Bürgermeisters vom 28.3.1934 auf eine Anfrage der NSDAP hervorgeht, aufgrund der noch laufenden Zahlungen zur Unterhaltung des Kinderheims erhalten (Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 2, S. 373f).

War anfangs der Schwerpunkt antijüdischer Politik eher auf Separierung und Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben gerichtet, so erfolgte auf der Grundlage der bereits getroffenen Maßnahmen eine schamlose Bereicherung der Nazis am Vermögen jüdischer Bürger und damit letzten Endes auch die Beseitigung der Lebensgrundlagen der Betroffenen.

Der Versuch, sich an der Textiliensammlung vom Emma Budge zu bereichern, erscheint dabei vergleichsweise harmlos. Nach dem Testament der 1937 verstorbenen Emma Budge wurde das Metropolitan-Museum in New York als Erbin für ihre Textiliensammlung eingesetzt. Der Versuch der Nationalsozialisten, die Überführung dieser Sammlung zu verhindern, gelang jedoch nicht, da nach dem Urteil der Sachverständigen kein für die Nationale Schutzliste in Frage kommendes Kunstgut enthalten war (Dokument, a.a.O., S. 95/96).

Der Umgang der Nationalsozialisten mit jüdischen Stiftungen zeigt, wie systematisch die Existenzgrundlagen der jüdischen Bevölkerung vernichtet wurden. Trotz verschiedener Anfragen des Oberbürgermeisters, wie mit jüdischen Stiftungen zu verfahren sei, zögerten die Nazis zunächst mit der Herausgabe eines allgemeinen Erlasses (a.a.O., S. 118 und S. 134ff). 1936 wurden jedoch Stiftungen, die nicht ausschließlich deutschen Volksgenossen zugute kommen sollten, besteuert. Diese Bestimmung löste Verhandlungen aus, wobei die Stadt Frankfurt das Ziel verfolgte, gemischte Stiftungen aufzuspalten, um eine nur Juden oder nur „Ariern" zukommende Zweckbestimmung zu erreichen. Der schweren Herzens von der jüdischen Gemeinde getroffene Vorschlag, das Stiftungskapital zu gleichen Teilen aufzuspalten, erschien der Stadt, der eine am Bevölkerungsanteil der Juden orientierte Aufteilung vorschwebte, unannehmbar. In der Begründung für ihren Vorschlag wies die jüdische Gemeinde darauf hin, daß es sich bei dem Stiftungskapital um Geld rein jüdischer Herkunft handele. Darüber hinaus dürften die durch Auswanderung und die bisher erfolgten sozialen Verschlechterungen für die jüdische Bevölkerung durch die antisemitischen Gesetze und die daraus resultierende stärkere Betreuung von „Mischlingen" sowie die Besteuerung des jüdischen Stiftungskapitals nicht übersehen werden. Von einer angeblichen Bevorzugung der Juden könne jedenfalls keine Rede sein. Dabei darf nicht vergessen werden, daß durch Vorstandsänderungen, bei denen jüdische Vorstandsmitglieder zum Rücktritt gezwungen wurden (wie im Falle der Pfungst-Stiftung bzw. der Georg-Speyer-Stiftung) und durch entsprechende Umbenennungen, die den ursprünglichen Stifter nicht mehr erkennen ließen, bereits verschiedene Stiftungen rein „arischen" Zwecken zugeführt worden waren.

Auch die in der Pogromnacht erfolgten Verhaftungen, die zahlreiche Stiftungsvorstände arbeitsunfähig machten, versuchte man zur Ausschaltung jüdischer Vorstandsmitglieder zu nutzen. Der Frankfurter Oberbürgermeister Krebs fragte am 6. Dezember 1938 beim Regierungspräsidenten an, ob er zur Bestellung von Ersatzmitgliedern befugt sei. Er forderte nochmals mit Nachdruck eine klare Regelung bezüglich der Stiftungen.

Zur besseren Kontrolle über den Einsatz des Stiftungsvermögens durch die jüdische Gemeinde setzte die Stadt einen Verwaltungsinspektor als „Beauftragten für die jüdische Wohlfahrtspflege" ein, der das Verfügungsrecht über das Vermögen der jüdischen Stiftungen, das ihm übertragen werden mußte, besaß.

In einer Aufstellung des Rechtsamtes über vorhandene paritätische Stiftungen vom 16. Februar 1939, in der die Bereitschaft der Stiftungen zur Ablieferung ihrer freien Erträge an den Kom-

missar für Wohlfahrtspflege vermerkt ist, wurde über ein zur Budge-Stiftung gehörendes Heim folgendes ausgesagt:

Henry und Emma Budge-Stiftung
Zweck: Unterbringung und Verpflegung von hilfsbedürftigen Frauen, Personen des Mittelstandes, im Budge-Heim, Walter Flex-Straße
Anschrift der Verwaltung: Stadtrat Dr. Fischer-Defoy
Bemerkungen: In Umgestaltung (Dokumente, a.a.O., III 78, S. 147)

Am 8. Mai 1939 erfolgte dann der erwartete Erlaß des Reichsinnenministeriums. Danach waren paritätische Stiftungen in Zukunft nicht mehr gestattet. Bereits vorhandene Stiftungen sollten durch Satzungsänderungen eine alleinige Nutzung durch „Volksgenossen" gewährleisten. Jüdische Mitwirkung an den Stiftungen sowie jüdische Stiftungsnamen sollten beseitigt werden. Stiftungen, die ausschließlich für die jüdische Bevölkerung bestimmt waren, durften nur noch der Förderung der Auswanderung sowie der sozialen Fürsorge – zur Entlastung der öffentlichen Haushalte – dienen (Dokumente, a.a.O., S. 154ff).

Soweit Ausländer Stifter waren bzw. Stiftungsvorständen angehörten, sollte allerdings aus außenpolitischen Erwägungen das Auswärtige Amt um Stellungnahme ersucht werden. Aufgrund der amerikanischen Staatsbürgerschaft der Budges war diesem Umstand zu verdanken, daß die Henry- und Emma-Budge-Stiftung nicht aufgelöst wurde.
Der entsprechende Vorgang wurde durch den Hinweis des Reichsinnenministeriums vom 16. August 1940, daß aufgrund der gegenwärtigen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten Rücksicht zu nehmen sei, vom Oberbürgermeister als Wiedervorlage nach Kriegsende vorläufig zu den Akten gelegt (Dokumente, a.a.O., S. 161f).

Das Budge-Heim wurde allerdings am 31. März 1939 als „judenfrei" gemeldet, da „dringendster Bedarf für deutsche Volksgenossen gegeben sei" (Arnsberg, Bilder ..., S. 240).
Im Krieg wurde das Heim im Edinger Weg teilweise zerstört und war als Altersheim nicht mehr benutzbar. Da die Budge-Stiftung noch fortbestand, konnte die Stiftung 1951 „wiederbelebt" werden. 1965 wurde ein Neubau in Seckbach am Lohrberg begonnen. Das neue Henry- und Emma-Budge-Heim wurde am 1. November 1967 in Betrieb genommen und steht heute, den Wünschen der Stifter gemäß, je zur Hälfte zur Nutzung durch Juden und Nichtjuden offen.

Charles Hallgarten

Charles Hallgarten starb am 21. April 1908.
An seiner zwei Tage später folgenden Beerdigung, der 20.000 Menschen beiwohnten, sprachen außer dem Rabbiner auch protestantische und katholische Geistliche.



Weshalb erwiesen so viele Menschen diesem Mann die letzte Ehre, der zwar in den letzten 30 Jahren in Frankfurt gelebt hatte, aber in Mainz geboren wurde und im Besitz der amerikanischen Staatsbürgerschaft war?
Die Erklärung ist in der umfangreichen Tätigkeit des Bankiers Hallgarten für soziale Einrichtungen zu suchen.

Hallgarten wanderte 1950 mit seinem Vater nach Amerika aus und baute zusammen mit seinen Brüdern das väterliche Bankgeschäft aus, das im übrigen noch heute existiert. 1877 verlegte er den Wohnsitz in seine Wahlheimat Frankfurt, wo er in der Miquelstraße, der heutigen Siesmayerstr. 21, lebte. Heute steht dort das US-amerikanische Konsulat. Das Angebot der Wiedereinbürgerung in Deutschland lehnte der als politisch liberal geltende Hallgarten mit Hinweis auf die nicht vollständig erreichte Gleichberechtigung der Juden in Deutschland ab. Sein Engagement für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Juden und sein Kampf gegen den Antisemitismus gingen mit seiner liberalen Weltanschauung Hand in Hand.

„Wohl trifft uns zunächst die antisemitische Reaktion, aber auch jeder anderen Reaktion müssen wir entgegentreten." (Frankfurter Rundschau, Lokalteil v. 16.6.1983).

Charles Hallgarten entwickelte – mit einem riesigen Vermögen im Rücken – sein umfangreiches soziales Engagement in Frankfurt. Friedrich Naumann nannte Hallgarten einen „Virtuosen in praktischer Humanität" (Frankfurter Rundschau, Lokalteil v. 16.6.1983).

45 humanitäre Verbände soll Hallgarten geleitet haben, seine finanziellen Leistungen für soziale und kulturelle Einrichtungen in Frankfurt erreichten Millionenbeträge. (Paul Arnsberg nennt die Summe von 9 Millionen, obwohl nach Äußerungen von Friedrich Naumann Hallgarten am liebsten anonym tätig war.)

Innerhalb der jüdischen Gemeinde engagierte sich Hallgarten unter anderem aktiv beim Aufbau der Jewish Colonisation Association (JCA), bei der Hilfsaktion für russische Juden, die Opfer der Pogrome im Jahre 1905 wurden. Er gründete die Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kulturdenkmäler ebenso wie die Frankfurter Loge und war maßgeblich im Verein zur Abwehr des Antisemitismus tätig. Auch für die von Berta Pappenheim eingerichtete Israelitische Mädchenwaisenanstalt stellte Hallgarten 5.000 Mark zur Verfügung. Berta Pappenheim, die in verschiedenen sozialen Einrichtungen mit Hallgarten zusammen arbeitete, äußerte zu seinem Tod: „Wir haben unendlich viel in ihm verloren. Er hat mit seinem in weite Kreise gerichteten Blick in dem Wunsch, gerecht zu sein, auch unser Recht erkannt, das Recht der Frauen, unsere Kräfte zu üben zum Dienste höchsten Menschentums." (Das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg, a.a.O., S. 29.)

Außerhalb der jüdischen Gemeinde läßt sich nur ein Teil der Organisationen benennen, die Hallgarten mitbegründet, gefördert oder durch aktive Mitarbeit unterstützt hat.

Er förderte die Mütter-, Kinder- und Säuglingsfürsorge, unterstützte die Fürsorge für Lungenkranke und geistig Behinderte, so unter anderem im „Verein für die Idiotenanstalt in Idstein". 1890 wurde angesichts der unzumutbaren Wohnsituation, vor allem von Arbeitern in Altstadthäusern, die „Aktionsgesellschaft für kleinere Wohnungen" gegründet, deren Kapital in erster Linie von jüdischen Mäzenen wie Hallgarten, Wilhelm Merton oder Georg Speyer aufgebracht wurde.

In Erinnerung an Charles Hallgarten benannte die Stadt Frankfurt eine Straße nach ihm, mitten im damaligen Arbeiterviertel Nordend, an dessen Entstehen Hallgarten maßgeblich beteiligt war. Der Ortsgruppe Günthersburg der NSDAP erschien die im Adreßbuch angegebene Charakterisierung Hallgartens als „Philantrop" „stark judenverdächtig", und sie bat in einem Schreiben an die Kreisleitung um die Überprüfung der Straßenbezeichnung (Dokumente, a.a.O., S. 165ff).

Noch 1934 äußerte der Frankfurter Oberbürgermeister Krebs, daß er nicht grundsätzlich für die restlose Beseitigung aller Nichtarier-Straßennamen sei, wenn es sich dabei um Personen handele, die sich um das Wohl der Allgemeinheit verdient gemacht hätten. Seiner Meinung nach sollte die Hallgartenstraße bestehen bleiben. Trotz wachsender antisemitischer Hetze durch die Nationalsozialisten blieb bei Teilen der Bevölkerung der Respekt vor den Leistungen jüdischer Stifter für die Stadt bewahrt, wie der Beschwerdebrief von Professor Möbius an den Frankfurter Oberbürgermeister zum Ausdruck bringt.

Möbius bittet den Oberbürgermeister darin, angesichts der Verschandelung des Stadtbildes durch riesige antisemitische Plakate dem maßlosen Antisemitismus entgegenzuwirken.[1] Der Stürmer, dem dieser Brief in die Hände fiel, wirft dem Professor in seinem Kommentar denunziatorisch vor, er sei durch jüdische Schenkungen vernebelt (siehe Dokument). D7

1936 wurde entgegen der ursprünglichen Stellungnahme des Oberbürgermeisters die Hallgartenstraße in Hartmann-Ibach-Straße umbenannt, da Hallgarten „Nichtarier" sei. Aus der zusätzlichen Begründung „keine Bedenken aus der Stiftung" kann man schließen, daß die Urkunden der von Hallgarten geförderten Stiftungen offensichtlich keine Bestimmungen enthielten, die einer weiteren Nutzung der Gelder durch Nichtjuden im Wege standen.

Die Benennung nach Hartmann-Ibach – er war der erste evangelische Prediger in Frankfurt – D8
bot sich nach Ansicht des Straßenumbenennungausschusses an, da es sich hierbei um eine Querstraße der Martin-Luther-Straße handelte (Dokumente, a.a.O., S. 170).
Die Rückbenennung in Hallgartenstraße erfolgte am 29. August 1945, wobei die Hartmann-Ibach-Straße als Straßenname durch die Verkürzung der Wiesenstraße um den Teil westlich der Burgstraße erhalten blieb.

Angesichts von Hallgartens Engagement bei der Förderung sozialer Einrichtungen für geistig Behinderte wurde eine Frankfurter Sonderschule im Stadtteil Bornheim „Hallgartenschule" benannt.

Leopold Sonnemann

Leopold Sonnemann (1831-1909), den Paul Arnsberg als den zeitweise ungekrönten Herrscher Frankfurts bezeichnete (Paul Arnsberg: Bilder aus dem jüdischen Leben in Frankfurt, S. 229), gehörte zu den bedeutendsten politischen Persönlichkeiten Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eher bekannt ist er als Begründer und Herausgeber der Frankfurter Zeitung, deren Nachfolgerin die heutige Frankfurter Allgemeine Zeitung ist.

Die politischen Aktivitäten des Liberalen Sonnemann spielten sich auf verschiedenen Ebenen ab. Für die 1873 durch ihn mitbegründetete Deutsche Volkspartei und deren Vorläufer, dem 1868 ins Leben gerufenen Frankfurter Demokratischen Wahlverein, war Sonnemann von 1869-1904 als Stadtverordneter und 1871-1884 als Frankfurter Vertreter im Reichstag tätig. Auch wenn er keine großen politischen Ämter ausübte – er war einige Jahre stellvertretender Stadtverordnetenvorsitzender – hatte Sonnemanns politische Tätigkeit – vor allem auch durch die Frankfurter Zeitung – großen Einfluß auf die Entwicklung der Stadt. Sonnemann hat, so Klaus Gerties, die Entwicklung Frankfurts zur modernen Großstadt wesentlich mitbestimmt (Klaus Gerties: Leopold Sonnemann, S. 110).
Da Sonnemann wenig programmatische Schriften verfaßte, ist er nur wenigen bekannt. Sonnemann war ein Praktiker, der unermüdlich politisch aktiv war.

1831 wurde Sonnemann in Hochberg bei Würzburg geboren.
1840 zog die Familie nach Offenbach. Zwei Gründe waren für den Umzug maßgebend. Zum

1) Brief von Professor Dr. Möbius an den Oberbürgermeister vom 16. Juli 1935, abgedruckt in: Der Stürmer, Sept. 1935, Nr. 39, S. 7.

einen versprach man sich verbesserte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, zum anderen spielten antisemitische Feindseligkeiten der bäuerlichen Bevölkerung sowie die Judenfeindlichkeit des bayerischen Ministers Abel dabei eine Rolle (a.a.O., Leopold Sonnemann, S. 11). 1849 gelang es Leopold Sonnemanns Vater, das ersehnte Ziel, den Erwerb des Frankfurter Bürgerrechts, zu erreichen.

Sonnemanns politische Entwicklung wurde neben dem liberalen und politisch aufgeschlossenen Elternhaus vor allem durch die Revolution von 1848 geprägt, an welcher er durch Teilnahme an politischen Veranstaltungen reges Interesse zeigte. Nach der Enttäuschung über den Verlauf der Revolution wandte sich Sonnemann vor allem seiner beruflichen Arbeit zu, wo er sich im Bankgeschäft, aus dem er sich später zurückzog, einigen Reichtum erwarb. 1856 gründete Sonnemann die Frankfurter Handelszeitung, deren Zweck er in einer Wirtschaftssteuerung durch bessere Information über wirtschaftliche Vorgänge sah (a.a.O., S. 20).

Ab 1859 wandelte sich die Zeitung zu einem eher politischen Organ und trug die Zusatzbezeichnung „Neue Frankfurter Zeitung", die bald einen Aufstieg zum Weltblatt erreichte. Sonnemann band die Inhalte der Zeitung an seine politischen Ziele und damit auch an die Deutsche Volkspartei: „Unser Blatt dient der Sache des entschiedenen Fortschritts; sein Ziel ist die Herstellung eines großen Deutschlands, unter jeder Form und Regierung, welche dem Drange der Nation gerecht wird." (Anzeige der Neuen Frankfurter Zeitung in Arbeitgeber v. 19.12.1860, in: Gerteis, a.a.O., S. 25.)

Sonnemann schwebte eine großdeutsche Lösung unter Einschluß der deutschsprachigen Teile Österreichs vor. Gleichwohl lehnte er die Annektion Elsaß-Lothringens mit Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes ab, was ihm den Vorwurf mangelnden Nationalgefühls einbrachte. Den Gipfel bildet Bismarcks Äußerung, Sonnemann sei ein bezahlter französischer Agent (H.E. Brockhaus, Stunden mit Bismarck 1871-78, in Gerteis, a.a.O., S. 63).
Zusammen mit den Sozialisten zählte Sonnemann für Bismarck zu den „Reichsfeinden".

> „Die Nationalliberalen, besonders der linke Flügel, sind hier nicht national, sondern liberal und partikularistisch. Basker, Bamberger, Wohfssohn, Rickert – auch ein Jude, wenn auch protestantisch getauft – sind hier nicht besser als Sonnemann, die Sozialisten, die Polen und die Welfen. National sind sie nur, wenn es einmal gegen die Ansprüche eines Monarchen geht, z.B. gegen den König von Bayern." (Bismarck, Ges. Werke Band 8, S. 365, in Gerteis, a.a.O., S. 63.)

Die preußische Annektion Frankfurts, von der er sich politische Zugeständnisse erhoffte, beurteilte Sonnemann anfangs als positiven Teilschritt hin zur Einheit Deutschlands. Diese Hoffnungen erwiesen sich als trügerisch. Die demokratischen Tendenzen Frankfurts, für Sonnemann „eine Oase in der Wüste", „eine jener Zentralstätten Deutschlands, von wo man eine Parole erwarte" (zitiert in Gerteis, a.a.O., S. 96), waren Bismarck ein Dorn im Auge. Die Frankfurter Zeitung mußte vorübergehend nach Stuttgart verlegt werden, konnte später, allerdings unter Pressezensur, wieder in Frankfurt erscheinen.

Die Frankfurter Zeitung wurde mehrfach konfisziert, die Redaktionsräume von der Polizei durchsucht, Redakteure mit Beleidigungsklagen oder Zeugniszwangsverfahren belegt. „Mit Ausnahme von Rußland kenne ich keinen (Staat), in welchem die Presse in solch unfreiem Zustand wäre wie in Preußen." (Reichstagsrede Sonnemanns v. 4.4.1871, zit. in Gerteis, a.a.O., S. 53.)

Sonnemann ließ sich dadurch nicht von der Äußerung seiner politischen Ansichten abhalten und maß der Presse gerade unter solchen Bedingungen eine entscheidende Informations- und Aufklärungspflicht zu.

Mehrfach stand Sonnemann vor Gericht und mußte einmal auch für 2 Monate ins Gefängnis, „ein kleines Malheur, welches mir unsere Gerichte zugefügt haben", wie Sonnemann einem Freund aus dem Gefängnis schrieb (Frankfurter Stadtarchiv, Nachlaß E. Fay, Brief v. 5.8.1874, zit. in Gerteis, a.a.O. S. 74).

Anläßlich der Jubiläumsfeier der „Frankfurter Zeitung" am 28. Oktober 1881 verfaßte Friedrich Stoltze ein Festlied auf die Frankfurter Zeitung, in dem er auf die Gefängnisstrafen der Redakteure aus Presseprozessen anspielte:

Es blühte auf, es brauch sich Bahn
Duch Blitz und Hagelschlag!
Und heute steht's mit obenan
An seinem Jubeltag.
Es brach sich Bahn in aller Welt,
Sich Bahn ins Volk hinein!
Trotz Eberbach und Klapperfeld
Und Zuchthaus Ziegenhain.

(zit. in Gerteis, a.a.O., S. 97) D9

Neben Lasalle und Bebel war Sonnemann einer der führenden Köpfe der frühen Arbeiterbewegung. Sonnemann beteiligte sich unter anderem am Aufbau der Arbeiterbildungsvereine und nahm beim ersten Vereinstag der deutschen Arbeiter-Vereine im Jahre 1863 als einer der 5 Deligierten des Arbeitsvereins Offenbach und als stellvertretender Vorsitzender des Frankfurter Lokalkommitees teil.

Bald zeigten sich jedoch grundlegende politische Unterschiede in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sah Sonnemann keinen natürlichen Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten. Ihm schwebte eine demokratische Volksbewegung vor mit dem Ziel der Verständigung und des Ausgleichs. Eine einseitige Bevorzugung der Arbeiter, die er den Sozialdemokraten vorwarf, lehnte er ab. Vorhandene soziale Mißstände sollten durch Selbsthilfe und Genossenschaften, für die er z.B. in dem „Frankfurter Lebensmittelverein" oder der Baugenossenschaft „Bau- und Sparverein" Initiativen ergriff, weniger durch Staatseingriffe beseitigt werden. Franz Mehring sah daher in Sonnemann einen „Winkelrepublikaner", einen „auf intensive Ausbeutung der Arbeiter bedachten Kapitalisten". (Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, S. 236 und 312, zit. in Gerteis, a.a.O., S. 9).

Trotz verschiedener ähnlich lautender Kommentare innerhalb der Arbeiterbewegung, die allerdings nie entscheidenden Einfluß hatten, und trotz der unterschiedlichen politischen Positionen arbeitete Sonnemann, quasi als linker Flügel seiner bürgerlichen Partei, in vielen Punkten gemeinsam mit den Sozialdemokraten. So lehnte er das Sozialistengesetz Bismarcks entschieden ab, was sein gespanntes Verhältnis zum Kanzler noch weiter verschlechterte.

Sonnemanns Ziel waren politische und wirtschaftliche Freiheiten in einer geeinten deutschen Republik. Aufgrund seiner politischen Entwicklung fließen in seine Vorstellungen vom wirtschaftlichen Liberalismus zahlreiche soziale Elemente ein.
Private Monopole lehnte er wegen der dadurch entstehenden sozialen Ungerechtigkeiten ab. Hier allerdings maß er dem Staat eine entscheidende Rolle zu, indem er die Übernahme monopolistischer Privatbetriebe durch den Staat forderte. „Es ist die Aufgabe des Staates, der Gesellschaft, zum Schutze der Schwachen gegen die Starken einzutreten. Der Regulator für das Maß dessen, was zu geschehen hat, liegt in der direkten Gesetzgebung des Volkes." (Frankfurter Zeitung v. 21.9.1869, zit. in Gerteis, S. 85.)
Insbesondere dachte Sonnemann an die Übernahme der Eisenbahn, des Theaters und der Badeanstalten, der Elektrizitäts- und Wasserversorgung und der Gaswerke. „Das Monopol (Gaswerke) solle die Kommune zum Besten der Bürger ausüben." (Stadtverordnetenprotokoll v. 9.11.1869, zit. in Gerteis, S. 109.)
Auch die Abschaffung indirekter Steuern sollte nach Sonnemanns Vorstellung dem Abbau von Benachteiligungen vor allem der ärmeren Schichten dienen.
Zahlreiche Initiativen in Frankfurt sind ohne die Beteiligung von Sonnemann kaum vorstellbar. Vor allem engagierte er sich für ein kommunales Gaswerk, für den Hauptbahnhof, das Opernhaus, den Palmengarten sowie die Elektrotechnische Ausstellung 1891.

Ab 1903 zog sich Sonnemann wegen gesundheitlicher Gründe aus der Politik zurück. Einen Tag nach seinem 78. Geburtstag starb Sonnemann, dessen Grab auf dem Rat-Beil-Friedhof zu finden ist.



Neben Sonnemann waren zahlreiche Frankfurter Politiker Juden (Heilbrunn, Geiger, Bruch) bzw. jüdischer Herkunft (Flesch, Friedleben, Hertz).
Nach Paul Arnsberg war die politische Beteiligung von Juden Frankfurts in Parlamente ein Zeichen für ihre Integration der Juden in das Frankfurter Großbürgertum aller Schattierungen und Konfessionen.
Wie stark der Integrationswille des jüdischen Bürgertums war, zeigt sich auch in Sonnemanns Intervention auf den Erlaß der preußischen Regierung von 1867, wonach dem Philantropin die Aufnahme christlicher Schüler untersagt wurde. 1871 wurde dieser Erlaß wieder aufgehoben.
Im Zuge des aufkommenden, rassisch begründeteten Antisemitismus und angesichts der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung von Juden für die Stadt Frankfurt verfaßte 1880 Germanisus (Emil Richter) die Schrift „Die Frankfurter Juden und die Aufsaugung des deutschen Volkswohlstandes". (Dazu weitere Hinweise im Kap. 3.1.3.)
Sonnemann als liberaler jüdischer Politiker und Zeitungsverleger war an diese Traditionen anknüpfend für die Nationalsozialisten Sinnbild jüdischen Parasitentums. Daher wurde die Umbenennung der im Ostend gelegenen Straße in Max-Eyth-Straße mit der Begründung versehen, daß Sonnemann als Herausgeber der Frankfurter Zeitung und als solcher wie auch als Reichstagsabgeordneter scharfer Verfechter des Liberalismus war (Dokumente, a.a.O., S. 168).

Berta Pappenheim



„Zwei Eigenschaften waren es, die sie als ererbte immer wieder hervorhob: ein leidenschaftlicher Wille zur sozialen Gerechtigkeit und der Mut, zur Erreichung dieses Ziels ganz ungewohnte und neue Wege zu gehen.
Ihr unbeugsamer Gerechtigkeitsfanatismus trug in ihren Anfängen wohl die Züge der 'heroischen' Generation der Frauenbewegung: Als einzige von so vielen jüdischen Frauen aber, die als 'Vorkämpferinnen' genannt werden, hat sie ihr Judentum nicht als eine zufällige Konfession, sondern als ihr Wesentlichstes empfunden und den Kampf um Frauenrechte – in Gemeinde, Familie, Beruf – in der jüdischen Welt ausgetragen: Dies war ihre durchaus originale Leistung."

(Dora Edinger, 1936)[1]

Bertha Pappenheim im Alter von 75 Jahren.
Die Zeichnung Joseph Oppenheims entstand 1934, zwei Jahre vor ihrem Tod (Stadtarchiv)

1859 in Wien geboren zog Berta Pappenheim 1888 nach Frankfurt, dem Herkunftsort ihrer Mutter, die aus der seit dem 14. Jahrhundert in Frankfurt ansässigen Familie Goldschmidt stammte.

In der Frauenbewegung und im Sozialwesen aktiv gehörte Berta Pappenheim sowohl auf lokaler, nationaler als auch auf internationaler Ebene zu den profiliertesten Persönlichkeiten ihrer Zeit.

In Zusammenarbeit mit der nationalen und internationalen Frauenbewegung gründetete sie den „Weltbund jüdischer Frauen", dessen Ziel sie u.a. im Kampf von Frauen für ihre rechtliche Gleichstellung in der jüdischen Gemeinde sah. 1910 betrug die Mitgliedszahl des Jüdischen Frauenbundes 17.000 Frauen.

Durch ihre Tätigkeit im städtischen Armenamt wurde Berta Pappenheim auf die wachsende Zahl lediger jüdischer Mütter sowie unehelicher jüdischer Kinder, die von der Armenfürsorge versorgt werden mußten, aufmerksam. Als eine Ursache des von ihr angeprangerten Sittenverfalls sah sie neben ökonomischen und sozialen Problemen die orthodoxen, jüdische Frauen unterdrückenden religiösen Gesetze.

„Sie zählt nicht mit, sie gilt nichts, sie lernt nichts, ihr Geist braucht keine Kraft und Anmut, sie darf noch nicht einmal schön bleiben, selbst wenn ihr die Natur Schönheit in die Wiege gelegt

1) Zitiert in: Berta Pappenheim: „Das Heim des jüdischen Frauenbundes 1907-1942." Helga Humbach im Auftrag des Magistrats Neu-Isenburg, Neu-Isenburg 1928, S. 74.

– sie muß sich verstümmeln oder doch entstellen – vor dem jüdischen Gesetz ist die Frau kein Individuum, keine Persönlichkeit, nur ein Geschlechtswesen." (Zitiert in: a.a.O., S. 28)
Bei ihren männlichen Glaubensgenossen stieß Berta Pappenheim auf erheblichen Widerstand. Rabbiner Horowitz, in Frankfurt der konservativen Richtung zugehörend, warf ihr öffentlich Schmähungen des Judentums vor.

Einen weiteren Zusammenhang mit den Problemen jüdischer Frauen sah Frau Pappenheim vor allem in der wachsenden Zahl osteuropäischer Einwanderinnen, die häufig durch Mädchenhandel als Prostituierte ihren Lebensunterhalt verdienen mußten. Der Mädchenhandel, den sie aufs Schärfste bekämpfte, brachte nach ihrer Ansicht die Entrechtung der Jüdinnen, ihre Erniedrigung zur Ware, zum Geschlechtswesen, zum krassesten Ausdruck. Auf einer Reise nach Galizien untersuchte Berta Pappenheim daher die Lebensverhältnisse, welche die Frauen in die Hände der Mädchenhändler trieben bzw. zur Auswanderung veranlaßten und entwickelte Vorschläge zur Überwindung dieser Zustände.

Neben diesen eher präventiven Maßnahmen bildete die akute Hilfe für betroffene Frauen und Mädchen einen weiteren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. Die zu diesem Zweck gegründetete „Weibliche Fürsorge" sollte dem Schutz sowie der Reintegration dieser Frauen in die Gesellschaft dienen. Dazu wurden Beratungsstellen in der Langestraße 30 eingerichtet, die u.a. Stellenvermittlungen, Berufsberatungen, Zimmernachweise durchführten.

Auch der Einrichtung von Mädchen- und Frauenheimen wie der Israelitischen Mädchenwaisenanstalt in der Theobaldstr. 21 widmete die „Weibliche Fürsorge" große Aufmerksamkeit.

Mit der Gründung des Heimes in Neu-Isenburg im Jahre 1907 sollten gefährdeten Frauen und Mädchen sowie ledigen Müttern Chancen zum Aufbau eines neuen Lebens gegeben werden. 1928 zog auch Berta Pappenheim nach Neu-Isenburg, wo sie bis zu ihrem Tod in der Nähe des Heimes in der Zeppelinstr. 41 wohnte.

Das Heim selbst galt als Beispiel reformerischer jüdischer Pädagogik und war mehrfach Stätte pädagogischer Tagungen.

Anläßlich des 20jährigen Bestehens des Heimes äußert sich Berta Pappenheim auf einer Vorstandssitzung des Jüdischen Frauenbundes grundsätzlich zu Fragen jüdischer Erziehung:

> „Die Faktoren, die in der interkonfessionellen Erziehung und bei den anderen Konfessionen der gefährdeten Jugend und der Jugend überhaupt Schutz und Halt und Lebensinhalt geben, sind Staat und Kirche. Beide Mächte fehlen dem jüdischen Kinde.
>
> Die schützenden und richtungsweisenden Kräfte, die ihm dadurch mangeln, muß der Jüdische Frauenbund der jüdischen Jugend bieten. Unbeirrbar und souverän, ohne Kompromiß und Hörigkeit müssen die jüdischen Frauen dies als ihre Aufgabe erkennen und erfüllen, wenn sie den Sinn ihrer Bewegung, ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen überhaupt verstehen wollen." (a.a.O., S. 62)

Der wachsende Antisemitismus in den 20er Jahren beeinflußt auch die Aktivitäten Berta Pappenheims. In einer 1931 in Berlin gehaltenen Rede bezeichnet sie den „Antisemitismus als Ungerechtigkeit und Mißbrauch einer Macht gegenüber einer Minderheit, als Undankbarkeit gegenüber einer Gemeinschaft, der die gesamte Kulturwelt geistige Persönlichkeiten wie Moses, Christus, Karl Marx verdanke, und schließlich als Unklugheit in der Situation, in der sich das deutsche Volk befinde." (a.a.O., S. 65f).

Als Gegnerin des Zionismus lehnte sie dennoch auch nach Hitlers Machtantritt die Idee einer jüdischen Heimstätte in Israel ab. Nach 1933 gingen die vorher guten Kontakte des Heimes zu Betrieben und Bewohnern Neu-Isenburgs zurück und wurden von einer zurückhaltenden Arbeit nach außen und der Konzentration auf die interne Arbeit abgelöst. Finanzprobleme, bedingt durch die zunehmende Abwanderung jüdischer Bürger, belasteten das Heimleben. Die Heimleitung versuchte verstärkt, die Adoption von Kindern ins Ausland zu vermitteln. Anfang 1936 wurde eine Heimbewohnerin beschuldigt, eine abfällige Bemerkung über Hitler gemacht zu haben.

Die Jüdin Lieselotte Rosenthal wurde hier im Heim des jüdischen Frauenbundes festgenommen und dem Staatspolizeiamt in Offenbach a.M. zugeführt, weil sie sich über den Führer und Reichskanzler in verächtlicher Weise äußerte."

(Aus dem Neu-Isenburger Anzeigeblatt, 61. Jahrg., Nr. 3, Dienstag, den 7. Januar 1936.)

Als Heimleiterin wurde Berta Pappenheim zur Vernehmung durch die Gestapo nach Offenbach bestellt. Unmittelbar nach dem Verhör erlitt sie einen Herzschlag, von dem sie sich nicht mehr erholte.

Am 28. Mai 1936 starb Berta Pappenheim. An der Seite ihrer Mutter wurde sie auf dem Jüdischen Friedhof in der Rat-Beil-Straße beigesetzt.

Der Jüdische Frauenbund betrauert den Heimgang seiner Schöpferin und verehrten langjährigen Vorsitzenden

Bertha Pappenheim.

Sie wurde am 2. Tage des Schewuausfestes durch einen sanften Tod von schwerem Leiden erlöst.

In ihr verliert die jüdische Frauenwelt die geistige Führerin, die ihr jahrzehntelang mit leidenschaftlicher Überzeugungskraft die Wege zu höchsten Zielen und zu schlichter Pflichterfüllung gewiesen hat.

In Dankbarkeit und Liebe werden wir versuchen, ihr Werk weiterzuführen.

Der Vorstand des Jüdischen Frauenbundes.

Ottilie Schoenewald, Hannah Karminski,
Dr. Cora Berliner

Wir beklagen den unersetzlichen Verlust, den wir durch den am 28. Mai 1936 erfolgten Heimgang von

Bertha Pappenheim

der Gründerin und ersten Vorsitzenden des Isenburger Heimes erlitten haben.

Wir werden versuchen, unsere Dankbarkeit für sie durch treue Hingabe an ihr Werk zu beweisen.

Der Vorstand und die Beamtinnen des Heims des Jüdischen Frauenbundes. in Neu-Isenburg.

Frankfurt a. M.—Neu-Isenburg, den 2. Juni 1936.

Aus der Zeitschrift ›Der Israelit‹ vom 23. Juni 1936

Bertha Pappenheim
geboren am 27. Februar 1859 in Wien,
gestorben am 28. Mai (7. Siwan) 1936 in Neu-Isenburg.
Tochter des Herrn Sigmund Pappenheim
und der Frau Recha Pappenheim
geb. Goldschmidt, Wien
Er machte die Kinderlose des Hauses
zur frohen Mutter von Kindern.
Psalm 113

(Inschrift auf dem Grabstein)
(a.a.O., S. 70)



Im Zusammenhang mit der Reichspogromnacht, in der in ganz Deutschland Synagogen brannten, jüdische Bürger gefoltert und ermordet wurden, zündeten fanatische Nationalsozialisten am Abend des 10. November das Heim an. Das Haupthaus wurde zerstört, das Nebenhaus stark beschädigt. 1942, nachdem der Großteil der Bevölkerung bereits in Konzentrationslagern deportiert worden war, wurde das Heim geschlossen und die Belegschaft nach Theresienstadt transportiert.

Heute erinnert in Neu-Isenburg eine Gedenktafel an der Fröbelschule an das von Berta Pappenheim gegründete Kinderheim.
Obwohl Berta Pappenheim nach Leo Baeck zu den „stärksten Persönlichkeiten des deutschen Judentums" (Das Heim des jüdischen Frauenbundes, S. 5) zählt, ist sie im Gegensatz zu ihren Glaubensbrüdern wie Buber oder Hallgarten, mit denen sie viel verband, nur wenigen bekannt.

Berta Pappenheim scheint wie andere bedeutende Frauen, deren Verdienste in Vergessenheit gerieten, zu den Opfern der eher männlich orientierten Geschichtsschreibung zu gehören. Erfreulich ist das Bemühen der Stadt Neu-Isenburg, Berta Pappenheim und ihr soziales Engagement zu würdigen. Im Auftrag des Magistrats der Stadt erschien 1986 das bereits erwähnte Buch über das Heim des Jüdischen Frauenbundes.

Auch wenn bisher Berta Pappenheims Engagement in der Frauen- und Sozialbewegung nur wenigen bekannt ist, wurde sie als historische Persönlichkeit – allerdings unter anderem Namen – berühmt. Berta Pappenheim ist mit Anna O. identisch, der durch Hypnosebehand-
D 10 lung und Gesprächstherapie geheilten Patienten Sigmund Freuds.

3.1.3 Gedenkstätte für jüdische Teilnehmer des 1. Weltkrieges



Die Kriegsbegeisterung zu Beginn des 1. Weltkrieges erfaßte auch die jüdische Bevölkerung. Nicht nur liberal eingestellte und assimilierte Juden, sondern auch vor allem religiös orthodoxe

junge Männer aus dem Ostend eilten begeistert zu den Fahnen. Für den 1.11.1916 wurden im Rahmen der „Judenzählung" 6.600 jüdische Kriegsfreiwillige in Deutschland ermittelt.

Die Mehrzahl der Juden fühlte sich als deutsche Patrioten jüdischen Glaubens. Bei der Einweihung der liberal-reformierten Westendsynagoge im Jahre 1910 betonte der damalige Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Justizrat Dr. Blau, man wolle „zur reinsten Vaterlandsliebe und zur treuen Erfüllung der Bürgerpflichten erziehen, getreu der Parole 'Treu deutsch und jüdisch allezeit'!" (Arnsberg: Bilder aus dem jüdischen Leben in Frankfurt, S. 259.)

Für viele Juden stellte die Kriegsteilnahme sowie die neu eröffneten Möglichkeiten einer militärischen Karriere praktisch die letzte Hürde zur Emanzipation dar. „Ich bin als Deutscher ins Feld gezogen, um mein bedrängtes Vaterland zu schützen. Aber auch als Jude, um die volle Gleichberechtigung meiner Glaubensbrüder zu erstreiten." (Josef Zürndorfer, Leutnant der Reserve, in: Zeugen der Intoleranz, a.a.O., S. 21.)
Zwar existierte mit dem preußischen Emanzipationsedikt von 1812 sowie der in der Reichsverfassung von 1871 verankerten Gleichstellung auch die Militärpflicht für Juden, jedoch erfolgte durch starke Widerstände beim Militär ein Ausschluß von den Offiziersrängen.

Von den 96.000 jüdischen Kriegsteilnehmern des 1. Weltkrieges – bei einer Gesamtzahl von 550.000 deutschen Juden ein sehr hoher Prozentsatz – erhielten 1.500 das Eiserne Kreuz 1. Klasse und 10.000 das Eiserne Kreuz 2. Klasse. 40.000 Juden wurden zu Reserveoffizieren befördert, und 2.000 gelang der bisher verwehrte Aufstieg in den Offiziersrang. Diese Tatsache paßte nicht in das antisemitische Propagandamuster, das Juden als feige Ausbeuter denunzierte, die sich angeblich ihrer vaterländischen Pflicht entzogen. Das Ergebnis einer im Oktober vom Kriegsminister Wild von Hohenberg befohlenen Judenzählung wurde geheimgehalten, da es nicht das erwünschte Ergebnis erbracht hatte.

Der zum erheblichen Teil „deutschnational" eingestellte „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten" versuchte, dem Vorwurf, die Juden Deutschlands seien im 1. Weltkrieg ihrer Militärpflicht nicht nachgekommen, mit einer Namensliste aller im 1. Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten entgegenzutreten. Die Gedenktafeln auf dem jüdsichen Friedhofe erfüllen daher einen doppelten Zweck. Neben der Abwehr ungerechtfertigter Vorwürfe kommt darin der Stolz zum Ausdruck, die vaterländische Pflicht erfüllt zu haben. Auf Grabsteinen gefallener Soldaten werden der militärische Rang sowie das Bataillon, in dem die Soldaten gedient haben, hervorgehoben (siehe Dokument).

Wie sehr die Kriegsteilnahme die Hoffnung auf Integration in die deutsche Gesellschaft bestärkte, kommt ebenso in einem Aufruf des Reichsbundes zum Ausdruck, in dem dieser die deutschen Frauen aufforderte, der christlichen und jüdischen Helden zu gedenken (a.a.O., S. 21).



Aufruf zur Erinnerung an die Opfer der Juden im 1. Weltkrieg (aus: Zeugen der Intoleranz, S. 21).



Das vom jüdischen Frontkämpferbund 1932 erstellte Gedenkbuch enthält die Namen von 12.000 jüdischen Gefallenen. Reichspräsident Hindenburg, dem das Gedenkbuch zum 85. Geburtstag überreicht wurde, bedankte sich mit den Worten: „In ehrfurchtsvoller Erinnerung an die auch aus Ihren Reihen für das Vaterland gefallenen Soldaten nehme ich das Buch entgegen und werde es meiner Kriegsbücherei einverleiben."

Oberstleutnant Ott, Chef der Wehrmachtsabteilung, brachte anläßlich der feierlichen Übergabe des Gedenkbuches auf einer Kundgebung am 17.11.1932 zum Ausdruck, „daß wir dieses Gedenkbuch unserer jüdischen Kameraden, die im Weltkrieg gefallen sind, in hohen Ehren halten werden zum Gedächtnis dieser treuen und echten Söhne unseres Volkes".

Angesichts dieser offiziellen Anerkennung durch führende Vertreter aus Politik und Armee glaubten jüdische Frontkämpfer und deren Angehörige vor Benachteiligungen sicher zu sein, während junge Juden häufig gleich zu Beginn des Nationalsozialismus auswanderten.

Tatsächlich enthielt das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, wonach jüdische Beamte in den Ruhestand versetzt wurden, auf Intervention Hindenburgs Ausnahmebestimmungen für jüdische Beamte, „die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind." (Dokumente, a.a.O., S. 56)

Die weiterbeschäftigten Beamten allerdings sahen sich zahlreichen Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt, so daß sie sich häufig zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst veranlaßt sahen.

Professor Dr. Ernst Kantorovic, Geschichtsprofessor an der Frankfurter Universität, bat in einem Brief an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 20.4.1933 angesichts judenfeindlicher Aktionen um die Beurlaubung für das Sommer-Semester 1933 (a.a.O., s. 99f).
Nach mehreren Versuchen, den beim Amtsgericht in Frankfurt tätigen Richter Schreiber die „freiwillige" Pensionierung wegen antisemitischen Vorfällen nahezulegen, wurde dieser am 1. Juli 1934 in den Ruhestand versetzt (a.a.O., S. 62f).
Die letzten noch im Dienst verbliebenen jüdischen Beamten wurden nach der Verkündung der „Nürnberger" Gesetze vom September 1935 zum Ende des Jahres entlassen (siehe Dokument).

Nach 1933 wurden alle jüdischen Organisationen durch den nationalsozialistischen Staat überwacht und kontrolliert. Ähnlich den Stiftungen ließ man insbesondere Organisationen zu, von denen man sich eine Förderung der Auswanderung versprach. Mißtrauisch hingegen wurden Aktivitäten deutschorientierter Organisationen, zu denen auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zählte, betrachtet, die u.a. mit häufigen Veranstaltungs- und Versammlungsverboten belegt wurden. In einer Rundverfügung wies die Geheime Staatspolizei stärkere Kontrollen zur Durchsetzung des Erlasses vom 9.10.1936 an, der dem Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten jede andere Betätigung als die Betreuung der Kriegsopfer untersagte.

„Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten führt jedoch dessen ungeachtet noch immer Veranstaltungen und Versammlungen durch, die nicht ausschließlich der Betreuung jüdischer Kriegsopfer dienen, und zu denen sogar die Angehörigen der Mitglieder eingeladen werden.
Der Erlaß vom 9.10.1936 bietet die Möglichkeit, die rege Versammlungs- und Vereinstätigkeit des assimilatorisch eingestellten Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten auf das Mindestmaß zu beschränken."[1]

Tatsächlich engagierte sich der Reichsbund in dieser Zeit besonders auf die Hilfe für Kriegsopfer. So forderte ein Aufruf der jüdischen Berufsberatung die besondere Berücksichtigung u.a. von Kriegsbeschädigten und Frontkämpfern (Dokumente, a.a.O., S. 306f).

---

1) Rundverfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin, 24.4.1937; in: Dokumente, a.a.O., S. 3434f.

Die Gestapo zögerte allerdings mit dem Verbot größerer Organisationen. In einem Erlaß der Gestapo vom 1.3.1938 werden aus taktischen Gründen die Beschränkungen sogar teilweise gelockert, „um eine sonst mit Sicherheit zu erwartende Selbstauflösung zu vermeiden, die nicht im Interesse staatspolizeilicher Überwachung liegt. In Zukunft ist daher monatlich einmal eine Mitgliederversammlung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zu gestatten".[1]

Die Hoffnungen vieler Juden, aufgrund ihrer Verdienste für Deutschland vor Verfolgungsmaßnahmen geschützt zu sein, erfüllten sich somit nicht. Wie stark der Glaube an die Einsicht der Nationalsozialisten war, kommt im Brief der 83jährigen Fanny Steiner an den Frankfurter Ober-
D 11 bürgermeister zum Ausdruck. Durch Verweis auf die nationale und vaterlandstreue Betätigung ihrer Familie versuchte sie, die drohende Deportation zu verhindern, um zu ihrer Tochter nach Chile auszuwandern (Dokumente, a.a.O., S. 516f).
Fanny Steiner wurde am 18.8.1942 nach Theresienstadt deportiert.

3.2 Der Friedhof während der NS-Zeit

Auch die jüdischen Friedhöfe blieben von dem nationalsozialistischen Terror nicht verschont. Bald nach ihrem Machtantritt begannen die Nationalsozialisten, jüdische Mitbürger aus dem öffentlichen Leben auszuschließen und von der übrigen Bevölkerung zu separieren mit dem Ziel, sie aus Deutschland zu vertreiben. Dazu dienten Bestimmungen wie das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums oder die Nürnberger Rassengesetze. Auch im Stadtbild sollte die ehemalige Bedeutung jüdischer Bürger Frankfurts nicht mehr erkennbar sein. So wurden z.B. Straßen oder Schulen, die an Juden, Sozialdemokraten oder Kommunisten erinnerten, nach 1933 umbenannt. Einige der bekannten jüdischen Persönlichkeiten, deren Erinnerung die Stadt heute wieder wachhält – nach 1945 erhielten fast alle Straßen wieder ihren ursprünglichen Namen – sind auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße begraben. Beispielhaft sollen hier Sonnemann, Rothschild, Hallgarten oder Budge erwähnt werden, auf die im 3. Kapitel näher eingegangen wird.[2]

Von der vor allem durch die Reichspogromnacht 1938 einsetzende massive Zerstörung jüdischen Kulturgutes waren, wenn auch nicht im selben Maße wie Synagogen, auch die jüdischen Friedhöfe betroffen. Nach der Zerstörung der Synagogen nutzte die Stadt die Gelegenheit, um durch den vollständigen Abbruch der Gotteshäuser „sehr brauchbares und preiswertes Gestein" zu beschaffen, und somit Kosten beim Bau einer Einfriedungsmauer zwischen dem jüdischen Friedhof und dem Hauptfriedhof zu sparen. Nach Ansicht der Stadt reichte die bisherige Abtrennung durch einen Stacheldraht nicht aus, was „schon oft zu berechtigten Beschwerden geführt" habe (Dokumente, a.a.O., S. 279f, Nr. VI 15).

1) Kropat, Wolf-Arno: Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933-1939; in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Hrsg.: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1983, S. 452.
2) Die Materialsammlung „Spuren des Faschismus in Frankfurt. Das Alltagsleben der Frankfurter Juden 1933-45", S. 125-135 enthält eine nach Stadtteilen gegliederte Zusammenstellung der in Frankfurt umbenannten Straßen.

Wie mit den jüdischen Friedhöfen verfahren werden sollte, besagt ein Erlaß des Bayerischen Staatsministeriums vom Juli 1943:

„Die Reichsvereinigung der Juden Deutschlands wird jüdische Friedhöfe, die nicht mehr für Bestattungen von Juden benötigt werden, veräußern und in erster Linie den Gemeinden zum Kauf anbieten. Die Erwerber brauchen gegenüber den Veräußerern keine Verpflichtung wegen der künftigen Verwendung des Friedhofsgeländes einzugehen ... Danach können auch die Teile des Friedhofs, auf denen Beerdigungen stattgefunden haben, ohne weiteres zu Grünflächen umgestaltet werden."[1]

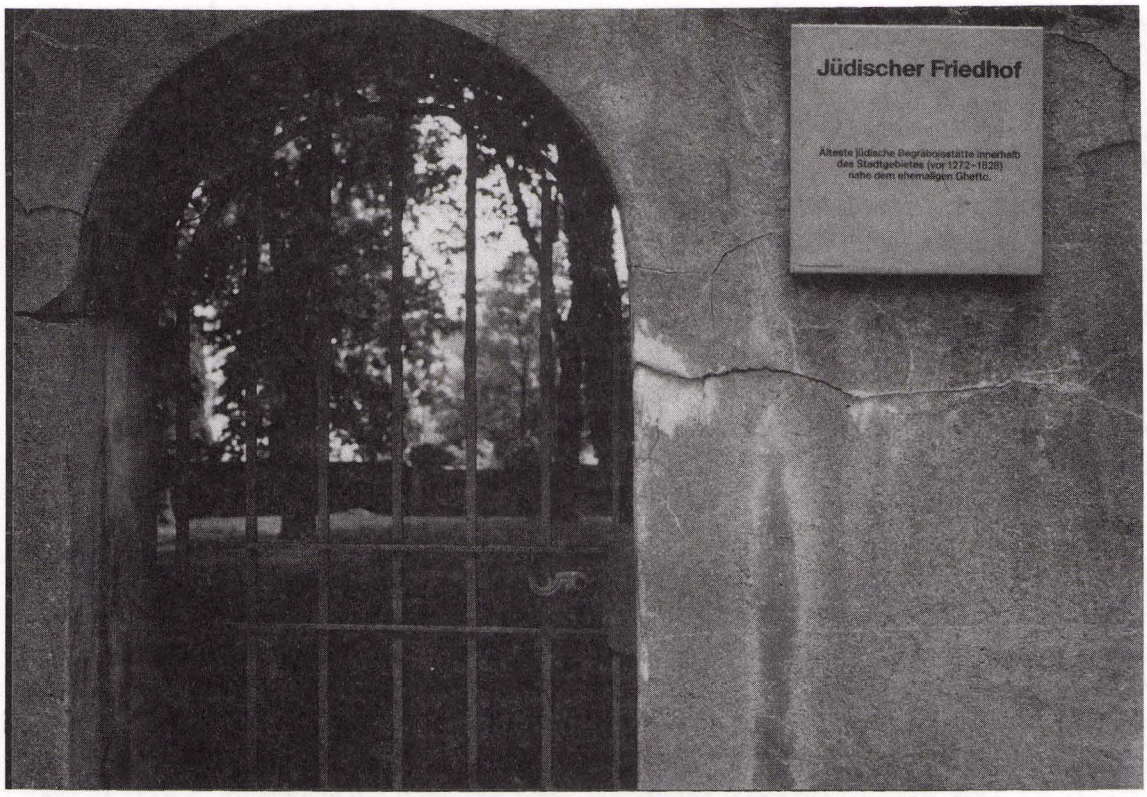
Ab 1933 gab es immer wieder Versuche, nicht mehr genutzte Begräbnisplätze zu beseitigen. So wurde z.B. der von 1675-1873 belegte Niederhofheimer Friedhof 1933 planiert und später zu einem Sportplatz umgestaltet.[2]

Verschiedene Initiativen versuchten in Frankfurt den „Schandfleck", wie der alte Friedhof in der Battonstraße von etlichen Frankfurtern genannt wurde, zu beseitigen. Bereits 1933 beantragte der Gauschatzmeister die Umwandlung des alten jüdischen Friedhofs in einen Volkspark und Kinderspielplatz bei gleichzeitiger Aufhebung des Denkmalschutzes, 1936 versuchte die Kreisleitung einen erneuten, jedoch ebenso vergeblichen Vorstoß mit der Begründung, der Anblick des Friedhofs mit den alten zerfallenen und vermoderten Grabsteinen sowie die große Unordnung wäre den umliegenden Anwohnern nicht zuzumuten (Dokumente, a.a.O., S. 290, Nr. VI 23). D 12

1942 wurde allerdings dem Antrag auf Umwandlung in einen Schuttabladeplatz „im Falle größerer Gebäudeschäden nach Fliegerangriffen" stattgegeben. 200 Grabsteine von besonderem historischen oder künstlerischen Wert wollte man auf den Friedhof in der Eckenheimer Landstraße überführen. Die übrigen Grabsteine sollten zum Zwecke der weiteren Nutzung in Stücke geschlagen werden. Rücksichtslos setzten sich damit die Nationalsozialisten über jüdische Gebräuche hinweg, denn diese Zerstörung und Weiterverwendung von Grabsteinen widerspricht dem Grundsatz der Unantastbarkeit der Gräber und dem Verbot, wirtschaftlichen Nutzen von den Toten zu nehmen.

Der Verlauf des Krieges verhinderte die vollständige Zerstörung des Begräbnisplatzes. Wer den Friedhof in der Battonstraße besucht oder einen Blick durch die Eingangspforte wirft, sieht einige, teilweise mit Gras bewachsene Hügel. Dabei handelt es sich nicht um abgeladenen Schutt, sondern um Reste zertrümmerter Grabsteine.

1) Kopp, August: Die Dorfjuden der Nordpfalz, S. 377; zitiert nach Diamant, Adolf: Jüdische Friedhöfe in Deutschland, S. IV.
2) Schäfer, Rudolf: Die Juden in Höchst am Main; in: Höchster Geschichtshefte 36/37, S. 27.



Jüdischer Friedhof Battonstraße



Während der NS-Herrschaft zerstörte Grabstätten auf dem jüdischen Friedhof Battonstraße

Auch der Friedhof in der Rat-Beil-Straße blieb von Beschädigungen nicht verschont. So wurde das Hauptgebäude des Friedhofs durch Brandstiftung fast vollständig zerstört (Frankfurter Rundschau v. 30.9.1953). Ebenso schreckten die Nationalsozialisten im Rahmen der sogenannten Reichsmetallspende nicht davor zurück, beispielweise Metallinschriften aus Grabsteinen herauszureißen (siehe Kapitel 3.2.2).

Bis 1938 waren ca. 50 % der Friedhofsangestellten Juden. Nach der umfangreichen Verhaftungswelle in der Reichspogromnacht und den sich daraus wegen Personalmangels ergebenden Bestattungsproblemen ersetzte die Stadt alle jüdischen Angestellten durch „arische" Bedienstete, um einen kontrollierten und reibungslosen Ablauf der Begräbnisse zu erreichen. Damit war eine dem jüdischen Brauch entsprechende Beerdigung nur noch bedingt möglich.

„Wegen des Personalbestandes, der sich z.Zt. noch zu 50 v.H. aus Juden zusammensetzt, muß wegen der erforderlichen Zuverlässigkeit sofort eine Änderung eintreten. (...)
Bisher hatten es die auf den jüdischen Friedhöfen tätigen Juden in der Hand, Greuelmärchen über die Zahl der Verstorbenen und sonstige unwahre Gerüchte in Umlauf zu setzen, was damit unterbunden wird." (Dokumente, a.a.O., S. 286f, Nr. VI 18)

Nach der 1939 erfolgten „Übernahme" der jüdischen Grundstücke durch die Stadt im Rahmen der sogenannten Judenverträge wurde der jüdischen Gemeinde die Nutzung des Friedhofs in der Eckenheimer Landstraße unter der Maßgabe gestattet, daß entgegen der jüdischen Tradition die für die übrigen Friedhöfe geltenden Vorschriften (z.B. die Ruhedauer) durchgeführt würden, womit sich die Stadt ein baldiges Zugriffsrecht auf das Friedhofsgelände sichern wollte. Dadurch war auch der Bestand der noch genutzten Friedhöfe gefährdet, denn 1942 erfolgte die vollständige Übernahme der Unterhaltung jüdischer Fridhöfe durch die Stadt mit der Begründung, daß „durch die Abschiebung der Juden aus dem Stadtbezirk Frankfurt ... die Un- D 13
terhaltung der jüdischen Friedhöfe durch die Jüdische Kultusgemeinde nicht mehr möglich sei" (Dokumente, a.a.O., S. 288f).

Am 30.9.1942 lebten noch 817 jüdische Bürger von einstmals mehr als 30.000 in der Stadt. 10.000 Jüdinnen und Juden waren bis zu diesem Zeitpunkt in Konzentrationslager deportiert worden (Spuren des Faschismus, a.a.O., S. 95).

Bei einem Rundgang über den Friedhof stößt man immer wieder auf die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Neben Gedenkgräbern für im Konzentrationslager ermordete Jüdinnen und Juden oder Grabsteinen, die an Menschen erinnern, welche in einer für sie ausweglosen Situation ihrem Leben selbst ein Ende setzten, sowie dem Grab von Berta Pappenheim, die 1936 an den Folgen eines Verhörs durch die Gestapo starb, findet man zahlreiche Grabsteine mit herausgerissenen Metallinschriften.

3.2.1 Freitod, Deportation und Ermordung jüdischer Menschen

Auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße – vor allem im Bereich der Israelitischen Religionsgemeinschaft sowie in dem neueren Friedhofsteil in der Eckenheimer Landstraße – befinden sich zahlreiche Gräber von Frankfurter Jüdinnen und Juden, welche die Erniedrigungen, denen sie täglich ausgesetzt waren, nicht mehr ertragen konnten und Selbstmord begingen. Ihre Zahl wird mit 800 – 900 Personen angegeben. Dies macht die verzweifelte und hoffnungslose Situation der jüdischen Bevölkerung vor allem in den Kriegsjahren deutlich. Beispielhaft sollen hier einige Fälle genannt werden.

Dr. Bernhard Rosenthal, 1881 in Wetzlar geboren, war als Frauenarzt Leiter der gynäkologischen Abteilung des Israelitischen Krankenhauses, später Leiter des Krankenhauses in der Gagernstraße. Er wählte 1938 in Frankfurt den Tod durch Vergiftung aus Furcht vor der Verhaftungswelle im Rahmen der Pogromnacht (Dokumente, a.a.O., S. 45, Nr. II 4, S. 549).

Adele Strauß, am 19.12.1878 in Bergen, Kreis Hanau, geboren, war Lehrerin an der Viktoriaschule, der heutigen Bettinaschule, und fiel dort zunächst unter die Sonderregelungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", da sie bereits vor 1914 Beamtin war. 1935 jedoch wurde auch sie mit 56 Jahren in den Ruhestand versetzt. Adele Strauß starb 1941 in Frankfurt durch Freitod (Dokumente, a.a.O., S. 108f, S. 551).

D 14 Viele werden geahnt haben, daß die als Evakuierung oder Überführung in Arbeitslager umschriebene Deportation in die Konzentrationslager einem Todesurteil gleichkam und zogen es vor, ihrem Leben „freiwillig" ein Ende zu setzen. Der Limburger Bischof Hilfrich berichtete in
D 15 einem Brief an den Berliner Bischof, daß die vielen Selbstmorde in Frankfurt große Erregung hervorgerufen hätten, denn am 20. Oktober 1941 fand man morgens elf Leichen von jüdischen Selbstmördern auf dem Friedhof (Dokumente, a.a.O., S. 516).
Im Zusammenhang mit der nach der Pogromnacht massiv einsetzenden Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen kann auch die im November 1938 erfolgte Ersetzung der jüdischen Bediensteten auf den jüdischen Friedhöfen gesehen werden. In der diese Angelegenheit betreffenden Niederschrift des Bauamtes heißt es, daß die auf dem Friedhof tätigen Juden „Greuelmärchen über die Zahl der Verstorbenen und sonstige unwahre Geschichten in Umlauf setzten" (Dokumente, a.a.O., S. 287).

Den Behörden erschien es offensichtlich notwendig, ihre Maßnahmen vor der Bevölkerung in ein besseres Licht zu setzen. Der Fall des Kranführers G. zeigt darüber hinaus, wie auch nichtjüdische Bürger durch die Folgen nicht angepaßten Verhaltens – in diesem Fall verbotene Kontakte zu einer Jüdin – in den Tod getrieben wurden (Dokumente, a.a.O., S. 221f).

Nach orthodoxem Ritus verstößt ein Freitod gegen die religiösen Regeln. Selbstmörder wurden daher normalerweise abgesondert, am Rande der Friedhofsmauer, meist ohne Grabsteine beigesetzt. Der Selbstmord gilt als Frevel gegen Gott, wenn die Tat mit Vorsatz und freiwillig vorgenommen wurde. Nach heutiger Ansicht ist unter Berücksichtigung der Umstände des Freitodes auch eine normale Bestattung möglich (Udim IV, 1973, S. 112f).

Bis nach dem Krieg gab es keine Zeichen der Erinnerung an diese Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Erst nach 1945 wurden die Gräber anhand des erhalten gebliebenen Lageplans ausfindig gemacht und mit einheitlichen Grabsteinen versehen.

Auf dem Begräbnisplatz der Israelitischen Religionsgemeinschaft erkennt man einige Reihen mit kleinen neuen Grabsteinen. Besonders auffällig sind bei einigen Gräbern dieselben Sterbe- bzw. Beerdigungsdaten. Ob es sich an dieser Stelle um Gräber von Selbstmördern, deren größter Teil auf dem Friedhof in der Eckenheimer Landstraße begraben ist, oder um Gräber von Opfern der Konzentrationslager handelt, kann nicht in allen Fällen eindeutig beantwortet werden.

In einigen Fällen ist bekannt, daß Urnen mit der Asche von Opfern der Konzentrationslager vorhanden sind. Diese wurden auf Anfrage von der Gestapo aus den Konzentrationslagern per Nachnahme an die Hinterbliebenen verschickt, die man damit im Glauben lassen sollte, es handele sich dabei tatsächlich um die Asche der verstorbenen Angehörigen. Gedenksteine überlebender Familienmitglieder erinnern an diese Schicksale. Auch auf anderen Friedhöfen kann man solche Gräber finden. Gleiche Sterbedaten können auf gehäufte Selbstmorde hinweisen. Sind Deportationslisten vorhanden, läßt sich damit unter Umständen ein Zusammenhang feststellen .

Wieviele Frankfurter Juden in den Vernichtungslagern den Tod fanden, kann man nur ungefähr schätzen. Die jüdische Gemeinde zählte nach dem 1. Weltkrieg ca. 30.000 Mitglieder. Diese Zahlen, wie auch andere Angaben, sind jedoch sehr ungenau, da die Einwohnerzahl nach unterschiedlichem Zählmodus berechnet wurde. Einmal sind nur die eingetragenen Gemeindemitglieder, sogenannte Bekenntnisjuden, ein andermal auch nichtreligiöse Juden, später auch sogenannte Mischlinge mitgerechnet.

Zudem erfolgte in der Nazizeit ein starker Zuzug jüdischer Bevölkerung aus den ländlichen Gebieten, weshalb eine klare Aussage über ausgewanderte, deportierte, ermordete und überlebende Juden nicht gemacht werden kann. Nach den erhaltenen Deportationslisten wurden aus Frankfurt ca. 9.500 Juden deportiert. Am 14.2.1945 erfolgte der letzte Transport vom Ostbahnhof aus. Als besonders eifrig erwies sich dabei Gauleiter Sprenger, der über die Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes hinaus jeden Monat hundert „Mischlinge 1. Grades" sowie jüdische Partner aus Mischehen deportieren ließ (Mick, Günter: Den Frieden gewinnen, S. 175).

Beim Einmarsch der Amerikaner in Frankfurt lebten noch 140 Jüdinnen und Juden in Frankfurt. 622 der Deportierten überlebten die Vernichtungslager.

Neben den Gedenkgräbern gibt es in Frankfurt einige Erinnerungstafeln für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wie das Denkmal an der Paulskirche. Besonders erwähnt werden soll hier das Ehrenmal für die Opfer von Auschwitz, das sich links am Eingang des jüdischen Friedhofs in der Eckenheimer Landstraße befindet. Der Gedenkstein wurde am 8.5.1959 unter Teilnahme der wenigen Überlebenden aus Frankfurt und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde enthüllt.

Polnische Überlebende des KZ Auschwitz hatten 1957 eine Urne nach Frankfurt gebracht, die Asche aus dem Vernichtungslager Birkenau bei Auschwitz enthält. Diese Urne wurde unter dem Stein beigesetzt, „den Toten zur Ehrung, den Überlebenden zur Mahnung", wie Landesrabbiner Lichtigfeld in seiner Ansprache betonte.



Gedenkgräber für Opfer der NS-Herrschaft

Auch auf anderen Friedhöfen finden sich ähnliche Gedenkgräber für die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Einige Gemeinden, denen meist die Pflege der jüdischen Friedhöfe obliegt, errichteten dort Gedenksteine, die an diese Schreckenszeit erinnern.

3.2.2 Beschädigung von Grabsteinen im Rahmen der „Reichsmetallspende"

Mit welcher Respektlosigkeit sich die Nationalsozialisten für ihre kriegerischen Zwecke noch an Toten bereicherten, zeigen die Folgen der sogenannten Reichsmetallspende.

Gleich zu Beginn des Krieges, auf den die Nationalsozialisten nach ihrem Machtantritt zielstrebig hingearbeitet hatten, ordnete Göring die Erfassung und Aussonderung von Metallgegen-
D 16 ständen „zum Zwecke der Kriegsführung" an.[1] Damit sollten rechtzeitig ausreichende Metallbestände bereitgehalten werden. Darüber hinaus sollte die Bevölkerung zur Unterstützung na-

1) Ministerpräsident Göring an die Reichsminister am 23.2.1940, Stadtarchiv Frankfurt.

tionalsozialistischer Zielsetzungen aktiviert werden und wurden anschließend für die „opferbereite Beteiligung" an der „Metallspende des deutschen Volkes zum Geburtstag des Führers" belobigt.



(Historisches Museum Frankfurt)

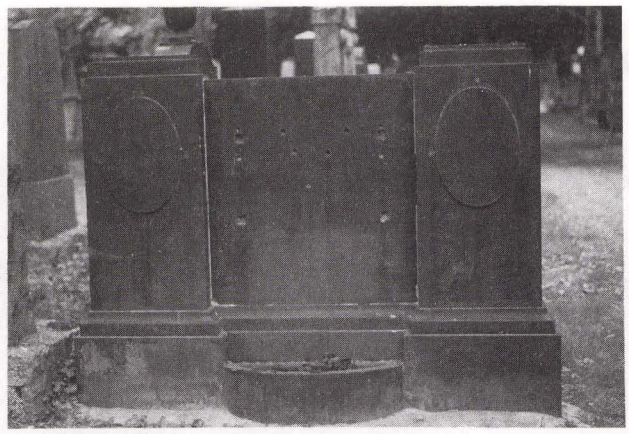
Die erreichten Sammelergebnisse wurden nicht veröffentlicht. Unter Androhung strengster Strafen wurden die Bediensteten der Metall-Annahmestellen in einer Rundverfügung des Wirtschaftsamtes zur Geheimhaltung der Sammelergebnisse verpflichtet.

„Nach inzwischen ergangenen Anordnungen dürfen weder über das Ergebnis noch über Teilergebnisse irgendwelche Ziffern bekannt gegeben werden. Die in den letzten Tagen in den Zeitungen und auch teilweise bei den Annahmestellen erfolgte Bekanntgabe von Teilergebnissen ist strengstens untersagt und muß unter allen Umständen unterbleiben. Die Bediensteten der Metall-Annahmestellen haben daher niemand, auch nicht Behörden oder sonstigen Stellen Auskunft über das bisherige Sammelergebnis ihrer Annahmestelle zu erteilen. Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift unterliegt strengster Bestrafung."[1]

Bei der Erfassung „nutzloser" Gegenstände machte man auch vor der Erinnerung an Verstorbene nicht halt. Unter Beteiligung von 80 Angehörigen der Technischen Nothilfe sowie 150 SA-Männern bzw. etlichen Hitlerjungen erfolgte am 6.12.1942 in Frankfurt die als „Erfassung von Schrott und Metallen auf jüdischen Friedhöfen" benannte Aktion. Dr. Bingemer vom Stadtgeschichtlichen Museum sollte auf Anordnung des Oberbürgermeisters die Beschädigung künstlerisch oder geschichtlich wertvoller Arbeiten ausschließen.[2] D 17

Zeigte schon die Tatsache, daß Inschriften, Metallplatten oder Kupferdächer von Gräbern entfernt wurden, die Respektlosigkeit der Nationalsozialisten vor dem Ansehen der Toten, so lief die Aktion darüber hinaus in Wirklichkeit weit weniger geordnet ab, als es den amtlichen Mitteilungen zufolge den Anschein hatte. Heute noch sichtbare Spuren von herausgerissenen Metallinschriften weisen auf vandalische und willkürliche Zerstörung hin.

1) Rundverfügung Nr. 2 des Wirtschaftsamtes, Abt. für Erfassung und Verwertung von Alt- und Abfallstoffen, vom 4.4.1940, Stadtarchiv Frankfurt.
2) Niederschrift des Wirtschaftsamtes über die Besprechung beim Oberbürgermeister am 2.12.1942, Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 1008/110.



Grabstein ohne die herausgerissenen Metalltafeln

Zum Zeitpunkt des Raubzuges lebten nur noch ca. 500 Jüdinnen und Juden in Frankfurt. Auch wenn man annimmt, daß die an der Aktion Beteiligten in Unkenntnis der jüdischen Gebräuche handelten, nach der die Unantastbarkeit der Toten und ihrer Gräber sowie das Verbot der Vorteilsnahme von Toten von größter Bedeutung sind, so macht vor allem der Gedanke betroffen, daß die bei dieser Raubaktion ausgerechnet von jüdischen Friedhöfen gewonnenen Metalle, umgegossen zu Kriegsmaterial, in kriegerische Handlungen als Waffen gegen Menschen eingesetzt wurden.

3.3 Ein Rundgang über den Friedhof

Bei der Vorbereitung eines Besuches sollten unbedingt folgende Dinge beachtet werden:

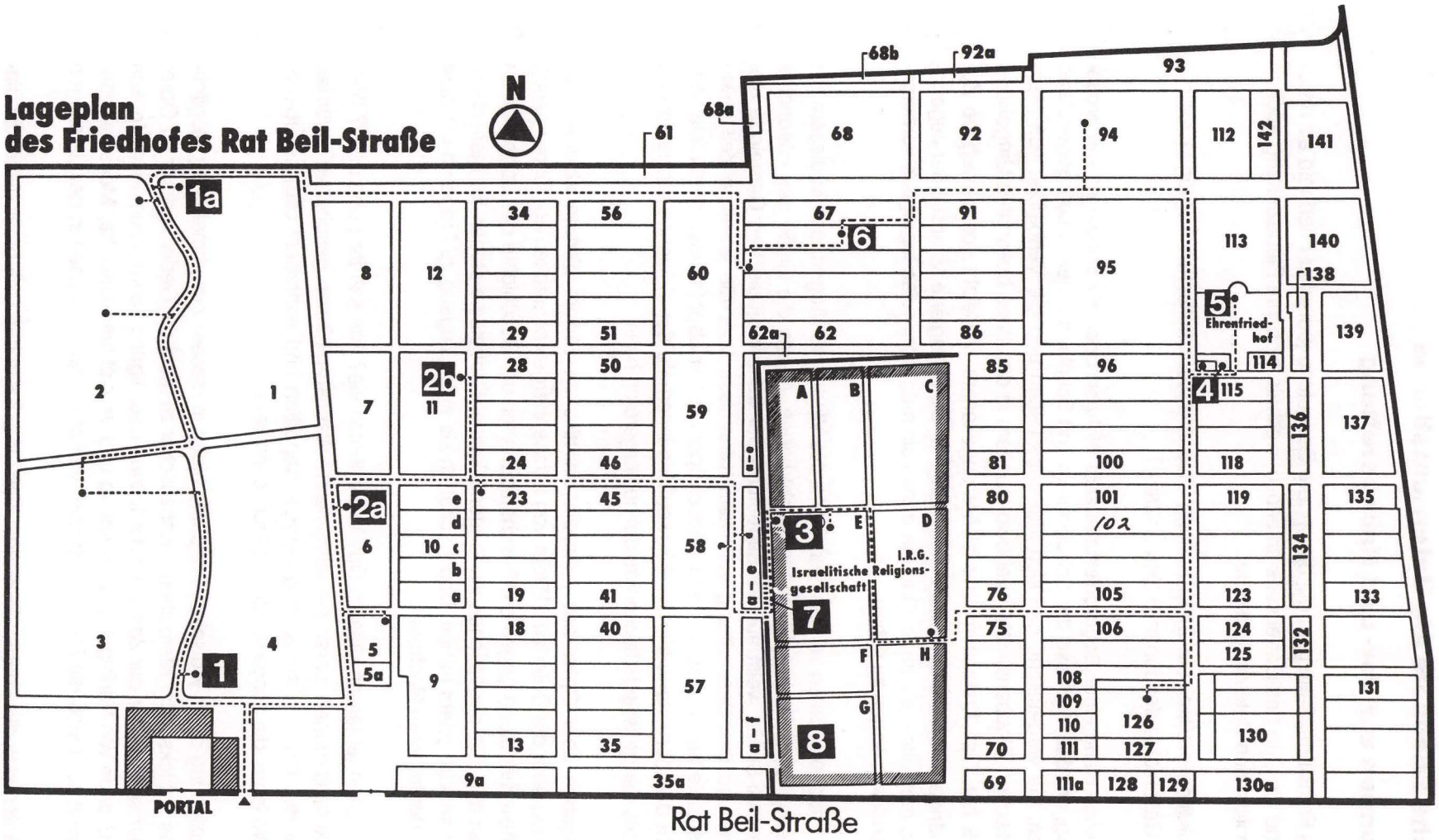
1. Am Sabbat sowie an jüdischen Feiertagen sollten mit Rücksicht auf die religiösen Gebräuche keine Friedhofsbesuche stattfinden.
   Zu beachten ist weiterhin, daß der Sabbat mit dem Beginn der Dunkelheit, also am Freitagabend, beginnt.

2. Männliche Besucher sollten eine Kopfbedeckung tragen.
   Bei allen religiösen Handlungen, wozu der Besuch eines Friedhofs zählt, tragen gläubige Juden eine Kopfbedeckung.

3. Besuche auf Friedhöfen sollten nur dann durchgeführt werden, wenn die Gruppen oder Personen die Würde dieser Stätte respektieren.

Der Friedhof kann tagsüber besichtigt werden. Den Schlüssel kann man, soweit der Verwalter, Herr Meier-Ude, nicht da ist, in der gegenüberliegenden Blumenhandlung erhalten. Herr Meier-Ude ist im Besitz von Fotokopien der Beerdigungsbücher seit 1869 sowie der Lagepläne der Gräber, deren Zahl etwa 20.000 – 30.000 beträgt.
Für den vorgeschlagenen Rundgang sollte eine Zeit von ca. 1 1/2 Stunden eingeplant werden. Außerdem erscheint es sinnvoll, den Besuchern neben einer Führung auch Gelegenheit zu geben, sich selbständig ein Bild zu machen.

Lageplan des Friedhofes Rat Beil-Straße



1	Gräber der Rothschild-Familie	4	Henry und Emma Budge
2a	Leopold Sonnemann	5	Ehrenfriedhof für die Gefallenen des 1. Weltkrieges
2b	Charles Hallgarten	6	Berta Pappenheim
3	Gräberfeld der IRG	7	„Das Loch in der Mauer
	Samson Raphael Hirsch	8	NS-Opfer

4. Jüdische Friedhöfe als Unterrichtsthema

Anregungen zur Vor- und Nachbereitung

Am Beispiel des Frankfurter kann man die besondere Bedeutung jüdischer Friedhöfe als historische Stätten und als Orte des Gedenkens erkennen, weshalb sich ihre Einbeziehung auch in den historisch-politischen Unterricht anbietet.

Welche Möglichkeiten eröffnet die Einbeziehung dieses außerschulischen Lernortes für die Vermittlung der Geschichte der Juden in Deutschland?

1. Die räumliche Nähe einer Begräbnisstätte zum Wohnort oder zur Schule ist von großer Bedeutung, um das Interesse der Schülerinnen und Schüler für diesen Lerngegenstand zu wecken. Sie verdeutlicht, daß sich jüdisches Leben und die Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens nicht irgendwo, sondern in der ihnen bekannten Umgebung abgespielt hat. Das Erstaunen über bisher ungekannte, vielleicht verschwiegene Zusammenhänge ist bereits ein guter Ansatzpunkt für die engagierte Mitarbeit der Jugendlichen und ermöglicht es ihnen, Orte, an denen sie möglicherweise tagtäglich vorbeigehen, mit anderen Augen zu sehen.

2. Jüdische Friedhöfe führen im wahrsten Sinne des Wortes vor Augen, daß in diesem Ort einmal Menschen jüdischen Glaubens gelebt haben. Alleine die Größe des Friedhofes in der Rat-Beil-Straße weist auf die Bedeutung der früheren jüdischen Gemeinde hin. Grabsteine und ihre Beschriftung vermitteln Kenntnisse über die jeweilige Zeit sowie über die soziale Stellung der Juden in dieser Epoche. Der abgetrennte Friedhofsteil der IRG macht darüber hinaus die Identitätskonflikte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft deutlich, die der gesellschaftliche Wandel hervorgerufen hatte.

3. Zahlenangaben über Opfer des nationalsozialistischen Terrors bleiben abstrakt. Sie sagen wenig über die Opfer aus. Bilder von Leichenbergen schrecken ab, führen häufig zu einer Abwehrhaltung gegen die Beschäftigung mit der Geschichte des sogenannten Dritten Reiches. Sie ermöglichen keine Identifikation. Grabsteine stehen für Menschen, die früher am Ort gelebt haben. Damit schaffen sie einen Zugang zu Fragen nach dem Schicksal der früheren Nachbarn.

   Wie viele Juden lebten an diesem Ort? Wo wohnten sie? Wie sah ihr Leben aus? Welchen Diskriminierungen waren sie ausgesetzt? Was ist mit ihnen geschehen? Wurden Bewohner des Ortes in Konzentrationslager deportiert und ermordet? Gibt es Überlebende? Wo leben die ausgewanderten Menschen heute?

   Die Einbeziehung eines jüdischen Friedhofs bietet in diesem Zusammenhang Möglichkeiten, das Schicksal der Menschen anschaulicher zu machen. Gedenkgräber für Opfer der NS-Herrschaft oder der Zeitpunkt der letzten Beerdigung können zum Nachdenken über die Gründe von Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung jüdischer Menschen anregen. Damit stellt sich die Frage nach dem Verhalten der Menschen in der damaligen Zeit.
   Wie verhielten sich die übrigen Bewohner des Ortes? Wie hätte ich unter diesen Bedingungen gehandelt?

4. Zustand und Pflege des Friedhofs konfrontieren uns direkt mit der Frage des Umgangs mit den Spuren jüdischer Geschichte nach 1945. Sie stellen damit einen unmittelbaren Gegenwartsbezug her. Vom Schicksal der ehemaligen jüdischen Mitmenschen betroffen sein, bedeutet in diesem Zusammenhang, nach der eigenen Verantwortung für die Aufarbeitung der Geschichte zu fragen.

   Wer ist für die Pflege zuständig? Was ist über das Schicksal der ehemaligen Ortsbewohner bekannt? Leben heute wieder Juden im Ort? Gibt es eine jüdische Gemeinde?

5. Die fremdartig erscheinenden und unbekannten Dinge hinter der Friedhofsmauer wie umgefallene oder mit Efeu überwucherte Grabsteine, Zettelchen und Steinchen an Gräbern, hebräische Inschriften oder das Fehlen von Blumenschmuck können die Neugier der Jugendlichen wecken und damit den Zugang zu diesem Ort erleichtern. Ein Friedhofsbesuch kann entdeckendes Lernen fördern und ermöglicht die Erfahrung von Neugier und Überraschung.

   Worin unterscheidet sich ein jüdischer von einem christlichen Friedhof? Welche Erklärungen bieten sich hierfür an?

   Diese Kenntnisse über religiöse Gebräuche andersgläubiger Menschen sind eine entscheidende Basis für gegenseitigen Respekt und Toleranz.

   Der Besuch eines jüdischen Friedhofs kann somit Anstöße geben und dazu anregen, weiterführende Fragen zu stellen.

Bei der Planung eines Friedhofsbesuchs muß auch berücksichtigt werden, daß unter Umständen starke Vorbehalte oder Desinteresse bei den Jugendlichen bestehen. Neben dem mangelnden Verständnis für die besondere historische Bedeutung der Friedhöfe könnte eine ablehnende Haltung auch mit der Rolle von Alter und Tod in unserer Gesellschaft in Zusammenhang stehen. Im Gegensatz zu anderen Kulturen und auch anderen Epochen, in denen alte Menschen durch die Familien- und Sozialstrukturen sehr viel stärker im Leben auch der Jüngeren verankert waren und teilweise noch sind, werden in unserer individualisierten Industriegesellschaft alte Menschen häufig als eine Belastung und Kostenfaktor empfunden. Jugend und Dynamik haben dagegen einen positiven Stellenwert.

Diese Probleme sollten erkannt und thematisiert werden. Wichtig erscheint auch der Hinweis, daß es wenig sinnvoll ist, Schülerinnen und Schüler, die eine ablehnende Haltung zeigen, zu einer Friedhofsbesichtigung zu zwingen.
Derartige Besuche sollten nur mit Klassen oder Gruppen durchgeführt werden, die in der Lage sind, die Würde dieses Ortes zu respektieren und ungewohnten Dingen wie dem Tragen einer Kopfbedeckung Verständnis entgegenzubringen.

Bei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Friedhofsbesuches bieten sich vielfältige Unterrichtsformen an, bei denen Schülerinnen und Schüler auch eine aktive und selbständige Rolle einnehmen können. Eine bloße Besichtigung des Friedhofs ohne Einbindung in die unterrichtliche Arbeit sollte vermieden werden.

1. Lehrkräfte oder andere kompetente Personen führen die Gruppe über den Friedhof. In der Vor- und Nachbereitung kann dabei das vorliegende Arbeitsmaterial verwendet werden.

2. Die Schülerinnen und Schüler übernehmen selbst die Führung. Sie bereiten sich mit Hilfe des Arbeitsmaterials und mit Unterstützung der Lehrkräfte darauf vor.

3. Eine Arbeitsgruppe besichtigt mit einer Lehrkraft den Friedhof und stellt die Ergebnisse (evtl. mit Fotos) der Klasse vor.

4. Die Ergebnisse könnten von der Gruppe in einer Ausstellung oder einer Diaserie dokumentiert werden und damit auch anderen Klassen zur Verfügung gestellt werden.

5. Im Rahmen eines Projekttages oder einer Projektwoche könnte das Thema besonders intensiv bearbeitet werden.

Darüber hinaus ergeben sich zahlreiche Möglichkeiten, das Thema – soweit der Lehrplan es zuläßt – noch weiter zu vertiefen:

- Kontaktaufnahme mit ehemaligen oder heute in der Stadt lebenden Jüdinnen und Juden durch persönliche Begegnung oder Briefe,

- Arbeit im Schul- oder Stadtarchiv, z.B. über ehemalige jüdische Schülerinnen und Schüler,

- Zusammenarbeit mit Geschichtsvereinen und -werkstätten oder der Stadtverwaltung,

- Gespräche mit nichtjüdischen Zeitzeugen,

- Die Einbeziehung der örtlichen Presse könnte Schülerinnen und Schülern zusätzliche Erfolgserlebnisse vermitteln.

Das Beispiel einer Schule in Heilbronn zeigt, wie Klassen nicht nur Initiativen anregen, sondern auch wertvolle Beiträge zur Erinnerungsarbeit leisten können.[1]

Die Beschreibung eines Rundganges über den Frankfurter Friedhof in der Rat-Beil-Straße ist somit nicht nur für Besucher dieses Friedhofs gedacht, sondern soll als Beispiel Informationen vermitteln, die das Verständnis anderer Begräbnisstätten erleichtern.

---

1) Gräf, Hartmut: Die Vergangenheit lebt. Der jüdische Friedhof in Heilbronn; in: Lernen, Friedrich Jahresheft IV, 1986, S. 90ff.

Folgende Besonderheiten könnten bei solchen Besuchen aufschlußreich sein:

- Lage des Friedhofs (Bezug zum Ort bzw. Ortskern),
- Anlage, Gestaltung, Zustand, Pflege,
- Material, Größe und Form der Grabsteine sowie deren Ausrichtung (Ost/West),
- Beschriftung (hebräisch, gemischt, deutsch),
- bildliche Darstellungen,
- Beschädigung von Grabsteinen,
- Veränderungen in der Gestaltung der Grabsteine in verschiedenen Epochen,
- Vergleich von Sterbedaten: Zunahme oder Abnahme, Häufungen, letzte Beerdigung, Feststellung bestimmter Daten (z.B. 9./10. November 1938),
- Soldatengräber,
- Zettelchen oder Steine an Grabsteinen, die auf Besuche von Angehörigen oder Freunden schließen,
- Gedenktafeln, Gedenkgräber, Mahnmal,
- Zugänglichkeit der Friedhöfe, Hinweis auf Besuchsmöglichkeiten.

Der Dokumentenanhang enthält eine Liste der rund 330 jüdischen Friedhöfe in Hessen, die das Auffinden nahegelegener Begräbnisstätten ermöglichen. D 18

Sollte es noch keine Literatur über die jüdische Gemeinde bzw. den jüdischen Friedhof des Ortes geben, können folgende Veröffentlichungen Aufschluß geben:

- Paul Arnsberg: Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hessen
- Eva Grulms: Friedhöfe in Nordhessen
- Thea Altaras: Synagogen in Hessen

Dokumentation

D 1 An die Gemeindemitglieder; in: Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt 8/33.
D 2 Jüdische Jahreszahlen
D 3 Der Gemeindefriedhof an der Rat-Beilstraße, von Bürodirektor J. Meyer; in: Gemeindeblatt 1928/29, Nr. 1/2, S. 3-5.
D 4 Bürger Frankfurts. Flugblatt des „Deutschen Vereins" gegen das Heinedenkmal; Stadtarchiv Frankfurt.
D 5 Vom Friedhofswesen der Gemeinde, von Dr. Eduard Baerwald; in: Gemeindeblatt Frankfurt 1922, Nr. 3
D 6 Abschiedsrede des Abiturienten Artur Liverhant am 25.3.1934; in: Mitteilungen für die ehemaligen Schülerinnen und Schüler der Samson-Raphael-Hirsch-Schule zu Frankfurt am Main, Mai 1933, Nr. 25, S. 1f, S. 6f.
D 7 Der Herr Professor. Brief von Professor Möbius an den Oberbürgermeister; abgedruckt und kommentiert in: Der Stürmer, Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 3420.
D 8 Die Ortsgruppe Günthersburg an die Kreisleitung, S. 11. 1934; Der Oberbürgermeister an das Bauamt, Straßenumbennungsausschuß, November 1934; Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 3420.
D 9 Aufruf Friedrich Stoltzes zur Reichstagswahl 1874; Stadtarchiv Frankfurt, Bethmannarchiv, Zeitgeschichtliche Sammlung, Band 8.
D 10 Das Porträt der Anna O.; Frankfurter Rundschau, Stadtteil, vom 12.2.1986.
D 11 Fanny Steiner: Brief an den Oberbürgermeister, 30.10.1941; Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 2200/1.
D 12 Dokumente zum Friedhof Battonstraße, 1933-1942; Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 4217/100.
D 13 Die Geheime Staatspolizei an den Oberbürgermeister 8.10.1942; Bauamt an den Bürgermeister, 4.11.1942; Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 4217/100.
D 14 Lina Katz: Deportationen 1941 und 1942 (geschrieben 1961); Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 1008/110.
D 15 Dr. Antonius Hilfrich, Bischof von Limburg, an Bischof Wienken, Berlin, 27.10.1941; Limburg, Bischöfliches Ordinariat, Akten betreffend katholische Nichtarier.
D 16 Ministerpräsident Göring an die Reichsminister, 23.2.1940: Stadtarchiv Frankfurt.
D 17 Niederschrift des Wirtschaftsamtes über die Besprechung bei dem Herrn Oberbürgermeister, 21.12.1942; Stadtarchiv Frankfurt, Hauptakte 1008/110.
D 18 Jüdische Friedhöfe in Hessen.

„Jugend und Gemeinde" am Schluss der Nummer

FRANKFURTER ISRAELITISCHES GEMEINDEBLATT

Amtliches Organ der Israelitischen Gemeinde

Das Gemeindeblatt erscheint monatl. und wird den Gemeindemitgliedern unentgeltl. durch die Post zugestellt. — Preis der Einzelnummer 50 Pfg. — Schriftleitung: Gemeindehaus Fahrg. 146. Fernspr.: Sammel-Nr. H. 27544. — Postscheckk.: Frankfurt a. M. 33521. — Anzeigenverwaltung: M. Isaac & Co., Hölderlinstr. 3. Fernspr. 44868 u. 44888. — Anzeigen n. Tarif. — Anzeigenschluß f. d. nächste Nr.: 30. April. Die Schriftleitung übernimmt für den Inhalt des Gemeindeblattes nur die preßgesetzl. Verantwortung. Nachdr. nur mit Erlaubnis gest.

11. Jahrgang | **Frankfurt a. M., April 1933** | **Nr. 8**

An die Gemeindemitglieder

In dieser schweren Zeit ist es uns ein tiefes Bedürfnis, ein Wort an unsere Gemeinde zu richten. Jeder darf überzeugt sein, dass wir mit unserer ganzen Kraft bemüht sind, in Verbindung mit den anderen Gemeinden Deutschlands für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden einzutreten, den in Not Geratenen beizustehen und den Fortbestand unserer Gemeinde zu sichern.

Nichts kann uns die tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben, keine Not und Gefahr kann uns dem von unseren Vätern ererbten Glauben abspenstig machen. In Besonnenheit und Würde wollen wir für unsere Sache einstehen.

Wenn keine Stimme sich für uns erhebt, so mögen die Steine dieser Stadt für uns zeugen, die ihren Aufschwung zu einem guten Teil jüdischer Leistung verdankt, in der so viele Einrichtungen vom Gemeinsinn der Juden künden, in der aber auch das Verhältnis zwischen jüdischen und nichtjüdischen Bürgern stets besonders eng gewesen ist.

Verzagt nicht! Schliesst die Reihen! Kein ehrenhafter Jude darf in dieser Zeit fahnenflüchtig werden. Helft uns, das Vätererbe zu bewahren, und wenn die Not der Zeit den Einzelnen hart anfasst, so gedenkt der Worte, die wir am bevorstehenden Pessachfest, dem Fest der Befreiung, von altersher sprechen: „Von Geschlecht zu Geschlecht sind sie gegen uns aufgestanden, uns zu vernichten. Aber der Heilige, gelobt sei Er, hat uns aus ihrer Hand errettet."

Frankfurt a. M., 30. März 1933

Vorstand der Israelitischen Gemeinde

Erklärung der Reichsvertretung der deutschen Juden

Die Reichsvertretung der deutschen Juden und der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin haben am 29. März an den Herrn Reichspräsidenten, den Herrn Reichskanzler, die Herren Reichsminister und den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

„Die deutschen Juden sind tief erschüttert von dem Boykottaufruf der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Wegen der Verfehlung einiger Weniger, für die wir nie und nimmer Verantwortung tragen, soll uns deutschen Juden, die sich mit allen Fasern der deutschen Heimat verbunden fühlen, wirtschaftlicher Untergang bereitet werden.

In allen vaterländischen Kriegen haben deutsche Juden in dieser Verbundenheit Blutopfer gebracht. Im Großen Kriege haben von 500 000 deutschen Juden 12 000 ihr Leben hingegeben. Auf dem Gebiet friedlicher Arbeit haben wir mit allen unseren Kräften unsere Pflicht getan.

Den Greuel und Boykott-Feldzug im Auslande haben die jüdischen Organisationen Deutschlands mit äußerster Anstrengung und erfolgreich bekämpft. Sie haben hierfür alles getan, was in ihrer Kraft steht, und werden es weiter tun.

Trotzdem sollen jetzt die deutschen Juden, als die angeblich Schuldigen, zugrunde gerichtet werden.

Wir rufen dem deutschen Volk, dem Gerechtigkeit stets höchste Tugend war, zu:

Der Vorwurf, unser Volk geschädigt zu haben, berührt aufs tiefste unsere Ehre. Um der Wahrheit willen und um unserer Ehre willen erheben wir feierlichst Verwahrung gegen diese Anklagen. Wir vertrauen auf den Herrn Reichspräsidenten und auf die Reichsregierung, daß sie uns Recht und Lebensmöglichkeit in unserem deutschen Vaterlande nicht nehmen lassen werden. Wir wiederholen in dieser Stunde das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volk, an dessen Erneuerung und Aufstieg mitzuarbeiten unsere heiligste Pflicht, unser Recht und unser sehnlichster Wunsch ist.

Berlin, den 29. März 1933.

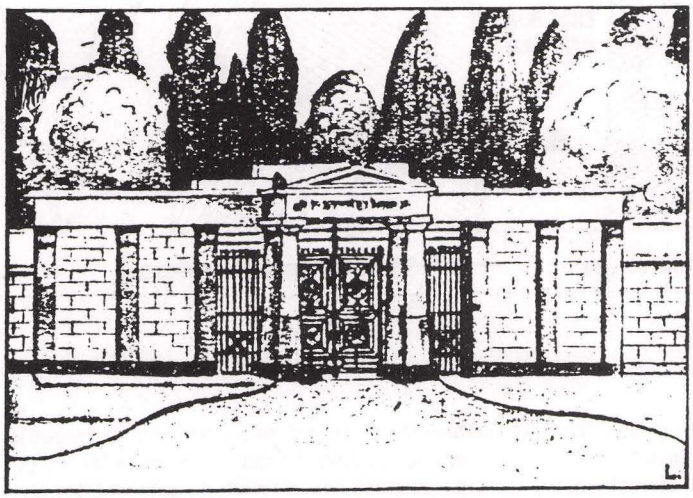
Die Reichsvertretung der deutschen Juden.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

1000/4760	ד' תשי"ס	1410/5170	ק"ע	1810/5570	תק"ע	1932/5692	תרצ"ב
1010/4770	תשי"ע	1420/5180	ק"פ	1820/5580	תק"פ	1933/5693	תרצ"ג
1020/4780	תשי"פ	1430/5190	ק"צ	1830/5590	תק"צ	1934/5694	תרצ"ד
1030/4790	תשי"צ	1440/5200	ר	1840/5600	ת"ר	1935/5695	תרצ"ה
1040/4800	ת"ת	1450/5210	ר"י	1850/5610	תר"י	1936/5696	תרצ"ו
1050/4810	תת"י	1460/5220	ר"כ	1860/5620	תר"כ	1937/5697	תרצ"ז
1060/4820	תת"כ	1470/5230	ר"ל	1870/5630	תר"ל	1938/5698	תרצ"ח
1070/4830	תת"ל	1480/5240	ר"מ	1880/5640	תר"מ	1939/5699	תרצ"ט
1080/4840	תת"מ	1490/5250	ר"נ	1890/5650	תר"נ	1940/5700	ת"ש
1090/4850	תת"נ	1500/5260	ר"ס	1900/5660	תר"ס	1941/5701	תש"א
1100/4860	תת"ס			1901/5661	**תרס"א**	1942/5702	תש"ב
1110/4870	תת"ע	1510/5270	ה' ר"ע	1902/5662	תרס"ב	1943/5703	תש"ג
1120/4880	תת"פ	1520/5280	ר"פ	1903/5663	תרס"ג	1944/5704	תש"ד
1130/4890	תת"צ	1530/5290	ר"צ	1904/5664	תרס"ד	1945/5705	תש"ה
1140/4900	תת"ק	1540/5300	ש	1905/5665	תרס"ה	1946/5706	תש"ו
1150/4910	**תתק"י**	1550/5310	ש"י	1906/5666	תרס"ו	1947/5707	תש"ז
1160/4920	**תתק"כ**	1560/5320	ש"כ	1907/5667	תרס"ז	1948/5708	תש"ח
1170/4930	**ותתק"ל**	1570/5330	ש"ל	1908/5668	תרס"ח	1949/5709	תש"ט
1180/4940	תתק"מ	1580/5340	ש"מ	1909/5669	תרס"ט	1950/5710	תש"י
1190/4950	תתק"נ	1590/5350	ש"נ	1910/5670	תר"ע	1951/5711	תש"י"א
1200/4960	תתק"ס	1600/5360	ש"ס	1911/5671	תרע"א	1952/5712	תש"י"ב
1210/4970	תתק"ע	1610/5370	ש"ע	1912/5672	תרע"ב	1953/5713	תש"י"ג
1220/4980	תתק"פ	1620/5380	ש"פ	1913/5673	תרע"ג	1954/5714	תש"י"ד
1230/4990	תתק"צ	1630/5390	ש"צ	1914/5674	תרע"ד	1955/5715	תשט"ו
1240/5000	תת"ר	1640/5400	ת'	1915/5675	תרע"ה	1956/5716	תשט"ז
		1650/5410	ת"י	1916/5676	תרע"ו	1957/5717	תש"י"ז
1250/5010	ה' י	1660/5420	ת"כ	1917/5677	תרע"ז	1958/5718	תש"י"ח
1260/5020	כ	1670/5430	ת"ל	1918/5678	תרע"ח	1959/5719	תש"י"ט
1270/5030	ל	1680/5440	ת"מ	1919/5679	תרע"ט	1960/5720	תש"כ
1280/5040	מ	1690/5450	ת"נ	1920/5680	תר"פ	1961/5721	תשכ"א
1290/5050	נ	1700/5460	ת"ס	1921/5681	תרפ"א	1962/5722	תשכ"ב
1300/5060	ס	1710/5470	ת"ע	1922/5682	תרפ"ב	1963/5723	תשכ"ג
1310/5070	ע	1720/5480	ת"פ	1923/5683	תרפ"ג	1964/5724	תשכ"ד
1320/5080	פ	1730/5490	ת"צ	1924/5684	תרפ"ד	1965/5725	תשכ"ה
1330/5090	צ	1740/5500	ת"ק	1925/5685	תרפ"ה	1966/5726	תשכ"ו
1340/5100	ק	1750/5510	תק"י	1926/5686	תרפ"ו	1967/5727	תשכ"ז
1350/5110	ק"י	1760/5520	תק"כ	1927/5687	תרפ"ז	1968/5728	תשכ"ח
1360/5120	ק"כ	1770/5530	תק"ל	1928/5688	תרפ"ח	1969/5729	תשכ"ט
1370/5130	ק"ל	1780/5540	תק"מ	1929/5689	תרפ"ט	1970/5730	תש"ל
1380/5140	ק"מ	1790/5550	תק"נ	1930/5690	תר"צ	1971/5731	תשל"א
1390/5150	ק"נ	1800/5560	תק"ס	1931/5691	תרצ"א	1972/5732	תשל"ב
1400/5160	ק"ס					1973/5733	תשל"ג
						1974/5734	תשל"ד
						1975/5735	תשל"ה
						1976/5736	תשל"ו
						1977/5737	תשל"ז
						1978/5738	תשל"ח
						1979/5739	תשל"ט
						1980/5740	תש"מ

Aufstellung von Herrn Samuel Daum, Leiter der Frankfurter Religionsschule „Jeschurun" 1979.

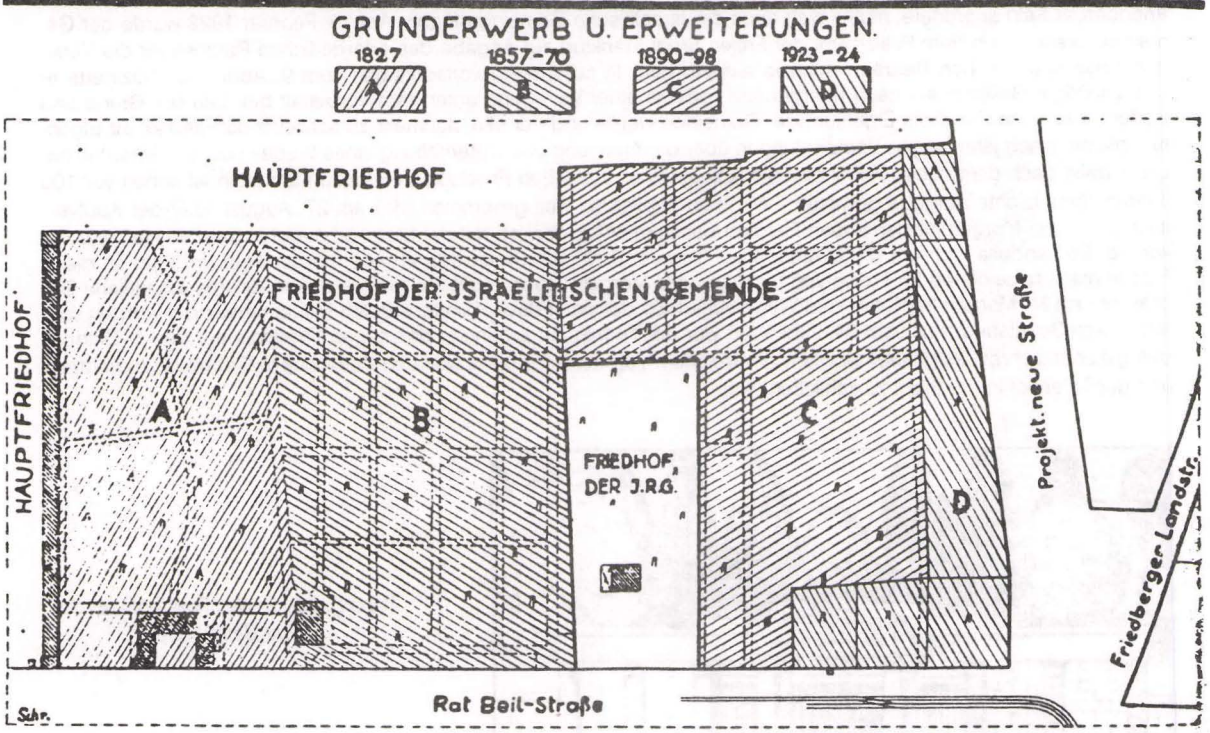
Im Oktober dieses Jahres werden zugleich mit der Eröffnung des Friedhofs an der Rat-Beil-Straße *hundert Jahre* vergangen sein, daß der alte Judenfriedhof am Börneplatz auf behördliche Anordnung geschlossen wurde, nachdem er durch ein halbes Jahrtausend die Toten der Frankfurter Israelitischen Gemeinde zur ewigen Ruhe aufgenommen hatte. Dem Senatsbeschluß vom Jahre 1822, der allgemein die Verlegung der Begräbnisplätze auf das sogenannte Friedberger Feld anordnete, mußte sich auch die Israelitische Gemeinde fügen. Am 18. Februar 1822 wurde der Gemeindevorstand von dem Pollizeiamt der Freien Stadt Frankfurt zur Angabe des erforderlichen Raumes für die Verlegung des Israelitischen Begräbnisplatzes aufgefordert. In seinem Antwortschreiben vom 9. April 1822 bezifferte er das benötigte Gelände auf neun Morgen und stimmte einer Verlegung unter dem Vorbehalt bei, daß der Grund und Boden des neuen Friedhofs Eigentum der Gemeinde werde und der alte, nunmehr zu schließende Friedhof ihr Eigentum bleibe. Nach jahrelangen Verhandlungen über die Anlegung und Unterhaltung eines Weges von der Eckenheimer Landstraße nach dem neuen Friedhof – die Anlage eines jüdischen Friedhofs in Frankfurt am Main ist schon vor 100 Jahren keine leichte Aufgabe gewesen – war man endlich so weit gekommen, daß am 27. August 1827 der Kaufvertrag über neun Morgen für den neuen Friedhof bestimmter Ländereien mit der Stadtkämmerei abgeschlossen werden konnte. Es handelte sich um die Grundstücke Gewann 6 Nr. 63, 64 und 65 im Friedberger Feld (im Plan ist diese Fläche mit A bezeichnet) im Preise von fl. 160,— pro Morgen, wovon acht Morgen eine Rute für das eigentliche Begräbnis und 3/4 Morgen 39 Ruten zum Wege außerhalb der den Friedhof umfassenden Mauer verwendet werden sollten. Durch Senatsbeschluß vom 24. Juni 1828 war der Termin zur Eröffnung des neuen Friedhofs auf den 1. Oktober des gleichen Jahres festgesetzt worden, „an welchem Tag derselbe ohne weiteren Ausschuß in Gebrauch zu nehmen und der Totenhof in der Stadt zu schließen" war.



Portalgebäude des Friedhofs an der Rat-Beil-Straße

Mit der Errichtung der Portalgebäude durch den Architekten F. Rumpf konnte erst im Frühjahr 1828 begonnen werden. Dem Baubeginn gingen wiederum langwierige Verhandlungen wegen Genehmigung der Gebäude anlagen und Herstellung und Unterhaltung des Zugangsweges voraus, in deren Verlauf es sowohl zwischen Gemeinde und Stadt als auch zwischen Senator Ihm, dem Senatskommissar der Frankfurter Israelitischen Gemeinde, der deren Interesse in den städtischen Kollegien vertrat, und dem Vorsteher des Polizeiamts der Freien Stadt Frankfurt zu scharfen Auseinandersetzungen kam. Hatte doch das Polizeiamt durch Bescheid vom 3. Februar 1827 die Errichtung von Parteigebäuden zunächst mit der Begründung abgelehnt, daß die auf dem neuen jüdischen Friedhof projektierten Baulichkeiten die Einheitlichkeit und Symmetrie der benachbarten städtischen Anlage empfindlich stören würde, ein Vorgang, der sich hundert Jahre später zum Schaden der Gemeinde wiederholen sollte. Vergeblich versuchte der Gemeindevorstand, nachdem durch Verfügung des Polizeiamtes vom 5. September 1827 endlich die Erlaubnis zum Baubeginn erteilt war, die Eröffnung des neuen Friedhofs hinauszuschieben. Er wies in einer Eingabe vom 14. Juni 1828 darauf hin, daß frühestens im Frühjahr 1828 der Baubeginn möglich gewesen sei, daß der Begräbnisplatz noch keine Einfriedigung habe, der Zugangsweg noch nicht hergestellt, in dem rohen Zustand, in dem er sich befinde, bei Regenwetter nicht begehbar sei und daß Dach und Fach fehle und verlangte von der Stadt, die Schließung des alten Friedhofs noch hinauszuschieben.
Es verblieb jedoch bei dem Senatsbeschluß vom 24. Juni 1828. In aller Eile wurde daher die Herstellung der Umfassungsmauer und der zu Beerdigungszwecken notwendigen Gebäudeteile sowie des nach der Südseite zu gerichteten Portals soweit gefördert, daß die Eröffnung des Friedhofs am 1. Oktober 1828 erfolgen konnte. Die Kosten für Grund und Boden für die Einfriedigung und für die Einebnung des Geländes beliefen sich auf fl. 31.828,23.
Anfang Oktober 1828 wurde den Weisungen des Senatsbeschlusses entsprechend der neue Friedhof in Benutzung genommen und als *erste Leiche* diejenige des 85 Jahre alten, verwitweten Metzgergesellen Jacob Thomas aus Offenbach, der hier am 2. Oktober gestorben war, am Freitag, den 3. Oktober 1828 (25. Tischri 589) auf dem Platz für Auswärtige, rechts vom Haupteingang beerdigt.

Dieses Ereignis vollzog sich mit einer gewissen Feierlichkeit, und seiner ist sowohl auf den Grabstein des Verstorbenen, den ihm die beiden Brüderschaften setzen ließen, als auch durch den Eintrag in das Register der Beerdigungsbrüderschaft gedacht. Letzterer besagt, daß am Donnerstagabend, den 25. Tischri, der erwähnte Jacob Thomas aus Offenbach verstorben und der erste gewesen ist, der auf dem neuen Friedhof begraben wurde. Es wird erwähnt, daß



am Beerdigungstag, dem 27. Tischri, die beiden Beerdigungsbrüderschaften sich auf den alten Friedhof begeben haben, um, nachdem sie die dort Ruhenden in feierlicher Weise um Verzeihung gebeten hatten , die Leiche für die Beerdigung herzurichten. Alsdann wurde sie vom Sterbehaus bis vor das Portal des neuen Friedhofs gebracht, von den beiden Beerdigungsbrüderschaften auf die Bahre gehoben und in das Portal getragen. Hier wurden alsdann die Psalmen 49 und 95 laut rezitiert und im Anschluß daran erfolgte die Beerdigung auf dem neuen Friedhof unter zahlreicher Beteiligung von jung und alt.

Der hebräische Wortlaut der Aufzeichnung lautet:

תקפ"ט אור ליום וי"ו כ"ה תשרי נפטר הזקן כ' יעקב תומת מאופיבאך ובאשר שע"פי צוואת השררה יר"ה נסתלק הב"ע הי' הוה הראשון שנקבר ביום א' כ"ז לחודש בב"ע החדש אשר מחוץ לעיר וקודם הקבורה היינו הולכים הב' חברות בב"ע הישן לבקש מחילה משוכני בתי חומר אח"ז שהרינו והלבשנו הנעדר ושמנו אותו בעגלה מביתו עד קרוב לשער ב"ע החדש ואח"כך ישאו אותו ב' הח"ק יחד עד בית צדוק הדין ושם נאמר מזמור מ"ט תהילם פסוק ופסוק וגם צ"ה בהתעוררת רב נערים וזקנים יחד ילווהו לבית עולמו. . .

(vgl. Ed. Feist, Gebetordnung für die Parschath-Para-Feier der Gemiluth-Chassdim Chewra, 1897.)

Zu Beginn der 50er Jahre ergab sich die Notwendigkeit, den Friedhof zu vergößern. Der früher mögliche Ankauf von weiteren drei Morgen städtischen Terrains war an dem geforderten Preis gescheitert. Auch war der Gemeindevorstand der Ansicht, daß die baldige Vollbelegung des Friedhofs durch Hinzunahme dieses Terrains nur um wenige Jahre werde hinauszuschieben sein.

Im April 1857 erfolgten Anträge der Kultussektion des Vorstandes auf Erwerb benachbarter Äcker zur Friedhofserweiterung, da die Gräber mehr und mehr an die Südseite, die heutige Rat-Beil-Straße, heranrückten. Nach den damaligen Überschlägen konnte der Friedhof noch für etwa 10 bis 12 Jahre ausreichen. Man schritt sofort zu Verhandlungen, zuerst mit den städtischen Behörden, die infolge untragbarer Verkaufsbedingungen scheiterten, dann im Juni 1858 mit dem Freiherrn Anselm Salomon von Rothschild, die nach zehnjähriger Dauer am 22. April 1868 im Tausch gegen andere dort belegene Äckerparzellen zur Übereignung der Grundstücke Gewann 6 Nr. 110 und 111 an die Gemeinde führten. Zur Abrundung des gesamten Areals schenkte im gleichen Jahr Anselm Salomon von Rothschild der Gemeinde außerdem die kleinere Parzelle Gewann 6 Nr. 108c. Die im Jahre 1861 begonnenen Verhandlungen mit dem Hospital zum Heiligen Geist über den Erwerb eines etwa drei Morgen großen

Ackers Gewann 6 Nr. 116 führten am 13. Februar 1868 zum Ankauf. Der Preis betrug 1300 Gulden pro Morgen. Zum gleichen Preise wurden am 25. August 1862 die Jacob Ring'schen Äcker Gewann 6 Nr. 113 und 117, zusammen zwei Morgen, (?) Ruten, 47 Schuhhaltend, gekauft. 1863 erfolgte alsdann der Ankauf des Ackers Gewann 6 Nr. 115 (ein Morgen, 36 Ruten, ? Schuh) zum gleichen Preis von dem St. Katharinen-Kloster und am 10. März 1864 zu demselben Preis der Acker Gewann 6 Nr. 112 (etwa 1/2 Morgen) von den von Cotta und von Adlerschen Erben. Weitere Erwerbungen geschahen teils durch Ankauf, teils durch Tausch von dem von Günderrod'sche Fideikommiß in Größe von etwa 5/4 Morgen am 28. September 1864 und ferner am 5. Januar 1869 zum Preise von 700 Gulden ein etwa ein Morgen großes Gelände von Freiherrn Johann Christian Georg von Holzhausen. Dieses Gelände sollte teils für die Friedhofserweiterung, teils für die Verlängerung der Straße vor dem Friedhof verwandt werden. Zum gleichen Zweck wurden am 8. April 1869 von der Fürstlich Thurn- und Taxis'schen Schwanengutsverwaltung, kleinere Parzellen für den Preis von rund fl. 1.000,— angekauft. Zur Abrundung des für die Friedhofserweiterung in Aussicht genommenen Areals blieben nur noch zwei der Stadt gehörigen Ackerparzellen übrig (Gewann 6 Nr. 81a und 87a), die durch Kaufvertrag vom 12. Mai 1870 um den Preis von fl. 889,22 in den Besitz der Gemeinde übergingen. Gleichzeitig mußten aber der Stadt zum Zweck der Straßenherstellung die Parzellen Gewann 6 Nr. 65, 83b und 84b abgetreten werden, wogegen sich die Stadt zur Herstellung und Unterhaltung unser (?) in einer Breite von 48 Schuh, sowie eines im Eigentum der Stadt verbleibenden Wagenhalteplatzes verpflichtete und die Verlegung des an der Ostseite des Friedhofs vorbeilaufenden Waldwegs nach der Ostseite der Erweiterung gestattete. Die in diesem Zeitabschnitt von 1857 bis 1870 erworbenen Erweiterungsgrundstücke sind im Plan mit B bezeichnet.

Die zweite Friedhofserweiterung (dritte Etappe) erfolgte in den Jahren 1890 bis 1898. Sie umfaßt das im Plan mit C bezeichnete Gelände und zwar Grundstücke aus dem Eigentum

des Freiherrn Justitian Max von Günderrode,
58 a zum Preis von Mk. 23.497,—, angekauft am 23.1.1890

des Privatmanns Albert Katzenstein,
7 a zum Preis von Mk. 2.994,—, angekauft am 23.1.1890

des Bauunternehmers Heinrich Philipp Filz,
5 a zum Preis von Mk. 1.000,—, angekauft am 4.2.1890

des Waisenhauses,
30 a zum Preis von Mk. 12.340,—, angekauft am 10.7.1890

der Fellnerschen Erben,
74 a zum Preis von Mk. 20.000,—, angekauft am 1.5.1891

des Hospitals zum Heiligen Geist,
80 a zum Preis von Mk. 55.000,—, angekauft am 1.5.1897

der Johann Adam Götz'schen Erben,
7 a zum Preis von Mk. 8.500,—, angekauft am 31.3.1898.

sowie kleinere Parzellen aus dem Eigentum der Stadt. Außerdem ergaben während dieses Zeitraums Tauschverträge zwischen der Israelitischen Religionsgesellschaft, der Gemeinde und der Stadt Geländeabrundung im Ausmaß von 14 a im Jahre 1892, von 19 a im Jahre 1897. In das Ende dieses Erweiterungsabschnittes fällt auch die Fertigstellung der neuen Leichenhalle im Jahre 1902.

Die dritte und letzte Friedhofserweiterung umfaßt die im Plan mit D bezeichnete Fläche, die Ende 1923 aus dem Eigentum der Stadt, des von Günderrode'schen Fideikommisses und von St. Katharinen- und Weißfrauenstiftes im Umfang von zusammen 90 a teilweise im Tausch gegen Grundstücke in der Seckbacher Gemarkung in den Besitz der Gemeinde übergegangen ist. Damit war die letzte Vergrößerungsmöglichkeit des Friedhofs erschöpft. Dieser ist bis an die von der Endstelle der Straßenbahnlinie 8 nach Norden ziehende projektierte neue Straße herangerückt. Der Friedhof an der Rat-Beil-Straße wird demnächst voll belegt sein. Indes werden auf Jahrzehnte hinaus dort wegen der großen Anzahl von reservierten Grabstätten noch Beerdigungen stattfinden müssen. Die Zahl der auf dem Friedhof Ruhenden dürfte mit 20.000 zutreffend geschätzt sein.

Wenn in alter Zeit sich die Notwendigkeit ergab, das für Beerdigungszwecke zur Verfügung stehende Gelände im Hinblick auf außergewöhnliche Ereignisse zu messen, so gingen die Mitglieder der Bruderschaften auf den Friedhof, grenzten das verfügbare Terrain mit Schnüren aus Werg ab und gewannen auf diese Weise einen Maßstab für ihre durch die Lage gebotenen Dispositionen. Sie beteten aber zugleich ein Gebet, es möge dem Tode Einhalt geboten werden, damit das Beerdigungsfeld auf lange Zeit hinaus reiche. Aus der Meßschnur und aus dem erforderlichen Wachs fertigten sie Kerzen, die in den Gotteshäusern angezündet wurden.

Möge auch in unserer Zeit bei allen, die den Friedhof betreten, ebenso wie bei unseren Vorfahren die Ehrfurcht vor der Ruhestätte unserer Toten die Herzen erfüllen!



Bitte leſen und weitergeben!



Bürger Frankfurts!

Jüdiſcher Größenwahn will deutſch-chriſtliches Empfinden in den Staub zwingen und unſere alte Kaiſerſtadt, von deren deutſcher Vergangenheit noch tauſend Erinnerungen reden, ſoll mit dem

Bückeburg-Heine-Denkmal

bekehrt" werden, das andere Städte mit Entrüſtung abgewieſen haben.

Bürger Frankfurts!

wenn deutſches und ſittliches Empfinden noch ſtark genug in euch iſt, **dann** wird **auch auf Frankfurts Boden kein Denkmal für Heine ſtehen!**

Denn was iſt die Wahrheit über Heine?

1. Für jeden, der ſehen will und kann, iſt heute Klarheit darüber geſchaffen, daß Heines Lyrik trotz einzelner Schönheiten und nicht ſeltener graziöſer Aufmachung auch nicht entfernt mit der Dichtung Goethes und ſeiner lyriſchen Pairs: Hölderlin, Eichendorff, Uhland, Droſte-Hülshoff, Mörike, Hebbel, Keller, K. F. Meyer, auch nicht mit der von Storm, Groth, Liliencron und Dehmel verglichen werden kann.

Dazu fehlt ihr die Selbſtändigkeit in Form und Inhalt, ſehr häufig die Anſchauung, die innere Form, die zwingende Gewalt des lyriſchen Genius. Aber auch Wahrhaftigkeit und Adel der ſittlichen Perſönlichkeit wird man vergeblich darin ſuchen.

Wie Heines Volk iſt Heines Dichtung nur ein **„Ferment der Dekompoſition", wahrhaften Gefühls faſt gänzlich bar, dabei aber jeder Selbſtzerſetzung und jeder Niedrigkeit fähig.** Nirgends ein Gedicht, das man ernſthaft neben die großen lyriſchen Offenbarungen aus der reinen Tiefe des germaniſchen Geiſtes ſtellen könnte! Und ſeine Proſa, dies Getue und Drumherumreden, dieſer angebliche „Humor" ſeines Feuilletonismus, der lächerliche Dilettantismus in ſeinen Schriften über Philoſophie und Romantismus! Was ſind ſie heute noch dem werdenden Geſchlecht? Was kann man anders daraus entnehmen als die Erkenntnis eines ſeit ſeiner Studentenzeit auf **Selbſtlob und Beſchimpfung derer, die nichts von ihm wiſſen wollen,** bedachten eitlen Strebers? Avenarius beſtreitet ihm im „Kunſtwart" **jeden eigenen Gedanken** und nennt ihn **einen der unſachlichſten Schriftſteller,** die je gelebt haben. Goedeke, einer unſerer beſten Literarhiſtoriker, ſtellt gleichfalls bei Heine einen völligen Mangel an poſitiven Gedanken feſt und ſagt: **Er nahm der Poeſie den Ernſt wie die Heiterkeit und gab ihr dafür den Spaß und die Grimaſſe.** . . . . Den durch alle ſeine Schriften hindurchlaufenden Gedanken, daß die **Unſittlichkeit ein Recht auf Exiſtenz habe,** kann man weder einen befreienden noch einen poſitiven nennen. „Und Adolf Stern (eigentlich Ernſt und kein Jude!), an deſſen Bedeutung nicht gerüttelt werden kann, ſchreibt in Vilmars Nationalliteratur, S. 496, über Heine: **Seine Geſamtwirkung konnte keine andere als eine verderbliche ſein,** ein völliger Sieg der Heineſchen Lebensanſchauung würde **die Zerſetzung der deutſchen Volksſeele,** ein Sieg ſeiner Literaturauffaſſung die Wandlung aller Dichtung in eine prickelnd auf- und anregende, witzelnde, gelegentlich politiſierende und poetiſierende **Augenblicksſchriftſtellerei** bedeutet haben."

Vilmar ſelber ſagt von ihm in ſeiner Literaturgeſchichte, S. 481: „Aber im ganzen wird das unerbittliche Urteil der Nachwelt kein anderes ſein als das, welches ſie über Bürger gefällt hat, **nur daß Heine noch einer weit ſtärkeren Verurteilung unterliegen wird als Bürger."** Und dieſe Verurteilung iſt **erfolgt durch alle Leute von Geſchmack und Ehre:** Ruge, Pfizer, **Adam, Hoffmann v. Fallersleben,** Mommſen, Treitſchke, Dahn, Roſegger, Bartels, Nietzki, Hartleben, Kummer, Sandvoß, Kirchbach uſw.

2. Heine hat bereits als Student erklärt, daß **alles Deutſche ihm zuwider ſei und auf ihn wie Brechpulver wirke.** Schon in der Harzreiſe und dann noch öfter hat er **für die Deutſchen das Hundebild** gebraucht, er hat **die Deutſchen** den Polen und anderen Völkern gegenüber herabgeſetzt und ſie noch in ſeinen „Letzten Gedichten" **als Eſel verſpottet.** Die für ſeine deutſche Geſinnung ins Feld geführten, größtenteils ſentimentalen Gedichte ſind, wie die Stelle „Nach Deutſchland lechzt' ich nicht ſo ſehr, wenn nicht die Mutter dorten wär", beweiſt, nicht ernſt zu nehmen. Das bekannte „Deutſchland iſt noch ein kleines Kind" iſt ſeinem Gegner Wolfgang Menzel nachempfunden.

3. Heine hat die **nationalen Helden und Dichter der Befreiungskriege von ſeinen jungen Jahren an bis in ſein Alter aufs widerwärtigſte** beſchimpft. Schon in den „Briefen aus Berlin" (1822) beſudelt er Körners angeblich „fade, ſchale, flache, poeſieloſe" Verſe, indem er ſie **von Berliner Proſtituierten ſingen** läßt, und in ſeinen „Geſtändniſſen" (1853/54) nennt er **Blücher** einen **„ordinären Knaſter",** Görres, Jahn und Ernſt Moritz Arndt **„eine drollige Gattung Blindhunde".**

4. Heine hat den Germaniſten Maßmann ſein Leben lang verhöhnt, weil dieſer verdientermaßen die Profeſſur erhielt, die er ſich ſelber wünſchte, ohne im geringſten für ſie geeignet zu ſein.

5. Heine hat den **König Ludwig I. von Bayern** zuerſt **als** „Ludwig den Großen" gefeiert, weil er jene Profeſſur von ihm erhoffte, und ihn dann, als er enttäuſcht war, in den „Lobgeſängen auf König Ludwig" aufs **gemeinſte verſpottet.**

6. Heine iſt 1831 **ohne politiſche Veranlaſſung** nach Paris gegangen, nicht etwa ein deutſcher Flüchtling geweſen. Als er ſpäter die **franzöſiſche Staatsbürgerſchaft erwerben wollte, hat die preußiſche Regierung erklärt, daß nichts gegen ihn vorliege,** und noch 1843 und 1844 hat er unangefochten in Deutſchland geweilt. Die von ihm 1836 bis 1848 bezogene **franzöſiſche Penſion von 4800 Franken** ſtammte von dem franzöſiſchen Miniſterium des Aeußern, nicht dem des Innern, wie die Unterſtützungen der wirklichen deutſchen Flüchtlinge. Die Annahme der „Penſion" durch **den angeblichen Freiheitskämpfer** (!) Heine iſt um ſo belaſtender, **als das Miniſterium Guizot reaktionär war.**

7. Heine hat Preußen in der Vorrede zu den „Franzöſiſchen Zuſtänden" (1833) als „langen frömmelnden Kamaſchenheld mit dem weiten Magen und mit dem **großen Maule und mit dem Korporalſtock,** den er erſt in Weihwaſſer taucht, „ehe er damit zuſchlägt", als „Gemengſel von Weißbier, Lüge und Sand", als das „ſteife, heuchleriſche, ſcheinheilige Preußen", als „Tartüffe unter den Staaten" charakteriſiert und ſich doch immer wieder durch ſeinen Freund

Varnhagen um eine Anſtellung in **Preußen oder, ſo noch 1838, um ein Gehalt von ihm bemüht.** . . . Er hat auch Hamburg, die Stadt, die ihm gleich Frankfurt jetzt ein Denkmal ſetzen ſoll, verhöhnt und beſchimpft. Aber auch unſer Frankfurt iſt ſeiner echt **jüdiſchen Schmähſucht** mehrfach verfallen, wie er denn überhaupt faſt alle deutſchen Städte, in denen er einmal wohnte, nicht unbeſudelt ließ. **Denn Heine iſt kein Satiriker, ſondern ein Pamphletiſt.**

8. Heine hat **Friedrich den Großen** der **Sodomiterei bezichtigt, Friedrich Wilhelm III. einen „trockenen Taps, einen Duckmäuſer"** genannt, **Friedrich Wilhelm IV. als Trunkenbold und Impotenten** hingeſtellt, den ſpäteren Kaiſer **Wilhelm** mit den übrigen Prinzen von Preußen aus dem Brandenburger Tor **hinauswerfen laſſen wollen und die Hohenzollern ſamt und ſonders mit Pferden** verglichen

In der **„Schloßlegende"** führt er den Stammbaum des Hohenzollernhauſes auf ein ſodomitiſches Verhältnis zwiſchen einem Weib und **einem Roſſe** zurück:

„Und es heißt, daß jene Dame
Die erlauchte Mutter ward
Unſres Fürſtenſtamms. Der Same
Schlug fürwahr nicht aus der Art.

Ja fürwahr, ſie hatten wenig
Von der **menſchlichen** Natur!
Und **an jedem Preußenkönig**
Merkte man die Pferdeſpur.

Das **Brutale** in der **Rede,**
Das **Gelächter ein Gewiehr,**
Stallgedanken — und **das öde**
Freſſen — jeder Zoll ein Tier (!!).

Es wird unſern Kaiſer und König, **der das Denkmal des Verfaſſers dieſer Abſcheulichkeit aus Korfu hinauswerfen ließ,** mit beſonderer „Freude" erfüllen, daß der hohe Magiſtrat von Frankfurt **ihn zur Oſthafeneinweihung** einlud und gleichzeitig dem **Hohenzollernbeſchmutzer** Heine einen öffentlichen Platz überlaſſen haben ſoll!

9. Heine hat **Frankreich** als das Mutterland der Ziviliſation und der Freiheit hingeſtellt und von **dem „Entſetzlichen" geredet, wenn es verloren ginge** „durch Leichtſinn und Verrat" und „die potsdämiſche Junkerſchaft ſchnarrte wieder durch die Straßen von **Paris** und **ſchmutzige Teutonenſtiefel** beſleckten wieder den heiligen Boden der Boulevards und der Palais-Royal röche wieder nach Juchten". **„In der Schlacht bei Waterloo ſiegte, nach Heine,** die ſchlechte Sache verjährten Vorrechts, triumphierten der ſervile Knechtsſinn und die Lüge, und es waren die Intereſſen der Freiheit, Gleichheit, der Brüderlichkeit, der Wahrheit und der Vernunft, **es war die Menſchheit, welche die Schlacht bei Waterloo verlor."**

So urteilt Heine über die Zeit vor 100 Jahren. **Er,** der jenen gewaltigen Kämpfen deshalb nicht mit zu tun brauchte, weil ſeine **Eltern ſein Geburtsdatum fälſchten, um ihn dem Dienſte zu entziehen,** wie Heine ſelber am 3. November 1851 an René Taillandier ſchrieb.

10. Heine verlegt in „Deutſchland, ein Wintermärchen" **Zukunft Deutſchlands in einen Nachtſtuhl (!):**

„Doch dieſer deutſche Zukunftsduft
Mocht' alles überragen,
Was meine Naſe je geahnt . . .
Ich konnt' es länger nicht ertragen."

Kommentar überflüſſig.

11. Heine feiert in den „Geſtändniſſen" (1853/54) **Napoleon III. den Dezembermann, als ſeinen legitimen Souverän,** da e Heine, in dem ſpäter von Preußen „okkupierten" Großherzogtu Berg, das de jure Napoleon als Nachfolger ſeines verſtorbene Bruders François gehöre, geboren ſei. **Heine hatte ja als Jud kein Vaterland** in unſerem Sinne. Wedekind, ein Göttinger Studien genoſſe Heines, ſchrieb darüber (ſiehe Strodtmann, Dichterprofile S. 256): „Mit Bedauern ſah ich Heine ſeit ſeiner Ueberſiedelun nach Frankreich ſich mehr und mehr von Deutſchland abwenden **ſeine jüdiſche Abſtammung trug wohl viel dazu bei — — er hatt doch ſo recht kein Vaterland."**

12. Für Heine iſt **das Chriſtentum eine Ideenwanze** (ſo ſagt er in einem Brief an Dr. Imanuel Wohlwill), die ſchon vor 1800 Jahren zertreten worden, **deren Geſtank aber ſeit dieſer Zeit den armen Juden die Luft verpeſtet.** (O, dieſe jüdiſche Toleranz!) Mit Bedauern denken er und Börne (ein Sprößling der Frankfurter Judengaſſe, eigentlich Baruch geheißen, der Deutſchland ein **verfluchtes Land** genannt hat), an das bißchen Geld, **was** ſie für ihre „Taufe" ausgeben mußten, mit Haß und Hohn überſchüttet der Neuproteſtant Heine ſeine und die katholiſche Konfeſſion, **immer im Herzen Jude** und von jahwebeſeelter Geſinnung gegenüber den Nichtjuden!

13. Heine hat **alle ſeine literariſchen Fehden mit perſönlichen Gemeinheiten geführt,** hat kaum einen ſeiner deutſchen Dichterkollegen (Goethe, A. W. Schlegel, L. Uhland und die Schwaben, Platen N. Lenau, Ferd. Freiligrath, Herwegh) unbeſchmutzt oder doch unverleumdet gelaſſen. Den Muſiker Meyerbeer den er erſt zum Himme erhob, hat er verſpottet, nachdem, wie durch kürzlich entdeckte Brief von ihm feſtſteht, **Meyerbeer** ſeinem Stammesgenoſſen **nichts mehr** für **Reklame bezahlte!** Denn das iſt das Allerſchlimmſte in Heine trübem Bilde: Er **war ein Revolverjournaliſt und Erpreſſo übelſter Art,** wie aus ſeinen Briefen unwiderleglich hervorgeht. S hat er ſeinen Oheim Salomon, Liſzt und ſeine Verwandten i raffinierteſter Weiſe „gepreßt"!

Deutſche Bürger Frankfurts!

Nun kennt Ihr, wie Roſegger trotz des Wutgeſchreis der Judenzeitungen von ſich ſagte, **Heine gut genug,**

Heine, den Sänger der Dirnen und der Niedrigkeit!

Nun wißt ihr, was in Wahrheit an ihm iſt! Wollt ihr dulden, daß auf öffentlichem Platze im Heinedenkmal **dem Judentum ein Siegeszeichen entſteht, dem Judentum, das an Frankfurts glorreicher Vergangenheit keinen Anteil hat?**

Hat Uhland ein Denkmal in Frankfurt, haben die vielen andern Dichter, die größer ſind als Heine, hier ein ſolches

Bürger! Wir rufen euch auf zum flammenden Proteſt.

Und auch du Arbeitsmann, laß dir nicht von deinem ſozialdemokratiſchen „Führer" vorreden, **der Jude Heine ſei der Bo kämpfer des Volkes.**

In „Lutezia" (Ausg. von Elſter Bd. 6, S. 239) ſpricht er von **„blödſinnigem Gleichheitstaumel" der Proletarier.** In de „Geſtändniſſen" (Elſter 6, 41 ff.) redet er von **„der rohen Plebs",** von **„Schmierlappen von Schuſtern und Schneidern",** von d **„groſſen rohen Maſſe, die die einen das Volk, die andern den Pöbel nennen".** Ebenda ſagt er:

„Die reinliche ſenſitive Natur des Dichters ſträubt ſich **gegen jede perſönliche Berührung mit dem Volke" . . . . „ich würd meine Hand waſchen, wenn mich das ſouveräne Volk mit ſeinem Händedruck beehrt hätte!"**

Und ferner (S. 43): „Seine Majeſtät das Volk iſt ebenfalls nicht ſehr intelligent, es iſt **vielleicht dümmer als di andern, es iſt faſt ſo beſtialiſch dumm wie ſeine Günſtlinge."**

Nicht wahr, ein herrlicher „Volksmann" ſpricht ſo?

Bürger heraus! Wir wollen nicht ungeſtraft unſere heiligſten Gefühle von **jüdiſchen Fremdlingen** mit Füßen treten laſſen Ueberlegt euch nur den Inhalt obiger Schandverſe! Wird der Magiſtrat nun doch das Unerhörte wirklich geſchehen laſſen

Das Heinedenkmal iſt eine Herausforderung des Judentums an das chriſtliche und monarchiſche Deutſchland

Stolzes Frankfurt, gedenke Deiner deutſchen Vergangenheit! **Beuge dich nicht vor Juden und Judengenoſſen!**

Der deutſche Verein, Frankfurt a. M.

NB. Anfang September findet eine **große Proteſtverſammlung** ſtatt, zu der wir alle deutſchen und chriſtlichen Männer un Frauen Frankfurts ſchon heute einladen. Man beachte die Plakatſäulen anfangs September! **D. D.**

D 5 **Vom Friedhofswesen der Gemeinde**

Von Dr. Eduard Baerwald

Während der alte Friedhof hinter der Judengasse, eines der ehrwürdigsten und stimmungsvollsten Denkmäler Frankfurts, länger als für einhalb Jahrhunderte ausgereicht hat, die Toten der Gemeinde zu bergen, konnte das weitaus größere Totenfeld, das 1825 im Norden der Stadt eröffnet wurde, seinem Zweck noch nicht hundert Jahre lang dienen. In wenigen Wochen wird es voraussichtlich keine neuen Grabstätten mehr aufnehmen können, soweit nicht schon beim Tode der nächsten Verwandten Reservierungen vorgenommen worden sind. Die Gemeinde hat bereits vor Jahren für den neuen Friedhof ein großes Gelände angekauft, das nördlich vom städtischen Friedhof, vom Marbachweg und der Homburger Landstraße begrenzt bis zur Friedberger Warte ansteigt. Ein Teil desselben, welcher mit der nach Preungesheim führenden Trambahn leicht erreichtbar ist, wird zunächst in Benutzung genommen werden. Die Frage der Errichtung umfangreicher Gebäulichkeiten an diesem Terrain hat die Gemeindeverwaltung lange beschäftigt. Die Zeitverhältnisse haben leider auch hier erwiesen, daß das Bessere der Feind des Guten ist. Der Gedanke, die Ausführung der Bauten einem in Friedhofsdingen erfahrenen Meister zu übertragen, war aufgegeben worden, weil man erhoffte, bei einem Preisausschreiben noch bessere Lösungen zu finden. Das Preisgericht hielt indessen mit Recht keine der eingereichten Arbeiten zur Ausführung für geeignet. Die langen Monate, die verstrichen, bis bessere Pläne geschaffen werden konnten, haben es dann zuwege gebracht, daß jeder Gedanke an die Erstehung neuer Friedhofsgebäude im Hinblick auf die unschwinglichen Kosten fallengelassen werden muß. Man wird auf die Ausführung selbst der erheblich eingeschränkten Bauprojekte verzichten müssen, bis einmal bessere Tage für Deutschland herangebrochen sein werden. Bis dahin werden die Leichen in den bisher dazu benutzten Räumen des Friedhofs an der Rat-Beil-Straße aufgebahrt und bewahrt werden. Erst unmittelbar vor der Bestattung können sie nach dem neuen Friedhofsgelände verbracht werden, auf dem ein ganz bescheidener Raum für die Leichenfeier zur Verfügung steht. Leichenfeiern, bei denen eine stärkere Beteiligung zu erwarten ist, müssen in dem jetzigen Einsegnungsraum erfolgen. So wird der bisher benutzte Friedhof wohl noch auf lange Zeit hinaus in Sterbefällen Bedeutung behalten. Seine an sich so schöne, im klassizistischen Stil gehaltene Portalhalle und der Einsegnungsraum selbst bedürfen freilich einer eingreifenden Herstellung, zu der indessen die Mittel fehlen.

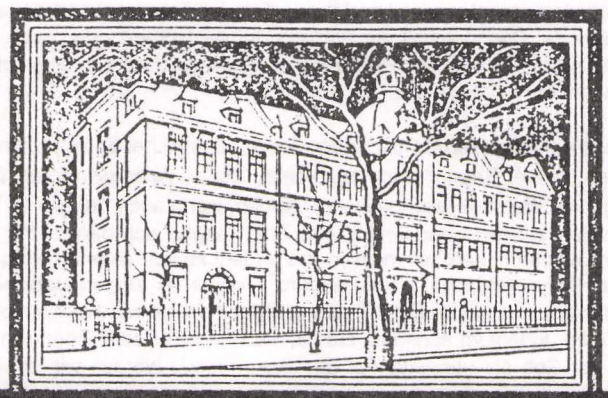
Es kostet auch so schon Mühe und Geld genug, bei den heutigen Zeitläuften den Friedhof in einigermaßen würdigem Zustande zu erhalten. Diese Aufgabe ist ohnehin eine schwierige. Die alten westlichen Teile des Friedhofs erinnern allerdings schon heute mit ihren vielfach verwitterten roten Steinen und den alten Bäumen hie und da an den malerischen Eindruck des alten Friedhofs am Börneplatz und sie bieten wirklich ein Bild der Ruhe und des Friedens. Dagegen sind die etwa im letzten halben Jahrhundert belegten Flächen ganz unkünstlerisch in gleichförmige quadratische Blocks eingeteilt und ungefähr seit 1880 hat leider der landesübliche rote Sandstein mächtigen vielfach unschönen Grabsteinen aus Granit und Marmor Platz gemacht, die in übler Weise von den schlichten Gräbern der Voreltern abweichen.

Der Ehrenfriedhof für die Gefallenen mußte an eine ungünstige Stelle an der äußersten Ostwand des Friedhofs verlegt werden und es ist nicht leicht, ihn zu einem würdigen Denkmal für die nahezu 600 Söhne der Gemeinde zu gestalten, die dem Vaterland ihr junges Leben geopfert haben. Um so wichtiger ist es, daß man für die Anlage des neuen Friedhofs aus früher begangenen Fehlern lernt. Sein weites Gelände, das den freien Blick nach den blauen Höhen des Taunus eröffnet, wird der Zunft der Landschaftsgärtner Raum zur Entfaltung gewähren und die Gemeinde wird durch ihre Anordnungen dafür sorgen müssen, daß die Grabsteine sich harmonisch in die gesamte Anlage einordnen und daß sie ein Bild von der Gleichheit aller Menschen im Tode geben.

Mit der Belegung des neuen Friedhofsgeländes wird dann auch die von den Gemeindebehörden längst beschlossene Neuregelung des Bestattungswesens in Kraft treten. Im Gemeindehaus soll ein Friedhofsamt eingerichtet werden, das – ebenso wie bei der Stadt – alle Obliegenheiten ausführen läßt, die bei einem Sterbefall erforderlich sind, soweit nicht die Beerdigungsbrüderschaften eintreten.

Alle Leistungen werden von der Gemeinde vollzogen und alle Gebühren von der Gemeindekasse aus, – nicht wie bisher von den Beerdigungskommissaren persönlich – nach sozial abgestuften Tarifen eingezogen werden. Die näheren Bestimmungen werden zur gegebenen Zeit im Gemeindeblatt veröffentlicht. Mit dieser Einrichtung führt die Gemeinde eine Ordnung ein, wie sie sich auch anderwärts bewährt hat. Sie wird sich auch hier zweifellos rasch einbürgern und mit dazu dienen, die Gemeinde in stärkerem Maße als seither Herrin im Friedhof werden zu lassen.

Mai 1934
Nr. 29



Siwan 5694

MITTEILUNGEN

FÜR EHEM. SCHÜLER UND SCHÜLERINNEN DER SAMSON RAPHAEL HIRSCH-SCHULE ZU FRANKFURT AM MAIN

Liebe Mitschüler und Mitschülerinnen!

Wir verlassen heute die Schule, wir treten heraus aus einem Kreis von Menschen, der einen entscheidenden Abschnitt unseres Lebens gestaltet hat. Von nun an heißt es für uns: Gestaltet Euer Leben selbst! Wie die ganze jüdische Jugend von heute, an die diese Forderung ergeht, so werden auch wir es schwer haben, uns ein Leben aufzubauen, das unseren Idealen, unseren geistigen Zielen entspricht. Die äußeren Verhältnisse werden formgebend auf unsere Entwicklung einwirken. Unser Schicksalsweg ist unklar; wir wissen noch nicht, wohin uns das Leben stellen wird. Die inneren und äußeren Voraussetzungen, unter denen frühere Generationen begannen, ihr Leben einzurichten, sind geschwunden, die starken Stützen, auf die sie gebaut, sind zusammengestürzt. Wir stehen nur noch auf uns selbst! Es entsteht für uns die Pflicht zu handeln, zu beginnen neue, eigene Wege zu gehen. Und es ergibt sich von selbst die Frage: Was sind unsere Aufgaben? Welchen Zielen entgegen sollen uns jene Wege führen? Die erste Frage, die wir nach unserem Abgang von der Schule zu beantworten haben, ist die Frage der Berufswahl. Sie kann entscheidend für uns sein, weil die Antwort die Gestaltung unseres äußeren Lebens ist. Darum wird der Ruf der Zeit nach Berufsumschichtung nicht überhört werden können. Umschichtung – damit meint man den Übergang von kaufmännischen und akademischen Berufen ins Handwerkliche und Bäuerliche. Besonders von der jüdischen Jugend erwartet man, daß sie von Anfang an sich diesen Berufen zuwendet, damit sie in 10 oder 20 Jahren nicht wieder an dem Punkt steht, wo die Judenheit, wenn nicht der ganzen Welt, so doch mindestens Westeuropas heute steht. Sie leidet unter der einseitigen Bevorzugung geistiger und kaufmännischer Berufe. Mit Berufsumschichtung allein ist es aber noch nicht getan. Der äußeren Umschichtung muß die innere vorausgehen. Eine innere Wandlung muß bei jedem eintreten. Auch dann, wenn einer sich entschließt, Akademiker zu werden, hat er eine solche nötig. Innere Umschichtung – d.h. Preisgabe der eigennützigen, hochfliegenden Pläne. Das ganze Leben nur als Feld der Befriedigung selbstsüchtiger Wünsche und persönlichen Ehrgeizes zu betrachten, – dazu ist das Leben zu ernst, zu heilig. Es fordert mehr, stellt größere Aufgaben. Ziel unseres Weges kann nie ein materieller Erfolg sein. „Gesicherte Existenz, reichlicher Lebensunterhalt", – das kann nicht der Endzweck eines ganzen Lebens sein, gewiß nicht des Lebens eines jüdischen Menschen. Auch der Entschluß, Handwerker oder Bauer zu werden, darf nicht von Zweckmäßigkeitsgründen allein bestimmt werden. Ihm muß innere Erkenntnis vorausgehen, daß der Einzelne Teil einer Gesamtheit, Glied einer Kette ist.

Die Aufgaben, die sich aus dieser Zugehörigkeit ergeben, müssen die Interessen der Einzelperson zurückdrängen. Wer aus dieser Erkenntnis heraus sich entschließt, auf seine früheren Ziele zu verzichten und einfacher Bauer zu werden, der wird sich nie zu fragen brauchen: Hat meine Arbeit Sinn? Er weiß, seine Arbeit hat Sinn, denn sie ist nötig, sie muß getan werden, um der Gesamtheit willen. Und wenn diesem Menschen dann trotzdem Berufsaufgabe nicht Lebensaufgabe sein kann, weil sein Leben durch sie nicht ausgefüllt ist, so wird er dennoch kein unglücklicher, gebrochener Mensch sein, solange er weiß: Über allem Äußerlichen, Materiellen steht der Geist. So wie die Lehrer der Mischnah, von denen viele in ihrem äußeren Beruf Handwerker waren, ihre wahre Aufgabe, ihre Berufung immer darin erblickten, Geist zu vermitteln, Tauroh zu verbreiten, so sei auch unser wahrer Beruf: Diener des Geistes zu sein. Diener des Geistes – an welcher Stelle im Leben auch immer wir stehen. Geist soll unsere Entscheidungen bestimmen. Geist soll unser Leben formen, auch als Arbeiter und Bauer.

Dies Wissen um Geist, dies Wissen um das Höhere – das ist es, was wir uns erhalten wollen, was uns leiten soll. Leben im Dienst des Geistes – wir haben diese Forderung in jeder Verpflichtung der Thora. In ihrem Geist zu leben, das muß Ziel eines jeden von uns sein. Unser praktisches Handeln soll bis zur letzten Konsequenz ihren Verpflichtungen entsprechen, in jeder Lebenslage, unter allen Umständen. Für den Teil der jüdischen Jugend, der in Deutschland zurückbleibt, ergeben sich aus der Besonderheit der Stellung der deutschen Juden noch besondere Aufgaben. Die Juden in Deutschland werden heute von Volk und Regierung nicht als gleichberechtigt erachtet. Man wirft ihnen vieles vor, beschuldigt sie gar mancher Schlechtigkeiten.

Dieser ständige Vorwurf, diese Anklagen verpflichten jeden Juden zu ehrlicher Selbstprüfung. Es liegt keinerlei Grund vor, sich von all den Anklagen unserer Gegner niederdrücken zu lassen. Aber wir müssen mit offenen Augen und kritisch durch unsere Reihen gehen. Wenn wir auch verkannt werden, wenn auch der größte Teil jener Vorwürfe mit Unrecht erhoben wird, eines müßten wir von ihnen lernen, eine Pflicht ergibt sich daraus: Wir müssen uns so verhalten, daß wir uns selbst nichts vorzuwerfen haben. Wir müssen das Judentum den anderen als das erscheinen lassen, was es in Wirklichkeit ist: Als das Reine, Göttliche, Unangreifbare. Gerade wir jungen jüdischen Menschen müssen die Kraft aufbringen, uns Entsagung aufzuerlegen. Zurückhaltung überall da, wo wir durch unser Hervortreten, so gerechtfertigt es sonst sein mag – dem Judentum schaden. Gewiß, wir werden unsere Gegner nicht überzeugen, aber wir werden vor uns selbst und vor Gott als gerechtfertigt dastehen. Feinde werden wir immer haben, aber wir wollen Feinde haben, deren Feindschaft unberechtigt ist. Und das gelingt uns, wenn wir ein Leben führen, das unantastbar ist, ein Leben in Reinheit, ein Leben als jüdische Menschen. denn das wollen wir, wissen wir: Auf jedem Posten, auf den wir gestellt werden, in welchem Land, in welcher Umgebung auch immer, da werden wir stehen als: jüdische Menschen. Jüdische Menschen, volle, ganze, starke Menschen. Juden, denen Judentum nicht nur ererbtes, gedankenlos Übernommenes ist, sondern Aufgabe, Lebensaufgabe bedeutet, vor deren Größe all die anderen Forderungen, die das Leben an uns stellen wird, zurücktreten. Wie man das kann, wie man das wird, das hat uns die jüdische Schule gezeigt. Sie hat uns die innere Krat mitgegeben zum unnachgiebigen Festhalten an einmal als richtig Erkanntem, an der Thora.

Dank gebührt der Gemeinde, die sich bemüht, durch alle Nöte und Schwierigkeiten hindurch diese Schule zu erhalten. Wir wollen uns der Scule dadurch dankbar erzeigen, daß wir versuchen, *ihre* Ziele zu unseren zu machen, durch unsere Lebensführung ihren Wert zu erweisen, daß in bezug auf uns von ihr gesagt werden kann: All ihre Zöglinge sind Schüler Gottes.

Der Herr Professor D 7

Dem Stürmer ging die Abschrift eines Briefes zu, den Professor a.D. Dr. Möbius am 16.7.1935 an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurter richtete.

Abschrift

Prof. Dr. Möbius

Frankfurt a.M.
16.VII.35
Freiherr-vom-Stein-Str. 5

Stadt Frankfurt a.M.
Hauptverwaltung
Eing.: 17. Juli 1935

Hochgeehrter Herr Oberbürgermeister!

Vermutlich haben Sie schon gesehen, wie die Bodenheimer Landstraße durch ein riesiges antisemitisches Plakat am Zaun des Gontard'schen Hauses verschandelt worden ist. Ich bin überzeugt, daß dies ohne die Einwilligung des Herrn Oberbürgermeisters geschehen ist, und daß ich mich deswegen vertrauensvoll an ihn wenden darf.

Wir Frankfurter müssen uns ja vor den die Stadt besuchenden Fremden schämen, daß hier die Judenhetze in einer so gehässigen und geschmacklosen Weise betrieben wird, während gerade Frankfurt seinen jüdischen Mitbürgern für eine Fülle von Schenkungen und Stiftungen zum Wohl der Stadt dankbar sein müßte.

Ich nenne als Beispiele die Rothschild'sche Bibliothek und das Georg-Speyer-Haus und erinnere daran, daß Frankfurt niemals eine Universitätsstadt geworden wäre, wenn nicht besonders Juden die erforderlichen Mittel gestiftet hätten.

In der Hoffnung, daß meine Beschwerde nicht die einzige bleibt, und daß ihre Berechtigung anerkannt werden wird, bitte ich den Herrn Oberbürgermeister, diesem maßlosen Antisemitismus entgegenwirken zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. M. Möbius
Professor a.D. Dr. phil.

Zu allen Zeiten hat der Jude Nichtjuden gefunden, die seine Sache vertreten. In Frankfurt a.M. hat diese traurige Rolle ein Professor inne. Dieser Professor hat auf einem Spaziergang am Zaune eines Hauses ein antisemitisches Plakat entdeckt. An Landstraßen, Zäunen und Hausgiebeln hängen tausend Plakate und Reklametafeln. Sie sind dem Herrn Professor noch nie aufgefallen. Nur das antisemitische Plakat ist ihm aufgefallen. Deutsche Menschen, Nationalsozialisten, regen sich über antisemitische Plakate nicht auf. Über antisemitische Plakate ärgern sich nur die Juden und solche, die sich dem Juden innerlich verbunden fühlen. Seine innere Verbundenheit mit dem Judentum offen zu bekunden, dazu fehlt dem Herrn Professor Dr. Möbius der Mut. Darum redet er sich darauf hinaus, daß dieses Plakat das Landschaftsbild verschandele und gegen den Geschmack verstoße.

Herr Professor! 15 Jahre lang ging die Schande durch unser Land. Wir können uns nicht erinnern, Sie unter denen gesehen zu haben, die gegen die Schande jener Jahre den Kampf aufnahmen.

Herr Professor! Sie glauben sich des antisemitischen Plakates wegen vor den die Stadt Frankfurt besuchenden Fremden schämen zu müssen. Sie haben anderen Grund, sich zu schämen.

Schämen Sie sich, daß Sie als Professor es fertig bringen, die Juden als Wohltäter der Stadt Frankfurt hinzustellen. Was sind die paar Stiftungen und Schenkungen, die Sie da aufzählen? Was bedeuten sie, gemessen an dem Verbrechen, an der Not, an dem Elend, an der Schmach, an dem Gift und Haß, an der Ausbeutung deutscher schaffender Menschen, die jene Rasse auf dem Gewissen hat, vor die Sie sich schützend stellen?

Was will es bedeuten, wenn ein durch Wucher und Betrug, durch Ausbeutung und Spekulation schwer reich gewordener Jude einmal einen Brocken fallen läßt. Und wenn er es tut, dann nicht aus Mitleid, aus Idealismus oder innerem Antrieb. Der Jude stiftet und schenkt, um andere zu täuschen und zu vernebeln.

Einer dieser Benebelten sind Sie, Herr Professor!

Wenn aus der Universität Frankfurt lauter solcher hervorgegangen wären, als welcher Sie sich in diesem Briefe entpuppen, dann wäre es allerdings besser, Frankfurt a.M. wäre nie Universitätsstadt geworden.

D 8 **Briefwechsel Straßenumbenennungen betreffend**

Die Ortsgruppe Günthersburg an die Kreisleitung, 9.11.1934

Auf Ihr Schreiben vom 23. Oktober teilen wir Ihnen mit, daß in unserem Ortsgruppenbereich die „Hallgartenstraße" liegt. Diese ist laut Adreßbuch nach dem „Philanthropen" Charles L. Hallgarten benannt.
Da einerseits der Familienname „Hallgarten", die in Judenkreisen häufig vorkommende Führung eines ausländischen Vornamens (hier des englischen bzw. amerikanischen „Charles") und die sicher aus älteren Ausgaben des Adreßbuches übernommene Charakterisierung als „Philanthrop" stark judenverdächtig ist, uns aber andererseits eine Nachprüfung der Abstammung Hallgartens nicht möglich ist, machen wir hiermit auf die bestehende Straßenbezeichnung aufmerksam und bitten, die Überprüfung dort vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister an das Bauamt, Straßenbenennungsausschuß, November 1934

Ich habe von Ihren Ausführungen vom 13. d. Mts. – Tgb. Nr. 2170/34 – Kenntnis genommen und erstrecke die Frist zur Berichterstatung mit Rücksicht auf die noch erforderlichen Vorarbeiten, besonders auch im Hinblick darauf, daß einzelne Meldungen der Ortsgruppen noch ausstehen, bis zum 30. d. Mts. Die bereits eingegangenen Meldungen der Ortsgruppen sind zur Kenntnis und etwaigen Verwertung beigefügt.
Grundsätzlich bemerke ich noch, daß ich nicht für eine restlose Beseitigung aller Nichtarier-Straßennamen bin, daß vielmehr Straßenbezeichnungen nach Nichtariern, die sich durch große gemeinnützige Stiftungen und dergleichen um das Wohl der Allgemeinheit verdient gemacht haben oder auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft eine hervorragende Rolle spielten, beibehalten werden können.
Sonach können m.E. u.a. die Georg-Speyer-Straße, Hallgarten-Straße, Julius-Hexymann-Straße, Carl-von-Weinberg-Straße, Leo-Gans-Straße, Mathilden-Straße, Mendelssohn-Straße, Merton-Straße, Paul-Ehrlich-Straße und Sophien-Straße bestehen bleiben, es sei denn, daß sich im einzelnen Falle noch wie bei Jacob Schiff, der sich im Ausland noch immer stark gegen Deutschland sowie durch geldliche Unterstützung der Kommunisten betätigt, Gründe herausstellen sollten, die eine Umbenennung unter allen Umständen erfordern.
Ich ersuche, die ganze Angelegenheit (nach dieser Richtung hin), im Straßenbenennungs-Ausschuß durchzuprüfen und mir sodann geeignete Vorschläge für die Umbenennung von Straßennamen unter gleichzeitiger Mitteilung der Gründe, die für eine Beibehaltung bestehender Nichtarier-Straßennamen sprachen, zu unterbreiten.
Die noch fehlenden Meldungen einzelner Ortsgruppen werde ich Ihnen nach Eingang ebenfalls sofort zuleiten.

Das Bauamt, Straßenbenennungsausschuß an den Oberbürgermeister, 3.2.1935.

...

III. Für 1936 umzubenennen.

...

4. Hallgarten-Straße in Hartmann-Ibach-Straße.
   a) Nichtarier (keine Bedenken aus der Stiftung).
   b) Nach dem ersten evangelischen Prediger in Frankfurt/M. Straßenzug ist eine Querstraße zur Martin-Luther-Straße.

Frankfurter!

Sonnemann war es und **ich**, wir waren es, die im Jahre 1866, als Alles über unſer Frankfurt herfiel, jene heilloſe Bande von Feinden unſerer Stadt mit unſerer Feder zum ſtehen brachten. Wir ſchmiſſen von **Stuttgart** aus zwiſchen die Halunken hinein, daß die Federn flogen. — **Die Herren Dr. Spieß & Getz** rührten keinen Finger um die Ehre ihrer Vaterſtadt. Als unſer Frankfurt der erbärmliche Braun ſo ſchwer beſchimpft, wer ſchlug ihm auf's Maul, daß er genug hatte? Ich war es und **die Frankfurter Zeitung.** Die **Lasker'aner, Spieß & Getz** rührten ſich nicht.

Ich liebe mein deutſches Vaterland und mein Volk mehr, als dieſe Herren, denn ich wünſche ihm **Beſſeres**, ich wünſche ihm die **Freiheit.** Ich habe dafür immer ohne Eigennutz geſtrebt, ich habe dafür gelitten und ſogar gedarbt. Wäre in mir auch nur der **Schatten eines Verdachtes** gegen die **Deutſche Geſinnung Sonnemann's**, ich würde wahrlich! ſein Gegner ſein, anſtatt ſein Fürſprecher. Was man ihm in dieſer Beziehung nachſagt, iſt blanker Lug und Trug, von gewiſſenloſen Stellenjägern, Speichelleckern u. ſ. w., von Burſchen, denen noch die Augen naß waren über ~~das Unglück~~ Frankfurts, als ſie ſchon die Hände nach Orden und Titeln ausſtreckten.

Weil gewiſſe Herren in ihrer Mitte keinen einzigen Mann von wirklichem Talent haben, — man ſieht's an ihrer armſeligen Polemik in den Blättern, — darum wollen ſie glauben machen, außer ihnen gäb's nichts mehr in Frankfurt!

Frankfurter! Ich rathe meiner Vaterſtadt nichts Schlechtes und darum wählet

Leopold Sonnemann.

Frankfurt a. M., 15. Januar 1874.

Friedrich Stoltze.

In letzter Stunde.

Das Porträt der Anna O.

„Jettchen Geberts Kinder" im Karmeliterkloster

Eine junge Frau pflegt den sterbenskranken Vater. Nach seinem Tod gerät sie aus dem Gleichgewicht. Sie wird „hysterisch", lautet die Diagnose des Arztes Josef Breuer. Er kann sie durch Hypnosebehandlungen und Gesprächstherapie heilen — das ist die Geschichte der Anna O., über die sich Breuer mit seinem Landsmann Siegmund Freud austauscht, der aus diesem Fall Anregungen für die Weiterentwicklung der Psychoanalyse erhält. Anna O. wird zur historischen Figur.

Einige Jahre nach ihrem Tode im Jahre 1936 lüftet der Biograph und Vertraute Freuds, Ernest Jones, das Geheimnis. Anna O. ist Bertha Pappenheim, die Tochter des Kaufmanns Siegmund Pappenheim und seiner Frau Reha, geborene Goldschmidt, die aus einer vornehmen Frankfurter Familie stammt. Berta Pappenheim wird 1859 in Wien geboren, 1888 zieht sie nach Frankfurt, wo sie am öffentlichen Leben als Feministin, Schriftstellerin und als Pionierin für soziale Einrichtungen teilnimmt.

Sie gründet den „Bund jüdischer Frauen" und ein jüdisches Heim für ledige Mütter und deren Kinder in Neu-Isenburg, wo sie, die zuvor im Frankfurter Westend gewohnt haben soll, sich schließlich auch niederläßt.

Sie sei mit Sicherheit die bemerkenswerteste Frau, die auf einem Porträt aus dem Besitz des Leo Baeck Instituts zu sehen ist, heißt es im Katalog zur Ausstellung „Jettchen Geberts Kinder", die die Kunstsammlung des Instituts als einen Beitrag des deutschen Judentums zur deutschen Kultur des 18. bis 20. Jahrhunderts noch bis zum 2. März im Refektorium des Karmeliterklosters zeigt.

Ihr Porträt stammt aus der Zeit um 1890 und wurde von einem unbekannten Künstler gemalt. Es wurde dem Institut von Helene Kramer gestiftet, die als eines der Waisenkinder aufwuchs, die von Bertha Pappenheim betreut wurden. ft



Bertha Pappenheim alias Anna O.

Notschrei eines 83jährigen Mütterchens

Mit Gegenwärtigem erlaube ich mir, Ihre mir wohlbekannte Güte und Menschlichkeit in Anspruch zu nehmen, indem ich Sie mit folgendem belästige. Am 19. Oktober 1941 mußten plötzlich ca. 1.000 Juden aus Frankfurt auswandern, wie ich höre, nach Litzmannstadt-Lodz, Polen, Generalgouvernment. Ich bin am 9. Januar 1859 in Frankfurt/M.-Heddernheim geboren und bin Jüdin. Meine Vorfahren sind in Heddernheim laut Kirchenbüchern seit ca. 2.000 Jahren ansässig und haben sich nachweisbar treu und brav duchs Leben geschlagen.

Mein Bruder Hermann Goldschmidt, Habelstr. 8, Frankfurt/M.-Heddernheim, war 50 Jahre als Lederarbeiter bei der Lederfabrik Bonames, mein verstorbener Bruder Adolf Goldschmidt, Heddernheim, war 40 Jahre als Buchdrucker bei der Firma Osterrieht, Mainzer Landstraße, nachweisbar tätig, also alles andere als Wucher- und Schacherjuden, sondern ehrbare Handwerker. Mein Bruder Hermann lebt noch in Heddernheim, Habelstraße 8, und hatte eine Arierin zur Frau. Seine zwei Kinder sind getauft und christlich erzogen.

Auch meine Kinder sind seit 1917 getauft. Mein Sohn Willy war vier Jahre im Weltkriege und hat verschiedene Orden erhalten. Nachher hat er als Freiwilliger 1920 in Oberschlesien gekämpft. Er war Gründer des Luftfahrt-Museums in Greiz, Thüringen, und hat sich nachweisbar in ganz hervorragender Weise national und vaterlandstreu betätigt. 1930 erhielt er für seine Verdienste um das deutsche Luftfahrtwesen vom damaligen Kriegsministerium, Berlin, die Erlaubnis, an Hand seines gesammelten, zum großen Teil selbst angefertigten Lichtbildmaterials von großem Umfange im Auslande Lichtbildvorträge für Deutschland zu halten.

Meine Tochter Paula befindet sich zur Zeit in Santiago de Chile und war vorher ca. 35 Jahre als Krankenschwester, in den letzten Jahren als Oberschwester am Israelitischen Krankenhaus in Hamburg, ferner als Leiterin von Kinderheimen in Blankenese bei Hamburg tätig. Sie hatte jahrelang Verwundete an der Westfront im Weltkriege als Chirurgieschwester gepflegt und dafür Auszeichnung erhalten. Meine Tochter Paula hat mich für Chile angefordert, und habe ich von der chilenischen Regierung die Erlaubnis einzuwandern, nur fehlt mir noch das Visum, worum ich heute drahtete. Als 83jähriges Mütterchen erlaube ich mir nun, Sie, Herr Staatsrat, herzlich und höflich zu bitten, bei den maßgebenden Stellen veranlassen zu wollen, daß meine Ausweisung nach Polen so lange verschoben wird, bis ich nach Chile auswandern kann, denn die Fahrt nach dem Generalgouvernment wäre mein sicherer Tod. Ich vertraue auf Ihre gütige Hilfe.

D 12 Dokumente zum Friedhof Battonstraße

Der Gauschatzmeister an den kommissarischen Oberbürgermeister, 4.4.1933

Mit Interesse der Volksgesundheit und der Jugendfürsorge stelle ich den Antrag, den schon seit über 100 Jahren nicht mehr benutzten jüdischen Friedhof am Börneplatz gegen eine angemessene Entschädigung zu enteignen und in einen Volkspark und Kinderspielplatz umzuwandeln. Die Umfassungsmauer wäre niederzureißen.
Sollte der Enteignung und der beantragten Umwandlung in einen öffentlichen Park entgegenstehen, daß dieser jüdische Friedhof unter Denkmalschutz steht, so stelle ich gleichzeitig den Antrag, die Aufhebung des Denkmalschutzes zu veranlassen.

Die Kreisleitung, Amt für Kommunalpolitik, der Kreisamtsleiter an den Oberbürgermeister, 8.10.1936

Am Börneplatz Ecke Battonstraße befindet sich der alte Judenfriedhof, der schon seit längerer Zeit nicht mehr benutzt wird.
Soweit ich feststellen konnte, gehört der Judenfriedhof der jüdischen Gemeinde. In der Battonstraße befindet sich ein großer Häuserblock und eine städtische Kinderkrippe, und es ist kein schöner Anblick, wenn die Kinder auf dem Balkon sind und nichts weiter sehen, als die alten, zerfallenen und vermoderten Grabsteine und die große Unordnung auf dem Judenfriedhof. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Anwohner des Blocks.
Es wäre hier zu prüfen, ob es nicht möglich ist, auf irgendeinem Weg den Friedhof der jüdischen Gemeinde abzunehmen und entweder eine Anlage oder Wohn- oder Geschäftshäuser zu errichten.

Das Bauamt an den Oberbürgermeister, (5.)11.1942

Der seit über 100 Jahren geschlossene jüdische Begräbnisplatz am Dominikanerplatz soll im Falle größerer Gebäudeschäden nach Fliegerangriffen als Schuttabladeplatz verwendet werden. Es ist nötig, daß zuvor die landespolizeiliche Genehmigung zur Aufhebung der Zweckbestimmung als Begräbnisplatz eingeholt wird.
Wir bitten daher, den beiliegenden Antrag an den Herrn Regierungspräsidenten abzulassen. (...)

Der Regierungspräsident an den Oberbürgermeister, 12.11.1942

Da seit der Schließung des Begräbnisplatzes bereits 114 Jahre verflossen sind, ist die 40jährige Säkularisationsfrist längst abgelaufen.
Der anderweitigen Verwendbarkeit des in städtischen Besitz übergegangenen Grundstückes steht somit nichts entgegen; eine besondere landespolizeiliche Genehmigug ist hierfür nicht erforderlich. (...)

Kostenvoranschlag, 10.12.1942

Die Kosten von 35.000 RM setzen sich nach dem Angebot der Firma H. wie folgt zusammen:

1. etwa 7000 Grabsteine = etwa 1.500 cbm Bruchsteine von ihrem Standort auszuheben, so in Stücke zu schlagen, daß die anfallenden Steine zur Wiederverwendung eines Bruchstein-Mauerwerks geeignet sind, die Steine nach Angabe der Bauleitung in meßbare Figuren von etwa 100 cbm aufzusetzen für spätere Abfuhr, je cbm 20 RM, einschließlich Vorbehalten aller dabei erforderlichen Hilfskräfte, Geräte, Werkzeuge, Feldbahngeleise, Wagen, Baubuden usw. = 30.000 RM.

2. etwa 50 Bäume fällen, nach Angabe in Stücke schneiden und aufsetzen = je 8 RM = 400 RM.

3. auf den jüdischen Friedhof Eckenheimerlandstraße 200 Grabsteine nach Angabe umzustapeln je 2.50 RM = 500 RM.

Dazu kommen für die notwendigen Erdarbeiten 4.100 RM.

Zusammen: 35.000 RM.

Die Geheime Staatspolizei an den Oberbürgermeister D 13

Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Frankfurt/M. an den Oberbürgermeister, 8.10.1942

Betrifft: Jüdische Friedhöfe in Frankfurt/M., Eckenheimerlandstraße 238 und Rat Beilstraße.
Bezug: Ohne.

Durch die Abschiebung der Juden aus dem Stadtbezirk Frankfurt/M. ist die Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe durch die jüdische Kultusgemeinde nicht mehr möglich. Die Bebauung der dazugehörigen umfangreichen Ländereien und Betrieb der Gärtnereien durch Juden ist vollständig ausgeschlossen und andererseits auch nicht erwünscht. Für die wenigen zur Abwicklung vorläufig hier bleibenden Juden ist Sammelunterbringung ins Auge gefaßt.
Ich bitte deshalb zu veranlassen, daß die Unterhaltung der jüdischen Friedhöfe alsbald von der Stadt Frankfurt/M. übernommen wird. Ich bin selbstverständlich damit einverstanden, daß die Bestattung hier sterbender Juden von der Kultusgemeinde weiterhin durchgeführt wird.

Das Bauamt an den Oberbürgermeister, 4.11.1942.

Nach fernmündlicher Vereinbarung mit der Geheimen Staatspolizei werden die jüdischen Friedhöfe mit allen vorhandenen Geräten und Einrichtungsgegenständen am 16.d.Mts. vom Bauamt-Bestattungswesen übernommen. Die Abschätzung der Geräte und Einrichtungsgegenstände ist von der Geheimen Staatspolizei inzwischen bereits veranlaßt worden. Der Wert muß der Reichsvereinigung vergütet werden.

Die noch vorhandenen fünf Arbeiter und der Leichenwagen werden mitübernommen. Vom 16.d.Mts. ab werden die Leichenüberführungen sowie die Herrichtung der Gräber vom Bauamt-Bestattungswesen vorgenommen, so daß von der Kultusgemeinde nur noch die Bestattungen durchzuführen sind.
Für diese Bestattungen werden dann auch die Gebühren nach der städtischen Bestattungsgebührenordnung erhoben.

Die Bewirtschaftung der Gärtnerei und der für Friedhofszwecke noch nicht in Anspruch genommenen Flächen wird dem Gartenwesen übertragen, das auch die vorhandenen zwei Pferde übernimmt.

Auf Wunsch der jüdischen Kultusgemeinde werden die Friedhöfe an der Rat Beilstraße und der Eckenheimerlandstraße wöchentlich an zwei Tagen je drei Stunden zum Besuch der Gräber geöffnet. Während der Öffnungszeiten stellt die jüdische Gemeinde die Aufsicht an den Friedhofstoren.
Wegen Erfassung der Kupferdächer für die Metallsammlung ist das Nötige bereits veranlaßt. Außerdem wird die Erfassung der Bronzebuchstaben im Vorhof der Trauerhalle geprüft.

D 14 **Lina Kratz: Deportationen 1941 und 1942 (geschrieben 1961)**

Ich habe im Mai 1937 in der Verwaltung der Israelitischen Gemeinde in Frankfurt/M. eine Stellung angenommen und bis zum 15.8.1942 in der Gemeinde, besonders in der statistischen Abteilung gearbeitet. (...)

Am Sonntag morgens 7 Uhr wurden die auf der Liste befindlichen Personen von SA-Leuten aus ihrer Wohnung geholt. Sie bekamen etwas Zeit, unter Aufsicht einige Sachen einzupacken, und wurden dann geschlossen durch die Stadt zu Fuß zur Großmarkthalle geführt. Ich habe dies alles selbst gesehen, weil ich in der ehemaligen Reinemann'schen Villa, Bockenheimer Landstraße 73, mit sechs anderen jüdischen Familien wohnte. Alle im Haus wurden abgeholt außer mir, da ich bei der Gemeinde arbeitete. Mein Mann befand sich damals im Krankenhaus. Ich habe meinen Nachbarn beim Packen geholfen. Ich ging auch in andere Wohnungen von Leuten, die auf der Liste standen, um Abschied zu nehmen, wurde aber in einer von den SA-Leuten bedroht, wenn ich mich nicht packe, würde ich selbst – wie ich gehe und stehe – mitgenommen.

Ich habe den Zug zur Großmarkthalle durch die Stadt begleitet, versucht, die Straßenbahn zu benutzen, aus der ich wegen meines Judensterns herausgeworfen wurde. Der Zug ging durch die Stadt am hellen Tage.
Rechts und links standen die Menschen und sahen sich stumm im dichten Spalier den Zug an. In die Großmarkthalle konnte ich nicht hinein. Dort übernahmen SS-Leute den Zug, der bis dahin von SA eskortiert wurde.
Nach dem Bericht des Friedhofsverwalters Fiebermann, der aus irgendeinem Grund in die Großmarkthalle bestellt war und zurückkehrte, soll es dort in der Nacht schrecklich zugegangen sein mit Mißhandlungen usw. Am anderen Tag erfolgte die Verladung. Die SA-Leute sagten, der Zug käme nach Litzmannstadt in ein sehr geordnetes, schönes Ghetto.
Für die weiteren Transporte erhielt die Jüdische Gemeinde von der Gestapo den Befehl, 1.200 Menschen bereitzustellen. Die für den Transport Bestimmten wurden von der Gemeinde aus benachrichtigt, daß sie innerhalb drei Tagen abtransportiert werden. Es wurden ihnen Sammelstellen vorgeschrieben. Die Abführung erfolgte am hellen Tage, wie oben beschrieben.
Zwei Transporte gingen im November, von denen man nie wieder etwas gehört hat, wogegen vom ersten Transport noch einige geschrieben haben. Dann gab es eine Pause bis Mai 1942. Im August 1942 erhielten wir eine Liste, welche die Altersheime und das Krankenhaus in der Gagernstraße räumten. Da mein Mann im Krankenhaus Gagernstraße lag, habe ich mich mit auf die Liste schreiben lassen. Wir kamen nach Theresienstadt.
Ich habe überlebt. (...)

D 15 **Dr. Antonius Hilfrich, Bischof von Limburg, an Bischof Wienken, Berlin, 27.10.1941.**

Von Frankfurt kommen Hilferuhe wegen der christlichen Nichtarier. Der Bischöfliche Kommissar von Frankfurt, Herr Prälat Dr. Herr, hat mir mit der Bitte um Weiterreichnung an Se. Exzellenz den Hochwürdigsten Herrn Apostolischen Nuntius anliegende Eingabe übersandt, von der ich der besseren Leserlichkeit wegen eine Abschrift anfüge.

Wie Herr Diözesan-Caritasdirektor erfahren hat, habe Se. Eminenz Kardinal Bertram in dieser Sache schon Schritte unternommen. Da ich von seiner Eingabe keine Abschrift besitze, überreiche ich das Schreiben des Herrn Prälaten Dr. Herr an Ew. Exzellenz mit der Bitte, in einer Ihnen geeignet erscheinenden Weise davon Gebrauch zu machen.
Bei dem Transport, der am 19. oder 20.d. M. von Frankfurt abgegangen ist, wurde, wie ich höre, für katholische Nichtarier keine Sonderregelung getroffen.

Die Lage für diese Katholiken ist besonders schwierig; denn als Nichtarier stehen sie unter dem Druck und den Beschränkungen der Judengesetzgebung. Sie werden aber gleichzeitig von ihren Rassengenossen wegen ihrer Konversion als Apostaten betrachtet. Vielleicht könnte man erreichen, daß sie deshalb von dem Abtransport ausgenommen würden.
Falls das nicht zu erreichen ist, dann wäre zu überlegen, ob es nicht möglich sei, für die christlichen Nichtarier besondere Siedlungen zu schaffen, so daß sie dann leichter auch religiös betreut werden könnten.

Der Schrecken über den Abtansport ist bei den Juden furchtbar – am Montag, den 20. Oktober, lagen morgens elf Leichen von jüdischen Selbstmördern auf dem Friedhof; aber auch bei der arischen Bevölkerung Frankfurts ist, wie ich zuverlässig höre, die Erregung sehr groß.

Ministerpräsident Göring an die Reichsminister D 16

Im letzten Weltkrieg ist die Erfassung von Metallgegenständen so spät eingeleitet worden, daß das Sammlungsergebnis nicht in dem erforderlichen Umfange für die Zwecke der Kriegsführung eingesetzt werden konnte. Ich ordne deshalb an, daß bereits jetzt beschleunigt alle Gegenstände aus Kupfer, Zinn, Nickel, Blei und deren Legierungen, die sich in Verwaltungs- und Unterrichtsgebäuden, Bibliotheken, staatlichen Krankenhäusern, Erholungsheimen usw. der öffentlichen Hand als deren Eigentum befinden und ohne Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebes oder des Unterrichts entbehrt werden können, auszusondern und in einem verschließbaren Raum zur unentgeltlichen Ablieferung an die vom Reichswirtschaftsminister zu benennenden Stellen bereitzuhalten sind.

Hierfür kommen in Frage:

a) Alle toten Gegenstände, wie z.B.:
Aschenbecher, Tischaufsätze, Zierstücke, Bronzen, Wandschmuck, Kannen und Kessel, Tabletts, Eß- und Trinkgefäße, sowie alle entbehrlichen Haushaltungsgegenstände aus den genannten Metallen.

b) Alle Gegenstände, die ohne Inanspruchnahme des Handwerks ausgebaut werden können und nicht ersetzt zu werden brauchen, wie z.B.:
Türschilder,. -beschläge und-leisten, Haken und Konsolen, Wand- und Türplatten.

c) Alle nur mit Inanspruchnahme des Handwerks auszubauenden Gegenstände, soweit für sie kein Ersatz notwendig ist.

d) Ferner alle nur mit Inanspruchnahme des Handwerks auszubauenden Gegenstände, für die ein Ersatz notwendig ist, soweit dieser Ersatz beschafft werden kann.
Die Ansprüche an die Ersatzbeschaffung sind niedrig zu halten.

Gegenstände von besonderem künstlerichen Wert sind hiervon ausgenommen.
Ich erwarte, daß sämtliche Behördenleiter sich persönlich nachdrücklich für diese Metallsammlung einsetzen. Die Herren Reichsminister bitte ich, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs für die Durchführung zu sorgen und sich – wenn erforderlich – mit den übrigen beteiligten Reichsministern in Verbindung zu setzen.
Weitere Richtlinien über die Durchführung erläßt der Reichswirtschaftsminister.

D 17 **Niederschrift des Wirtschaftsamtes über die Besprechung bei dem Herrn Oberbürgermeister, 2.12.1942**

Wirtschaftsamt — **Niederschrift über die Besprechung bei dem Herrn Oberbürgermeister**

Tag der Besprechung	**Es wurde besprochen**
2.12.1942	**Erfassung von Schrott und Metallen auf jüdischen Friedhöfen.**

Auf Vortrag von V.O.I. Appel:

Dem Herrn Oberbürgermeister wurde das Wesentliche der in der obigen Angelegenheit ergangenen Rundverfügung des LWA Wiesbaden Nr. II 28/42 vom 2o.11.1942 vorgetragen. In Frankfurt a.M. werde die Erfassungsaktion am Sonntag, den 6.12. und zwar im Einvernehmen mit dem Kreisbeauftragten für Altmaterialerfassung der NSDAP. durchgeführt. Die inzwischen in das Eigentum der Stadt Frankfurt a.M. übergegangenen Gebäude der jüdischen Friedhöfe würden hiervon selbstverständlich nicht berührt. Zum Einsatz kommen außer 8o Angehörigen der Technischen Nothilfe etwa 15o SA-Männer bezw. ältere Hitlerjungen sowie der einschlägige Altstoffhandel. Über das Ergebnis werde berichtet werden.
Der Herr Oberbürgermeister nahm zustimmend Kenntnis. Er ordnete ergänzend an, daß Herr Dr.Bingemer vom Stadtgeschichtlichen Museum noch vorher eine Besichtigung der Grabdenkmäler vornehmen soll, um die Beschädigung künstlerisch oder geschichtlich wertvoller Arbeiten auszuschließen.

177/III Vermerk 4217/1o5

Eingegangen: 7. Dez 1942 Nm.

Durchschlag

a) dem Hauptverwaltungsamt
b) dem Bauamt-Bestattungswesen
c) Herrn Dr.Bingemer, Stadtgeschichtliches Museum

hier

zur gefl. Mitkenntnis.

Im Auftrage:

Jüdische Friedhöfe in Hessen

Verzeichnis der jüdischen Friedhöfe (alphabetisch)

	Kreis
Abterode	Eschwege
Adorf	Waldeck
Allendorf/Lumda	Gießen
Allendorf	Marburg
Alsbach-Bickenbach	Darmstadt
Alsfeld	Alsfeld
Alsheim	Worms
Alten Buseck	Gießen
Altengronau	Schlüchtern
Altenlotheim	Frankenberg
Altenstadt	Büdingen
Altwiedermus	Büdingen
Alzey	Alzey
Angenrod	Alsfeld
Appenheim	Bingen
Arfurt	Oberlahn
Arolsen	Waldeck
Assenheim	Friedberg
Asslar	Wetzlar
Aufenau	Gelnhausen
Babenhausen	Dieburg
Balduinstein	Oberwesterwald
Battenfeld	Frankenberg
Baumbach	Rotenburg
Bebra	Rotenburg
Beerfelden	Erbach
Beienheim	Friedberg
Beilstein	Dill
Bergen-Enkheim	Hanau
a) Turmstraße	
b) nordwestliches Bergen	
Bergheim	Waldeck
Bermersheim	Alzey
Biebrich	Wiesbaden
Bierstadt	Wiesbaden
Bingen und	
Bingen-Gaulsheim	Bingen
Binsförth	Melsungen
Birkenau	Bergstraße
Birstein	Gelnhausen
Bischhausen	Eschwege
Biskirchen	Wetzlar
Bisses	Büdingen
Bobenhausen II	Alsfeld
Bodenheim	Mainz
Bönstadt	Friedberg
Borken	Fritzlar-Homberg
Bornich	Lorelei
Brandoberndorf	Wetzlar
Breidenbach:	
Hoof-Breitenbach	Kassel
Breitenbach	Ziegenhain
Bretzenheim	Mainz
a) Binger Straße	
b) Friedensstraße	
Breuna	Wolfhagen
Büdesheim	Friedberg
Büdingen	Büdingen
Burghaun	Hünfeld
Burgholzhausen	Friedberg
Burg Gräfenrode	Friedberg
Burgschwalbach	Oberwesterwald
Burgsolms	Wetzlar
Butzbach	Friedberg
Cramberg	
(alter und neuer Friedhof)	Limburg
Crainfeld	Lauterbch
Cramberg	Oberwesterwald
Dachsenhausen	Lorelei
Dalheim	Mainz
Dalsheim	Worms

	Kreis
Darmstadt	Darmstadt
Dieburg	Dieburg
Diemenrode	Rotenburg
Diez	Oberwesterwald
Dolgesheim	Mainz
Dreieichenhain	Offenbach
Dromersheim	Bingen
Düdelsheim I und II	Büdingen
Ebersheim	Mainz
Echzell	Büdingen
Eckardroth	Schlüchtern
Eckartshausen	Büdingen
Egelsbach	Offenbach
Eimelrod	Waldeck
Einartshausen	Büdingen
Ellar	Limburg
Elmshausen	Biedenkopf
Eltville	Rheingau
Bad Ems	Oberwesterwald
Eppelsheim	Alzey
Erbes-Büdesheim	Alzey
Erdmannrode	Hünfeld
Esch	Untertaunus
Eschwege	Eschwege
Espa	Wetzlar
Essenheim	Mainz
Fachbach	Lorelei
Falkenberg	Fritzla-Homberg
Falkenstein	ObertaunusFelsberg
	Melsungen
Flacht	Oberwesterwald
Flieden	Fulda
Flörsheim	Main-Taunus
Flonheim	Alzey
Framersheim	Alzey
Frankenau	Frankenberg
Frankenberg	Frankenberg
Frei-Laubersheim	Alzey
Frickhofen	Limburg
Friedberg	Friedberg
a) Ockstädter Straße	
b) Oberwöllstädter Höhe	
Frielendorf	Ziegenhain
Fritzlar	Fritzlar-Homberg
Frohnhausen	Frankenberg
Fronhausen	Marburg
Frücht	Lorelei
Fürfeld	Alzey
Fulda	Fulda Stadt
Gambach	Friedberg
Gau-Algesheim	Bingen
Gau-Bickelheim	Alzey
Gau-Odernheim	Alzey
Gedern	Büdingen
Geiß Nidda	Büdingen
Gelnhausen	Gelnhausen
Gemünden	Oberwesterwald
Gemünden/Wohra	Frankenberg
Gesingen	Bingen
Gießen	Gießen-Stadt
a) alter und neuer Friedhof	
b) Gießen-Wieseck	
Gilserberg	Ziegenhain
Gladenbach	Biedenkopf
a) Burgstraße	
b) Klotzwald	
Glauberg	Büdingen
Goddelsheim	Waldeck
Grävenwiesbach	Usingen
Grebenau	Alsfeld
Grebenstein	Hofgeismar
Griedel	Friedberg

	Kreis
Groß Bieberau	Dieburg
Großen Buseck	Gießen
Großen Linden	Gießen
Groß Gerau	Groß Gerau
Groß Karben	Friedberg
Großkrotzenburg	Hanau
Großropperhausen	Ziegenhain
Grüningen	Gießen
Grüsen	Frankenberg
Guntersblum	Mainz
Guxhagen	Melsungen
Haarhausen	Fritzlar-Homberg
Hachenburg	Oberwesterwald
Hadamar	Limburg
Hahnheim	Mainz
Haiger	Dill
Hainchen	Büdingen
Hain Gründau	Büdingen
Halsdorf	Marburg
Hanau	Hanau
Harmuthsachsen	Witzenhausen
Hartenfels	Unterwesterwald
Hasselbach	Limburg
Hatzbach	Marburg
Hebenshausen	Witzenhausen
Hechtsheim	Mainz
Heidesheim	Bingen
Heldenbergen I und II	Friedberg
Helsen	Waldeck
Helmarshausen	Hofgeismar
Heppenheim/üb. Worms	Worms
Herborn	Dill
Herleshausen	Eschwege
Hermannstein	Wetzlar
Herrnsheim	Worms Stadt
Bad Hersfeld	Hersfeld
Hessloch	Worms
Heusenstamm	Offenbach
Hillesheim	Mainz
Hirschhorn	Bergstraße
Hochheim	Main-Taunus
Höchst/Odenwald	Erbach
Höchst/Nidder	Büdingen
Höhr-Grenzhausen	Unterwesterwald
Höringshausen	Waldeck
Hörnsheim	Wetzlar
Hoch Weisel	Friedberg
Hofgeismar	Hofgeismar
Hohensolms	Wetzlar
Homberg/Oberhessen	Asfeld
Homberg	Fritzlar-Homberg
Bad Homberg	Obertaunus
Hoof-Breitenbach: siehe Breitenbach	
Holzappel	Oberwesterwald
Horrweiler	Bingen
Hümme	Hofgeismar
Hungen	Gießen
Iba	Rotenburg/Fulda
Idstein	Untertaunus
Ingelheim	Bingen
a) Im Gehau	
b) Hollern	
c) Freiweinheimer Weg	
Jesberg	Fritzlar-Homberg
Jestädt	Eschwege
Jugenheim	Bingen
Kassel	Kassel-Stadt
a) Am Eichberge	
b) Fasanenweg	
Katzenfurt	Wetzlar

	Kreis
Kestrich	Alsfeld
Kirberg	Limburg
Kirch Göns	Friedberg
Kirchhain	Marburg
Kirtorf	Alsfeld
Klein Karben	Friedberg
Klein Krotzenburg	Offenbach
Bad König	Erbach
Kördorf	Oberwesterwald
Korbach	Waldeck
Kronberg	Obertaunus
Lampertheim	Bergstraße
Landau	Waldeck
Langen	Offenbach
Langenschwarz	Hünfeld
Langenselbold	Hanau
Laubach	Gießen
Laubuseschbach	Oberlahn
Laufenselden	Untertaunus
Lauterbach	Lauterbach
Leihgestern	Gießen
Lich	Gießen
Liebenau	Hofgeismar
Limburg	Limburg
Lindheim	Büdingen
Löhnberg	Oberlahn
Lohra I und II	Marburg
Londorf	Gießen
Mainz	Mainz Stadt
a) Hauptfriedhof	
b) Mombacher Straße	
Mainz-Weisenau: siehe Weisenau	
Mansbach	Hünfeld
Marburg	Marburg Stadt
Marköbel	Hanau
Maxsain	Unterwesterwald
Meimbressen	Hofgeismar
Melsungen	Meslungen
Mengeringhausen	Waldeck
Mengerskirchen	Oberlahn
Merenberg	Oberlahn
Merzhausen	Ziegenhain
Meudt	Oberwesterwald
Michelstadt	Erbach
Miehlen	Lorelei
Mommenheim	Mainz
Montabaur	Unterwesterwald
Mühlheim/Main	Offenbach
Münzenberg	Friedberg
Muschenheim	Gießen
a) Kappesgärten	
b) Leimenkaute	
Nassau	Oberwesterwald
Nastätten	Lorelei
Bad Nauheim I und II	Friedberg
Naumburg	Wolfhagen
Nentershausen	Rotenburg/Fulda
Nesselröden	Eschwege
Netra	Eschwege
Neukirchen	Ziegenhain
Neustadt	Marburg
Nidda I und II	Fritzlar-Homberg
Niedenstein	Hersfeld
Nieder Florstadt	Friedberg
Niedergrenzebach	Ziegenhain
Niederhofheim	Main-Taunus
Niedermeiser	Hofgeismar
Niedermittlau	Gelnhausen
Nieder Mockstadt	Büdingen
Nieder Ohmen	Alsfeld
Nieder-Olm	Mainz
Nieder-Saulheim	Alzey
Niedertiefenbach	Oberwesterwald
Niederweidbach	Biedenkopf
Nieder Weisel	Friedberg
Nieder-Wiesen	Alzey
Nieder Wöllstadt	Friedberg
Nochern	Lorelei
Nordeck	Marburg

	Kreis
Obbornhofen:	
Wohnbach-Obbornhofen	Gießen
Oberasphe	Frankenberg
Oberaula	Ziegenhain
Oberlahnstein	Lorelei
Ober Mockstadt	Büdingen
Ober-Olm	Mainz
Ober Rosbach	Friedberg
Ober Seemen	Büdingen
Obervorschütz	Fritzlar-Homberg
Oberursel	Obertaunus
Oestrich	Rheingau
Offenbach und	
Offenbach-Bürgel	Offenbach Stadt
Oppenheim	Mainz
Bad Orb	Gelnhausen
Ortenberg	Büdingen
Osterspai	Lorelei
Osthofen-Bechtheim	Worms
Pfeddersheim	Worms
Philippstein	Oberlahn
Planig	Bingen
Pohl Göns	Friedberg
Ranstadt	Büdingen
Rauschholzhausen	Marburg
Rauschenberg	Marburg
Reichelsheim	Erbach
Reichenborn	Oberlahn
Reichensachsen	Eschwege
Rhina	Hünfeld
Rhoden	Waldeck
Richelsdorf	Rotenburg
Rimbach	Bergstraße
Rohrbach	Büdingen
Rommersheim	Alzey
Rotenburg/Fulda	Rotenburg
Roth	Marburg
Rückingen	Hanau
Rüdesheim	Rheingau
Rülfenrod	Alsfeld
Runkel	Oberlahn
Sachsenhausen	Waldeck
Salmünster	Schlüchtern
Schenklengsfeld	Hersfeld
Schierstein I und II	Wiesbaden Stadt
Schlitz	Lauterbach
Schlüchtern	Schlüchtern
a) Breitenbacher Straße	
b) Fuldaer Straße	
Schmitten	Usingen
Schornsheim	Alzey
Schotten	Büdingen
Schupbach	Oberlahn
Bad Schwalbach	Untertaunus
Schweinsberg	Marburg
Seelbach	Oberwesterwald
Seligenstadt	Offenbach
Selters	Unterwesterwald
Seulberg	Obertaunus
Sickenhofen	Dieburg
Sielen	Hofgeismar
Singhofen	Oberwesterwald
Bad Soden	Main-Taunus
Sörgenloch	Mainz
Sontra	Rotenburg
Spangenberg	Melsungen
Sprendlingen	
über Bad Kreuzbach	Bingen
Sprendlingen/Hessen	Offenbach
Staden	Friedberg
Staufenberg	Gießen
Steinbach	Gießen
Stein-Bockenheim	Alzey
Steinfischbach	Usingen
Steinfurth	Friedberg
Steinheim	Offenbach
Stockheim	Büdingen
Storndorf	Alsfeld

	Kreis
Tann	Fulda
Tiefenthal	Alzey
Treis/Lumda	Gießen
Trendelburg	Hofgeismar
Treysa	Ziegenhain
Uffhofen	Alzey
Ulrichstein	Lauterbach
Ungedanken	Fritzlar-Homberg
Usingen	Usingen
Vetzberg	Wetzlar
Bad Vilbel	Friedberg
Villmar	Oberlahn
Vöhl	Frankenberg
Volkmarsen	Wolfhagen
Vollmerz	Schlüchtern
Vollnkirchen	Wetzlar
Waldeck	Waldeck
Waldgirmes	Wetzlar
Wallau	Main-Taunus
Wallertheim	Alzey
Wanfried	Eschwege
Wasenbach	Oberwesterwald
Watzenborn-Steinberg	Gießen
Wehen	Untertaunus
Wehrda	Hünfeld
Wehrheim	Usingen
Weilburg	Oberlahn
Weilmünster	Oberlahn
Weisenau: Mz.-Weisenau	Mainz-Stadt
Wendelsheim	Alzey
Werdorf	Wetzlar
Westerburg	Oberwesterwald
Wetter	Marburg
Wettesingen	Wolfhagen
Wetzlar	Wetzlar
a) Kaisergrund	
b) Karl-Kellner-Ring	
Weyer	Oberlahn
Weyhers	Fulda
Wiesbaden	Wiesbaden-Stadt
a) Hellkund	
b) Schöne Aussicht	
c) Platter Straße	
Bad Wildungen	Waldeck
Windecken	Hanau
Witzenhausen	Witzenhausen
Wölfersheim I und II	Friedber
Wöllstein	Alzey
Wohnbach-Obbornhofen:	s. Obbornhofen
Wolfhagen	Wolfhagen
Worms	Worms Stadt
a) Andreasring	
b) Hochenheimer Höhe	
Zierenberg	Wolfhagen
Züschen	Waldeck
Zwesten	Fritzlar-Homberg

aus: Paul Arsnberg:
Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Band 2, 1971.

Abkürzungen

C.V.	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAF	Deutsche Arbeitsfront
FZ	Frankfurter Zeitung
HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
JR	Jüdische Rundschau
JWZ	Jüdische Wochenzeitung für Wiesbaden und Umgebung
KC	Kastell Convent deutscher Studenten jüdischen Glaubens
MB	Mitteilungsblatt der Israelitischen Kultusgemeinde Wiesbaden
NA	Nassauische Annalen
NB	Nassauer Beobachter
NVB	Nassauer Volksblatt
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NS-Hago.	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Organisation
OMGUS	Office of Military Government United States
RjF	Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
Slg.	Sammlung
SO	Sicherheitsdienst
SF	Schwarze Fähnlein
StAW	Stadtarchiv Wiesbaden
WK	Wiesbadener Kurier
WT	Wiesbadener Tagblatt
YVA	Yad. Vashem Archives

Literaturverzeichnis

Adler, Hans Günther:
Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974.

Adorno, Theodor:
„Erziehung nach Auschwitz", in: Stichworte. Kritische Modelle 2. Frankfurt/M. 1969, S. 85ff.

ders.: Studien zum autoritären Charakter (1949-1950), Frankfurt/M. 1973.

Altaras, Thea:
Synagogen in Hessen – Was geschah seit 1945, Königstein 1988.

Arnsberg, Paul:
Die jüdischen Gemeinden in Hessen, 3 Bde., Frankfurt-Darmstadt 1971-1973.

ders.: Bilder aus dem jüdischen Leben im alten Frankfurt, Frankfurt 1979.

ders.: Henry Budge, Frankfurt 1972.

Baerwald, Dr. Eduard:
Vom Friedhofswesen der Gemeinde, Gemeindeblatt Frankfurt 1922, Heft 1/2.

Baretzko, Dieter u.a.:
Wie Frankfurt photographiert wurde 1950-1914. Hrsg.: Historisches Museum Frankfurt 1977.

Barkai, Avraham:
Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943, Frankfurt 1987 (Fischer Tb).

Benz, Wolfgang (Hg.):
Die Juden in Deutschland 1933-1945, München 1989.

Birnbaum, M.:
Staat und Synagoge 1918-1938. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden. Tübingen 1981.

Blank, Dagmar:
Die „Ausschaltung" jüdischer Ärzte und Zahnärzte in Wiesbaden durch den Nationalsozialismus, Mainz 1984 (Diss.)

Böcher, Otto:
Der Alte Judenfriedhof zu Worms. Hrsg.: Rheinischer Verlag für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, Köln 1984.

Bundesarchiv (Hg.):
Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945. 2 Bde. Koblenz 1986.

Büttner, Ursula (Hg.):
Das Unrechtsregime. Internationale Forschungen über den Nationalsozialismus (Festschrift für W. Jochmann). 2 Bde. Hamburg 1986.

Claussen, Detlev:
Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus. Frankfurt/M. 1987 (Fischer Tb).

Colodner, Solomon:
„Jewish Education under National Socialismus", Yad Vashem Studies on the European Catastrophe and Resistance III, Jerusalem 1959, S. 161ff.

Der jüdische Friedhof:
Hrsg.: Alfred Udo Theobald, Karlsruhe 1984.

Deutsches Lesebuch für höhere Schulen.
Achte Klasse, Verlag G. Braun, Karlsruhe 1940.

Diamant, Adolf:
Jüdische Friedhöfe in Deutschland, Frankfurt 1982.

Die jüdischen Gefallenen des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Schutztruppen, 1914-1918.
Ein Gedenkbuch. Hrsg.: Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 1932.

Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945.
Hrsg.: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt 1963.

Dunker, Ulrich:
Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1919-1938. Geschichte eines jüdischen Abwehrvereins, Düsseldorf 1974.

Eschwege, Helmut (Hg.):
Kennzeichen„J". Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945, Frankfurt/M. 1979.

Faschismus an Frankfurter Schulen.
Dokumente und Kommentare. Hrsg.: Arbeitskreis gegen Ausländerfeindlichkeit und Neonazis an der Holbeinschule Frankfurt, Frankfurt 1983.

Fey, Wiebke:
Geköpfte Engel, zerschlagene Urnen und umgestürzte Kreuze, in: Taunuszeitung 110.3.1988.

Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt, 22. Jg., Nr. 8, April 1933.

Frankfurter Rundschau:
30.9.1953, Lokalteil 16.6.1983, 4.2.86, 28.5.1986, 21.6.1986

Freimark, Peter/Kopitzsch, Wolfg.:
Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumente zur „Kristallnacht". Hamburg 1978.

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus.
Eine Dokumentation. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 245, Bonn 1987.

Genschel, Helmut:
Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966.

Gerties, Klaus:
Leopold Sonnemann, Frankfurt 1970.

Gesetzes- und Verordnungbslatt für das Land Hessen, Teil 1, 10. Dezember 1986.

Ginzel, Günther:
Jüdischer Alltag in Deutschland 1933-1945, Düsseldorf 1984.

Gräberverzeichnis des jüdischen Friedhofs in Taunusstein-Wehen.
Kurt Schubert im Auftrag der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, 1983.

Gräf, Hartmut:
Die Vergangenheit lebt, in: Lernen, Friedrich Jahresheft IV, 1986

Grosshut, Sally:
Schiedsrichter Rissing leitet ein Spiel. Hg. Lothar Bembenek, Wiesbaden 1984 (verfaßt Haifa 1939).

ders.: „Das polizeiliche Notstandsrecht, Staatsnotwehr und Staatsnotstand", in: Württ. Zeitschrift für Verwaltungspflege, Dezember 1932 – Januar 1933; überarbeitet unter dem Titel: „ Staatsnot, Recht und Gewalt, Nürnberg 1962".

Grosshut, Sina:
Mosaik eines Lebens. London, Worms 1987.

Grulms, Eva/Kleibl, Bernd:
Jüdische Friedhöfe in Nordhessen – eine Bestandsaufnahme, Kassel 1984.

Haus des ewigen Lebens.
Beit Hachajim. Der jüdische Friedhof in Darmstadt. Bearbeitet von Benno Sklanowski. Darmstadt 1988.

Haus des ewigen Lebens.
Jüdische Friedhöfe in der Rhön und im Lipper Land. Hrsg.: Gerthild Birnbaum-Dähne, Heinz-Jürgen Hoppe, Fulda 1986.

Hessischer Landtag, Plenarprotokoll 11/96 vom 26.11.86.

Heubach, Helga:
Das Heim des Jüdischen Frauenbundes in Neu-Isenburg, 1907-1942. Neu-Isenburg 1986.

Heuberger, Rachel/Krohn, Helga:
Hinaus aus dem Ghetto ... Juden in Frankfurt ????-1950, Frankfurt 1988.

Historische Dokumentation 16.-18. Jahrhundert.
Informationsblätter der Abteilungen 5-26 des Historischen Museums, Frankfurt 1975.

Jacobmeier, Wolfgang:
Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951, Göttingen 1985.

Juden in Wiesbaden von der Jahrhundertwende bis zur „Reichskristallnacht". Katalog zur Ausstellung des Hessischen Hauptstaatsarchivs, Wiesbaden 1988.

Jüdisches Lexikon.
Berlin 1928.

Kindt, Werner:
Die deutsche Jugendbewegung. Die bündische Zeit. Düsseldorf-Köln 1974.

Kropat, Wolf-Arno:
Kristallnacht in Hessen. Der Judenpogrom vom November 1938. Eine Dokumentation. Wiesbaden 1988.

ders.: „Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933-1939", in: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen, Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. (Hg.) Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden 1983, S. 411f.

ders.: Jüdische Gemeinden, Wiedergutmachung. Rechtsradikalismus und Antisemitismus nach 1945, in: a.a.O., S. 447-513.

Kwiet, Konrad/Eschwege, Helmut:
Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933-1945. Hamburg 1984.

Landesamt für Denkmalpflege in Hessen.
Denkmalschutz in Hessen, Wiesbaden.

Laube, Heinz:
Judenpogrom. „Reichskristallnacht", November 1938 in Großdeutschland. Daten, Fakten, Dokumente, Quellentexte. Thesen und Bewertungen. Gerlingen 1981.

Lazarus, Paul:
Die jüdische Gemeinde Wiesbaden 1918-1942. Ein Erinnerungsbuch. New York 1949.

ders.: Geschichte der Nassau-Loge 1890-1930. Wiesbaden 1930.

Lehrke, Gisela:
Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus, Frankfurt 1988.

dies.: Orte zum Nachdenken über die „kleinen Feigheiten des Alltags", Frankfurter Rundschau vom 29.9.87, S. 10.

Lilienthal, Saul:
Jüdische Wanderungen in Frankfurt am Main, Hessen, Hessen-Nassau, Frankfurt/M. 1938.

Lustiger, Arno:
Das Leiden und Leben der Bertha Pappenheim, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.5.86, Lokalteil 4.12.1985.

Maiwald, Ernst:
Instandsetzung und Pflege jüdischer Friedhöfe durch die politischen Gemeinden, in: Hessische Städte- und Gemeindezeitung 4/85, S. 142-146.

Maurer, Trude:
Ostjuden in Deutschland 1918-1933. Hamburg 1986.

Meier-Gronemeyer, H.:
„Jüdische Jugendbewegung", Germania Judaica, Heft 3/4, 1969, S. 17ff.

Meier-Ude, Klaus:
Senger, Valentin: Die jüdischen Friedhöfe in Frankfurt, Frankfurt 1985.

Melcher, Peter:
Weißensee, Berlin 1986.

ders.: Abbildung einer Tragödie. Die Berliner Juden im Spiegel ihres Friedhofs in Weißensee, in: Frankfurter Rundschau v. 22.11.86, S. ZB 2

ders.: Ein Denkmal der Assimilation und ihres Scheiterns. Der jüdische Friedhof in Weißensee, in: Journal für Geschichte 3/86, S. 40-51.

Meyer, Isaak:
Der Gemeindefriedhof an der Rat-Beil-Straße, in: Gemeindeblatt Frankfurt 1928/29, Nr. 1/2, S. 3-5.

Mick, Günter:
Den Frieden gewinnen. Das Beispiel Frankfurt 1945 bis 1951, Frankfurt 1985.

Mitscherlich, Alexand. u. Margarete:
Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967.

Mitteilungen für ehemalige Schüler und Schülerinnen der Samson-Raphael Hirsch-Schule zu Frankfurt am Main, Nr. 29, Mai 1931. S. 1-8.

Moritz, Klaus/Noam, Ernst:
NS-Verbrechen vor Gericht 1945-1955. Dokumente aus hessischen Justizakten. Wiesbaden 1978.

Noam, Ernst/Kropat, Wolf-Arno:
Juden vor Gericht 1933-1945. Dokumente aus hessischen Justizakten, Wiesbaden 1975 (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen I).

Oppenheimer, Max/Stuckmann, Horst/Schneider, Rude (Hg.):
Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute. Frankfurt/M. 1978.

Parolen erinnern an eine schlimme Zeit.
Frankfurter Rundschau, Lokalteil Königstein, 4.11.1985.

Paucker, Arnold et al (Hg.):
Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1943, Tübingen 1986.

Pehle, Walter H. (Hg.):
Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord. Frankfurt/M. 1988 (Fischer Tb).

Ploetz, Dr. Karl:
Auszug aus der Geschichte II. Band, 22. Auflage, Berlin und Leipzig 1939.

Poliakov, L.:
Geschichte des Antisemitismus, Bd. VII: Zwischen Assimilation und „jüdischer Weltverschwörung". Frankfurt/M. 1987, Bd. VIII: Am Vorabend des Holocaust. Frankfurt/M. 1988.

Rheins, Carl J.:
„The Schwarzes Fähnlein Jungenschaft" 1932-1934", Leo Baeck Yearbook XIII, 1978, S. 173ff.

Richarz, Monika (Hg.):
Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, 3 Bde. Stuttgart 1982.

Roth, Ernst:
Zur Halachah des jüdischen Friedhofs, in: Udim, Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, Frankfurt 1973 und Band V, 1974/75.

Schäfer, Rudolf:
Die Juden in Höchst am Main, in: Höchster Geschichtshefte 36/37, Hrsg.: Verein für Geschichte und Altertumskunde, Höchst 1982

Schubert, Kurt:
Juden in Kirchhain: Geschichte der Gemeinde und ihres Friedhofs,. Hrsg.: Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, Wiesbaden 1987.

Schultheis, Herbert:
Die Reichskristallnacht in Deutschland. Nach Augenzeugenberichten. Bad Neustadt a.d.Saale 1985.

Söngen, Dieter:
Die Entwicklung der NSDAP im Raum Mainz/Wiesbaden 1925-1933, MS. Mainz 1983.

Spuren der Judenverfolgung und Vernichtung im Hochtaunuskreis,. in: Vergangenheit, die nicht vergeht.
Schriftenreihe zum Antifaschismus im Hochtaunuskreis, Heft 1/1988, hrsg. VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Hochtaunus.

Spuren des Faschismus in Frankfurt.
Das Alltagsleben der Frankfurter Juden 1933-1945. Ergebnisse der regionalen Lehrerfortbildung in Hessen, Außenstelle Frankfurt, Fuldatal 1984.

Spuren jüdischer Geschichte in Frankfurt am Main 1933-1945.
Beiheft zur Diareihe 108111 der Staatlichen Landesbildstelle Hessen, Frankfurt 1985.

Stadtplan Frankfurt 1938. Historisches Museum.

Strauss, Herbert/Kampe, Norbert (Hg.):
Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust. Frankfurt/M. 1985

v. Sydow, Rolf:
Angst zu atmen, Frankfurt/M. (u.a.) 1983.

Walk, J. (Hg.):
Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Karlsruhe 1981.

Weg und Schicksal.
Aus der Geschichte der Wiesbadener Juden. (Hg.): Magistrat der Stadt Wiesbaden, o.D.

Wippermann, Wolfgang:
Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit I. Die nationalsozialistische Judenverfolgung. Frankfurt 1986.

Zeugen der Intoleranz.
Antisemitismus, Rechtsradikalismus, Neonazis, Ausländerfeindlichkeit. Hrsg.: Otto R. Romberg und Georg Schwinghammer. Dokumentation der Ausstellung. Tribüne-Verlag, Frankfurt 1986.

Zink, Wolfgang:
Die Friedhöfe der Juden von Oberursel, Hrs.: Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Taunus e.V., Oberursel 1987.

Worterklärungen

Alija
„Aufstieg". Zionistische Bezeichnung für die jüdische Einwanderung nach Palästina/Israel.

Aschkenasim, aschkenasisch:
Bezeichnung für die Juden Mittel- und Osteuropas, deren Wohnort oder ursprüngliche Herkunft der deutsche und nordfranzösische Raum ist (vgl. Sephardim). Die Aschkenasim entwickelten das Jiddische.

Bar Mizwa
„Sohn der religiösen Verpflichtung" wird der Knabe mit seinem 13. Geburtstag und erhält damit die religiöse Mündigkeit und die Pflicht zur Erfüllung des Gesetzes. Am Tag der Bar Mizwa wird der Knabe in der Synagoge erstmals zum Vorlesen der Tora aufgerufen und hält einen kurzen religiösen Vortrag.

Bne Briss
„Söhne des Bundes". Der unabhängige jüdische Orden Bne Briss wurde 1843 in New York gegründet. In Deutschland gab es 1932 mehr als 100 Einzellogen, die sich Geselligkeit, Bildung und Wohlfahrtspflege widmeten. Am 19. April 1937 wurde der Orden zwangsweise aufgelöst und sein Vermögen beschlagnahmt.

Centralverein (CV)
Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" (CV) wurde 1893 primär als Abwehrorganisation gegen den Antisemitismus gegründet. Der CV war bis 1933 mit mehr als 500 Ortsgruppen die größte jüdische Organisation Deutschlands. Er vertrat als Sprecher des liberalen jüdischen Bürgertums die Symbiose von Deutschtum und Judentum und war bis 1933 antizionistisch. Im November 1938 wurde der CV verboten.

Chaluz
(Plur. Chaluzim) „Pionier", auch Mitglied der zionistischen Organisation Hechaluz (s. dort), die auf die Einwanderung nach Palästina vorbereitete.

Chanukka
Achttägiges Fest zur Erinnerung an die Wiedereinweihung des Tempels in Jerusalem 164 v. Chr. Während der Feiertage wird täglich ein Licht mehr am Chanukkaleuchter entzündet, der mit dem Dienerlicht neun Kerzen hat.

Hachschara
„Tauglichmachung", die vom Hechaluz (s. dort) organisierte Vorbereitung auf das Arbeitsleben in Palästina. Die Hachschara geschah meist durch die kollektive Ausbildung auf Lehrfarmen.

Hechaluz
„Der Pionier". Internationale zionistische Organisation zur Vorbereitung junger Einwanderer auf die Siedlung in Palästina (s. Hachschara). Ein deutscher Zweig des Hechaluz wurde 1918 gegründet, bestand in selbständiger Form bis 1938, dann bis 1942 als Teil der Reichsvereinigung (s. dort).

Hilfsverein
„Hilfsverein der deutschen Juden", gegründet 1901 als Wohlfahrtsorganisation für die Juden in Osteuropa und Palästina. Bis 1933 stark in der Auswandererfürsorge für Ostjuden tätig, wurde der Hilfsverein danach die Hilfsorganisation für die Auswanderung deutscher Juden in alle Länder außer Palästina.

Joint
„American Jewish Joint Distribution Committee". Diese 1914 gegründete Hilfsorganisation der vereinten Juden Nordamerikas unterstützte bis 1933 primär Juden in Osteuropa und Palästina, dann die vom NS-Terror verfolgten Juden Europas. Der Joint förderte die Auswanderung aus Deutschland und bestritt bis 1941 einen wachsenden Teil des Haushalts von Reichsvertretung und Reichsvereinigung (s. dort).

Jom Kippur
Versöhnungstag, an dem Bußgebete und strenges Fasten der Wiederversöhnung mit Gott und Mitmenschen dienen. Dieser hohe Feiertag wird in der Synagoge verbracht.

Kaddisch
Gebet mit Lobpreis Gottes und der Bitte um Frieden. Der Kaddisch wird auch von Trauernden für Verstorbene gesprochen, vor allem regelmäßig am Jahrestage des Todes vom Sohn für die Eltern.

Koscher
Den biblischen Speisevorschriften entsprechend, die u.a. fordern: Entziehung des Blutes aus dem Fleisch beim Schlachten, strenge Trennung von Milch- und Fleischspeisen und das Verbot des Verzehrs von Schweinefleisch.

Kulturbund
Der jüdische Kulturbund Berlin wurde im Juni 1933 gegründet als Veranstalter- und Besucherorganisation eines separaten jüdischen Kulturlebens. Mit Bünden anderer Städte 1935 zum „Reichsverband jüdischer Kulturbünde" vereint, veranstaltete er bis 1941 unter strenger Zensur des Reichspropagandaministeriums Theater- und Konzertaufführungen sowie Vortragsreihen.

Laubhüttenfest
Gefeiert zur Erinnerung an das Wohnen der Juden in Hütten nach ihrem Auszug aus Ägypten (Lev. 23,42 f.). Sieben Tage lang hält sich die Familie überwiegend in der festlich errichteten Laubhütte (Sukka) auf, durch deren geflochtenes Dach Sonnenlicht sichtbar sein soll.

Mazze
(Plur. Mazzot). Ungesäuertes Brot, das zu Pessach gegessen wird zur Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten, der ihnen nicht Zeit ließ zum Backen von Brot mit Sauerteig.

Mikwe

Rituelles Bad.

Misrach

Osten; Tafel, die die Gebetsrichtung anzeigt.

Pessach

Das beim ersten Frühlingsvollmond gefeierte Fest zur Erinnerung an den Auszug der Juden aus Ägypten (Exodus 12-14). Es beginnt mit dem Sedermahl, bei dem aus der Pessach Haggada die Geschichte des Auszugs gelesen wird.

Purim

Freudenfest mit Maskeraden zur Erinnerung an die Errettung der Juden in Persien aus der Hand des Judenfeindes Hamann (Buch Esther).

Rabbiner

(Von Rabbi: Lehrer, Meister). Titel der jüdischen Schriftgelehrten und religiösen Funktionsträger. Geistliche Autorität der Gemeinde (bis ins 18. Jahrhundert mit Jurisdiktionsprivilegien). Insbesondere entscheidet er in religionsgesetzlichen Fragen.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Der R.j.F. gegründet 1919, war eine Veteranenorganisation mit bis zu 50.000 Mitgliedern. Er bekämpfte den Antisemitismus und verteidigte die Ehre der jüdischen Soldaten. Seit Beginn betont patriotisch, versuchte der R.j.F. nach 1933 vergeblich, eine Führungsrolle unter den deutschen Juden zu erlangen. Er wurde im November 1938 verboten.

Reichsvertretung

„Reichsvertretung der deutschen Juden" (ab 1935 R.d.Juden in Dt.) hieß die im September 1933 von allen großen jüdischen Organisationen und Landesverbänden gegründete erste Gesamtvertretung in der Geschichte der deutschen Juden. Sie leitete das Selbsthilfewerk und vertrat die Juden gegenüber der NS-Regierung. Nach dem Novemberpogrom 1938 wurde sie zwangsweise umgebildet zur Reichsvereinigung (s. dort).

Reichsvereinigung

Die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" war der im Feburar 1939 zwangsweise geschaffene Zusammenschluß aller „Rassejuden" im Sinne der Nürnberger Gesetze zu einer der direkten Aufsicht der Gestapo unterworfenen Organisation. Ihr Vorstand, von der Reichsvertretung übernommen, leitete Emigration, Schulwesen und Wohlfahrtspflege. Während der Deportation wurde sie zu Hilfstätigkeiten gezwungen und dann am 10. Juni 1943 aufgelöst.

Rosch Haschana

Neujahrstag, meist in den September fallend. Dieser hohe Feiertag wird in den Synagogen als Tag des göttlichen Gerichts begangen. Er leitet zehn Tage der Umkehr ein, die auf Jom Kippur (s. dort) vorbereiten.

Sabbat

(Schabbat, Schabbes). Wöchentlicher Ruhetag, beginnend am Freitagabend mit Synagogenbesuch und häuslichem Sabbatmahl. Im traditionellen Judentum ist jede Arbeit – wozu auch Fahren und Schreiben rechnen – am Sabbat verboten.

Schächten

Schlachten nach den Vorschriften des Religionsgesetzes. Der Schächter führt einen tiefen Halsschnitt aus, der das Tier sofort bewußtlos macht und das Blut abfließen läßt, dessen Genuß verboten ist.

Seder

„Ordnung". Festordnung für den Abend des Pessachfestes mit dem Sedermahl (s. Pessach). Den „Seder geben" heißt, das Sedermahl als Hausherr leiten.

Sephardim, sephardisch

Bezeichnung für die Juden Spaniens oder für orientalische Juden spanischer Herkunft. Die Sephardim entwickelten das Spaniolische. (Vgl. Aschkenasim.) Auf der sephardischen Aussprache des Hebräischen beruht die Aussprache des Modernhebräischen (Iwrit).

Synagoge

Bezeichnung für das jüdische Gotteshaus.

Talmud

Zusammenfassung und Diskussion der Lehren des nachbiblischen Judentums. Man unterscheidet den erzählenden und exegetischen Teil, die Haggada, vom gesetzlichen Teil, der Halacha. Der palästinensische Talmud wurde um 375 n. Chr., der babylonische um 500 n. Chr. abgeschlossen.

Tora

Die fünf Bücher Mose: Genesis, Exodus, Leviticus, Numeri, Deutoronomium. Jede Synagoge besitzt wenigstens eine in Rollenform geschriebene Tora in einer Lade. Aus ihr wird beim Gottesdienst der jeweilige Wochenabschnitt vorgetragen.

Zionistische Vereinigung

„Zionistische Vereinigung für Deutschland" hieß die 1897 geschaffene Organisation der deutschen Zionisten, die Teil der zionistischen Weltorganisation war. Sie propagierte die jüdische Nationalidee und die Siedlung in Palästina. Bis 1933 eine um Anerkennung in der Gemeinde kämpfende Minorität, wuchs ihre Bedeutung in den Jahren des Naziregimes.

(Im wesentlichen entnommen aus:
Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918 – 1945. Herausgegeben und eingeleitet von Monika Richarz. Stuttgart 1982, S. 477 – 480.)

Zeittafel

1933

März — Verhaftungen von Juden; viele werden in „wilde" Konzentrationslager eingeliefert.

1.4. — Von der NSDAP organisierter Boykott jüdischer Geschäfte, Rechtsanwalt- und Arztpraxen.

7.4. — „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums": jüdische Beamte (auch Arbeiter und Angestellte) werden entlassen. Das Gesetz wird zum Vorbild für Diskriminierungen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen.

17.9. — Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden. Vorsitzender: Leo Baeck.

1935

15.9. — Nürnberger Gesetze: Das „Reichsbürgergesetz" sieht den Entzug der staatsbürgerlichen Rechte der Juden vor; das „Blutschutzgesetz" verbietet die Eheschließung und den Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Personen „deutschen Blutes". Verstöße werden mit Zuchthaus bzw. KZ bestraft.

14.11. — Alle Ausnahmeregelungen für Beamte werden abgeschafft, alle jüdischen Beamte entlassen.

1938

28.3. — Die jüdischen Religionsgemeinschaften verlieren den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts.

26.4. — Juden müssen ihr Vermögen anmelden. Beginn der „endgültigen Entjudung" der deutschen Wirtschaft.

15.6. — Verhaftung von 1.500 vorbestraften, sog. „asozialen" Juden.

5.10. — Juden erhalten neue Reisepässe mit einem eingestempelten „J".

27./28.10. — Ausweisung von 15.000 Juden aus Deutschland, die früher in Polen lebten und über keinen deutschen Paß verfügen. Sie werden über die polnische Grenze gebracht. Die polnischen Behörden weigern sich, sie aufzunehmen.

9.-11.11. — Reichspogrom, verharmlosend „Reichskristallnacht" genannt. Mindestens 96 Juden werden ermordet, fast alle Synagogen geschändet und zerstört. 26.000 Juden werden in KZ's eingeliefert.

12.11. — Die Juden müssen eine „Sühneleistung" von 1 Mrd. RM bezahlen. Es folgen Maßnahmen zur völligen „Entjudung" der Wirtschaft: Berufsverbote, Ende der Gewerbefreiheit usw.

1939

1.1. — Männliche Juden müssen den Zwischennamen „Israel", weibliche den Zwischennamen „Sara" führen.

30.4. — Gänzliche Aufhebung des Mieterschutzes für Juden. Gekündigte Juden werden in Judenhäusern untergebracht.

4.7 — Zwangsgründung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.

1940

12./13.2. — Beginn von Massendeportationen in den Bezirken Stettin, Stralsund und Schneidemühl.

1941

7.3. — Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht für Juden.

seit Juli — Seit Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion führen SS-Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten Massenerschießungen durch. Bis Ende 1942 werden ca. 1 Mill. Juden ermordet.

1.9. — Alle Juden ab dem 6. Lebensjahr müssen den gelben Stern tragen.

8.10. — Errichtung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau für zunächst 200.000 Häftlinge.

1942

20.1. — Wannsee-Konferenz: Planung der Ausrottung des europäischen Judentums. Danach Beginn der systematischen Deportationen in die Vernichtungslager.

1944

10.10. — In Deutschland werden die jüdischen „Mischlinge" erfaßt und in Arbeits- bzw. Konzentrationslager deportiert.

21.10. — Beginn der Deportationen der letzten Juden in Deutschland, die wegen ihrer „arischen" Ehepartner als geschützt galten.

1945

27.1. — Befreiung von Auschwitz durch sowjetische Truppen. Viele Häftlinge kommen auf den sog. „Todesmärschen" um.

8.5. — Kapitulation und Befreiung Deutschlands.

Bildnachweis

Sofern nicht anders ausgewiesen, entstammen die Bilder des Wiesbadener Teils der Fotosammlung Bembenek und die des Frankfurter Teils der Fotosammlung Rieber.
Wenn nicht anders vermerkt, sind die Grabsteine auf dem Friedhof in der Rat-Beil-Straße zu finden.

Vor 1933 lebten mehr als 3.000 Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Abstammung in Wiesbaden. Im Oktober 1946 wurde eine neue jüdische Gemeinde gegründet. Ihr gehörten wenig mehr als 200 Menschen an. Die meisten von ihnen hatten jedoch keine Wiesbadener Wurzeln, sondern waren aus dem Osten als „Displaced Persons" in die Landeshauptstadt gekommen.

Im Mittelpunkt des Heftes „Ich bin kein deutscher Patriot mehr, jetzt bin ich Jude." steht nicht die Geschichte der Verfolgung, sondern die Binnenstruktur jüdischen Lebens, die Frage des Weiter- bzw. Überlebens angesichts des factum brutum, der systematischen NS-Vertreibungspolitik in der „Weltkurstadt". In der Einleitung werden fünf repräsentative Einzelschicksale dargestellt. Ihr folgt eine Strukturanalyse, die alle relevanten gesellschaftlichen Sektoren jüdischer Existenz bis 1938 thematisiert – von dem wirtschaftlichen Überlebenskampf über die Jugendarbeit bis hin zur jüdischen Schule. Dem schließt sich die Schilderung jüdischer Alltagswirklichkeit zwischen der Reichspogromnacht und den Deportationen des Jahres 1943 an. Dem Aufbau einer neuen jüdischen Gemeinde in Wiesbaden ist das letzte Kapitel gewidmet.

Die zahlreichen Bildquellen und ein umfangreicher Dokumentationsteil sollen die Plastizität der Sachdarstellung und die Chancen unterrichtlicher Verwertung erhöhen. Dem dienen auch eine didaktische Reflektion sowie ein zusätzlicher Beitrag Angelika Riebers, die anhand des Frankfurter Friedhofs in der Rat-Beil-Straße der Frage nachgeht, wie die in vielen Orten Hessens auch heute noch erlebbaren physischen Spuren jüdischer Kultur zum Gegenstand von Unterricht gemacht werden können.

Best.-Nr. 51007